

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1071

A 1 | Präsidentin Dr. Laurien eröffnet die Sitzung um 13.04 Uhr.

A 2 |

A 3 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich eröffne die 14. Sitzung des  
A 4 | Abgeordnetenhauses von Berlin.

A 5 |

A 6 | [0.1]

A 7 |

A 8 | Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen mitteilen, daß  
A 9 | die Fraktion der FDP ihren Antrag über Rücknahme finanzieller Kürzungen  
A10 | für Aids-Hilfegruppen, Drucksache 12/109, zurückgezogen hat. Ebenso hat  
A11 | die Fraktion der PDS ihren Antrag über Studiobühne der Freien Universität,  
A12 | Drucksache 12/231, zurückgezogen

A13 |

A14 | [0.2]

A15 |

A16 | Auch unsere Tagesordnung ist von Zurückziehungen betroffen. Die Fraktionen  
A17 | PDS und Bündnis 90/Grüne haben ihre unter Punkt 8 aufgeführte Große  
A18 | Anfrage, Drucksache 12/630, bzw. ihren Antrag , Drucksache 12/647, zum  
A19 | Thema "Tarifverhandlungen" zurückgezogen . Der Tagesordnungspunkt 8 hat  
A20 | damit seine Erledigung gefunden.

A21 |

A22 | [0.3]

A23 |

A24 | Ferner gebe ich bekannt, daß die Fraktion der SPD darum gebeten hat, die  
A25 | in der letzten Sitzung erfolgte Überweisung der Vorlage - zur  
A26 | Kenntnisnahme - nach Artikel 47 Abs. 1 VvB über Achte Verordnung zur  
A27 | Änderung der Arbeitszeitverordnung, Verordnung Nr. 12/85, an den Ausschuß  
A28 | für Arbeit rückgängig zu machen und diese Verordnung an den Ausschuß für  
A29 | Inneres, Sicherheit und Ordnung zur Beratung zu überweisen. Ich höre  
A30 | dagegen keine Einwendungen und stelle die Zustimmung des Hauses zu dieser  
A31 | veränderten Überweisung fest.

A32 |

A33 | [0.4]

A34 |

B 1 | Zeitgleich sind vier Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde  
B 2 | eingegangen

B 3 |

B 4 | 1. Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Thema  
B 5 | "Entwicklung und Perspektiven des Flugverkehrs";

B 6 |

B 7 | 2. Antrag der Fraktion der PDS zum Thema "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit  
B 8 | - wird der öffentliche Dienst zur Generalbremse des CDU  
B 9 | Wahlversprechens?";

B10 |

B11 | 3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum Thema "Übergriffe gegen  
B12 | Ausländerinnen und Ausländer ein Hoyerswerda in Berlin verhindern!" und  
B13 |

B14 |

B15 | 4. Antrag der Fraktion der FDP zum Thema "Stand der Verlegung des  
B16 | Parlaments- und Regierungssitzes"

B17 |

B18 | Mit Ausnahme der Fraktion der PDS hatten sich die übrigen Fraktionen im  
B19 | Ältestenrat darauf verständigt, auf der Grundlage des Antrags der Fraktion  
B20 | Bündnis 90/Grüne eine Aktuelle Stunde mit der veränderten Bezeichnung  
B21 | "Übergriffe gegen Ausländer und Ausländerinnen in Hoyerswerda"  
B22 | durchzuführen.

B23 |

B24 | Inzwischen hat sich folgende Situation ergeben Sowohl die Fraktion der FDP  
B25 | als auch die Fraktion der PDS haben ihre Anträge zurückgezogen . Damit  
bleibt allein die Empfehlung des Ältestenrats gültig, das Thema

B26 Hoyerswerda zu behandeln, und wir brauchen keine Abstimmung vorzunehmen.

B27

B28 allein die Empfehlung des Ältestenrats gültig, das Thema "Hoyerswerda" zu  
B29 behandeln, und wir brauchen keine Abstimmung vorzunehmen.

B30

B31 Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD gilt als  
B32 erledigt. Die Aktuelle Stunde wird dann wieder - wie üblich - nach der  
B33 Fragestunde aufgerufen.

B34

C 1 [0.5]

C 2

C 3 Schließlich möchte ich wieder auf die Ihnen vorliegende Konsensliste

C 4

C 5 Der Ältestenrat empfiehlt, nachstehende Tagesordnungspunkte **ohne**

C 6 **Aussprache** wie folgt zu behandeln:

C 7

C 8 TOP 3 12/621 an Inn

C 9

C 10 Drittes Gesetz zur Änderung des  
C11 Landeswahlgesetzes und Gesetz zur Änderung des  
C12 3

C13

C14 TOP 4 12/635 vertagt  
C15 Haushaltsgesetz 1992 vorab an Haupt

C16

C17 TOP 5 12/648 an Recht und Haupt

C18

C19 Gesetz über die Einrichtung und Führung  
C20 des Grundbuchs in dem in Artikel 3 des  
C21 Einigungsvertrages genannten Teil des Landes Berlin

C22

C23 TOP 6 12/545 vertagt

C24

C25 Wahl von 7 Abgeordneten zu Mitgliedern  
C26 des Kuratoriums der Landeszentrale für  
C27 politische Bildungsarbeit

C28

C29 TOP 10 12/627 für erledigt erklärt

C30

C31 Wegfall der Ungleichbehandlung von

C32

C33 Sozialhilfeempfängern

C34

D 1 TOP 11 12/628 angenommen

D 2

D 3 Förderung Ost-Berliner Jugendclubs

D 4

D 5 TOP 20 12/643 an Soz (f) und Arb

D 6

D 7 Verwaltungvereinfachung in der

D 8

D 9 Hauptfürsorgestelle

D10

D11 TOP 21 12/644 an Stadt und Haupt

D12

D13 Entwicklung der regionalen Zentren

D14

D15 im Ostteil der Stadt

D16

D17 TOP 22 12/645 an BundEuro (f) und Ausl

D18

D19 Einrichtung eines Härtefallgremiums

D20

D21 auf Bundesebene

D22

D23 TOP 26 12/634 an WissForsch und Haupt

D24

D25 Neugestaltung der Wissenschafts-

D26

D27 landschaft Berlins

D28

D29 hinweisen. Sofern sich gegen die Konsensliste kein Widerspruch erhebt,

D30

D31 gelten die Vorschläge als angenommen. - Ich sehe keinen Widerspruch, sie

D32

D33 sind angenommen.

D34

D35 Ferner verweise ich auf die Liste der Dringlichkeiten:

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1072

- A 1 | **Präsidentin Dr. Laurien**
- A 2 |
- A 3 |
- A 4 | nach Anerkennung der
- A 5 | Dringlichkeit \*
- A 6 | zu behandeln
- A 7 | 1. Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne auf Annahme
- A 8 | einer Entschließung über Asylgewährung in
- A 9 | Deutschland
- A10 | - Drs 12/664 -
- A11 |
- A12 | 2. Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über Jagd
- A13 | auf Flüchtlinge in den neuen Bundesländern
- A14 | - Drs 12/665 -
- A15 |
- A16 | 3. Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses vom 19. September 1991 zum
- A17 | Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Einsetzung
- A18 | einer Enquete-Kommission Verfassungs- und Parlamentsreform
- A19 | - Drs 12/654 -
- A20 | als TOP 13 A
- A21 | 4. Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über das Versprechen des Regierenden
- A22 | Bürgermeisters, drei Universitätsklinika in Berlin zu erhalten
- A23 | - Drs 12/666 -
- A24 | als TOP 25 A
- A25 | 5. Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über die Einrichtung einer
- A26 | Fachkommission zum Umgang mit den Denkmälern im ehemaligen Ost-Berlin
- A27 | - Drs 12/667 -
- A28 | als TOP 25 B
- A29 | \*
- A30 | Über die Anerkennung der Dringlichkeiten wird am Schluß der
- A31 | entsprechenden Untergliederung auf der Tagesordnung entschieden werden.
- A32 | Über die Anerkennung der Dringlichkeit wird dann wieder jeweils an
- A33 | entsprechender Stelle der Tagesordnung entschieden.
- A34 |
- B 1 | Ich rufe auf
- B 2 | **lfd. Nr. 1:**
- B 3 | **Fragestunde gemäß § 51 der Geschäftsordnung**
- B 4 |
- B 5 | [1.1]
- B 6 |
- B 7 | und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hapel zu seiner Mündlichen
- B 8 | Anfrage über
- B 9 | **Drogen in der Justizvollzugsanstalt Moabit**
- B10 |
- B11 | **Hapel** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den
- B12 | Senat:
- B13 |
- B14 | 1. Trifft es zu, daß in der Justizvollzugsanstalt Moabit am 17. April 1991
- B15 | dienstlich festgestellt wurde, daß in der Anstalt eine "gute
- B16 | Versorgungssituation für Drogen besteht"?
- B17 |
- B18 | 2. Ggf. welche Konsequenzen wurden aus dieser Feststellung gezogen?
- B19 |
- B20 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin Limbach, bitte!
- B21 |
- B22 | **Frau Dr. Limbach,** Senatorin für Justiz: Frau Präsidentin! Meine Damen und
- B23 | Herren! Herr Abgeordneter, gestatten Sie mir einleitend folgende Bemerkung
- B24 | Ihre Frage enthält keine näheren Erläuterungen, die mich in die Lage

B25 | versetzt hätten, durch gezielte Ermittlungen in der Justizvollzugsanstalt  
B26 | Moabit eine befriedigende Antwort vorzubereiten. Alleiniger Ansatzpunkt  
B27 | für meine Nachforschungen war das von Ihnen genannte, fünf Monate  
B28 | zurückliegende Datum und ein angeblich dienstliches Zitat ohne nähere  
B29 | Angaben darüber, in welchem Zusammenhang und vor allen Dingen wem  
B30 | gegenüber diese Feststellung getroffen worden sein soll.  
B31 |

B32 | Eine sorgfältige Durchsicht sowohl der in der Justizvollzugsanstalt Moabit  
B33 | als auch in meinem Hause angelegten Akten hat keine Anhaltspunkte dafür  
B34 | ergeben, daß in irgendeinem Zusammenhang dienstlich festgestellt wurde,  
C 1 | daß in der Justizvollzugsanstalt Moabit eine "gute Versorgungssituation  
C 2 | für Drogen besteht".  
C 3 |

C 4 | Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang allgemein etwas zur  
C 5 | Drogensituation in der Justizvollzugsanstalt Moabit sagen. Zwar ist auch  
C 6 | in dieser - wie in allen übrigen Anstalten des Landes Berlin - ein  
C 7 | wachsendes Drogenproblem zu verzeichnen. Gleichwohl ist aber die  
C 8 | Feststellung erlaubt, daß die Situation in der Justizvollzugsanstalt  
C 9 | Moabit überhaupt nicht mit der in der Justizvollzugsanstalt Tegel zu  
C10 | vergleichen ist. Eine der wesentlichen Ursachen hierfür ist die deutlich  
C11 | geringere Zahl von Gefangenenbewegungen in diesem Vollzugsbereich, und  
C12 | zudem verfügt die nach dem Vollstreckungsplan des Landes Berlin als  
C13 | sicherste Anstalt ausgewiesene Justizvollzugsanstalt über erheblich mehr  
C14 | Sicherheitsvorkehrungen, die sich auch auf die üblichen Einbringungswege  
C15 | von Drogen auswirken. Darüber hinaus sind seit dem Frühjahr 1991  
C16 | insbesondere in der Teilanstalt II der Justizvollzugsanstalt Moabit - in  
C17 | diesem Bereich wird der höchste Verbrauch von Betäubungsmitteln  
C18 | registriert - verstärkte Kontrollmaßnahmen eingeführt worden.  
C19 |

C20 | Die Teilanstalten I und III sind weniger belastet. Voraussetzung für die  
C21 | Aufnahme in die Teilanstalt III ist unter anderem Drogenabstinenz; und in  
C22 | der Teilanstalt I wird überwiegend Untersuchungshaftvollzug mit dem damit  
C23 | verbundenen Einschluß durchgeführt.  
C24 |

C25 | Im Bereich der Teilanstalt II ist im Frühjahr 1991 ein  
C26 | Urinkontrollprogramm eingeführt worden, welches Gefangene, die Hafturlaub  
C27 | oder Vollzugslockerungen beantragt haben, vor der ersten Gewährung  
C28 | durchlaufen müssen. Diese Kontrollen sind für die Gefangenen zeitlich  
C29 | unvorhersehbar; zudem sind die Haftraumkontrollen verstärkt worden. Mit  
C30 | der Kriminalpolizei ist der Erfahrungsaustausch über das Erkennen und  
C31 | Auffinden von Drogen deutlich intensiviert worden. Im Bereich der  
C32 | Personalführung wird verstärkt Wert darauf gelegt, durch gezielte  
C33 | Motivationsarbeit die Bereitschaft zur Durchführung exakter Kontrollen  
C34 | noch mehr zu erhöhen.

D 1 |  
D 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke! - Der Abgeordnete Hapel hat eine  
D 3 | Zusatzfrage. - Bitte schön!

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1073

A 1 | **Hapel** (CDU): Frau Senatorin, unabhängig von der Feststellung, wann und wo  
A 2 | in der Justizvollzugsanstalt diese dienstliche Besprechung stattgefunden  
A 3 | hat, die ich Ihnen benannt habe: Habe ich Sie richtig verstanden, daß sich  
A 4 | die Drogensituation in der Untersuchungshaftanstalt Moabit in den  
A 5 | vergangenen Monaten verschärft hat und aus dieser Tatsache verbesserte  
A 6 | Kontrollmaßnahmen erwachsen sind?  
A 7 |

A 8 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin!  
A 9 |

A10 | **Frau Dr. Limbach**, Senatorin für Justiz: Sehr verehrter Herr Abgeordneter!  
A11 | Nicht nur in Moabit, im gesamten Vollzugsbereich - und das gilt nicht nur  
A12 | für das Land Berlin, das gilt für alle anderen Ballungszentren - ist  
A13 | tatsächlich ein Ansteigen der Drogenproblematik zu verzeichnen. Es ist  
A14 | aber nicht so - so bin ich von den Anstaltsleitern belehrt worden -, daß  
A15 | in der jüngsten Zeit in erheblichem Maß der Drogenkonsum oder die  
A16 | Drogenproblematik allgemein zugenommen hätte. Richtig ist - das habe ich  
A17 | meines Erachtens in meiner ersten Antwort deutlich ausgeführt -, daß auch  
A18 | in Moabit die Drogenkontrollen im Frühjahr 1991 verstärkt worden sind.  
A19 |

A20 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Hapel - zu einer weiteren Frage!  
A21 |

A22 | **Hapel** (CDU): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, daß einer der "Vorzüge"  
A23 | der Untersuchungshaftanstalt Moabit darin bestand, daß diese Haftanstalt  
A24 | über lange Jahre hinweg als weitgehend drogenfrei galt und dies für viele  
A25 | dort Einsitzende Anlaß war, darum zu bitten, in Moabit zu verbleiben und  
A26 | nicht in andere Strafanstalten verlegt zu werden, in denen erheblicher  
A27 | Drogenkonsum zu verzeichnen ist?  
A28 |

A29 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin!  
A30 |

A31 | **Frau Dr. Limbach**, Senatorin für Justiz: Ich möchte noch einmal auf einen  
A32 | Punkt hinweisen, der Differenzierungen herausfordert. In Moabit wird unter  
A33 | anderem Untersuchungshaft durchgeführt, und gerade in diesem  
A34 | Untersuchungshaftbereich ist die Drogensituation keinesfalls so  
B 1 | problematisch wie in den übrigen Bereichen, weil Untersuchungshäftlinge  
B 2 | ohnehin wegen der Ermittlungsverfahren verstärkt abgeschirmt sind - was  
B 3 | uns mitunter mehr Probleme bereitet, als daß wir darüber glücklich sind.  
B 4 |

B 5 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Der Abgeordnete Eckert hat das Wort zu einer  
B 6 | weiteren Zusatzfrage.  
B 7 |

B 8 | **Eckert** (Bü 90/Grüne): Frau Senatorin, teilen Sie die Auffassung, daß für  
B 9 | drogenabhängige Menschen, die Rat und Hilfe brauchen, auch Therapie  
B10 | benötigen, Urinkontrollprogramme und Haftraumkontrollen nicht das Mittel  
B11 | der Wahl allein sein können, sondern daß es eines Konzepts der Beratung,  
B12 | Therapie und Hilfe bedarf und daß es daran in den Berliner Haftanstalten  
B13 | sehr mangelt?  
B14 |

B15 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Senatorin!  
B16 |

B17 | **Frau Dr. Limbach**, Senatorin für Justiz: Herr Abgeordneter Eckert, für die  
B18 | Justizvollzugsanstalten in Berlin besteht im Grunde genommen ein ernstes  
B19 | Spannungsverhältnis zwischen der Sicherheitsproblematik auf der einen  
B20 | Seite und der Therapie sowie der Hilfe für die Drogenabhängigen auf der  
B21 | anderen Seite. Wir müssen sowohl dem einen wie auch dem anderen genügen.  
B22 | Ich bin mit Ihnen durchaus einer Meinung darin, daß die Drogensüchtigen  
B23 | der Therapie bedürfen und daß wir noch mehr Anstrengungen über das, was  
B24 | bisher geschehen ist, hinaus unternehmen müssen, um dort zu helfen.

B25  
B26 **Präsidentin Dr. Laurien:** Weitere Fragen gibt es nicht.

B27  
B28 [1.2]

B29  
B30 Ich erteile deshalb dem Abgeordneten Böger das Wort zu seiner Mündlichen  
B31 Anfrage über

B32  
B33 **Rücktritt Herrn Grüttkes vom Amt des Chefs der Olympia GmbH**

B34  
C 1 **Böger** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
C 2 Senat:

C 3  
C 4 1. Treffen Pressemeldungen zu, wonach Herrn Grüttke noch eine Abfindung  
C 5 gezahlt wird?

C 6  
C 7 2. Hat Herr Grüttke einen Werbevertrag mit Provisionszulage ohne Kenntnis  
C 8 des Aufsichtsrats abgeschlossen?

C 9  
C10 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister - bitte schön!

C11  
C12 **Diepgen**, Regierender Bürgermeister: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter!  
C13 Ich möchte Ihre Frage wie folgt beantworten In der Aufsichtsratssitzung  
C14 der Olympia Berlin 2000 Gesellschaft zur Vorbereitung der Olympischen  
C15 Spiele am 20. September 1991 hat der Geschäftsführer erklärt, er bitte  
C16 angesichts der gegebenen Situation um Auflösung seines Vertrags. Der  
C17 Aufsichtsrat hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen, dem Wunsch von  
C18 Herrn Grüttke entsprochen und ihn mit sofortiger Wirkung als  
C19 Geschäftsführer der GmbH abberufen. Damit hat der am 10. April 1991  
C20 zwischen dem Aufsichtsrat und dem Geschäftsführer geschlossene Vertrag  
C21 sein Ende gefunden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats wurde beauftragt,  
C22 die technischen Einzelheiten der Abberufung mit Herrn Grüttke abzuwickeln.  
C23 Die Zahlung einer Abfindung ist weder im Vertrag geregelt, noch hat der  
C24 ehemalige Geschäftsführer eine entsprechende Zusage des Aufsichtsrats  
C25 erhalten.

C26  
C27 Zu 2: Der ehemalige Geschäftsführer der Olympia GmbH hat mit einer  
C28 Agentur einen Vertrag geschlossen, der aber nach der Geschäftsanweisung  
C29 des Aufsichtsrats für die Geschäftsführung der Zustimmung durch den  
C30 Aufsichtsrat bedarf. Dem Aufsichtsrat lag der Vertrag bisher nicht zur  
C31 Zustimmung vor. Der Aufsichtsrat hat vielmehr eine Erklärung von Herrn  
C32 Grüttke zur Kenntnis genommen, wonach Herr Grüttke mit der Agentur eine  
C33 Klarstellung und Änderung der bisherigen vertraglichen Absprache  
C34 vereinbaren werde. Hinweise auf eine Provisionszulage für den  
D 1 Geschäftsführer sind aus dem Vertrag nicht ersichtlich.

D 2  
D 3 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Böger - zu einer Zusatzfrage!

D 4  
D 5 **Böger** (SPD): Herr Regierender Bürgermeister, können Sie dem Haus erklären,  
D 6 wie Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrats angesichts dieser Rechtslage  
D 7 weiter vorzugehen gedenken?

D 8  
D 9 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!

D10  
D11 **Diepgen**, Regierender Bürgermeister: Herr Abgeordneter, die Rechtslage habe  
D12 ich eben dargestellt. Wenn Herr Grüttke bestimmte Vorstellungen  
D13 hinsichtlich der Abwicklung hat, werde ich mit ihm das Gespräch darüber  
D14 führen. Zweitens - und das ist das Entscheidende - In Abstimmung mit dem  
D15 NOK geht es um die Nachfolgeregelung für die Geschäftsführung der GmbH.

D16  
D17 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Wieland, bitte!

D18  
D19 [Zuruf der Frau Abg. Demba (Bü 90/Grüne)]

D20  
D21 - Nein, Herr Wieland war der erste. Das Wort erteile ich.

D22  
D23 **Wieland** (Bü 90/Grüne): Das hatte ich nicht gesehen. Wenn es möglich ist,  
D24 würde ich Frau Demba das Wort geben.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1074

A 1 |  
A 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Das können Sie untereinander ausmachen.  
A 3 |  
A 4 | **Wieland** (Bü 90/Grüne): Dann mache ich das.  
A 5 |  
A 6 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Dann hat Frau Demba das Wort. - Bitte!  
A 7 |  
A 8 | **Frau Demba** (Bü 90/Grüne): Ist es richtig, daß Herr Grüttke zwar keine  
A 9 | Abfindung bekommen hat, aber sein gesamtes Jahresgehalt von 280.000 DM  
A 10 | erhält? Ist es weiterhin richtig, daß die Olympia GmbH und der  
A 11 | Aufsichtsrat der Meinung sind, daß man für das gleiche Gehalt keinen neuen  
A 12 | Geschäftsführer finden wird?  
A 13 |  
A 14 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!  
A 15 |  
A 16 | **Dieppen,** Regierender Bürgermeister: Ich beantworte Ihre beiden Fragen mit  
A 17 | nein.  
A 18 |  
A 19 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Abgeordnete Volkholz hat das Wort zur  
A 20 | letzten Zusatzfrage.  
A 21 |  
A 22 | **Frau Volkholz** (Bü 90/Grüne): Herr Regierender Bürgermeister, Sie sagten,  
A 23 | daß nach der Geschäftslage ein solcher Vertrag dem Aufsichtsrat hätte  
A 24 | vorgelegt werden müssen. Wo war vertraglich festgelegt, bis zu welcher  
A 25 | Höhe Herr Grüttke Verträge abschließen durfte, und wie wurde die Kontrolle  
A 26 | durch den Aufsichtsratsvorsitzenden wahrgenommen?  
A 27 |  
A 28 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Regierender Bürgermeister!  
A 29 |  
A 30 | **Dieppen,** Regierender Bürgermeister: Meine Damen und Herren! Zunächst  
A 31 | einmal gibt es einen GmbH-Vertrag, dann gibt es einen Vertrag mit Herrn  
A 32 | Grüttke, und dabei gibt es jeweils die Bezugnahmen auf allgemeine  
A 33 | Geschäftsanweisungen. In den allgemeinen Geschäftsanweisungen stehen die  
A 34 | Genehmigungsvorbehalte für den Aufsichtsrat; das betrifft bestimmte  
B 1 | Personalentscheidungen, bestimmte grundsätzliche vertragliche Regelungen  
B 2 | bis hin zu Investitionen, wo nach entsprechenden Summen jeweils  
B 3 | entschieden wird, wann der Geschäftsführer selbständig entscheiden darf  
B 4 | und wann nicht.  
B 5 |  
B 6 | Zweitens Ich muß darauf hinweisen, daß eine GmbH gegründet wurde. Frau  
B 7 | Kollegin Volkholz, noch unter Ihrer Beteiligung ist das Grundkonzept  
B 8 | entwickelt worden, daß die GmbH in einer gewissen Selbständigkeit handelt.  
B 9 | Der Aufsichtsrat und der Aufsichtsratsvorsitzende haben eine primär  
B 10 | nachgehende Kontrolle. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen  
B 11 | Geschäftsführung und Aufsichtsrat selbstverständlich; und der  
B 12 | Aufsichtsratsvorsitzende bemüht sich auch jeweils um hinreichend  
B 13 | rechtzeitige Informationen.  
B 14 |  
B 15 | Jetzt will ich Ihnen noch die Frage beantworten, die Sie nicht gestellt  
B 16 | haben, die Sie aber stellen wollten. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat  
B 17 | selbstverständlich lange vor der Aufsichtsratssitzung jeweils die Verträge  
B 18 | angefordert, und er hat auch vor der Sitzung Herrn Grüttke gegenüber  
B 19 | deutlich gemacht, daß der Vertrag, so wie er dort vorgelegt worden ist,  
B 20 | jedenfalls nicht mit seiner Zustimmung rechnen könne. Es ist bereits vor  
B 21 | der Sitzung des Aufsichtsrats, also auch vor Erörterungen mit Mitgliedern  
B 22 | des NOK, mit Herrn Grüttke vereinbart worden, daß jeweils Modifizierungen  
B 23 | des von ihm unterzeichneten Vertrags vorgenommen werden sollen. - Also,  
B 24 | wenn Sie die Schlußfolgerung ziehen wollen Ein Teil dessen, was in der

B25 Öffentlichkeit verbreitet wird, ist sichtbar und ergreifend Unsinn!

B26  
B27 [Frau Künast (Bü 90/Grüne): Manches stimmt aber doch!]

B28  
B29 **Präsidentin Dr. Laurien:** War das eine Wortmeldung, Frau Künast?

B30  
B31 [Frau Künast (Bü 90/Grüne): Das war ein Zuruf!]

B32  
B33 - Na gut!

B34  
C 1 [1.3]

C 2  
C 3 Dann rufe ich auf die Mündliche Anfrage Nummer 3

C 4 **Polizeitaktik bei Fahrraddemonstrationen**

C 5 Herr Wolf, Sie haben das Wort!

C 6  
C 7 **Wolf (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

C 8  
C 9 1. Bewertet der Senat die neue, anlässlich der Fahrraddemonstration vom 19.  
C10 September 1991 gegen die Berliner Olympia-Bewerbung zu beobachtende  
C11 Polizeitaktik als erfolgreich und wegweisend, das Entweichen der  
C12 Fahrraddemonstrantinnen und -demonstranten vor den Einsatzkräften durch  
C13 Herauslassen der Luft aus den Reifen ihrer Fahrräder zu verhindern?

C14  
C15 2. Ist daran gedacht, den Anwendungsbereich dieser Polizeitaktik  
C16 auszuweiten, z.B. aus Anlaß von Autokorsos zur Aufhebung von  
C17 Tempobeschränkungen; wenn nein, warum nicht?

C18  
C19 **Präsidentin Dr. Laurien:** Zur Beantwortung - Herr Senator Heckelmann!

C20  
C21 **Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter  
C22 Wolf von der PDS! Meine Damen und Herren! Zur ersten Frage Dem  
C23 Polizeipräsidenten in Berlin liegen keine Erkenntnisse vor, wonach im  
C24 Zusammenhang mit einer am 19. September 1991 veranstalteten  
C25 Fahrraddemonstration Polizeibeamte das - und ich gebrauche jetzt den  
C26 Wortlaut Ihrer Frage - "Entweichen von Demonstrantinnen und Demonstranten  
C27 durch das Herauslassen von Luft" verhindert hätten.

C28  
C29 Möglicherweise, Herr Abgeordneter Wolf, beziehen Sie sich jedoch auf eine  
C30 Aktion von ca. 600 Radfahrern am 18. September 1991, die nach  
C31 polizeilichen Erkenntnissen das Ziel verfolgte, die Anfahrt der IOC-  
C32 Mitglieder und anderer geladener Gäste zum Festakt in das Pergamon-Museum  
C33 zu stören. Hierbei nahmen Polizeibeamte tatsächlich in Einzelfällen die  
C34 von Ihnen, Herr Abgeordneter Wolf, anschaulich geschilderten Eingriffe  
D 1 vor. Es wurden zwar nicht, wie Sie fragten, die Störer selbst an einem  
D 2 Entweichen gehindert; vielmehr war aus der gesamten Gefahrensituation die  
D 3 Luft heraus.

D 4  
D 5 [Beifall bei der CDU -  
D 6 Liepelt (CDU): Bestimmt heiße Luft!]

D 7  
D 8 Eine nachhaltige Störung der Anfahrt der IOC-Mitglieder wurde durch diese  
D 9 einfache verkehrsberuhigende Maßnahme

D10  
D11 [Heiterkeit bei der CDU]

D12  
D13 in umweltfreundlicher und schonender Art und Weise verhindert.

D14  
D15 [Beifall und Heiterkeit bei der CDU]

D16  
D17 So konnten die Beamten ihren Teil zu einer erfolgreichen Präsentation  
D18 Berlins im Hinblick auf die Bewerbung um die Olympischen Spiele beitragen.

D19  
D20 [Beifall bei der CDU]

D21  
D22 In präziser rechtlicher Kategorie bedeutet dies Bei der von Ihnen in der  
D23 Mündlichen Anfrage behandelten polizeilichen Maßnahme nach § 14 ASOG  
D24 handelt es sich um ein für jeden leicht nachvollziehbares Beispiel für  
D25 eine konsequente und richtige Anwendung des  
D26 Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Die von den Beamten ergriffenen Maßnahmen  
D27 waren zur Abwehr der drohenden Gefahr geeignet und stellten zugleich für  
D28 die Betroffenen den mildesten Eingriff dar. Ergänzend darf ich mitteilen,

D29 | daß von den 11 sichergestellten Ventilen 10 von den Eigentümern abgeholt  
D30 | wurden.

D31 |  
D32 | [Heiterkeit bei der CDU]

D33 |  
D34 | Das letzte befindet sich hier.

D35 |  
D36 | [Heiterkeit bei der CDU]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1075

A 1 | **Sen Dr. Heckelmann**

A 2 |

A 3 | Zur zweiten Frage Ob der von Ihnen, Herr Abgeordneter Wolf, beispielhaft  
A 4 | geschilderte Autokorso zur Aufhebung von Tempobeschränkungen ebenfalls  
A 5 | eine Gefahr im Sinne von § 14 ASOG darstellen könnte, kann abstrakt nicht  
A 6 | beantwortet werden.

A 7 |

A 8 | [Beifall und Heiterkeit bei der CDU]

A 9 |

A10 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Wolf - zu einer Zusatzfrage, bitte!

A11 |

A12 | **Wolf (PDS):** Darf ich aus Ihrer Antwort auf die zweite Frage schließen, daß  
A13 | - wenn diese Gefahrensituation im Falle eines Autokorsos in ähnlicher  
A14 | Weise gegeben wäre - Sie es befürworten würden, dort auch die Luft aus den  
A15 | Reifen zu lassen, um die Luft aus der Gefahrensituation zu bringen? Habe  
A16 | ich das richtig verstanden?

A17 |

A18 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A19 |

A20 | **Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Ich habe die Beantwortung Ihrer Frage  
A21 | ausdrücklich so gewählt, daß dem Zuhörer auch klar wird, daß diese  
A22 | Entscheidung in der konkreten Situation von den Einsatzkräften zu leisten  
A23 | ist. Der Senator wird sich hüten, der Polizei vor Ort am Tag vorher  
A24 | Vorschriften zu machen, wie sie eine Situation zu beurteilen hat, die der  
A25 | Senator selbst gar nicht kennt! Wenn Sie präzise Informationen haben, was  
A26 | sich morgen tut, Herr Abgeordneter, dann lassen Sie mich dies wissen; ich  
A27 | werde die Polizei entsprechend instruieren.

A28 |

A29 | [Beifall und Heiterkeit bei der CDU]

A30 |

A31 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Abgeordneter Wolf!

A32 |

A33 | **Wolf (PDS):** Herr Senator! Sie haben die Beschlagnahme von 11  
A34 | Fahrradventilen angesprochen. Ich hätte gerne gewußt, ob bei dieser Aktion  
B 1 | ordnungsgemäß Beschlagnahmeprotokolle ausgestellt wurden

B 2 |

B 3 | [Heiterkeit bei der PDS -

B 4 |

B 5 | Gelächter bei der CDU]

B 6 |

B 7 | und ob es sich hierbei nicht um einen übermäßigen bürokratischen Aufwand  
B 8 | handelt und ob das Durchstechen von Fahrradreifen, wozu einige  
B 9 | Polizeibeamten gegriffen haben, was ja keine Beschlagnahmequittung  
B10 | erfordert, den Vorstellungen des Senats von Entbürokratisierung  
B11 | entspricht.

B11 |

B12 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

B13 |

B14 | **Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und  
B15 | Herren! Da ich mit dem Herrn Abgeordneten darin übereinstimme, keinen  
B16 | übermäßigen Verwaltungsaufwand zu treiben, werde ich meine Antwort auf den  
B17 | Hinweis beschränken, daß ich davon ausgehe, daß auch in dieser Frage die  
B18 | Polizei das Angemessene getan hat.

B19 |

B20 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Das Wort hat der Abgeordnete Nix!

B21 |

B22 | **Nix (CDU):** Herr Senator! Hat die Polizei die Chance genutzt, diese -  
B23 | oftmals in einem beklagenswerten Zustand befindlichen - Fahrräder  
B24 | hinsichtlich ihrer Verkehrssicherheit zu kontrollieren,

[Heiterkeit bei der CDU]

und wären Sie mit mir der Meinung, daß eine solche Kontrolle im Hinblick auf die kommende dunkle Jahreszeit ein erheblicher Beitrag zur Verkehrssicherheit in unserer Stadt gewesen wäre?

[Beifall bei der CDU]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

**Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, daß die Polizei generell auf das äußerste darum bemüht ist, auch für die Verkehrssicherheit der Fahrräder Sorge zu tragen. Ob dies im konkreten Fall geschehen ist, habe ich nicht extra rückgefragt. Ich weiß nur eines Daß nämlich von den 11 sichergestellten Fahrrädern auch 10 abgeholt worden sind; das elfte konnte ich mit Rücksicht auf die Würde des Hauses nicht mitbringen;

[Heiterkeit bei der CDU]

es kann aber abgeholt werden in der Direktion 3, Kruppstraße, Halle 18.

[Heiterkeit bei der CDU]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Abgeordneter Dr. Wruck!

**Dr. Wruck** (CDU): Herr Innensenator! Ist Ihnen bekannt, daß unmittelbar vor den hier erwähnten Motorrademonstrationen gegen das Tempolimit von 100 km/h auf der Avus zwecks Verhinderung derselben von seiten der Polizei die Motorräder auf Mängel hin untersucht worden sind, und halten Sie diese Maßnahme für korrekt?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Ich lasse einmal zu, daß die zwar nicht unmittelbar auf die Frage bezogene Rückfrage des Abgeordneten Wruck aufgrund der uns allen bekannten intensiven Beziehungen, die er zu diesem Thema hat, gestellt wird. - Bitte, Herr Senator!

**Dr. Heckelmann,** Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Frage richtig verstanden habe, kann ich sie nur mit Ja beantworten!

**Präsidentin Dr. Laurien:** Die Fragen sind hiermit erschöpft.

[0.7]

Sie melden sich zur Geschäftsordnung? - Aber bitte zur Geschäftsordnung! Geschäftsordnung!

**Frau Engler** (Bü 90/Grüne): Ich melde mich sehr wohl zur Geschäftsordnung! Ich finde, daß es zwar sehr spaßig ist, was hier veranstaltet wird - und man kann seine Redefähigkeiten üben -, wir sind hier aber dazu da, um die Probleme dieses Landes zu lösen und kein Kasperletheater zu veranstalten.

[Palm (CDU): Das ist nicht zur Geschäftsordnung! - Weitere Zurufe von der CDU]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Entschuldigen Sie! Das ist keine Sache zur Geschäftsordnung, und außerdem meine ich Ein Parlament, das nicht mehr lachen kann, ist auch nicht fähig, sich ernsthaft zu beschäftigen.

[Beifall]

[1.4]

Ich rufe auf die Mündliche Anfrage Nummer 4 über **verkehrspolitische Konsequenzen aus den steigenden Unfallzahlen im Straßenverkehr**

Herr Abgeordneter Cramer hat das Wort!

**Cramer** (Bü 90/Grüne): Ich frage den Senat:

D28 |  
D29 | 1. Welche Taten - der Worte sind genug gewechselt - will der Senat wann  
D30 | unternehmen, um die steigenden Unfallzahlen zu reduzieren?

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1076

A 1 | **Cramer**

A 2 |

A 3 | 2. Angesichts des Verkehrsunfalls am 29. August 1991, als eine auf dem  
A 4 | Radweg vorschriftsmäßig fahrende Frau von einem rechtsabbiegenden Lkw  
A 5 | überfahren und getötet wurde, frage ich den Senat, ob er wenigstens auf  
A 6 | dem Abschnitt Rathenauplatz-Henriettenplatz die Radwegebenutzungspflicht  
A 7 | durch das Verkehrszeichen "Fußweg-Radfahrer frei" aufheben will, um den  
A 8 | Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern, die das wollen, die Benutzung der  
A 9 | Busspur auch auf diesem Abschnitt zu ermöglichen?

A10 |

A11 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Für den Senat antwortet Senator Dr. Haase!

A12 |

A13 | **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe Frau Präsidentin! Meine Damen  
A14 | und Herren! Herr Abgeordneter Cramer! Ich beantworte Ihre Mündliche  
A15 | Anfrage wie folgt:

A16 |

A17 | Zu 1: Die Darstellung aller Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit  
A18 | würde sicherlich den Rahmen dieser Fragestunde sprengen. Ich beschränke  
A19 | mich deshalb auf die Hervorhebung einiger besonders relevanter verkehr-  
A20 | licher Maßnahmen. In diesem Jahr haben wir den Bau von Lichtzeichen-  
A21 | signalanlagen intensiviert. Allein bis Ende 1991 sollen 76 neue Anlagen,  
A22 | davon 48 in den östlichen Bezirken, fertiggestellt und in Betrieb genommen  
A23 | werden. Für 1992 sind weitere 93 Lichtzeichensignalanlagen, davon 51 in  
A24 | den östlichen Bezirken, geplant. Die überwiegende Zahl dieser Anlagen  
A25 | dient der Fußgängersicherheit, vor allem der Schulwegsicherheit. Kurz-  
A26 | fristig zu Schulbeginn sind im September dieses Jahres im Vorgriff auf die  
A27 | Errichtung fester Lichtzeichensignalanlagen 11 mobile Anlagen eingerichtet  
A28 | worden, davon 9 in den östlichen Bezirken. Noch in diesem Jahr werden in  
A29 | einigen Straßen der östlichen Bezirke, auf denen eine höhere  
A30 | Geschwindigkeit als 50 km/h zugelassen ist, diese  
A31 | Geschwindigkeitsregelungen im vorrangigen Schutzinteresse der Fußgänger  
A32 | und Radfahrer aufgehoben. Die Überprüfung wird im Herbst des Jahres  
A33 | abgeschlossen sein. Ebenfalls im Herbst des Jahres wird eine Konzeption  
A34 | der Tempo-30-Zonen für die östlichen Bezirke vorliegen. Außerdem  
B 1 | erarbeitet der Senat zur Zeit ein neues Verkehrssicherheitsprogramm, das  
B 2 | den gesamten Komplex der Verkehrssicherheitsarbeit von der Verkehrs-  
B 3 | erziehung und Verkehrsaufklärung bis zu verkehrlichen und baulichen  
B 4 | Maßnahmen erfassen und insbesondere der Verkehrssituation in den östlichen  
B 5 | Bezirken Rechnung tragen wird. Dieses Programm wird die Möglichkeit zu  
B 6 | weiteren Verbesserungen der Verkehrssicherheit aufzeigen. Ich will dieses  
B 7 | Programm Anfang 1992 dem Abgeordnetenhaus vorlegen. Es soll danach zügig  
B 8 | umgesetzt werden.

B 9 |

B10 | Zu 2: Der Senat hat mit Bestürzung von diesem Verkehrsunfall erfahren.  
B11 | Leider läßt sich menschliches Fehlverhalten im Straßenverkehr auch durch  
B12 | gezielte Verkehrssicherungsmaßnahmen nicht völlig ausschließen. Ich habe  
B13 | sofort, nachdem ich von diesem Unfall Kenntnis erhalten habe, angeordnet,  
B14 | die Möglichkeit einer Verbesserung der Verkehrssituation an dieser  
B15 | lichtzeichengeregelten Einmündung zu prüfen. Der Senat wird dennoch nicht  
B16 | von seiner grundsätzlichen Auffassung abgehen, daß Radwege den Radfahrern  
B17 | eine größtmögliche Sicherheit bieten. Er sieht sich hierbei in  
B18 | Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Verkehr und den übrigen  
B19 | Bundesländern, die eine Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht einhellig,  
B20 | vor allem auch aus Gründen der Verkehrssicherheit, abgelehnt haben. Ich  
B21 | werde deshalb Ihrem Vorschlag nicht folgen. Die Freigabe des Gehweges zur  
B22 | Befahren durch Radfahrer hat eine erhebliche Gefährdung der Fußgänger zur  
B23 | Folge. Vor allem ältere Mitbürger fühlen sich in zunehmendem Maße durch  
B24 | Radfahrer auf Gehwegen gefährdet und in ihrer Mobilität beeinträchtigt.  
B25 | Deshalb können die vorhandenen Radwege nicht zu Lasten der Fußgänger

aufgehoben werden.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Cramer, bitte!

**Cramer** (Bü 90/Grüne): Herr Senator! Sie haben mich offensichtlich falsch verstanden. Ich will nicht die bestehenden Radwege an dieser Stelle zu Lasten der Fußgänger ändern, denn der Radweg befindet sich auf dem Gehweg. Ich will das zu Gunsten der Fußgänger aufheben, damit die Radfahrer, die schnell fahren, die Busspur benutzen können. Deshalb frage ich Sie noch einmal Wie viele Tote soll es auf den Radwegen, die auf Gehwegen existieren, noch geben, bevor Sie Ihre Fahrradverkehrspolitik ändern?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bitte!

**Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Cramer! Unsere Radwegpolitik ist darauf ausgerichtet, daß wir die Anzahl der Radwege weiter ausbauen, daß wir damit in der Stadt das Radwegesystem in seiner Gesamtheit vollenden. An dieser Radwegpolitik werden wir sicherlich festhalten. Ich habe Ihnen eben die Gründe genannt. Ich habe Ihnen aber gleichzeitig zugesichert, daß ich in Einzelfällen, in denen es zu bedauerlichen Verkehrsunfällen mit Todesfolge gekommen ist, die Situation noch einmal begutachten und dann entscheiden werde, ob verkehrliche Veränderungen notwendig sind.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Zu einer weiteren Frage - Herr Cramer, bitte!

**Cramer** (Bü 90/Grüne): Das war in meiner Frage aber ein Einzelfall. Aber unabhängig davon bin ich erfreut, daß Sie auch Tempo-30-Zonen als eine Maßnahme ansehen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Deshalb frage ich Sie, ob ich Sie so verstehen darf, daß Sie die von Ihnen in das Gespräch gebrachten und von Ihrer Parteizeitschrift bereits als vollendete Aufhebung von 52 Tempo-30-Straßen im westlichen Berlin dargestellte Tatsache rückgängig machen wollen? Darf ich damit rechnen, daß alle Straßen im östlichen Berlin, auf denen schneller als 50 km/h gefahren werden darf, am 3. Oktober 1991 zum Jahrestag der deutschen Einheit in Tempo-50-Straßen verwandelt werden?

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bitte!

**Dr. Haase**, Senator für Verkehr und Betriebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Cramer! Die Überprüfungsmaßnahmen für die 52 Tempo-30-Straßen, die aus verkehrlichen Gründen, aber auch aus Sicherheitsgründen wieder in Tempo-50-Straßen umgewandelt werden sollen, sind noch nicht abgeschlossen, so daß ich Ihnen noch nicht sagen kann, wie viele der Straßen wieder eine höhere Geschwindigkeit haben werden. Wir machen uns diese Überprüfung nicht leicht, sondern haben dafür einen Kriterienkatalog erarbeitet, der unter anderem die Verkehrssicherheit mit einbezieht, aber auch die verkehrliche Gegebenheit, also die Frage zu beantworten versucht, inwieweit diese Straßen für das Straßennetz in Berlin wichtig sind.

Was den zweiten Teil Ihrer Fragen anbelangt, so sind wir in der Tat dabei, alle einzelnen Straßen im östlichen Berlin zu überprüfen, in denen eine Geschwindigkeit von mehr als 50 km/h zugelassen ist. Ob diese Überprüfung dazu führt, daß wir alle aufheben, kann ich Ihnen heute noch nicht sagen, weil das Ergebnis noch nicht vorliegt. In Einzelfällen haben wir dieses bereits angeordnet.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Zur nächsten Zusatzfrage hat Frau Dr. Zillbach das Wort. Bitte!

**Frau Dr. Zillbach** (SPD): Herr Senator! Ich frage Sie Sind Sie tatsächlich der Meinung, daß durch technische Maßnahmen wie Lichtsignalanlagen oder eine verstärkte Verkehrserziehung, die dazu dient, Kinder dem Verkehr anzupassen, alles getan ist, um die Unfallgefahren zu verringern? Oder wäre es nicht besser, den Autofahrer an den Stadtverkehr anzupassen bzw. ihn durch Belehrung oder stärkere Überwachung dazu hinzuführen, daß die Unfallquelle Autofahrer gemindert wird?

[Beifall bei Bü 90/Grüne]



## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1077

- A 1 |  
A 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bitte!  
A 3 |  
A 4 | **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe Frau Präsidentin! Meine Damen  
A 5 | und Herren! Frau Kollegin Dr. Zillbach! Es ist in der Tat meine  
A 6 | Überzeugung, daß sowohl der eine wie der auch der andere Verkehrs-  
A 7 | teilnehmer aufgefordert werden muß, sich verkehrsgerecht zu verhalten, und  
A 8 | daß in den Fällen, wo dies durch Überzeugungsmaßnahmen wie die im Rahmen  
A 9 | des Verkehrssicherheitsprogramms - auch für Autofahrer - nicht gelingt,  
A10 | Ordnungsmaßnahmen greifen sollen. Deshalb nutze ich gern diese Frage, um  
A11 | noch einmal an die Verkehrsteilnehmer in der Stadt zu appellieren, sich  
A12 | mit Vernunft und Kooperation im Straßenverkehr zu bewegen.  
A13 |  
A14 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Cramer, bitte!  
A15 |  
A16 | **Cramer** (Bü 90/Grüne): Herr Senator! Glauben Sie wirklich, daß nach den  
A17 | tausend Appellen der zuständigen Politiker in den vergangenen Jahren an  
A18 | die Autofahrer, langsamer zu fahren, Ihr 1001. Appell irgend etwas an der  
A19 | Situation auf den Straßen ändern wird? Stellen Sie sich eigentlich die  
A20 | Frage, inwiefern Sie persönlich als derjenige, der für die politischen  
A21 | Rahmenbedingungen in der Verkehrspolitik zuständig ist, für jeden  
A22 | einzelnen Verkehrsunfall in der Stadt mit verantwortlich ist, wenn die  
A23 | Rahmenbedingungen so sind, wie sie sind, wenn Fußgänger und Radfahrer also  
A24 | benachteiligt werden?  
A25 |  
A26 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich lasse die Frage zwar zu, aber Sie merken  
A27 | sicherlich mein Zögern. - Bitte, Herr Senator!  
A28 |  
A29 | **Dr. Haase,** Senator für Verkehr und Betriebe Frau Präsidentin! Herr  
A30 | Abgeordneter Cramer! Ich will auf Ihre Unterstellung nicht eingehen,  
A31 | sondern nur darauf hinweisen, daß die Verkehrsunfallstatistik keineswegs  
A32 | belegt, daß es nur die eine Seite ist, die Verkehrsunfälle verursacht.  
A33 | Vielmehr ist bei diesen Verkehrsunfällen ganz überwiegend ein  
A34 | Zusammentreffen von verschiedenen Faktoren und Fehlverhalten  
B 1 | festzustellen. Wir haben das im Verkehrsausschuß diskutiert.  
B 2 |  
B 3 | Ich appelliere ja nicht nur daran, daß die Verkehrsteilnehmer sich im  
B 4 | Straßenverkehr vernünftig verhalten, sondern verweise darauf, daß  
B 5 | Ordnungsmaßnahmen eingreifen und daß wir beispielsweise bei der  
B 6 | Schulwegsicherung straßenbauliche Maßnahmen bereits angeordnet und  
B 7 | durchgeführt haben. Insofern geht Ihr Vorwurf ins Leere.  
B 8 |  
B 9 | [1.5]  
B10 |  
B11 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Hampel hat das Wort zu seiner Mündlichen  
B12 | Anfrage über  
B13 | **Fehleinstufungen an der Humboldt-Universität im Rahmen der**  
B14 | **Gehaltsumstellungen laut Tarifabkommen**  
B15 |  
B16 | **Dr. Hampel** (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!  
B17 | Ich frage den Senat:  
B18 |  
B19 | 1. Aus welchen konkreten Quellen bezieht Herr Senator Heckelmann seine  
B20 | Kenntnisse über 2.000 Fehleinstufungen bei der Neuordnung der Gehälter der  
B21 | Mitarbeiter der Humboldt-Universität?  
B22 |  
B23 | 2. Warum wurde das Angebot der Universitätsleitung an den Senat, für die  
B24 | Festlegung der Eingruppierung eine Kommission unter Mitwirkung von

B25 Angehörigen der FU und TU zu bilden, nicht genutzt?

B26

B27 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Prof. Erhardt, bitte!

B28

B29 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin!

B30 Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Hampel! Herr

B31 Senator Heckelmann und ich schöpfen unsere Kenntnisse aus derselben

B32 Quelle. Anlässlich der Beratung der Stellenplanentwürfe 1992 in der

B33 Hauptkommission der Humboldt-Universität Ende August des Jahres wurde für

B34 die Beamten der beiden Senatsverwaltungen folgendes deutlich Die von der

C 1 Humboldt-Universität selbst vorgenommenen Bewertungen liegen über dem

C 2 durchschnittlichen Bewertungsgefüge von Freier Universität und Technischer

C 3 Universität. Daraufhin verständigten sich beide Senatsverwaltungen mit der

C 4 Humboldt-Universität auf eine Besprechung am 5. September 1991. Bei diesem

C 5 Gespräch wurde der Stellenplan 1992 durchgegangen und folgendes

C 6 festgestellt

C 7

C 8 Erstens: Eine erhebliche Zahl von Bewertungsvermutungen ist überhöht.

C 9

C10 Zweitens: Teilweise sind Eingruppierungen vorgenommen worden, die

C11 tarifrechtlich an der Humboldt-Universität nicht möglich sind.

C12

C13 Drittens: In einer Vielzahl von Fällen sind entgegen den Vorschriften des

C14 BAT-O Bewährungsgruppen festgelegt worden.

C15

C16 Und viertens: Es sind Zustimmungsvorbehalte und Rahmenvorgaben nicht

C17 beachtet worden, die in einem Grundsatzbeschluss der Personalkommission vom

C18 20. Juni 1991 festgelegt worden waren.

C19

C20 Daraufhin habe ich in einem Schreiben vom 9. September 1991 an Herrn

C21 Rektor Fink den Sachverhalt dargestellt und ihn darum gebeten, die

C22 Zahlungen für September anzuhalten und nur Zahlungen in der früheren Höhe

C23 anzuweisen. Herr Rektor Fink hat mir mitgeteilt, daß die zum 15. September

C24 1991 angewiesenen Zahlungen nicht mehr angehalten werden konnten.

C25

C26 Zu Frage 2: Herr Abgeordneter Hampel, die Frage enthält eine

C27 Unterstellung, die nicht zutrifft. Die Humboldt-Universität hat in einer

C28 Besprechung zwischen dem Ersten Prorektor, Herrn Prof. Zschunke, und dem

C29 Abteilungsleiter der Hochschulabteilung meines Hauses am 23. September

C30 1991 angeboten, über eine Kommission bestehend aus Humboldt-Universität,

C31 Technischer Universität, Freier Universität und den beiden betroffenen

C32 Senatsverwaltungen die Überprüfung der vorgenommenen Bewertungsvermutungen

C33 vornehmen zu lassen. Ich habe diesen Vorschlag einen Tag später

C34 schriftlich gegenüber der Humboldt-Universität angenommen.

D 1

D 2 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Hampel, bitte!

D 3

D 4 **Dr. Hampel** (FDP): Herr Senator! Ist Ihnen bekannt, daß bereits am 22.

D 5 April gegenüber der 6er-Kommission ein Vorschlag gemacht wurde, in dem die

D 6 Errichtung einer solchen Kommission angeregt wurde? - Ist Ihnen ferner

D 7 bekannt, daß es eine statistische Unterlage zum Vergleich zwischen TU und

D 8 HUB gibt, wonach an der TU über 30 Prozent der in Verwaltung und Technik

D 9 beschäftigten Mitarbeiter beamtet sind und von den verbleibenden mehr als

D10 43 Prozent in den Gehaltsstufen höher als BAT IIa eingestuft sind, während

D11 das an der Humboldt-Universität nach den vorliegenden Angaben nur 12,4

D12 Prozent sind? - Woraus schöpfen Sie, daß 2.000 Mitarbeiter, also rund zwei

D13 Drittel der Mitarbeiter, sich selbständig bedient haben? Diesen Beweis

D14 hatte ich erbeten, Sie sind ihm mir schuldig geblieben.

D15

D16 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bitte!

D17

D18 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Die Zahl 2.000 ist

D19 eine Hochrechnung, die von den zuständigen Beamten zusammen mit der

D20 Humboldt-Universität vorgenommen worden ist. Richtig ist, daß am 20. Juni

D21 die Personalkommission Rahmenvorgaben für die Bewertungen vorgenommen hat

D22 und diese Rahmenvorgaben und Zustimmungsvorbehalte von der Humboldt-

D23 Universität nicht beachtet worden sind.

D24

D25 Falls Ihre Zusatzfrage einen Vorwurf an Freie Universität und Technische

D26 Universität beinhaltet, daß die dortigen Einstufungen überhöht seien, so

D27 muß ich diesem Vorwurf selbstverständlich



## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1078

A 1 | **Sen Dr. Erhardt**

A 2 |  
A 3 | nachgehen. Dies ist aber nicht die Bemessungsgrundlage.  
A 4 | Bemessungsgrundlage für die Bewertungsvermutungen der Humboldt-Universität  
A 5 | ist der BAT-O, der bekanntlich nur im Ostteil unserer Stadt, nicht aber im  
A 6 | Westteil gilt. Auch die Humboldt-Universität hat bestätigt, daß für das  
A 7 | nicht-wissenschaftliche Personal - um das es bekanntlich hier geht -  
A 8 | Fragebogen ausgeteilt und dann auf der Grundlage - ich sage es einmal  
A 9 | salopp - der Selbsteinstufung die Zahlungen angewiesen worden sind.

A10 |  
A11 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Hampel, bitte!

A12 |  
A13 | **Dr. Hampel (FDP):** Herr Senator! Wie werten Sie in diesem Zusammenhang die  
A14 | am 21. Juni 1991 von Herrn Senator Heckelmann im Rundschreiben Nr. 2  
A15 | verbreitete Meinung? - Dort heißt es:

A16 |  
A17 | Die Tarifvertragsparteien gehen davon aus, daß bei der Fülle  
A18 | festzustellender Eingruppierungen Fehler unvermeidlich sind. Sie haben  
A19 | deshalb festgelegt, daß fehlerhafte Eingruppierungen bis zum  
A20 | 31. Dezember 1992 korrigiert werden können.

A21 |  
A22 | Was haben Sie unternommen, um diese Fehlerquote von vornherein so gering  
A23 | wie möglich zu halten?

A24 |  
A25 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bitte!

A26 |  
A27 | **Dr. Erhardt, Senator für Wissenschaft und Forschung:** Der BAT-O spricht von  
A28 | Bewertungsvermutungen, d.h. er geht von vornherein davon aus, daß nach der  
A29 | ersten Grobüberprüfung noch Korrekturen notwendig sind. Es geht aber nicht  
A30 | um die sozusagen aufgrund der pauschalen Bewertung vorgekommenen Fehler,  
A31 | sondern darum, daß das Verfahren insgesamt in einer Weise eingeleitet  
A32 | worden ist, die Fehler implizierte und vorgenommene und beschlossene  
A33 | Rahmenvorgaben nicht beachtet hat. Wir sind bereit, zusammen mit der  
A34 | Humboldt-Universität die jetzt vorgekommenen Fehler zu bereinigen. Die  
B 1 | Humboldt-Universität selbst hat vorgeschlagen, daß in allen Zweifelsfällen  
B 2 | im Rahmen der Bewertungsvermutung um eine Bewertungsstufe tiefer  
B 3 | eingruppiert wird und in über 200 Fällen zwei Bewertungsgruppen tiefer  
B 4 | eingestuft wird. Dann sind die ersten groben Fehler behoben. Spätere  
B 5 | Überprüfungen müssen selbstverständlich vorgenommen werden.

B 6 |  
B 7 | [1.6]

B 8 |  
B 9 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Pflugbeil hat das Wort zu seiner  
B10 | Mündlichen Anfrage über  
B11 | **polizeiliche Maßnahmen während der IOCTagung am 16. September 1991**

B12 |  
B13 | **Dr. Pflugbeil (Neues Forum):** Ich frage den Senat:

B14 | 1. Aufgrund welcher tatsächlichen Anhaltspunkte und auf welcher  
B15 | rechtlichen Grundlage wurde am 16. September 1991 während der IOC-Tagung  
B16 | im Grand-Hotel das "Haus der Demokratie" mit technischen Hilfsmitteln  
B17 | beobachtet, wurden Tonaufzeichnungen, Photos und Fernseh- oder  
B18 | Videoaufzeichnungen angefertigt, und was geschieht oder geschah mit ihnen?

B19 |  
B20 | 2. Wie steht der Senat zur Immunität von Abgeordneten in bezug auf die  
B21 | Beobachtung der Abgeordnetengruppe Neues Forum/Bürgerbewegung bei ihrer  
B22 | Sitzung, die zur genannten Zeit im "Haus der Demokratie" stattfand?

B23 |  
B24 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Heckelmann, bitte!

B25  
B26 **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter  
B27 Dr. Pflugbeil! Meine Damen und Herren!  
B28

B29 Zu Frage 1: Dem Polizeipräsidenten in Berlin lagen Informationen und  
B30 Hinweise auf mögliche unfriedliche Aktionen am Grand-Hotel anlässlich der  
B31 dort stattfindenden Tagung des IOC-Exekutivkomitees vor. Da es bereits in  
B32 den Abendstunden des 14. September 1991 zu Farbbeutelwürfen gekommen war,  
B33 bei denen unter anderem auch das Kraftfahrzeug des NOK-Präsidenten  
B34 beschädigt wurde, war mit weiteren Straftaten zu rechnen.

C 1  
C 2 Der Polizeipräsident in Berlin hatte deshalb am 16. September 1991  
C 3 vorsorglich auf dem Dach des Grand-Hotels mit Blickrichtung "Haus der  
C 4 Demokratie" eine Videokamera postiert, mit der zunächst zu Testzwecken  
C 5 ausschließlich Übersichtsaufnahmen gefertigt wurden. Dabei war nicht  
C 6 bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt im "Haus der Demokratie" eine Sitzung von  
C 7 Abgeordneten des Neuen Forums/Bürgerbewegung stattfand. Erst nachdem aus  
C 8 dem "Haus der Demokratie" die Bitte übermittelt wurde, eine Sitzung unter  
C 9 Beteiligung von Abgeordneten nicht weiter zu beobachten, wurde in Kenntnis  
C10 der neuen Sachlage die Videokamera unverzüglich abgebaut. Es war  
C11 allerdings ohnehin von der Polizei beabsichtigt, die Videokamera nach  
C12 Beendigung der Vorfahrt der Mitglieder des IOC-Exekutivkomitees zu  
C13 entfernen. Das entstandene Filmmaterial wurde unmittelbar nach Einsatzende  
C14 gelöscht.  
C15

C16 Zu Frage 2: Artikel 46 Absatz 1 des Grundgesetzes, der die Immunität der  
C17 Abgeordneten garantiert, gewährleistet dem einzelnen Abgeordneten Schutz  
C18 vor Strafverfolgung. Die verfassungsrechtliche Garantie erstreckt sich  
C19 jedoch nicht auf präventive Maßnahmen der Polizei, so daß im Einzelfall  
C20 nicht ausgeschlossen ist, daß auch Abgeordnete von gefahrenabwehrenden  
C21 Maßnahmen der Polizei betroffen sind.  
C22

C23 **Präsidentin Dr. Laurien**: Wollen Sie eine weitere Frage stellen, Herr Dr.  
C24 Pflugbeil? Das ist nicht erkennbar.  
C25

C26 **Dr. Pflugbeil** (Neues Forum): Ja, ich möchte gern nachfragen!  
C27

C28 **Präsidentin Dr. Laurien**: Bitte, Sie haben das Recht dazu!  
C29

C30 **Dr. Pflugbeil** (Neues Forum): Lagen konkrete Anhaltspunkte dafür vor, daß  
C31 vom "Haus der Demokratie" und insbesondere von den Räumen, in denen wir  
C32 unsere Sitzung abgehalten haben, irgendeine Gefährdung für diese IOC-  
C33 Tagung ausgehen könnte?  
C34

D 1 **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator Professor Heckelmann!  
D 2

D 3 **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter  
D 4 Dr. Pflugbeil! Meine Damen und Herren! Ich hatte in der Schilderung zur  
D 5 Beantwortung Ihrer Hauptfrage bereits zum Sachverhalt folgendes dargelegt  
D 6 Es gab Anhaltspunkte dafür, daß durch Farbbeutelwürfe oder sonstige  
D 7 Maßnahmen die Gefährdung von Rechtsgütern - an Leib oder Leben oder  
D 8 Sachgüter - im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen die Tagung des IOC-  
D 9 Exekutivkomitees eintreten kann. Dies war auch im Zusammenhang mit dem  
D10 Grand-Hotel gegenüberliegenden "Haus der Demokratie" im Prinzip zu  
D11 besorgen. Deswegen ist diese Kamera zunächst zu Testzwecken aufgestellt  
D12 worden und - wie ich geschildert habe - wieder entfernt worden.  
D13

D14 **Präsidentin Dr. Laurien**: Zur weiteren Zusatzfrage - bitte, Herr Dr.  
D15 Pflugbeil!  
D16

D17 **Dr. Pflugbeil** (Neues Forum): Können wir damit rechnen, daß bei weiteren  
D18 Tagungen im Grand-Hotel ähnliche Beobachten stattfinden? Haben solche  
D19 Beobachtungen auch bei Fraktionsräumen anderer Fraktionen dieses Hauses  
D20 stattgefunden?  
D21

D22 **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator!

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1079

A 1 |  
A 2 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter  
A 3 | Dr. Pflugbeil! Meine Damen und Herren! Jede polizeiliche Maßnahme hängt  
A 4 | von den konkreten Umständen des Einzelfalls ab. Zukunftsprognosen gebe ich  
A 5 | hierzu nicht ab, sondern die Entscheidung ist von der Polizei konkret, in  
A 6 | der jeweiligen Lage vor Ort zu treffen.  
A 7 |  
A 8 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Nix erhält das Wort für die nächste Frage!  
A 9 |  
A10 | **Nix** (CDU): Herr Senator! Halten Sie angesichts der Tatsache, daß aus dem  
A11 | Demonstrationszug vor dem Grand-Hotel mit Leuchtschmuckmunition auf das  
A12 | Grand-Hotel und auf die auf dem Dach des Grand-Hotels befindlichen  
A13 | Personen geschossen worden ist, die präventive Maßnahme der Polizei für  
A14 | gerechtfertigt?  
A15 |  
A16 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator!  
A17 |  
A18 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Ich habe den Schluß der Frage  
A19 | akustisch nicht verstanden.  
A20 |  
A21 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Dann will ich es Ihnen sagen Ob Sie diese  
A22 | präventive Maßnahme wegen der Dinge, die der Abgeordnete geschildert hat,  
A23 | für gerechtfertigt gehalten hätten!  
A24 |  
A25 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Die Postierung der Kamera ist  
A26 | sicherlich präventiv die richtige Maßnahme gewesen.  
A27 |  
A28 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Danke!  
A29 |  
A30 | [1.7]  
A31 |  
A32 | Das Wort für die nächste Mündliche Anfrage hat Herr Abgeordneter Jaroch  
A33 | über  
A34 | **Ballett des Friedrichstadtpalastes**  
B 1 |  
B 2 | **Jaroch** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
B 3 | Senat:  
B 4 |  
B 5 | 1. Wie sieht der Senat die Situation des Balletts des Friedrichstadt-  
B 6 | palastes?  
B 7 |  
B 8 | 2. Sind Tarifverhandlungen über Entlohnung und Anerkennung der Berufsjahre  
B 9 | der Mitglieder des Balletts vorgesehen?  
B10 |  
B11 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator Roloff-Momin hat das Wort!  
B12 |  
B13 | **Roloff-Momin**, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Präsidentin!  
B14 | Herr Abgeordneter Jaroch! Meine Damen und Herren! Ich beantworte Ihre  
B15 | Mündliche Anfrage wie folgt:  
B16 |  
B17 | Zu Frage 1: Die künstlerische Qualität des Balletts des Friedrichstadt-  
B18 | palastes ist ohne Zweifel ein Aushängeschild für die Attraktivität dieses  
B19 | Revuetheaters. Gastspielauftritte in Frankfurt und Köln sind hierfür der  
B20 | Beweis. Das Ballett des Friedrichstadtpalastes ist deshalb nicht nur  
B21 | wesentlicher Bestandteil der gegenwärtigen Produktion, sondern wird auch  
B22 | wesentliches Element künftiger Produktionen sein. Interessenten, die eine  
B23 | Übernahme des Friedrichstadtpalastes anstreben, um diesen künftig privat  
B24 | zu betreiben, haben deutlich gemacht, daß zu ihrem Konzept die

B25 Beschäftigung eines Balletts gehört.

B26

B27 Zu Frage 2: Im Einvernehmen mit den Senatsverwaltungen für Inneres und  
B28 Finanzen sind rückwirkend ab 1. Juli 1991 die Gagen außerhalb einer  
B29 tarifvertraglichen Regelung erhöht worden. Die Senatsverwaltung für  
B30 Kulturelle Angelegenheiten ist der Auffassung, daß unabhängig davon  
B31 Haustarifverträge abgeschlossen werden müssen, und bemüht sich deshalb  
B32 darum, daß die zuständige Senatsverwaltung für Inneres in diese  
B33 Verhandlungen eintritt.

B34

C 1 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Jaroch, bitte stellen Sie Ihre Zusatzfrage!

C 2

C 3 **Jaroch** (CDU): Herr Senator! Können Sie mir sagen, wann die  
C 4 Tarifverhandlungen etwa abgeschlossen sein könnten?

C 5

C 6 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

C 7

C 8 **Roloff-Momin**, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Herr Abgeordneter  
C 9 Jaroch! Das kann ich Ihnen im Moment nicht sagen, weil eine andere  
C10 Verwaltung federführend ist.

C11

C12 [1.8]

C13

C14 **Präsidentin Dr. Laurien:** Dann rufe ich eine weitere - vermutlich die  
C15 letzte - Mündliche Anfrage in dieser Fragestunde auf. Herr Abgeordneter  
C16 Dr. Seitz stellt sie zum Thema:

C17 **Eingruppierung von Diplom-Medizinpädagogen im BAT-Ost als  
C18 Unterrichtsschwestern**

C19

C20 **Dr. Seitz** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich frage den  
C21 Senat:

C22

C23 1. Welche Gründe waren für den Senat maßgeblich, die Schule für  
C24 Medizinalfachberufe an der Charité nur dann zu übernehmen, wenn die dort  
C25 tätigen Lehrkräfte die Qualifikation als Diplom-Medizinpädagoge besitzen,  
C26 beziehungsweise sofort ein geeignetes Studium aufnehmen?

C27

C28 2. Wie erklärt dann der Senat - auch angesichts des Pflegenotstandes - die  
C29 Eingruppierung dieser Diplom-Medizinpädagogen im BAT-Ost als  
C30 Unterrichtsschwestern - Diätassistenten und Krankengymnasten -?

C31

C32 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Dr. Luther hat das Wort!

C33

C34 **Dr. Luther**, Senator für Gesundheit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten  
D 1 Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. Seitz! Ich beantworte Ihre  
D 2 Mündliche Anfrage wie folgt:

D 3

D 4 Zu Frage 1: Die Schule für Medizinalfachberufe an der Charité ist von der  
D 5 Senatsverwaltung für Gesundheit am 20. März 1991 als Lehranstalt für  
D 6 Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Krankengymnastik, Hebammen und  
D 7 Diätassistenten mit den von dort vorgeschlagenen hauptamtlichen  
D 8 Lehrkräften unter Bezugnahme auf den Einigungsvertrag gemäß den  
D 9 Vorschriften des Gesetzes über die Lehranstalten für Medizinalfachberufe  
D10 und Personen und der hierzu erlassenen Durchführungsverordnung anerkannt  
D11 worden. Auflagen zur Bestätigung der vorgeschlagenen Lehrkräfte wurden  
D12 nicht erteilt, weil alle vorgeschlagenen Personen die im Einigungsvertrag  
D13 festgelegten Voraussetzungen erfüllen. Danach dürfen, abweichend von den  
D14 im Hebammengesetz und im Krankenpflegegesetz genannten Voraussetzungen  
D15 Lehranstalten für diese Berufe als geeignet anerkannt werden, wenn sie  
D16 unter anderem - ich zitiere aus dem Einigungsvertrag -

D17

D18 über eine im Verhältnis zur Zahl der Ausbildungsplätze ausreichende  
D19 Zahl von Fachschullehrern mit pädagogischem Hochschulabschluß oder  
D20 Fachschullehrern mit Fachschulabschluß, die zum Zeitpunkt des Beitritts  
D21 an einer medizinischen Fachschule unterrichten, verfügen.

D22

D23 Dies war zum Zeitpunkt der staatlichen Anerkennung der Fall. Inwieweit bei  
D24 dieser Besetzung die Charité eine Vorauswahl nach der bestmöglichen  
D25 Qualifikation getroffen hat, ist beim Senat nicht bekannt und von diesem  
D26 nicht zu kontrollieren, sondern entspricht der normalen Berechtigung des  
D27 Arbeitgebers, weniger oder gar nicht geeignetes Personal nicht zu



## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1080

A 1 | **Dr. Luther**

A 2 |  
A 3 | Folgerichtig wurden auftragsgemäß 37 Diplom-Medizinpädagogen, 4  
A 4 | Medizinpädagogen und 6 Diplom-Pädagogen im Rahmen der staatlichen  
A 5 | Anerkennung der Schule bestätigt.

A 6 |  
A 7 | Zu Frage 2: Die **Eingruppierung der Lehrkräfte** an den Lehranstalten regelt  
A 8 | der geltende Tarifvertrag in erster Linie nach der ausgeübten Tätigkeit  
A 9 | und zieht die zugrunde liegende Ausbildung als weiteren untergeordneten  
A10 | Gesichtspunkt heran. Da der Einigungsvertrag die Tätigkeit der Lehrkräfte  
A11 | in den medizinischen Fachschulen der ehemaligen DDR und der Lehranstalten  
A12 | der alten Bundesrepublik unabhängig von der teilweise unterschiedlichen  
A13 | Ausbildung der Lehrkräfte gleichstellt und im Tarifvertrag keine  
A14 | Sonderregelung getroffen worden ist, mußte folgerichtig auch die Vergütung  
A15 | gleich sein. Sicher ist eine abweichende Eingruppierung denkbar, jedoch  
A16 | nur als Ergebnis künftiger Tarifverhandlungen.

A17 |  
A18 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Bitte Herr Abgeordneter Dr. Seitz, Sie haben das  
A19 | Wort für eine Zusatzfrage!

A20 |  
A21 | **Dr. Seitz (SPD):** Wie steht der Senat zu dem **Berufsbild des Diplom-**  
A22 | **Medizinpädagogen** für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen? Ist er  
A23 | gegebenenfalls bereit, dieses Berufsbild durch Ergänzung des Landeslehr-  
A24 | anstaltengesetzes zu betreiben?

A25 |  
A26 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

A27 |  
A28 | **Dr. Luther, Senator für Gesundheit:** Der Senat sieht diesen  
A29 | Ausbildungszweig als sehr zukunftssträftig und förderungswürdig an. Ich  
A30 | kann mir gut vorstellen, daß in Zukunft dieser Berufszweig auch bundes-  
A31 | oder deutschlandweit angewandt wird. Gegenwärtig ist es jedoch so, daß  
A32 | dieser Ausbildungszweig in der ehemaligen DDR oder in Ost-Berlin von  
A33 | Diplom-, also Hochschulabschlußlehrkräften geregelt wird, in der gesamten  
A34 | Bundesrepublik von Fachschullehrkräften. Die Vereinheitlichung hat  
B 1 | ergeben, daß alle einheitlich einen Tarifvertrag haben. Ich könnte mir gut  
B 2 | vorstellen und würde mir wünschen, daß zukünftige Tarifabschlüsse darauf  
B 3 | Rücksicht nehmen, daß künftigt generell ein Diplom-Abschluß gefordert wird  
B 4 | oder wünschenswert ist.

B 5 |  
B 6 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke!

B 7 |  
B 8 | Meine Damen und Herren, damit ist die Fragestunde beendet. Alle mündlichen  
B 9 | Anfragen, die aus Zeitgründen nicht beantwortet werden konnten, werden  
B10 | gemäß § 51 Absatz 5 GO schriftlich beantwortet.

B11 |  
B12 | Ich möchte dem Senat aus dem Ältestenrat berichten, daß die Abgeordneten  
B13 | nicht erwarten, auf Anfragen, die nicht mündlich beantwortet werden  
B14 | konnten, umfängliche schriftliche Antworten zu bekommen, sondern daß  
B15 | angesichts des Stils einer mündlichen Fragestunde dann auch die  
B16 | schriftliche Antwort so ausfallen sollte, wie sie ausgefallen wäre, wenn  
B17 | der Senator mündlich hätte antworten können. Damit ist die Argumentation,  
B18 | daß man absolut überlastet sei und deshalb nicht antworten könne, in einer  
B19 | menschenfreundlichen Weise entkrampft.

B20 |  
B21 | Ich rufe auf die

B22 |  
B23 | **Spontane Fragestunde**

B24 |

B25 Ich erinnere noch einmal daran: In der spontanen Fragestunde kann jedes  
B26 Senatsmitglied gefragt werden, aber die Frage muß kurz gefaßt, von  
B27 allgemeinem Interesse sein und darf nicht auf irgendeinen  
B28 Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung Bezug nehmen. Der Fragesteller  
B29 kann eine kurze Zusatzfrage stellen; damit ist dann die jeweilige  
B30 Einzelfrage erschöpft.

B31  
B32 [S1]

B33  
B34 - Herr Jaroch - bitte schön!

C 1  
C 2  
C 3 **Jaroch (CDU):** Wie beurteilt der Senat die Ergebnisse der  
C 4 **Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienstes** gestern und vorgestern in  
C 5 Bonn?

C 6  
C 7 **Präsidentin Dr. Laurien:** Wer antwortet? - Bitte, Herr Heckelmann!

C 8  
C 9 **Dr. Heckelmann, Senator für Inneres:** Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter  
C10 Jaroch! Meine Damen und Herren! Der Senat von Berlin bewertet das Resultat  
C11 der Tarifgespräche zwischen der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder und  
C12 der Gewerkschaftsseite als einen Durchbruch in der Herstellung  
C13 **einheitlicher Lebensverhältnisse in Gesamtdeutschland**, speziell hier in  
C14 Berlin, wo die Gegensätze nach wie vor so kraß aufeinanderprallen. Ich  
C15 glaube, es befriedigt auch den legitimen und moralischen Anspruch der  
C16 Mitbürger im öffentlichen Dienst im Ostteil der Stadt, die damit ihre  
C17 Lebensleistung anerkannt erhalten. Zum Inhalt ist einschränkend zu sagen -  
C18 -

C19  
C20 [Unruhe]

C21  
C22 **Präsidentin Dr. Laurien:** Also, darf ich der guten Ordnung halber einmal  
C23 sagen - und hier müssen wir miteinander fair und deutlich umgehen -: Es  
C24 ist eine spontane Fragestunde, in der unvorbereitet gefragt wird.

C25  
C26 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der SPD]

C27  
C28 Ich muß als alte Lehrerin fair fragen, entschuldigen Sie, wenn der Senator  
C29 dann von einem Zettel abliest,

C30  
C31 [Sen. Dr. Heckelmann: Nein!]

C32  
C33 sind gewisse Fragezeichen an die Spontaneität zulässig.

C34  
D 1 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der SPD -  
D 2 Zuruf: Das ist ein Mißverständnis!]

D 3  
D 4 Herr Senator, verteidigen Sie sich!

D 5  
D 6 **Dr. Heckelmann, Senator für Inneres:** Frau Präsidentin! Meine Damen und  
D 7 Herren! Ich lese keinen Text ab. Ich habe hier den Text der Vereinbarung -  
D 8 nichts anderes - und ein paar Handkritzeln dabei. Ich formuliere also frei.  
D 9 Ich bin darauf trainiert und werde auch so fortfahren.

D10  
D11 **Präsidentin Dr. Laurien:** Ausgezeichnet!

D12  
D13 [Vereinzelter Beifall bei der CDU]

D14  
D15 Aber ich möchte bemerken, daß hier während des Ablesens bereits Unruhe zu  
D16 sehen war. Die Klärung ist hilfreich.

D17  
D18 **Dr. Heckelmann, Senator für Inneres:** Einverstanden! - Es gibt in dem  
D19 Zusammenhang Einschränkungen insoweit, als die **Gültigkeit des**  
D20 **Tarifvertrags** erst mit Wirkung vom 1. Dezember dieses Jahres beginnt und  
D21 der laufende Tarifvertrag in seiner Laufdauer von Ende März auf Ende April  
D22 1992 ausgedehnt worden ist. Ich glaube, dies ist als Resultat von Geben  
D23 und Nehmen wie bei allen Verhandlungen und geschlossenen Verträgen ein  
D24 üblicher und normaler Vorgang.

D25  
D26 Ich muß von der tatsächlichen Seite ergänzen und ausdrücklich darauf  
D27 hinweisen: Es kann niemand von den östlichen im öffentlichen Dienst

D28 | befindlichen Bediensteten im Ostteil Berlins damit rechnen, daß bereits am  
D29 | nächsten Monatsersten die volle **Anrechnung der Vordienstzeiten**  
D30 | durchgeführt wird. Jede einzelne Anstellungskörperschaft, Anstalt, Bezirk  
D31 | oder Landesverwaltung muß für jeden einzelnen der rund **160.000** Zahlfälle  
D32 | und für jeden einzelnen Bediensteten Monat für Monat den genannten  
D33 | Lebenslauf durchgehen. Dieser Vorgang wird erst in rund einem Jahr  
D34 | abgeschlossen sein. Deswegen wird die Innenverwaltung in Kürze ein  
D35 | Rundschreiben herausgeben, das Anhaltspunkte für die Verwaltung geben  
D36 | soll, damit auf dem Wege von **Abschlagszahlungen** dem Problem abgeholfen  
D37 | werden kann.

D38 |  
D39 | [Frau Blankenburg (CDU): Das ist sehr gut!]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1081

A 1 | **Sen Dr. Heckelmann**

A 2 |  
A 3 | Wir werden die Berechnungen so durchführen, daß die Abschlagszahlungen  
A 4 | möglichst zeitgerecht und betragsnah an die zu errechnenden Beträge  
A 5 | herankommen.

A 6 |  
A 7 | Eine zweite Vereinbarung ist auf unsere Initiative hin ausschließlich für  
A 8 | Berlin erreicht worden: Berlin ist ermächtigt, im **Krankenpflegebereich** in  
A 9 | besonders belasteten Positionen OP-Stationen, Anästhesie und  
A10 | Intensivpflege - mit einer Zulage von bis zu vier Dienstalterstufen, die  
A11 | man pauschalieren kann, vorweg zu operieren, um dem Abfluß in den Westteil  
A12 | der Stadt entgegenwirken zu können. - Danke sehr!

A13 |  
A14 | [Vereinzelter Beifall bei der CDU]

A15 |  
A16 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Keine Zusatzfrage? Danke!

A17 |  
A18 | [S2]

A19 |  
A20 | Nach der Geschäftsordnung ist die SPD-Fraktion dran. Wenn da nichts  
A21 | vorliegt, haben Sie das Wort, Herr Wiemann!

A22 |  
A23 | **Wiemann (FDP):** Danke, Frau Vorsitzende! - Ich frage den Senat, wie er sich  
A24 | dazu stellt, daß die **Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik**  
A25 | **Studienplätze** nach einem Quotensystem DDR und BRD im Verhältnis eins zu  
A26 | vier **vergibt**. Offensichtlich ist dort die Tatsache der deutschen Einheit  
A27 | noch nicht rezipiert worden.

A28 |  
A29 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Wer antwortet darauf? - Professor Erhardt!

A30 |  
A31 | **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Dieses ist keine  
A32 | Eigentümlichkeit der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik,  
A33 | sondern in den Zugangs- und Zulassungsregelungen ist festgelegt, daß man  
A34 | wegen der **unterschiedlichen Abiturnoten in Ost und West** zwei  
B 1 | Bewerbergruppen bildet und innerhalb dieser Gruppen einheitliche Maßstäbe  
B 2 | anlegt. Wenn also hier ein Zulassungsverhältnis von eins zu vier  
B 3 | herauskommt, so ist dies exakt das Bewerberverhältnis von eins zu vier.

B 4 |  
B 5 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke! - Gibt es dazu eine Nachfrage?

B 6 |  
B 7 | **Wiemann (FDP):** Können Sie nachvollziehen, daß trotzdem schon die  
B 8 | **Sprachregelung** - BRD, DDR - nicht sehr zeitgemäß ist und daß es außerdem,  
B 9 | z. B. in der Fortbildung von Jugendklubleitern und ähnlichen Arbeitern  
B10 | einen starken Nachholbedarf im Osten gibt, der durch dieses Verhältnis  
B11 | überhaupt nicht repräsentiert wird, zumal die Abiturnoten sicherlich im  
B12 | Osten einen besseren Durchschnitt hatten; dafür kamen aber wesentlich  
B13 | weniger Leute auf die zum Abitur führenden Schulen. Wenn man das  
B14 | umrechnet, ist dieser bessere Durchschnitt schon wieder verschwunden.

B15 |  
B16 | [Vereinzelter Beifall bei der PDS -  
B17 | Frau Dr. Löttsch (PDS): Richtig!]

B18 |  
B19 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Bitte schön - Herr Senator!

B20 |  
B21 | **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Weder das **Kürzel**  
B22 | **"BRD"** noch das **Kürzel "DDR"** schmecken mir, so daß es angezeigt wäre, zu  
B23 | einer neuen, besseren Begrifflichkeit zu finden. Am Sachverhalt selbst  
B24 | ändert dies nichts. Ich stimme Ihnen zu, daß der **Bedarf an Sozialarbeitern**

B25 | **und Sozialpädagogen** nicht nur im Osten unserer Stadt, sondern insgesamt im  
B26 | Osten unseres Vaterlandes sehr viel größer ist als derzeit im Westteil der  
B27 | Bundesrepublik Deutschland. Bedarfsgesichtspunkte können wir wegen des  
B28 | Artikels 12 des Grundgesetzes in die Zulassungsregelungen leider nicht  
B29 | einbauen. Aber ich kann Ihnen ankündigen, daß zum 1. Oktober dieses Jahres  
B30 | eine neue **Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik** in Ost-  
B31 | Berlin unter der Trägerschaft der Katholischen Kirche gegründet wird.

B32 |  
B33 | [Beifall der Frau Abg. Engler (Bü 90/Grüne)]  
B34 |

C 1 |  
C 2 | Ich kann Ihnen weiterhin sagen, daß es insgesamt einer Empfehlung des  
C 3 | Wissenschaftsrats entspricht, in den neuen Bundesländern - vor allem in  
C 4 | Brandenburg - den Ausbildungsbedarf im Bereich Sozialarbeit und  
C 5 | Sozialpädagogik durch Gründung sozialpädagogischer Fachhochschulen zu  
C 6 | befriedigen.  
C 7 |

C 8 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön!  
C 9 |

C10 | [S3]  
C11 |

C12 | Es liegt weiter eine Wortmeldung von Herrn Fischbeck vor. Ich sehe ihn  
C13 | nicht. - Doch, jetzt!  
C14 |

C15 | **Dr. Fischbeck** (Bü 90/Grüne): Ich frage den Senat: Kann der Senat  
C16 | bestätigen, daß durch seine Verunsicherungspolitik von den ursprünglich  
C17 | **600 Forschungsstudenten** im ersten und zweiten Jahr ihrer Promotion nach  
C18 | Abschluß der Evaluierung durch die **NaFÖG-Kommission** - an der Humboldt-  
C19 | Professoren nicht beteiligt waren - mit einer Ablehnungsquote von etwa  
C20 | 50 % nunmehr nur noch 180 bis 200 Forschungsstudenten weitergefördert  
C21 | werden und dem Land Berlin dadurch **400** Nachwuchswissenschaftler - und der  
C22 | Humboldt-Universität Zweidrittel ihres wissenschaftlichen Nachwuchses -  
C23 | verlorengelassen?  
C24 |

C25 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
C26 |

C27 | **Dr. Erhardt**, Senator für Wissenschaft und Forschung: Es entspricht einem  
C28 | Beschluß dieses Hohen Hauses, die Weiterzahlung der bisherigen Stipendien  
C29 | an Forschungsstudenten und Aspiranten von einer Evaluierung durch die  
C30 | NaFÖG-Kommission abhängig zu machen. Die NaFÖG-Kommission hat sich mit  
C31 | Hilfe einer großen Zahl von Unterkommissionen mit großer Akribie dieser  
C32 | bestimmt nicht leichten Aufgabe angenommen. Von ursprünglich 931 Studenten  
C33 | waren noch rund 650 Studenten zu überprüfen. Davon sind 220 positiv  
C34 | begutachtet worden; diese 220 werden ihre Forschungsstipendien ohne  
D 1 | weiteres weiter erhalten. In einem gewissen Umfang, nämlich in einer  
D 2 | Größenordnung von **40**, konnte die NaFÖG-Kommission aufgrund fehlender oder  
D 3 | unvollständiger Unterlagen keine Bewertung aussprechen. In dieser  
D 4 | Größenordnung wird nachbegutachtet.  
D 5 |

D 6 | In einer beachtlichen Zahl von Fällen, Herr Abgeordneter Fischbeck, war es  
D 7 | freilich so, daß weder der **Stand** noch das **Thema der Arbeit** zu einer  
D 8 | Empfehlung zur Fortsetzung der Dissertation veranlaßten. Die NaFÖG-  
D 9 | Kommission hat im Gegenteil außerordentlich große Unterschiede bei dem  
D10 | Stand der Arbeiten festgestellt. Die NaFÖG-Kommission hat insbesondere  
D11 | festgestellt, daß es dem DDR-Forschungsförderungssystem offenbar  
D12 | entsprochen hat, zu einem Zeitpunkt Förderungszusagen zu machen, zu dem  
D13 | die weitere Entwicklung der Forschungsstudenten noch gar nicht übersehen  
D14 | werden konnte - in der Mehrzahl der Fälle bereits ein Jahr vor Erreichung  
D15 | des Diploms. Die Nicht-Weiterzahlung des Forschungsstipendiums ist  
D16 | sozusagen ein systemimmanenter Fehler des früheren DDR-Forschungs-  
D17 | förderungssystems. Es tut mir leid, daß die davon betroffenen Menschen für  
D18 | diesen Fehler jetzt noch haftbar gemacht werden. Die NaFÖG-Kommission hat  
D19 | jedoch ihre Bereitschaft erklärt, Hilfestellung zu geben, wenn es darum  
D20 | geht, durch Betreuung von seiten der FU, TU oder Humboldt-Universität eine  
D21 | Fortsetzung der Arbeit unter veränderter Themenstellung zu ermöglichen.  
D22 |

D23 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Haben Sie eine kurze Nachfrage, Herr  
D24 | Abgeordneter?  
D25 |

D26 | **Dr. Fischbeck** (Bü 90/Grüne): Ja! Ich möchte wissen, welche  
D27 | **Einspruchsmöglichkeiten** den Abgelehnten eingeräumt werden.

D28 |  
D29 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!

D30 |  
D31 | **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: In jedem Fall, in dem  
D32 | ein Verwaltungsakt ergeht - in diesem Fall ist die Nicht-Weiterzahlung  
D33 | eines Stipendiums ein Verwaltungsakt,

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1082

A 1 |  
A 2 | **Sen Dr. Erhardt**  
A 3 |  
A 4 | weil ein bisheriges Recht nicht weiter gewährt werden kann -, wird im  
A 5 | Rahmen einer Rechtsmittelbelehrung darauf hingewiesen, daß Widerspruch  
A 6 | eingelegt werden kann und im Anschluß gegen einen Widerspruchsbescheid  
A 7 | Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben werden kann.  
A 8 |  
A 9 | [S4]  
A10 |  
A11 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Die nächsten Wortmeldungen kommen von Frau  
A12 | Schermer und Herrn Dornberger. Danach ist die Runde einmal herum. Für die  
A13 | zweite Runde liegen bereits eine Menge Wortmeldungen vor. - Frau Schermer!  
A14 |  
A15 | **Frau Schermer** (SPD): Meine Frage geht an Herrn Senator Meisner Sie haben  
A16 | dankenswerterweise der Öffentlichkeit einen Vorschlag zur Gewerberaum-  
A17 | mietenbegrenzung vorgestellt. Dieser Vorschlag, der auf einen Beschluß des  
A18 | Abgeordnetenhauses zurückgeht, weicht inhaltlich von besagtem Beschluß ab.  
A19 |  
A20 | [Rebsch (CDU): Kurze Frage!]  
A21 |  
A22 | Beispielsweise gehen sie von einem anderen Konzept aus. Sie nehmen den  
A23 | Gewerberaummietpiegel, den die Betroffenen als problematisch ansehen, - -  
A24 |  
A25 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich muß um Kürze bitten! - Frau Abgeordnete,  
A26 | bitte eine präzise Frage!  
A27 |  
A28 | **Frau Schermer** (SPD): Ja! - Bei Ihrer Senatsvorlage handelt es sich laut  
A29 | Presseberichten um einen Entwurf, und ich möchte gern wissen, wie die  
A30 | anderen Senatoren dazu stehen.  
A31 |  
A32 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Abgeordnete, Sie können schwerlich wünschen,  
A33 | daß der Herr Senator in die Rechte seiner Kollegen und Kolleginnen  
A34 | eingreift! Aber der Senator wird antworten.  
B 1 |  
B 2 | [Liepelt (CDU): Der Regierende Bürgermeister  
B 3 | hat sich gemeldet!]  
B 4 |  
B 5 | - Herr Regierender Bürgermeister!  
B 6 |  
B 7 | **Dieppen,** Regierender Bürgermeister: Frau Präsidentin! Frau Abgeordnete!  
B 8 | Der Senat hat den Entwurf aus der Wirtschaftsverwaltung zur Kenntnis  
B 9 | genommen. Weil ein Beschluß auf der Grundlage der bisherigen Erörterungen  
B10 | mit dem Abgeordnetenhaus gefaßt werden soll, wird noch einmal eine  
B11 | Diskussion mit dem Abgeordnetenhaus bzw. den Fraktionen stattfinden. Die  
B12 | endgültige Entscheidung wird dann getroffen, wenn die genaue Formulierung  
B13 | vorliegt.  
B14 |  
B15 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! Keine Nachfrage.  
B16 |  
B17 | [S5]  
B18 |  
B19 | Herr Dornberger stellt die nächste Frage!  
B20 |  
B21 | **Dr. Dornberger** (PDS): Ich frage den Senator für Wissenschaft, Professor  
B22 | Erhardt, und den Senator für Gesundheit, Dr. sc. Luther: Ist es  
B23 | zutreffend, daß die Ergebnisse der Evaluierung des Wissenschaftsrats zur  
B24 | Forschung an der Charité dem Senat vorliegen und von ihm geheimgehalten

B25 werden sollen, und daß der Senat schon am 8. Oktober über die Zukunft der  
B26 Charité entscheiden will, ohne daß dem Abgeordnetenhaus und den  
B27 Betroffenen die Ergebnisse des Prüfauftrags des Senats und die  
B28 Empfehlungen des Wissenschaftsrats bekannt sind?  
B29

B30 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Professor Erhardt!  
B31

B32 **Dr. Erhardt,** Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Abgeordneter! Es  
B33 ist nicht richtig. Ich werde morgen im Wissenschaftsrat meine Hand heben  
B34 zur Frage, welche Empfehlungen der Wissenschaftsrat zum Problem von zwei  
C 1 oder drei Universitätsklinik im Land Berlin vorlegen wird. Ich darf aber  
C 2 - weil Ihre Frage sicher darauf zielt, wie ich mich verhalten werde -  
C 3 sagen Ich persönlich bin aus wissenschaftspolitischen Gründen der Meinung,  
C 4 daß das Land Berlin drei Universitätsklinik verträgt.  
C 5

C 6 [Allgemeiner Beifall]  
C 7

C 8 Ich bin unzuständigkeitshalber auch der Meinung, daß das Land Berlin aus  
C 9 gesundheitspolitischen Gründen drei Universitätsklinik verträgt. Die  
C10 Frage aber, ob wir uns aus finanzpolitischen Gründen drei  
C11 Universitätsklinik leisten können, muß im Senat unter Abwägung aller  
C12 Gesichtspunkte entschieden werden. Dazu bedarf es zunächst der Erledigung  
C13 des Prüfauftrags, den der Senat am 27. August den Staatssekretären der  
C14 Wissenschafts- und der Gesundheitsverwaltung gegeben hat. Auf jeden Fall  
C15 muß sichergestellt werden, daß an der Freien Universität und an der  
C16 Humboldt-Universität je ein Klinikum betrieben wird. Wie der Senat am 8.  
C17 Oktober entscheiden wird, kann ich nicht voraussagen, weil alle Kollegen  
C18 ihre Meinung unter den jeweils tragenden Gesichtspunkten einzubringen  
C19 haben.  
C20

C21 **Präsidentin Dr. Laurien:** Haben Sie eine kurze Zusatzfrage? - Bitte!  
C22

C23 **Dr. Dornberger** (PDS): Ich frage die Senatoren Was gedenken Sie zu tun,  
C24 nachdem die unabhängige Kommission unter Matthes festgestellt hat, daß die  
C25 Vorwürfe des "Spiegels" vom Februar - -  
C26

C27 **Präsidentin Dr. Laurien:** Entschuldigen Sie! Die Zusatzfrage muß sich ganz  
C28 kurz auf die erstgestellte Frage beziehen.  
C29

C30 **Dr. Dornberger** (PDS): Ja, sie bezieht sich auf die erste Frage. - daß die  
C31 Vorwürfe des "Spiegels" vom Februar, in der Charité seien ungesetzliche  
C32 Medikamentenversuche durchgeführt worden - das widerspricht der  
C33 Evaluierung - -  
C34

D 1 **Präsidentin Dr. Laurien:** Das kann ich nicht zulassen! Das ist eine neue  
D 2 Frage. Es ist nur eine kurze Nachfrage zum eben dargestellten Sachverhalt  
D 3 möglich.  
D 4

D 5 [S6]  
D 6

D 7 In der zweiten Runde liegen ganz viele Wortmeldungen vor. Palm und Gadow  
D 8 sind die ersten erkennbaren gewesen, danach Frau Ziemer. Danach sehen wir  
D 9 zur Uhr. Zunächst hat Herr Palm das Wort! - Sie wollen zur  
D10 Geschäftsordnung sprechen, Herr Schult? - Bitte!  
D11

D12 **Schult** (Neues Forum): Ich erhebe Einspruch! Die erste Runde ist noch nicht  
D13 beendet.  
D14

D15 **Präsidentin Dr. Laurien:** Sie haben recht! - Es war mein Fehler, Sie sitzen  
D16 so weit hinten, ich habe es nicht gesehen. Sie haben das Wort!  
D17

D18 **Schult** (Neues Forum): Ich frage den Senat: Hat das Landesamt für  
D19 Verfassungsschutz V-Leute in der sogenannten autonomen Szene, und wenn ja,  
D20 wie viele?  
D21

D22 [Heiterkeit]  
D23

D24 - Ich bin noch nicht zu Ende mit der Frage! - Wenn ja  
D25

D26 [Zurufe]  
D27

D28 | - ich habe auch nichts gegen die Namen -, wie ist es dann erklärbar, daß  
D29 | die Polizei von der breiten Vorbereitung zur Straßenschlacht am Samstag,  
D30 | den 13. September, beim Fest in der Mariannenstraße keine Kenntnis hatte?  
D31 |

D32 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich vermute, daß der Herr Innensenator antworten  
D33 | wird. Trifft die Vermutung zu?

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1083

A 1 |  
A 2 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin, Sie vermuten  
A 3 | richtig! - Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren! Es versteht sich von  
A 4 | selbst, daß ich hier keine Auskünfte darüber gebe, wie viele V-Leute in  
A 5 | der autonomen Szene vorhanden sind, ob welche dort sind, welches  
A 6 | Lebensalter sie haben, wie sie heißen, und vielleicht auch noch ein  
A 7 | Lichtbild mitliefere.

A 8 |  
A 9 | [Dr. Köppl (Bü 90/Grüne): Aber die Prozentzahl! 60, 70? -  
A10 | Heiterkeit]

A11 |  
A12 | - Nicht einmal das! - Ich möchte die Frage nicht von mir aus so  
A13 | beantworten, aber ich könnte mir denken, daß es Spötter gibt, die sagen  
A14 | Wir wären froh, wenn wir eine hinreichende Anzahl dort hätten. - Aber ich  
A15 | will dies nicht für mich in Anspruch nehmen.

A16 |  
A17 | Zur Frage des vergangenen Samstags kann ich nur sagen, hier gab es  
A18 | bestimmte Erkenntnisse, und auf die hat man sich eingerichtet. Trotzdem  
A19 | gibt es im Leben immer mal wieder Überraschungen, auf die man dann  
A20 | reagieren muß. - Danke!

A21 |  
A22 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Danke schön! - Kurze Rückfrage!

A23 |  
A24 | **Schult** (Neues Forum): Meinen Sie nicht, daß das Landesamt dann seine  
A25 | Aufgabe sehr schlecht erfüllt und vielleicht auch überflüssig sein könnte,  
A26 | wenn diese relativ breiten Vorbereitungen - wie in der Presse geschildert  
A27 | wurde - von ihm nicht bemerkt wurden und die Polizei relativ überrascht  
A28 | war?

A29 |  
A30 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator!

A31 |  
A32 | **Dr. Heckelmann**, Senator für Inneres: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter!  
A33 | Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Bitte als ein Plädoyer für eine  
A34 | Personalaufstockung verstehen darf,

B 1 | [Zuruf Abbau!]

B 2 | so könnte ich dem in der derzeitigen Situation nicht folgen.

B 3 |  
B 4 | [S7]

B 5 |  
B 6 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Als nächster hat Herr Palm das Wort.

B 7 |  
B 8 | **Palm** (CDU): Ich frage den Senator für Bauwesen: Trifft es zu, daß die  
B10 | Brücke im Zusammenhang mit der Wasserstadt Oberhavel nicht rechtzeitig  
B11 | fertig wird, somit die Bewag mit dem Kabel nun doch unter der Havel  
B12 | hindurchgehen muß und der Kostenvorteil des Anhängens an die Brücke nun  
B13 | auch entfällt?

B14 |  
B15 | **Präsidentin Dr. Laurien**: Herr Senator Nagel!

B16 |  
B17 | **Nagel**, Senator für Bau- und Wohnungswesen Frau Präsidentin! Meine Damen  
B18 | und Herren! Herr Abgeordneter Palm! Es ist in der Tat so, daß die Brücke  
B19 | entgegen ursprünglichen Annahmen nicht zu dem Zeitpunkt fertiggestellt  
B20 | werden kann, zu dem die Bewag mit einem Kabel, das unter diese Brücke  
B21 | gehängt werden könnte, die Havel überqueren muß. Im übrigen haben genaue  
B22 | Berechnungen der Bewag ergeben, daß das Unterhängen des Kabels unter die  
B23 | vorgesehene Brücke, die im Zusammenhang mit der Wasserstadt Oberhavel  
B24 |

B25 | errichtet werden muß, nicht wesentlich günstiger als eine  
B26 | Untertunnelung wäre, so daß die Bewag nun allein schon zur Sicherung der  
B27 | Vertragserfüllung diese Unterkabelung der Havel unter der Havel vornehmen  
B28 | wird.

B29 |  
B30 | [S8]  
B31 |

B32 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Dr. Gadow!  
B33 |

B34 | **Dr. Gadow** (FDP): Ich frage den Senat: Warum wird die Europäische Schule in  
C 1 | Berlin nicht eingerichtet, obwohl eine schlüssige Konzeption vorliegt?  
C 2 |

C 3 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Klemann, bitte!  
C 4 |

C 5 | **Klemann**, Senator für Schule, Berufsbildung und Sport: Frau Präsidentin!  
C 6 | Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Gadow! Sie wissen, daß jetzt  
C 7 | schon mehrfach im Schulausschuß keine Gelegenheit war, das Thema  
C 8 | Europäische Schule zu behandeln. Ansonsten hätte von der Verwaltung  
C 9 | dargestellt werden können, daß Arbeitsgruppen eingesetzt wurden und mit  
C10 | Hochdruck daran gearbeitet wird, dem Auftrag des Abgeordnetenhauses zu  
C11 | entsprechen, an einer Konzeption für eine Europäische Schule zu arbeiten.  
C12 | Denn das ist etwas, was wir gemessen an der Bedeutung der Stadt und der  
C13 | gestiegenen Internationalität der Stadt in der Tat brauchen.  
C14 |

C15 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke! - Noch eine kurze Nachfrage!  
C16 |

C17 | **Dr. Gadow** (FDP): Herr Senator! Sie wissen, daß die in Frage kommenden  
C18 | Objekte, wenn wir die Entscheidung weiter hinauszögern, wie ehemalige  
C19 | Schulen im Ostteil der Stadt und die Militärschulen der Alliierten, in  
C20 | irgendeiner Form als Standort gesichert werden müssen. Wie bereiten Sie  
C21 | das vor?  
C22 |

C23 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator!  
C24 |

C25 | **Klemann**, Senator für Schule, Berufsbildung und Sport: Frau Präsidentin!  
C26 | Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Das haben wir mit im Auge, und  
C27 | wir werden die entsprechenden Gespräche führen. Ich darf allerdings darauf  
C28 | hinweisen, daß es Zwischenphasen geben kann, in denen wir selbst dann,  
C29 | wenn das Einrichten einer Europäischen Schule nicht sehr kurzfristig  
C30 | möglich ist - da gibt es gewissen Vorläufe -, vielleicht schon im  
C31 | kommenden Schuljahr ein weiteres und breiteres Angebot an bilingualen  
C32 | Zügen haben und damit der gestiegenen Internationalität Rechnung tragen  
C33 | können.  
C34 |

D 1 | [S9]  
D 2 |

D 3 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Frau Ziemer hat als nächste das Wort. Wenn wir  
D 4 | kurz sind, schaffen wir auch noch Herrn Pistor, aber mehr sicherlich  
D 5 | nicht.  
D 6 |

D 7 | [Zuruf von der PDS]  
D 8 |

D 9 | **Frau Ziemer** (Bü 90/Grüne): Ist dem Senat bekannt, daß der Sponsor der  
D10 | Rembrandt-Ausstellung im Alten Museum, American Express, geschlossene  
D11 | Gesellschaften in dieser Ausstellung organisiert hat, bei denen nach  
D12 | Einrichtung einer Küche in den dortigen Räumen Mitglieder von American  
D13 | Express in Schinkels Rotunde speisten und die Fettdünste der Küche über  
D14 | die Klimaanlage in die Ausstellungsräume zogen? Welche Folgerungen zieht  
D15 | der Senat aus diesen über die Köpfe der Ost-Berliner Direktoren hinweg  
D16 | organisierten Veranstaltungen, die die Bilder gefährden und Berlin als  
D17 | Ausstellungsort für Leihgeber von Kunstwerken nicht gerade empfehlen?  
D18 |

D19 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Roloff-Momin!  
D20 |

D21 | **Roloff-Momin**, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Präsidentin!  
D22 | Frau Abgeordnete Ziemer! Meine Damen und Herren! Dem Senat ist eine solche  
D23 | Angelegenheit nicht bekannt. Ich werde diese Anfrage zum Anlaß nehmen, bei  
D24 | der zuständigen Stiftung für Preußischen Kulturbesitz nachzufragen. Im  
D25 | übrigen aber gehe ich davon aus, daß die Stiftung in eigener Verantwortung  
D26 | und hier die zuständige Generaldirektion selbstverständlich alles in ihren  
D27 | Kräften und in ihrem Fachwissen Stehende und Notwendige tun wird, um eine

D28 | Beschädigung der wertvollen und wertvollsten Leihgaben und auch des im  
D29 | Besitz der Stiftung befindlichen Museumsgutes zu verhindern. Des weiteren  
D30 | gehe ich davon aus, daß auch der Sponsor, der diese Ausstellung dankens-  
D31 | werterweise unterstützt hat, keine Ansinnen stellt, um eine solche  
D32 | Gefährdung herbeizuführen.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1084

A 1 |  
A 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke! - Frau Ziemer!  
A 3 |  
A 4 | **Frau Ziemer** (Bü 90/Grüne): Herr Roloff-Momin! Bei Ihren Recherchen werden  
A 5 | Sie dann vielleicht auch nachfragen, was die Folge dieser Veranstaltungen  
A 6 | war, daß nämlich diese Küche inzwischen abgebaut ist? Offensichtlich hat  
A 7 | man die Gefährdung erkannt, von der Sie eben sprachen.  
A 8 |  
A 9 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator, bitte!  
A10 |  
A11 | **Roloff-Momin**, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Präsidentin!  
A12 | Frau Abgeordnete! Ich bin mir nicht sicher, ob ein möglicher Abbau der  
A13 | Küche, von der Sie reden, deshalb erfolgt ist, weil eine Gefährdung  
A14 | vorhanden war. Vielleicht ist er auch erfolgt, weil kein Appetit mehr  
A15 | vorhanden ist.  
A16 |  
A17 | [S10]  
A18 |  
A19 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Pistor - die letzte Frage in dieser Runde!  
A20 |  
A21 | [Zuruf der Frau Abg. Pohle (PDS)]  
A22 |  
A23 | - Verzeihen Sie, wir gehen in der zweiten Runde wirklich nach der  
A24 | Reihenfolge vor. Wir verständigen uns hier oben. Ihr Protest fällt ins  
A25 | Leere. - Bitte schön!  
A26 |  
A27 | **Pistor** (CDU): Ich frage den Senator für Kulturelle Angelegenheiten, ob  
A28 | Informationen zutreffen, nach denen er beabsichtigt, die Position eines  
A29 | Verwaltungsdirektors an der Berliner Staatsoper mit einer Mitarbeiterin zu  
A30 | besetzen, die bisher vornehmlich im Bereich der Arbeit für freie Gruppen  
A31 | tätig war, und ob er der Auffassung ist, daß es sich hierbei um eine  
A32 | kompetente Besetzung handelt.  
A33 |  
A34 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Senator Roloff-Momin!  
B 1 |  
B 2 | **Roloff-Momin**, Senator für Kulturelle Angelegenheiten: Frau Präsidentin!  
B 3 | Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Die Position eines  
B 4 | Verwaltungsdirektors an der Staatsoper ist mit der Person Erich Dünwald,  
B 5 | nämlich in der Funktion des Staatsoperndirektors, besetzt.  
B 6 |  
B 7 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Eine Nachfrage? - Danke! Damit ist die Spontane  
B 8 | Fragestunde beendet.  
B 9 |  
B10 | [1A]  
B11 |  
B12 | Wir kommen zur Aktuellen Stunde und den Anträgen. Wie Sie wissen, liegen  
B13 | mehre Anträge vor.  
B14 |  
B15 | **Lfd. Nr. 1 A**  
B16 | **Aktuelle Stunde zum Thema "Übergriffe gegen Ausländerinnen und Ausländer**  
B17 | **Ein Hoyerswerda in Berlin verhindern!"**  
B18 |  
B19 | verbunden mit  
B20 | **Drucksache 12/664**  
B21 | **Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne auf Annahme einer EntschlieÙung über**  
B22 | **Asylgewährung in Deutschland**  
B23 |  
B24 | **Drucksache 12/665**

**Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über Jagd auf Flüchtlinge in den neuen Bundesländern**

Wird der Dringlichkeit des Antrags Drucksache 12/665 widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Ich bin informiert - ohne es aber vor mir zu haben -, daß hierzu noch ein dringlicher Antrag von SPD und CDU zu erwarten ist. Ich melde dies an. Mir liegt er noch nicht vor. Sobald er da ist, wird er verteilt. Im Rahmen der Aktuellen Stunde erteile ich das Wort zuerst an Bündnis 90/Grüne. - Herr Wieland hat das Wort.

**Wieland** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war vergangenen Sonntag das erste Mal - und wenn es nach mir geht, auch das letzte Mal - in jenem Ort, dessen Name zum Synonym wurde für Menschenjagd, für ungezügelte rassistische Pogromstimmung, für Flüchtlinge, die in einem fünftägigen Belagerungszustand waren. Orte können oft nichts dafür, daß ihr Name mit politischen Ereignissen verbunden wird, beispielsweise Sonthofen, Rapallo, Versailles oder Jalta. Anders ist dies mit Hoyerswerda. Man sah auf diese Stadt im In- und Ausland, und man sah mit Entsetzen, daß die sogenannten Normalbürger den Resonanzboden bildeten für die Ausschreitungen, daß sie offen oder klammheimlich die Täter unterstützten und daß das Ergebnis der nächtlichen Randalie, die Ausländerfreiheit von Hoyerswerda, laut bejubelt wurde. Wahrlich - es roch in dieser Stadt nach Kristallnacht.

Wenn eine im Dritten Reich exilierte Jüdin an 1933 erinnert wird, wenn in der Fernsehsendung "Monitor" eine siebzehnjährige Sächsin äußert, das nächste Mal werde es schon klappen, da werde das Asylbewerberheim abbrennen, wenn Hoyerswerda demnächst überall rings um Berlin in den neuen Ländern sein soll, dann kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Spätestens dann müssen Konsequenzen gezogen werden, dann muß die leidige Asyldebatte endlich beendet werden, und Politiker dürfen nicht länger Stichwortgeber für den randalierenden Mob sein.

[Beifall bei Bü 90/Grüne -

Dr. Wruck (CDU): Das bezieht sich insbesondere auf Ihre Partei!]

- Bevor ich, Herr Dr. Wruck, zur Benennung verantwortlicher Politiker komme, die hier notwendig ist und die man keinem ersparen kann, möchte ich an das Jahr 1986 erinnern, als auch hier in Berlin Flüchtlingszelte brannten und als die amtierende Präsidentin Frau Dr. Laurien, seinerzeit als amtierende Regierende Bürgermeisterin, in Heime für Asylbewerber ging, dort öffentlich diskutierte und öffentlich zur Mäßigung aufrief, auch und gerade gegenüber der Springer-Presse dieser Stadt. Derartige Signale fehlen diesmal vollständig. In Hoyerswerda beispielsweise ließ sich tagelang kein einziger verantwortlicher Politiker sehen.

Weil das so war, muß dieses Haus nunmehr die Bürgerinnen und Bürger aus Berlin loben, die erklärt haben, daß sie sich schützend vor Flüchtlinge und Asylbewerber stellen wollen.

[Beifall bei Bü 90/Grüne]

Politiker, die als eine Art Schreibtischtäter Stichwortgeber waren und die benannt werden müssen - um sie zu finden, braucht man nicht in die Ferne zu schweifen. Nicht zu Herrn Stoiber mit seiner Angst vor Durchrassung und Durchmischung des deutschen Volkes, auch nicht zu Herrn Rüge mit seinem Kampfbegriff von den SPD-Asylanten - wobei ich meine, daß die Vertreter der SPD in diesem Zusammenhang auch zu Herrn Wedemeyer und seinem Wahlkampfgegag der Nichtentgegennahme von Asylanträgen sprechen sollten oder auch zu den Vorschlägen von Frau Däubler-Gmelin, kurzen Prozeß mit Asylbewerbern buchstäblich zu machen - nein, man braucht nicht in die Ferne schweifen, das Schlechte liegt hier ganz nah. Ich muß noch einmal die Süddeutsche Zeitung vom 4. August 1991 zitieren, in der Heribert Prantl schrieb:

Wolfgang Schäuble könnte die Voraussetzung für ein sachliches Gesprächsklima an einem Runden Tisch aller Parteien schaffen. Die Union muß damit aufhören, den Leuten in den Kopf zu hämmern, daß 95 Prozent aller Flüchtlinge Wirtschaftsflüchtlinge seien. Schäuble hat dies schon vor Monaten versprochen, doch nicht einmal der CDU-Generalsekretär hält sich daran. Wundert es dann, wenn die Chargen der zweiten Reihe mit obszöner Vokabular an die Öffentlichkeit gehen? So der Berliner CDU

D29 | Fraktionschef Landowsky, der in einem Interview von Ausländern geredet  
D30 | hat, die bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1085

A 1 | **Wieland**

A 2 |  
A 3 | die Straßen ziehen und festgenommen werden und nur, weil sie das Wort  
A 4 | "Asyl" rufen, dem Steuerzahler in einem siebenjährigen Verfahren auf  
A 5 | der Tasche liegen. Die Ausländerbeauftragte wäre die berufene  
A 6 | Anklägerin gegen eine solche Hetze. Sie aber ist wegen mangelnder  
A 7 | Unterstützung durch die Regierung zurückgetreten.

A 8 |  
A 9 | So weit Heribert Prantl damals. Aber wie der Herr, so's Gescherr - das muß  
A10 | man zur CDU-Fraktion hier sagen. Dem Abgeordneten Gewalt fiel nichts  
A11 | besseres ein, als in einer Kleinen Anfrage danach zu fragen, ob der Senat  
A12 | eine Möglichkeit sehe, den früheren Innensenator Pätzold persönlich für  
A13 | die Sozialhilfekosten in Anspruch zu nehmen, die aufgrund seiner angeblich  
A14 | rechtswidrigen Weisung dem Land Berlin entstanden seien. Es war wieder  
A15 | Landowsky, der in einem Zeitungsinterview diese Kosten mit 70 Millionen DM  
A16 | bezifferte, die - wie er sagte - allein für unberechtigte Asylbewerber  
A17 | ausgegeben würden - wer unberechtigter Asylbewerber ist, entscheidet  
A18 | offenbar er. Und der innenpolitischen Sprecherin Ihrer Fraktion, Herr Dr.  
A19 | Wruck, mußte der Senat in einer Antwort vom 12. September diesen Jahres  
A20 | bescheinigen

A21 |  
A22 | Der Senat von Berlin ist der Ansicht, daß nicht belegte Behauptungen  
A23 | wie "betrügerischer Asylantentourismus in Deutschland"  
A24 | ausländerfeindlichen Stimmungen Vorschub leisten, die es angesichts der  
A25 | Ereignisse der letzten Zeit, insbesondere der brutalen Übergriffe auf  
A26 | Asylbewerberquartiere, dringend zu verhindern gilt.

A27 |  
A28 | Der CDU-SPD-Senat bescheinigt der innenpolitischen Sprecherin der CDU, daß  
A29 | sie der Ausländerhetze Vorschub leistet! So weit ist es gekommen, und  
A30 | soweit muß man auch deutlich machen, daß hier in der Tat  
A31 | ausländerfeindliche Hetze auch aus diesem Haus heraus vorgenommen wurde,  
A32 | daß es Worte gibt, die in Hoyerswerda zu Steinen und Brandsätzen geworden  
A33 | sind, und ich erwarte, daß sich einige in diesem Haus dafür auch schämen!

A34 |  
B 1 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS -  
B 2 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
B 3 |

B 4 | Wir fordern mit unserem Antrag, daß der Wahnsinn der Verteilung von  
B 5 | Flüchtlingen in die neuen Länder sofort beendet wird. Das war ein Wahnsinn  
B 6 | von Anfang an, es war verantwortungslos. Jeder wußte, daß dort die  
B 7 | sozialen und die anderen Strukturen zusammenbrechen, jeder konnte wissen,  
B 8 | daß die Menschen dort in keiner Weise darauf vorbereitet waren. Sie lebten  
B 9 | in einem Staat, in dem sie in der Tat zu Intoleranz erzogen wurden. Sie  
B10 | lebten in einem Staat, der es ihnen verwehrt, durch Reisen Kontakte zu  
B11 | Ausländerinnen und Ausländern zu knüpfen. Sie lebten in einem Staat, in  
B12 | dem die sogenannten Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter aus Vietnam,  
B13 | Mosambik und Angola gettoisiert waren. Niemand muß sich darüber wundern -  
B14 | ich sage dies nicht, um irgend etwas zu rechtfertigen oder um irgend etwas  
B15 | zu entschuldigen -, daß unter diesen Bedingungen Ausländerhaß einfach  
B16 | explodiert ist.

B17 |  
B18 | In den alten Bundesländern gibt es für niemanden Veranlassung, sich aufs  
B19 | hohe Roß zu setzen und mit dem Finger auf die neuen Bundesländer zu  
B20 | zeigen, denn schließlich ist der Tote, der letzte Woche zu beklagen war,  
B21 | ein Asylbewerber gewesen, der in Saarlouis lebte, und schließlich waren es  
B22 | die Länderchefs der alten Bundesländer, die glaubten - und ich benutze das  
B23 | böse Wort -, Flüchtlinge wie industriellen Sondermüll in den neuen  
B24 | Bundesländern entsorgen zu können.

B25 |

[Hapel (CDU): Was ist denn das für eine Terminologie?!]

Dies hat gehörige, schlimme Auswirkungen gehabt, und damit muß ein für allemal Schluß sein!

[Beifall bei Bü 90/Grüne]

Die bisherige Praxis des Landes Berlin ist es gewesen, daß Asylbewerber, die Opfer von Übergriffen in den neuen Bundesländern wurden und nach Berlin zurückgeflohen sind - wie die vierzehn aus Hoyerswerda, die sich zur Zeit in Berlin aufhalten -, zwangsweise wieder dorthin zurückgeschickt wurden, wo sie mißhandelt wurden. Ich zitiere aus einem Bescheid der Senatsverwaltung für Inneres, aus dem Hause Heckelmann

Der Überfall auf das Heim in Schneeberg ist zwar sehr bedauerlich, kann aber nicht dazu führen, daß Sie umverteilt werden. Die alarmierte Polizei hat noch in der gleichen Nacht acht der Täter festgenommen. Gegen sie wurden Ermittlungsverfahren wegen schweren Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und gefährlicher Körperverletzung eingeleitet. Wir gehen davon aus, daß die örtlichen Polizeikräfte entsprechende Maßnahmen ergriffen haben, damit derartige Überfälle in Zukunft ausgeschlossen sind.

Es war ein Flüchtling, der aus dem Fenster im zweiten Stock dieses Heims gesprungen ist, weil er keine Lust hatte, sich unten buchstäblich grillen zu lassen, der geschrieben hat, daß er nicht nach Deutschland geflohen ist, um erneut um sein Leben fürchten zu müssen, dem hier lapidar mitgeteilt wird, er müsse zurückgehen, er könne in Berlin nicht bleiben. Diese unmenschliche Praxis muß beendet werden, und wir wollen, daß heute in einer Sofortabstimmung sichergestellt wird, daß alle, die aus Hoyerswerda hierher geflohen sind, in Berlin bleiben können.

[Beifall bei Bü 90/Grüne  
und der Frau Abg. Ließfeld (SPD)]

Sie wollen, meine Damen und Herren von der CDU - Sie haben es oft genug gesagt - Artikel 16 GG ändern, Sie wollen das Recht auf Asyl unter einen Gesetzesvorbehalt stellen. Karl Marx - er selbst wurde ja noch nicht umbenannt, deshalb möchte ich Ihnen hier noch einmal zitieren - hat einmal zu den Verfassungen, die ihm bekannt waren, gesagt, es handle sich dabei um die Methode, Oberhaus und Unterhaus in den Grundrechtekatalog zu schreiben, in die These die Proklamation der grenzenlosen Freiheit und in die Fußnote dann die Einschränkung derselben. Sie wollen die Fußnote schreiben mit dem Satz Das Nähere regelt ein Gesetz. - Im früheren Preußen hieß es noch Das Nähere regelt die Polizei.

[Dr. Wruck (CDU): Gesetz und Polizei gleichzusetzen, ist schlimm!  
Das ist Ihr Rechtsstaatsverständnis!]

Und damit wollen Sie dann das Grundrecht auf Asyl gleich an der Grenze durch die Grenzpolizei erledigen lassen.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Abgeordneter! Wir haben Ihnen schon zwei Minuten mehr zugebilligt. Sie müssen jetzt zum Abschluß kommen!

**Wieland (Bü 90/Grüne):** Ich komme zum Schlußsatz. Ich schlage Ihnen deshalb für Artikel 16 folgende Formulierung vor, Herr Dr. Wruck - wenn Sie es ändern wollen, dann ändern sie es so Politisch Verfolgte werden in Lager gesperrt, Sie erhalten Arbeitsverbot, sie erhalten statt Bargeld Wertgutscheine, -

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Abgeordneter! Das ist ein Satzgefüge!

**Wieland (Bü 90/Grüne):** - sie werden als Fluten, Schwenne und Wirtschaftsflüchtlinge beschimpft,

[Hapel (CDU): Agitator! Sie sind ein Agitator!]

sie werden schließlich dem Mob zur Menschenjagd freigegeben, sie erhalten weder Zahnersatz noch Schulmaterialien, -

**Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Abgeordneter! Ich muß Ihnen jetzt das Wort entziehen. Sie haben um drei Minuten überzogen!

D30 |  
D31 | **Wieland** (Bü 90/Grüne): - sie haben die Freiheit, entweder auszureisen oder  
D32 | sich aus dem 6. Stock des Verwaltungsgerichts zu stürzen.  
D33 |

D34 | [Dr. Wruck (CDU): Sie sind unfähig,  
D35 | sachlich zu diskutieren!]  
D36 |

D37 | Formulieren Sie so, dann haben Sie Verfassungswirklichkeit und  
D38 | Verfassungstext in Übereinstimmung gebracht und waren wenigstens ehrlich.  
D39 |

D40 | [Starker Beifall bei Bü 90/Grüne]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1086

A 1 |  
A 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich möchte nachdrücklich an die Geschäftsordnung  
A 3 | erinnern; auch Beschimpfungen sind innerhalb der Redezeit zu bringen. Ich  
A 4 | erinnere auch daran, daß Sie zehn Minuten Redezeit haben. Wenn der Senat  
A 5 | ein zweites Mal sprechen sollte, dann stehen jeder Fraktion noch einmal  
A 6 | fünf Minuten zu. Ich erwähne dies, weil hier Unklarheiten zur  
A 7 | Geschäftsordnung bestanden haben. Der Senat hat jetzt das Wort zur  
A 8 | Beantwortung!

A 9 |  
A10 | [Dr. Staffelt (SPD): Wie bitte? Nein!]

A12 | - Nein, das wurde soeben falsch mitgeteilt. Ich rufe nun für die CDU Frau  
A13 | Saß-Viehweger auf!

A15 | **Frau Saß-Viehweger** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das  
A16 | Thema, das uns in dieser Aktuellen Stunde beschäftigt, ist eigentlich viel  
A17 | zu ernst, um es mit einer solchen infamen Polemik darzustellen, wie es  
A18 | mein Vorredner soeben getan hat.

A20 | [Beifall bei der CDU]

A22 | Die gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ausländer der letzten Tage und  
A23 | Wochen machen uns betroffen und verführen uns nicht dazu, diesen Anlaß zu  
A24 | benutzen, um andere Menschen mit Polemik zu überziehen. Wir verurteilen  
A25 | diesen Exzeß der Gewalt - das sage ich deutlich - mit aller Schärfe. Wir  
A26 | können es uns aber nicht so einfach machen, wie in der Überschrift, die  
A27 | Sie gewählt haben - ein Hoyerswerda in Berlin verhindern -; das würde  
A28 | heißen, wir machen es zu einem Problem von Hoyerswerda oder zu einem  
A29 | Problem der neuen Bundesländer.

A31 | Gewalt gibt es an vielen Orten unseres Landes, nicht nur in Hoyerswerda,  
A32 | nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern allerorten. Wir haben im  
A33 | Juni diesen Jahres die Gelegenheit ergriffen, uns in einer Aktuellen  
A34 | Stunde über Gewalt gegen Minderheiten zu unterhalten. Es wäre eine völlig  
B 1 | unzulässige Vereinfachung, dies zu einem Thema "Hoyerswerda" zu machen.  
B 2 | Ich muß die Bewohner von Hoyerswerda gegen diese pauschale Verunglimpfung  
B 3 | in Schutz nehmen.

B 5 | [Vereinzelter Beifall bei der CDU]

B 7 | Herr Wieland, Sie haben nur Polemik geboten und keinerlei Lösungsansätze  
B 8 | geschildert, und was Sie am Schluß Ihres Beitrags an Geschmacklosigkeit  
B 9 | abgeliefert haben, das kann man nicht mit einer ernsthaften Erwiderung  
B10 | bedenken.

B12 | [Cramer (Bü 90/Grüne): Aber das ist die Praxis!]

B14 | Nur ein Wort: Wenn Sie mich zitieren als jemanden, der  
B15 | Ausländerfeindlichkeit betreibt - die Frage, die ich gestellt habe, bezog  
B16 | sich darauf, daß es Asylbewerber gibt, die in verschiedenen Bezirken unter  
B17 | verschiedenen Namen Sozialhilfe beantragen. Ich bin in der Tat der  
B18 | Meinung, daß man dagegen etwas haben kann, weil es nicht rechtens ist.

B20 | [Vereinzelter Beifall bei der CDU]

B22 | Da mir dieses Thema sehr wichtig ist, möchte ich doch darauf zu sprechen  
B23 | kommen, daß wir das Gewaltphänomen in unserem Land zu beobachten haben,  
B24 | daß Gewalt, gegen wen auch immer, von wem auch immer, zu verurteilen ist,  
B25 | weil alle Menschen das Recht haben, vor Gewalt geschützt zu werden. Alle,

B26 die es ernst meinen, sollten darin einig sein. Wir müssen uns der Frage  
B27 widmen, wie diese Gewalt gesteuert wird und nicht etwa zur Gegengewalt  
B28 aufrufen. Schon der Titel, den sie der Aktuellen Stunde gegeben haben, ist  
B29 nicht gerade friedliebend. Der Aufruf zu einer antifaschistischen  
B30 Demonstration am Sonntag in Hoyerswerda, den ich in der "taz" gelesen habe  
B31 - Keinen Fußbreit den FaschistInnen! Kein Zurückweichen vor  
B32 AusländerInnenfeindlichkeit! - sagt mir in der Diktion, daß man dort  
B33 bestimmt nicht auf eine friedensstiftende Maßnahme aus ist, sondern  
B34 sicherlich zur Eskalation der Situation beiträgt. Sie haben in anderem  
C 1 Zusammenhang immer verurteilt, daß provoziert wird, aber mir scheint,  
C 2 jetzt wollen Sie es selbst tun. Das ist kein Schritt in die richtige  
C 3 Richtung.

C 4  
C 5 [Vereinzelter Beifall bei der CDU -  
C 6 Wieland (Bü 90/Grüne): Der Senat hat es Ihnen bescheinigt!]

C 7  
C 8 Wir brauchen eine Initiative gegen Gewalt, eine - wie es auch Rudolf  
C 9 Stiege in der "Morgenpost" gefordert hat - Koalition der Vernunft. Der  
C10 Senat hat hierzu eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet. Ich  
C11 hoffe, daß sich alle Verwaltungen spätestens jetzt dazu entschließen, in  
C12 dieser Arbeitsgruppe nach Kräften mitzuarbeiten, denn so etwas kann man  
C13 nicht an einem Punkt kurieren, sondern es bedarf einer ressortüber-  
C14 greifenden Tätigkeit.

C15  
C16 Die Bundesregierung hat eine Gewaltkommission eingesetzt, die festgestellt  
C17 hat, daß Gewalt häufig als Mittel der Konfliktlösung benutzt wird, als  
C18 Ausdruck persönlicher Unzufriedenheit, wenn scheinbar keine andere  
C19 Verständigungsmöglichkeit mehr vorhanden ist - also auch als Ausdruck der  
C20 Sprachlosigkeit -, daß diese Gewaltbereitschaft durch einen  
C21 Wiederholungseffekt und durch den Aufbau von Feindbildern verstärkt wird,  
C22 gewissermaßen durch eine Entmenschlichung desjenigen, gegen den man  
C23 vorgehen will auf der einen Seite und durch eine Entpersönlichung der  
C24 Täter - das Untertauchen in der Menge - auf der anderen Seite. Dies sind  
C25 Ansatzpunkte, über die wir uns Gedanken machen müssen, wenn wir der Gewalt  
C26 begegnen wollen.

C27  
C28 Gerade die immer größer werdende Gewaltbereitschaft junger Menschen und  
C29 die offene oder auch stillschweigende Billigung dieser Taten durch die  
C30 sogenannten normalen Bürger machen besorgt und betroffen. Aber man muß  
C31 sich fragen, wo die Wurzeln dieser Gewaltbereitschaft liegen. Ein  
C32 repressiver Stil in den Familien, an den Schulen und im gesamten Staat  
C33 fördert aggressives Verhalten. Hinzu kommt, daß Perspektivlosigkeit und -  
C34 gerade in den neuen Bundesländern - die Sorge um Wohnung und Arbeitsplatz  
D 1 dazu führen können, gewalttätig gegen Ausländer zu sein, von denen man  
D 2 glaubt, daß sie einem etwas wegnähmen, das man selbst zu beanspruchen  
D 3 hätte. Wir wissen, daß dies nicht so ist, aber dieses Bewußtsein muß auch  
D 4 vermittelt werden.

D 5  
D 6 Diese Koalition hat vereinbart, ein gedeihliches Miteinander von Deutschen  
D 7 und Ausländern, getragen von gegenseitiger Achtung, zu fördern. Wenn man  
D 8 dies erreichen will, dann bedarf es des Zusammenwirkens aller. Es bedarf  
D 9 der Besonnenheit und nicht der Schaffung anderer Feindbilder, nicht der  
D10 Gegengewalt und der Gegendemonstration, sondern der Vermittlung dieser  
D11 gegenseitigen Achtung. Es bedarf auch - neben der Schaffung und  
D12 Verbesserung sozialer Rahmenbedingungen - der Stärkung des  
D13 Rechtsbewußtseins und der Normakzeptanz in unserem Land sowie der  
D14 Förderung einer gewaltfreien Demonstrationskultur; außerdem gehört die  
D15 Erhöhung des Mißerfolgsrisikos dazu, das heißt, es ist der gesamte Bereich  
D16 der Justiz und der Strafverfolgung bei derartigen Straftätern  
D17 angesprochen.

D18  
D19 Ich fordere Sie alle auf, zu einem Grundkonsens zu kommen, daß Gewalt zu  
D20 verurteilen ist, daß wir ihr entgegentreten müssen. Polemische Beiträge  
D21 und die Schaffung neuer Feindbilder versachlichen die Diskussion nicht,  
D22 sondern heizen sie erneut an. Ich fordere Sie alle auf zu einer Initiative  
D23 "Berlin gegen Gewalt".

D24  
D25 [Beifall bei der CDU]

D27 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke! - Für die PDS hat Frau Dörre das Wort!

D28  
D29 **Frau Dörre (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Rassismus in

D30 | Deutschland - daß es ihn gibt, täglich, das haben wir alle gewußt. Wie  
D31 | brutal und lebensbedrohend Menschenverachtung ist, haben Ausländerinnen  
D32 | und Ausländer in Hoyerswerda zu spüren bekommen. Weiße Deutsche haben  
D33 | zugesehen, mit offener oder verhohlener Zustimmung. Rassismus in  
D34 | Deutschland - das ist nicht nur Hoyerswerda, wie manche Politiker jetzt  
D35 | gern glauben machen möchten; das ist auch Saarlouis, das ist Baden-  
D36 | Württemberg, das ist Niedersachsen, das ist Hamburg. Kein Tag vergeht,  
D37 | ohne daß wir von erschreckenden Überfällen auf Immigrantinnen und  
D38 | Immigranten, auf Flüchtlinge, auf schwarze Deutsche, auf Ausländerheime  
D39 | lesen und hören. Überfälle? - Nein, was hier läuft, sind Pogrome! Fragen  
D40 | Sie ältere Menschen, fragen Sie zum Beispiel Frau Alicia

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1087

A 1 | **Frau Dörre**

A 2 |  
A 3 | Fuss von der Liga für Menschenrechte, die sich zurückversetzt fühlt in  
A 4 | braune Zeiten, die in Deutschland nie wirklich bewältigt wurden.

A 5 |  
A 6 | Angst macht mir nicht nur die wachsende Brutalität. Angst macht mir, wie  
A 7 | in gleichem **Maße** Zustimmung und Gleichgültigkeit in großen Teilen der  
A 8 | Bevölkerung wachsen. Angst macht mir, wie siegesicher Rechtsradikale und  
A 9 | Neofaschisten aufmarschieren können. In großdeutsch-chauvinistischer Art  
A10 | verkünden sie, an der gegenwärtigen, ich zitiere: "unerträglichen  
A11 | Situation" seien die Ausländer schuld.

A12 |  
A13 | [Niedergesäß (CDU): Nein, die SED !]

A14 |  
A15 | Sie skandieren - ich zitiere:

A16 |  
A17 | Das Kropfzeug wohnt in Wohnungen, die Deutschen gehören, sitzt auf  
A18 | Arbeitsplätzen, die uns gehören. So hatten wir uns Deutschland nicht  
A19 | vorgestellt! Wenn die nicht verschwinden, brennen wir hier alles nieder.

A20 |  
A21 | Angst macht mir, wie sicher diese Leute sein können, ungestraft zu  
A22 | bleiben. Oder wie soll ich es verstehen, daß Nazis sich in der "Monitor"-  
A23 | Sendung am 16 . September produzieren konnten; aber die Polizei will sie  
A24 | angeblich nicht kennen, wie gestern abend in der "Brennpunkt"-Sendung zu  
A25 | erfahren war.

A26 |  
A27 | "Pogrome beginnen im Kopf" sagte der FDP-Politiker Burkhard Hirsch. Diesen  
A28 | Vorwurf müssen sich die Urheberinnen und Urheber der **rassistischen**  
A29 | **Ausländergesetzgebung**, in der Bundesrepublik Deutschland der  
A30 | entwürdigenden Asylverfahren gefallen lassen. Leute wie Herr Rühle finden  
A31 | ganz sicher mit ihren "das Boot ist voll"-Theorien und ihren zynischen  
A32 | Angriffen auf den Artikel 16 des Grundgesetzes viel Beifall bei der  
A33 | Wiking-Jugend oder anderen Deutschnationalen.

A34 |  
B 1 | [Hapel (CDU): Das ist ja unerhört, was Sie da sagen!]

B 2 |  
B 3 | Es ist geradezu eine Ermunterung für Nazis und Rechtsradikale, wenn Herr  
B 4 | Rühle sagt, die Übergriffe hätten gezeigt, daß die Bevölkerung durch den  
B 5 | massenhaften Mißbrauch des Asylrechts überfordert sei.

B 6 |  
B 7 | Es ist eine Ermunterung zur Jagd auf Menschen, wenn Herr Landowsky von  
B 8 | messerstechenden Ausländern spricht, die nur das Wort "Asyl" zu sagen  
B 9 | brauchten und dann - wie er sagt vom Steuerzahler 7 Jahre lang ausgehalten  
B10 | würden.

B11 |  
B12 | Das sind Signale, die von einer rassistischen Medienkampagne flankiert  
B13 | werden. "Bild" läßt grüßen - fast an jeder Haltestelle, daß es eine  
B14 | Schande ist. Was hier unter Dienstaufsicht des Herrn Innensenators  
B15 | veranstaltet wird, gerät - da hat der Flüchtlingsrat völlig recht - in den  
B16 | Dunstkreis der Volksverhetzung. Ich erwarte dazu eine Stellungnahme.

B17 |  
B18 | Es ist ein Skandal, wie seitens der CDU suggeriert wird, Ausländer,  
B19 | Immigrantinnen und Immigranten seien schuld an **steigender Arbeitslosigkeit**  
B20 | Darf ich daran erinnern, daß es gerade der Regierungspolitik zu verdanken  
B21 | ist, daß ostdeutsche Betriebe und damit Arbeitsplätze plattgemacht werden,

B22 |  
B23 | [Niedergesäß (CDU): Das sind SED-Hinterlassenschaften!]  
B24 |

B25 und doch wohl nicht den kaum 1 % ausländischen Menschen auf dem Gebiet der  
B26 neuen Bundesländer! Ohne zu unterschätzen, welche Folgen die soziale  
B27 Entwurzelung, die Perspektivlosigkeit für Menschen haben, die sich dann  
B28 oftmals auch öffnen für ausländerfeindliche Parolen, ein Ventil auch in  
B29 der Gewalt suchen es ist zu einfach, Ausländerfeindlichkeit mit sozialen  
B30 Nöten und Ängsten allein zu begründen. Wenn das so wäre, müßten Millionen  
B31 Menschen in der sogenannten Dritten Welt Rassisten sein!  
B32

B33 Die hochgespielte **Asyldebatte**, die im Grunde die Einschränkung dieses  
B34 grundlegenden Menschenrechts zum Ziel hat, knüpft zynisch an die  
C 1 Existenzsorgen der Bevölkerung an, trübt so den Blick auf die wirklichen  
C 2 Verantwortlichen für die ökonomischen und sozialen Probleme, lenkt ihn auf  
C 3 Menschen, die noch ohnmächtiger, noch viel sorgenvoller um ihr Schicksal  
C 4 sein müssen als deutsche Arbeits- und Wohnungssuchende. Damit muß Schluß  
C 5 sein! Einer Änderung des Artikels 16 und einer noch weiteren Aushöhlung  
C 6 des Grundrechts auf Asyl werden wir uns  
C 7

C 8  
C 9 gemeinsam mit Immigrantinnen, Immigranten und Flüchtlingen  
C10 entgegenstellen. Wir fordern statt dessen eine Erweiterung der Kriterien  
C11 für Verfolgung, denn zu fragen ist nach den Ursachen für Flucht und  
C12 Migration. Ist es nicht so, daß **koloniale und neokoloniale Weltwirt-**  
C13 **schaftspolitik** die Verelendung ganzer Kontinente zur Bedingung und zur  
C14 Folge hat,  
C15

C16 [Niedergesäß (CDU): Vom Kommunismus vor allem!]  
C17

C18 Klimakatastrophen, Elend, Krisen, Kriege und schließlich Flucht befördert?  
C19 Deutschland wie auch andere EG-Staaten leugnen schlichtweg ihre  
C20 **Mitverantwortung** für die Zunahme weltweiter Fluchtbewegung. Deutschland  
C21 leugnet, daß es mit den nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen mit den  
C22 Rückwirkungen seiner eigenen Wirtschaftspolitik konfrontiert wird. Daran  
C23 wird auch eine Abschottung Europas nichts ändern. Statt wenigstens den  
C24 Versuch zu unternehmen, Ursachen für Migration zu beseitigen, wird von  
C25 notwendigen Regulierungsmaßnahmen auf deutscher bzw. europäischer Ebene  
C26 gefaselt.  
C27

C28 Nötig sind statt dessen  
C29

C30 - Streichung der Schulden der sogenannten Dritte-Welt-Staaten,  
C31

C32 - Stopp von Waffenexporten,  
C33

C34 - reale Hilfe bei der Umstellung der Wirtschaft auf eine von den  
D 1 Industrieländern unabhängige Wirtschaft,  
D 2

D 3 - Wirtschaftshilfe, die eine eigenständige Entwicklung möglich macht und  
D 4 nicht verhindert.  
D 5

D 6 Ich fordere den Regierenden Bürgermeister auf, in dieser Richtung im  
D 7 Bundesrat bzw. bei seinen Kollegen im Bundestag initiativ zu werden.  
D 8

D 9 Es ist scheinheilig, sich über wachsenden Rassismus zu mokieren und ihn  
D10 gleichzeitig weiter zu institutionalisieren. Berlin, das sich so gern als  
D11 weltoffene Metropole sehen will, sollte endlich anfangen, damit Schluß zu  
D12 machen. Selbsthilfeinitiativen in der Immigrantinnen-, Immigranten- und  
D13 Flüchtlingspolitik, Heime für minderjährige Flüchtlinge, interkulturelle  
D14 Begegnungsstätten, binationale Kindertagesstätten bedürfen der  
D15 ausdrücklichen Förderung! Das heißt: nicht Streichen von Geldern,  
D16 Schließen von Klubs und anderen Jugendeinrichtungen, sondern das heißt:  
D17 Erweiterung. Damit können wir sofort, müssen wir sofort beginnen. Es ist  
D18 die verdammte Pflicht und Schuldigkeit dieses Senats, sofort eine  
D19 Konzeption für eine umfassende Antirassismuskampagne zu erarbeiten und  
D20 dafür auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen!  
D21

D22 **Ausländerbeauftragte** dürfen nicht weiter zur Alibifunktion deklassiert  
D23 werden oder - wie in Marzahn - in ihrer Arbeit behindert werden. Das Amt  
D24 muß umgestaltet werden zu einer Antidiskriminierungsstelle.  
D25

D26 Es würde diesem Senat sehr gut zu Gesicht stehen, in Berlin umgehend zu  
D27 einer **Antirassismusedemonstration** aufzurufen und sich an die Spitze eines  
D28 solchen Zuges zu stellen.

D29 | [Beifall bei der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
D30 |  
D31 |

D32 | Meine Damen und Herren, gehen Sie in Asylbewerberheime, schauen Sie sich  
D33 | an, wie unwürdig Menschen dort untergebracht werden. Ich denke, wie eine  
D34 | Gesellschaft mit Fremden umgeht, zeigt den Stand ihrer Demokratisierung.  
D35 | Urteilen Sie anhand der Nachrichten, die aus Deutschland und auch aus  
D36 | Berlin darüber in die Welt gehen, wie weit wir heruntergekommen sind! Ich  
D37 | unterstütze sehr die Forderung von Immigrantinnen, Immigranten und  
D38 | Flüchtlingen, daß Deutschland, insbesondere was die Unterbringung, besser  
D39 | gesagt, die Gettoisierung von Flüchtlingen angeht, längst ein Fall für die  
D40 | UNO-Menschenrechtskommission ist!

D41 |  
D42 | [Beifall bei der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
D43 |

D44 | Oskar Lafontaine hat gestern abend in Hoyerswerda um Toleranz gebeten. Um  
D45 | Toleranz zu bitten, ist mir zu wenig! Ich fordere Menschenrecht,  
D46 | Menschenrecht, das in der Bundesrepublik Deutschland, gesetzlich  
D47 | sanktioniert, permanent verletzt wird!

D48 |  
D49 | [Beifall bei der PDS und bei Bü 90/Grüne]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1088

A 1 | [0.8]

A 2 |

A 3 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Zur Geschäftsordnung bitte schön !

A 4 |

A 5 | **Frau Dr. Lötzsch (PDS):** Ich möchte gern, daß Herr Innensenator Heckelmann  
A 6 | herbeigerufen wird. Das Thema geht ihn unmittelbar an.

A 7 |

A 8 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Er ist gerade hinausgegangen; das habe ich  
A 9 | gesehen. Aber er wird sicherlich wieder hereinkommen. Ich bitte meine  
A10 | Mitarbeiter, dafür zu sorgen.

A11 |

A12 | [1A.1]

A13 |

A14 | Herr Abgeordneter Staffelt hat das Wort.

A15 |

A16 | [Frau Dr. Lötzsch (PDS): Und ich bitte zu warten, bis er kommt !]

A17 |

A18 | **Dr. Staffelt (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
A19 | Herren! Die Exzesse jugendlicher Rechtsradikaler gegen Wohnheime von  
A20 | Asylbewerbern im sächsischen Hoyerswerda haben uns alle tief betroffen  
A21 | gemacht. Ich jedenfalls bin erschüttert über die Tatsache, daß es seitens  
A22 | - -

A23 |

A24 | [Zurufe von der PDS und von Bü 90/Grüne]

A25 |

A26 | - Wird das von meiner Redezeit abgezogen?

A27 |

A28 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Dann mache ich den Vorschlag: Wir warten zwei  
A29 | Minuten, bis Herr Senator Heckelmann kommt.

A30 |

A31 | [Beifall]

A32 |

A33 | Selbstverständlich wird das Herrn Staffelt nicht auf die Redezeit  
A34 | angerechnet.

B 1 |

B 2 | **Dr. Staffelt (SPD):** Und dann fange ich noch einmal vorn an!

B 3 |

B 4 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Und dann fängt er noch einmal von vorne an.

B 5 |

B 6 | Ich bekomme pausenlos Fragen zur Geschäftsordnung. Darf ich die  
B 7 | Gelegenheit benutzen, zu den Redezeiten klärend zu sagen: Bündnis 90 hat  
B 8 | überzogen, hat also keinen Rest, sondern eigentlich Minuspunkte. Die CDU  
B 9 | hat noch 4 Minuten. Die PDS hat noch 2 Minuten. Was bei der SPD sein wird,  
B10 | weiß ich noch nicht. Wenn der Senat antwortet und dadurch eine neue Rund  
B11 | entsteht, darin haben die Abgeordneten höchstens fünf Minuten für die der  
B12 | zweiten Senatsantwort folgenden Runde. - Ich hoffe, daß der Senator bald  
B13 | kommt; sonst setze ich fort, denn die Herbeiholung kann nicht zu einer  
B14 | längeren Verzögerung führen, zumal es im Senat auch möglich ist, Herrn  
B15 | Senator Heckelmann entsprechend zu berichten.

B16 |

B17 | [0.9]

B18 |

B19 | War das eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, Herr Kern? - Bitte!

B20 |

B21 | [Sen Dr. Heckelmann betritt den Saal -  
B22 | Beifall bei Bü 90/Grüne]

B23 |

B24 | **Kern (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen den

B25 Innensensor! - Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, weil ich  
B26 davon ausgehe, daß es bei diesem wichtigen Thema möglich sein muß, eben  
B27 nicht um Minuten zu feilschen.

B28  
B29 [Beifall bei der SPD]  
B30

B31 In der Geschäftsordnung, Frau Präsidentin, ist vorgesehen, daß für den  
B32 ersten Redner zehn Minuten zur Verfügung stehen und in einer zweiten Runde  
B33 fünf Minuten. Wenn Sie überziehen lassen, was ich in diesem Falle nicht  
B34 falsch finde, was man so oder so

C 1  
C 2 werten kann, dann ist das eine Entscheidung sozusagen des Präsidiums für  
C 3 den ersten Redner. Diese Zeit ist aber nicht auf die Redezeit der Redner  
C 4 in der zweiten Runde anzurechnen.  
C 5

C 6 **Präsidentin Dr. Laurien:** So ist es, es ist auch noch nie angerechnet  
C 7 worden.  
C 8

C 9 **Kern (SPD):** Deshalb bitte ich Sie, daß wir dabei bleiben: der erste Redner  
C10 zehn Minuten, der zweite Redner fünf Minuten. Wenn es eine dritte Runde  
C11 geben sollte, weil auch ein Senatsmitglied gesprochen hat, dann wiederum  
C12 fünf Minuten pro Fraktion.  
C13

C14 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Darf ich dazu sagen, daß  
C15 wir im Ältestenrat festgelegt haben, weil wir so zahlreiche Anträge  
C16 hatten, daß nicht ausgeschöpfte Redezeiten dann auch noch verwendet werden  
C17 dürfen. Das ist im Ältestenrat mehrfach betont worden. Insofern **war** das  
C18 eine Aussage zugunsten der Fraktionen, um nicht in die Rechnerei um  
C19 Minuten zu kommen.  
C20

C21 [Kern (SPD): Na gut, bleiben Sie dabei!]  
C22

C23 - Ja, dabei bleibe ich.  
C24

C25 [1A.2]  
C26

C27 Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Staffelt.  
C28

C29 **Dr. Staffelt (SPD):** Schönen Dank, Frau Präsidentin ! Man lernt ja immer  
C30 wieder dazu, wie Debatten gestaltet werden können. - Ich hatte darum  
C31 gebeten, noch einmal beginnen zu können und will **das** jetzt tun. Ich denke,  
C32 wir alle sind wegen der **Exzesse jugendlicher Rechtsradikaler** in  
C33 Hoyerswerda tief betroffen. Ich jedenfalls bin vor allem auch über die  
C34 Tatsache erschüttert, daß es seitens der Bevölkerung dieses Städtchens  
D 1 sogar zu tatkräftiger Unterstützung nicht aber zu einer eindeutigen  
D 2 Distanzierung von diesen kriminellen Ausschreitungen gekommen ist.  
D 3

D 4 Die Verhaltensweise der örtlich politisch Verantwortlichen und der  
D 5 sächsischen Landesregierung kommt einer **Kapitulation des Rechtsstaates** vor  
D 6 dem politischen Extremismus gleich.  
D 7

D 8 [Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
D 9

D10 Es ist erschütternd, daß einem sächsischen Innenminister nicht mehr als  
D11 die Umzäunung der Unterkünfte von Asylanten und die Verbringung dieser  
D12 Menschen in andere Quartiere einfällt. In diesem Zusammenhang wäre eine  
D13 unmißverständliche Haltung des demokratischen Rechtsstaats im Sinne einer  
D14 wehrhaften Demokratie dringendst erforderlich gewesen.  
D15

D16 [Beifall bei **der** SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
D17

D18 Bis zur Entscheidung ihres Antragsbegehrens genießen **Asylbewerber** in der  
D19 Bundesrepublik Deutschland den vollen Schutz der Verfassung und des  
D20 Staates. Die sächsische Landesregierung und die örtlich Verantwortlichen  
D21 haben diesen Grundsatz auf das gröblichste verletzt. Ihr Handeln ist  
D22 geradezu eine **Einladung an Gewalttäter**, sich in vergleichbarer Weise in  
D23 anderen Städten und Gemeinden durchzusetzen. Dies kann und darf nicht nur  
D24 Angelegenheit einer Landesregierung bleiben. Meines Erachtens ist der  
D25 Bundesinnenminister aufgefordert, über die Innenministerkonferenz Klarheit  
D26 zu schaffen und eine einheitliche Handlungsweise der deutschen  
D27 Bundesländer und der Bundesregierung bei solchen Ereignissen

D28 | unmißverständlich festzulegen.

D29 |  
D30 | [Beifall bei der SPD]

D31 |  
D32 | Für uns Sozialdemokraten steht fest: Wir werden den **Extremismus** in jeder  
D33 | Ausprägung auf das Schärfste bekämpfen. Wir wollen aber auch - das muß  
D34 | Gegenstand der politischen Debatte sein - die Ursachen, die zum Teil ja  
D35 | auch zur politischen Verirrung von Menschen geführt haben, beseitigen  
D36 | helfen. Das heißt - und diese Verpflichtung haben wir alle, auch in  
D37 | anderen Debatten, die hier geführt werden -, wir müssen alle

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1089

A 1 | **Dr. Staffelt**

A 2 |  
A 3 | Anstrengungen unternehmen, um dem **Rechtsradikalismus den politischen Boden**  
A 4 | **zu entziehen** durch die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen,  
A 5 | durch die Lösung der Wohnungsprobleme, durch eine offensive Sozial-,  
A 6 | Jugend- und Bildungsarbeit. Ich fordere das Abgeordnetenhaus von Berlin  
A 7 | auf, diese Grundsätze auch zur Grundlage der weiteren Politik - ich nenne  
A 8 | hier vor allen Dingen die Haushaltsdebatte, die uns bevorsteht - zu  
A 9 | machen.

A10 |  
A11 | [Beifall bei der SPD]

A12 |  
A13 | Zweifelsohne gibt es das Problem der Zunahme von Asylbewerbern als Folge  
A14 | des wirtschaftlichen Gefälles zwischen dem reichen Westeuropa, Ost- und  
A15 | Mitteleuropa und der Dritten Welt. Solange ein derartiges  
A16 | Wohlstandsgefälle existiert, bleiben die Länder der Europäischen  
A17 | Gemeinschaft begehrtes Ziel. Es zeigt sich aber immer deutlicher, daß wir  
A18 | eine gemeinsame Asylpolitik der Europäischen Gemeinschaft brauchen. Dabei  
A19 | ist unter allen Umständen am Grundsatz des Schutzes vor politischer  
A20 | Verfolgung für jedermann festzuhalten.

A21 |  
A22 | [Frau Abg. Dörre (PDS) meldet sich  
A23 | zu einer Zwischenfrage.]

A24 |  
A25 | Über Jahre und Jahrzehnte und nicht nur aus der eigenen deutschen,  
A26 | schmerzlichen Geschichte haben wir diktatorische und totalitäre Systeme,  
A27 | die Demokraten verfolgt haben, erlebt. Wir, die demokratischen Länder  
A28 | dieser Welt, stehen in der Pflicht, auch zukünftig Verfolgten durch die  
A29 | Gewährung von Asyl zur Seite zu stehen und ihnen eine Heimat zu bieten.

A30 |  
A31 | [Beifall bei der SPD]

A32 |  
A33 | **Stellv. Präsident Führer:** Herr Dr. Staffelt, gestatten Sie eine  
A34 | Zwischenfrage?

B 1 |  
B 2 | **Dr. Staffelt** (SPD): Nein! - Ich denke dennoch, daß wir Rechtsradikalismus  
B 3 | und die Ereignisse von Hoyerswerda mit der Asylpolitik nicht vermischen  
B 4 | dürfen. Wir müssen begreifen, daß sich Rechtsradikale im Moment eine  
B 5 | Zielgruppe, die besonders populär erscheint, für derartige Aktionen  
B 6 | herausgegriffen haben. Die Rechtsextremisten meinen aber den  
B 7 | demokratischen Rechtsstaat als Ganzes, sie meinen uns alle - auch unsere  
B 8 | Minderheiten. Aber auch wir sind nicht vor diesen Menschen geschützt.  
B 9 | Deshalb muß dieses Haus gemeinschaftlich alles unternehmen, um diesen  
B10 | Rechtsradikalismus - gegebenenfalls mit den Strafverfolgungsbehörden und  
B11 | der Polizei - auf die geeignete Weise zu bekämpfen.

B12 |  
B13 | [Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP]

B14 |  
B15 | Ich halte es für unverantwortlich, die Ereignisse in Hoyerswerda aus  
B16 | Gründen billiger Stimmungsmache in einen direkten Zusammenhang mit der  
B17 | Veränderung des Asylrechts zu bringen. Wer den Ruf nach Veränderung des  
B18 | Grundgesetzes mit Hoyerswerda begründet, verhilft - wie die "Süddeutsche  
B19 | Zeitung" richtig schreibt - "dem Mob von Hoyerswerda zu einem neuerlichen  
B20 | Triumph". Das dürfen wir uns nicht bieten lassen!

B21 |  
B22 | [Beifall bei der SPD und bei Bü 90/Grüne]

B23 |  
B24 | Die Politik muß sich selbst fragen, ob sie nicht in mancher, bewußt  
B25 | polemisch geführten Diskussion und manchem Wahlkampf selbst dazu

B26 beigetragen hat, daß ein Nährboden für Rechtsextremismus und  
B27 Ausländerfeindlichkeit bereitet worden ist und - ich betone - auch in  
B28 Berlin.

B29  
B30 Wir, die politisch Verantwortlichen, sind gehalten, gerade diese Fragen  
B31 mit besonderer Sensibilität und Zurückhaltung zu diskutieren. Jede  
B32 Emotionalisierung aus parteipolitisch vordergründigen Erwägungen stärkt  
B33 rechtsradikale Positionen und schwächt unsere Demokratie. Besonders die  
B34 Attacken des CDU-Generalsekretärs Rühle und seines Kollegen Huber von der  
C 1 CSU, die Asylbewerber der Zukunft als "SPD-Asylanten" zu bezeichnen, haben  
C 2 zu einer Verschärfung und Emotionalisierung der Diskussionen geführt.

C 3  
C 4 [Beifall bei der SPD]

C 5  
C 6 Wir weisen diese Angriffe auf das schärfste auch von dieser Stelle zurück.

C 7  
C 8 [Beifall bei der SPD]

C 9  
C10 Wir wenden uns auch ganz bewußt an unsere Koalitionspartnerin CDU-Berlin  
C11 mit der Bitte, sich solcher Polemik nicht anzuschließen

C12  
C13 [Beifall bei der SPD]

C14  
C15 und dazu beizutragen, daß ihr Generalsekretär wieder auf den Boden der  
C16 sachlichen Diskussion zurückfindet.

C17  
C18 [Beifall bei der SPD]

C19  
C20 Wir müssen uns doch vorstellen Wer aus einer solchen Position heraus  
C21 derartig öffentlich agiert, riskiert den inneren Frieden in unserem Land.  
C22 Hier gilt es, daß alle, die einen kühlen Kopf bewahren und eine wirklich  
C23 sachgerechte Lösung finden wollen, zusammenstehen - auch im Berliner  
C24 Abgeordnetenhaus.

C25  
C26 [Beifall bei der SPD -  
C27 Abg. Hapel (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

C28  
C29 **Stellv. Präsident Führer:** Herr Kollege Staffelt, gestatten Sie nunmehr  
C30 eine Zwischenfrage?

C31  
C32 **Dr. Staffelt (SPD):** Nein! - Es gibt für uns keinen Zweifel, daß wir die  
C33 Abschaffung des Artikels 16 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht mitmachen. In  
C34 Wahrheit geht es nicht um die Änderung des Artikels 16 - also des  
D 1 Grundrechts auf Gewährung von Asyl. Es geht um die Abkürzung und  
D 2 Vereinfachung des Asylverfahrens. Das ist es, was wir Sozialdemokraten  
D 3 auch wollen; das hat auch etwas mit dem Mißbrauch von Asyl zu tun. Aber  
D 4 ich sage ganz ausdrücklich Es kann und es darf nicht sein, daß der  
D 5 Mißbrauch zum Maßstab einer Verfassungsdiskussion gemacht wird.

D 6  
D 7 [Beifall bei der SPD und der FDP]

D 8  
D 9 Das ist eine Schiefelage, in der wir uns befinden.

D10  
D11 Ziel sozialdemokratischer Asylpolitik ist es, unter Wahrung von Humanität,  
D12 von Rechtsstaatlichkeit die Zuwanderung zu verlangsamen. Ich weise darauf  
D13 hin, daß wir eine schnellstmögliche Prüfung wünschen, ob ein Asylanspruch  
D14 zu Recht besteht oder nicht. Die Verwaltungsverfahren müssen in eine  
D15 Zuständigkeit gebracht werden - wie es vom Präsidium der SPD erst  
D16 vorgestern vorgeschlagen worden ist. Wir müssen uns auch offensiv mit den  
D17 Schlepperorganisationen auseinandersetzen, die zum eigenen Profit  
D18 Menschenhandel betreiben. Auch das ist eine Aufgabe der Politik.

D19  
D20 [Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP]

D21  
D22 Es steht außer Frage, daß Fluchtursachen am besten und am wirksamsten in  
D23 den Herkunftsländern bekämpft werden müssen. Dies wird nur gelingen, wenn  
D24 wir den Staaten Mittel- und Osteuropas und der Dritten Welt gezielt  
D25 wirtschaftlich helfen. Auch diese Wahrheit muß den Bürgerinnen und Bürgern  
D26 der Bundesrepublik Deutschland vermittelt werden, wenn es um die  
D27 Diskussion über die Frage geht, ob wir soviel Geld nach draußen geben  
D28 sollen, wo wir doch genug Probleme im eigenen Land haben. Auch das ist ein  
D29 Teil der politischen Wahrheit.

D30 |  
D31 | Wir alle müssen uns an einer offensiven Aufklärungsarbeit zum Thema  
D32 | "Ausländer- und Asylproblematik" beteiligen. Das ist die Aufgabe aller  
D33 | demokratischen Parteien. Wir müssen die sozialen Ursachen von  
D34 | Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus mit den uns zur Verfügung  
D35 | stehenden Mitteln bekämpfen. Ich meine, das beste Mittel ist das Streben  
D36 | nach einer gerechten und sozialen Gesellschaftsordnung in unserem Land.  
D37 |

D38 | [Beifall bei der SPD und der CDU]  
D39 |

D40 | Dazu noch einen letzten Satz: Der Rechtsstaat - und das ist mein Vorwurf  
D41 | in Richtung Freistaat Sachsen - darf, wenn es um die Bedrohung von  
D42 | Menschen geht, nicht einbrechen. Dann gefährdet eine Regierung den  
D43 | gesamten demokratischen Rechtsstaat. Das ist die Lehre aus Hoyerswerda,  
D44 | die wir offensiv - wer auch immer parteipolitisch davon betroffen ist - in  
D45 | den

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1090

A 1 | **Dr. Staffelt**

A 2 |  
A 3 | Mittelpunkt dieser Diskussion zu stellen haben. Wir als Sozialdemokraten  
A 4 | stehen jedenfalls in Solidarität zu den Menschen dort. Wir stehen in  
A 5 | Solidarität zu jenen, die hier Asyl gesucht haben.

A 6 |  
A 7 | In Richtung auf die CDU weise ich auf noch eines hin: Wir haben lange  
A 8 | Debatten geführt über das **Gewaltmonopol des Staates**. Ich meine, wenn diese  
A 9 | Frage je von hoher Aktualität war, dann in diesem Fall. Ich fordere Sie  
A10 | auf, mit uns gemeinsam für die Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates  
A11 | zu streiten. - Ich bedanke mich.

A12 |  
A13 | [Beifall bei der SPD und der CDU]

A14 |  
A15 | **Stellv. Präsident Führer:** Als nächste hat die Abgeordnete von Braun für  
A16 | die FDP-Fraktion das Wort. - Bitte sehr!

A17 |  
A18 | **Frau von Braun (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoyerswerda  
A19 | ist für uns Liberale neben aller persönlichen Betroffenheit vor allem  
A20 | Anlaß für grundsätzliche und weitergehende Überlegungen. Denn was wir in  
A21 | Hoyerswerda erlebt haben und in vielen Städten - beileibe nicht nur in den  
A22 | neuen Bundesländern - immer wieder erleben müssen, ist für uns Liberale  
A23 | ein Menetekel - ein Menetekel für die politische und die **Alltagskultur** in  
A24 | unserem Land, für die Kompetenz und Fähigkeit der politisch Handelnden und  
A25 | damit auch für die Akzeptanz der Demokratie in unserem Land.

A26 |  
A27 | In der gestrigen Bundestagsdebatte hat Cornelia Schmalz-Jacobsen warnend  
A28 | darauf hingewiesen: 46 Jahre nach Adolf Hitler wandeln wir auf dünnem Eis.  
A29 | Ich füge hinzu: Hoyerswerda ist überall - der Bahnhof Lichtenberg zum  
A30 | Beispiel gehört zu Berlin.

A31 |  
A32 | [Beifall der Frau Abg. Michels (PDS)]

A33 |  
A34 | Wir dürfen nicht zulassen, daß das **Asylrecht mißbraucht** wird, um den Blick  
B 1 | von einem anderen, viel gigantischeren Problem abzulenken: von dem des  
B 2 | **Armutsgefälles** zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd. Das ist für  
B 3 | uns der wahre Mißbrauch des Asylrechts.

B 4 |  
B 5 | [Beifall bei der FDP -  
B 6 | Vereinzelter Beifall bei Bü 90/Grüne]

B 7 |  
B 8 | Ein Blick auf die Statistiken allein dieses Jahres zeigt, was für ein  
B 9 | innenpolitisches Schindluder mit dem hohen Gut des politischen Asyls  
B10 | betrieben worden ist. Nicht die Asylanten und Asylbewerber stellen den  
B11 | größten Teil der Zugewanderten in unserem Land, sondern mit weitem Abstand  
B12 | die Aus- und Übersiedler, die Flüchtlinge vor Kriegswirren wie die  
B13 | Jugoslawen, die zur Zeit den höchsten Anteil stellen. Sie sind doch nur  
B14 | die Vorboten einer Armutsvölkerwanderung von bisher nie gekannten  
B15 | Ausmaßen.

B16 |  
B17 | Berlin hat vor gar nicht langer Zeit Polenmärkte erlebt - und verkraftet.  
B18 | Jetzt erlebt Polen - und verkraftet Polen - Russenmärkte. An der polnisch-  
B19 | russischen Grenze stauen sich nun Wagenkolonnen mit Tausenden von  
B20 | Menschen, die manchmal bis zu acht Tage warten müssen, bis sie ihre  
B21 | armseligen Habseligkeiten jenseits der Grenze verkaufen dürfen - und sie  
B22 | verdienen immer noch daran.

B23 |  
B24 | Es ist offensichtlich: Dem bundesdeutschen Vorgarten im europäischen Haus

B25 und seinen ost-mitteleuropäischen Nachbaräckern nähert sich unaufhaltsam  
B26 und zügig eine riesige Wanderdüne. Weil dieses Phänomen Ängste hervorruft,  
B27 schaltet populistische Politik um auf Ersatzhandlungen, um die eigene  
B28 Hilflosigkeit zu verdecken.

B29  
B30 [Beifall bei der FDP und bei Bü 90/Grüne -  
B31 Vereinzelter Beifall bei der PDS]  
B32

B33 Statt ernsthaft daranzugehen, die Wanderdüne am Ausgangsort zu halten,  
B34 setzt populistische Politik darauf, mit Schüren und Vermischen von  
C 1 Existenzängsten und Fremdenangst ein Klima zu schaffen, aus dem sie im  
C 2 Wahlkampf zu profitieren hofft. Aber die Generalsekretäre - insbesondere  
C 3 der CDU und der CSU - mit diesen Strategien werden sich wundern! Sie haben  
C 4 schon einmal den Beweis dafür bekommen - ich erinnere an die Landtagswahl  
C 5 von Hessen.  
C 6  
C 7

C 8 [Dr. Staffelt (SPD): Hoffen wir, daß die FDP stark bleibt!]  
C 9

C10 - Wir haben da nicht mitgemacht, Herr Kollege Staffelt. Im Gegenteil: Wir  
C11 haben davor gewarnt. -  
C12

C13 [Sander (SPD): Das wissen wir!]  
C14

C15 Immer mehr Bürger erklären laut und deutlich: Wir wollen keine **Aushöhlung**  
C16 **des Asylrechts**; wir wollen nicht, daß die Mauer einfach ein paar 100  
C17 Kilometer weiter östlich aufgebaut wird!  
C18

C19 [Beifall bei der FDP und bei Bü 90/Grüne -  
C20 Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
C21

C22 Es ist nicht das Asylrecht, das die Flüchtlingsströme verursacht. Es ist  
C23 die Armut, es ist die Perspektivlosigkeit in den Ursprungsländern dieser  
C24 Flüchtlingslawine, die wir bekämpfen müssen, nicht das Asylrecht in  
C25 unserer eigenen Verfassung.  
C26

C27 Hoyerswerda ist überall. Hoyerswerda - und das ist eine Sache, die wir uns  
C28 selbst vor Augen führen müssen - ist das Ergebnis allgemeiner **politischer**  
C29 **Hilflosigkeit** und Konzeptionslosigkeit angesichts einer Problemdimension,  
C30 mit der die biedermeierliche kleinere Alt-Bundesrepublik nie konfrontiert  
C31 wurde. Nicht nur der Landrat und der Bürgermeister haben gefehlt bei den  
C32 Auseinandersetzungen zwischen einer rechtsradikalen gewalttätigen  
C33 Minderheit und einer überforderten Polizei. Wir fragen uns alle: Wo blieb  
C34 die entschiedene gesamtstaatliche Abwehr solcher Übergriffe? Wo blieben  
D 1 diejenigen, die sonst immer so gern energisch an das staatliche  
D 2 Gewaltmonopol erinnern ?  
D 3

D 4 [Beifall bei der FDP und der SPD -  
D 5 Dr. Staffelt (SPD): Richtig!]  
D 6

D 7 **Bürgerinitiativen** zum Schutz von Ausländer- und Asylwohnheimen sind eine  
D 8 lobenswerte Aktivität von mutigen Demokraten. Aber sind sie nicht der  
D 9 Beweis dafür, daß staatliches Handeln hier nicht energisch genug war, daß  
D10 der Grundpfeiler demokratischer Kultur - nämlich der energische, aktive  
D11 Schutz schwächerer Minderheiten - vergessen wurde, daß die Polizei mit  
D12 dieser gesellschaftlichen Feigheit alleingelassen worden ist?  
D13

D14 [Beifall bei der FDP und bei Bü 90/Grüne]  
D15

D16 Wir alle müssen daraus lernen, energisch Konsequenzen zu ziehen, auch wenn  
D17 sie wehtun.  
D18

D19 Es geht kein Weg daran vorbei: Wir müssen in vielen Bereichen umdenken  
D20 lernen; ein größer gewordenes Europa, in dem wir uns voraussichtlich noch  
D21 auf viele Jahre großer Umbrüche und Unsicherheiten in unseren  
D22 Nachbarstaaten gefaßt machen müssen, verlangt eine andere Politik als das  
D23 geteilte Deutschland und Europa.  
D24

D25 Wer die Substanz des **politischen Asylrechts** erhalten will, muß schweren  
D26 Herzens akzeptieren, daß die **Verfahren** zur Feststellung der  
D27 Asylberechtigung **gestrafft** werden. Aber es gilt auch: Wer die  
D28 demokratische Kultur in unserem Land erhalten und ausbauen will, der muß

D29 | die sozialen Ursachen von Fremden- und Ausländerfeindlichkeit bekämpfen,  
D30 | der muß dazu beitragen, daß politische Bildung, das Erlernen gewaltfreier  
D31 | Konfliktbewältigung intensiviert werden - auch das, Herr Kollege Staffelt  
D32 | - da gebe ich Ihnen recht -, muß sich in der konkreten Haushaltspolitik  
D33 | beweisen.  
D34 |

D35 | [Beifall bei der FDP, der PDS und  
D36 | bei Bü 90/Grüne sowie des Abg. Sander (SPD)]  
D37 |

D38 | Wer die demokratische Kultur in unserem Land erhalten und ausbauen will,  
D39 | der muß nun - mehr denn je - den kulturellen Beitrag und die kulturelle  
D40 | Identität der verschiedenen nationalen Minderheiten anerkennen und  
D41 | garantieren - nicht nur in einer Summe X für X Projekte, sondern zum  
D42 | Beispiel durch die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft.  
D43 |

D44 | [Beifall bei der FDP, der PDS und  
D45 | bei Bü 90/Grüne]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1091

A 1 | **Frau von Braun**

A 2 |  
A 3 | Wer die demokratische Kultur erhalten und ausbauen will, der muß bereit  
A 4 | sein, ein Kind eines ausländischen Arbeitnehmers, das hier geboren,  
A 5 | aufgewachsen und zur Schule gegangen ist, das hier gearbeitet und Steuern  
A 6 | gezahlt hat, nicht schlechter zu stellen als den deutschstämmigen  
A 7 | Urururenkel von Generationen, die vor über hundert Jahren in andere  
A 8 | Gegenden dieser Welt zogen.

A 9 |  
A10 | [Dr. Kellner (PDS) Richtig!]

A11 |  
A12 | In einem größer gewordenen und zusammenrückenden Europa müssen wir uns  
A13 | lösen vom Nationalbegriff des vergangenen Jahrhunderts. Nicht mehr die  
A14 | Nation wird Identität stiften, sondern die regionale, die kulturelle  
A15 | Eigenart.

A16 |  
A17 | [Beifall des Abg. Berger (Bü 90/Grüne)]

A18 |  
A19 | Vielleicht werden und müssen wir zu ganz anderen, nationenübergreifenden  
A20 | Regionalverbänden kommen.

A21 |  
A22 | [Hapel (CDU): Gucken Sie mal,  
A23 | was in der Verfassung steht!]

A24 |  
A25 | - Auch Verfassungen können geändert werden, Herr Kollege! Das ist Ihnen  
A26 | vielleicht bisher entgangen.

A27 |  
A28 | [Beifall - Zurufe]

A29 |  
A30 | Ich meine das in einem ganz anderen Sinne als Sie! Verfassungen ändern  
A31 | heißt zum Beispiel auch Kompetenzen an übernationale Einrichtungen wie  
A32 | einen kompetenzstarken Weltgerichtshof abgeben.

A33 |  
A34 | Vielleicht werden wir endlich erleben, daß das jahrhundertealte Leid  
B 1 | ganzer Völker wie der Roma und Sinti, die im nationalrechtlichen Gestrüpp  
B 2 | des Völkerrechts keine Heimat finden konnten, ein Ende findet.

B 3 |  
B 4 | [Beifall bei der FDP, der PDS und bei Bü 90/Grüne]

B 5 |  
B 6 | Das sind die europäischen, die nationalen, die innenpolitischen Fragen,  
B 7 | denen wir uns stellen müssen - nicht das Aushöhlen des Asylrechts unserer  
B 8 | Verfassung! Hoyerswerda kann der Anstoß dafür sein; Berlin sollte dafür  
B 9 | ein Beispiel geben.

B10 |  
B11 | [Beifall bei der FDP, der SPD,  
B12 | der PDS und bei Bü 90/Grüne]

B13 |  
B14 | **Stellv. Präsident Führer:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete  
B15 | Pflugbeil. - Bitte sehr!

B16 |  
B17 | **Dr. Pflugbeil** (Neues Forum): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen  
B18 | und Herren! Gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung an die Vertreter der  
B19 | Medien! Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, welche große Bedeutung Sie für  
B20 | das Thema dieser Debatte haben, besonders jene unter Ihnen, die nicht für  
B21 | uns intellektuelle Spinner schreiben. Ich bedaure sehr, daß die sonst  
B22 | übliche Übertragung im Dritten Programm des Fernsehens zugunsten eines  
B23 | Tennisspiels heute herausgeflogen ist.

B24 |  
B25 | [Allgemeiner Beifall]

B26  
B27 Es war einmal ein Land, in dem eine zusammengebrochene oder plattgemachte  
B28 Wirtschaft viele, viele Menschen aus ihren Arbeitsplätzen heraus-  
B29 schleuderte, in dem viele, viele Menschen Angst hatten, daß sie ihre  
B30 Familie nicht ernähren und ihre Miete nicht bezahlen könnten, daß das  
B31 Elend sie bereits gepackt hätte. In diesem Land war das Weltbild vieler,  
B32 vieler Menschen stark ins Rutschen gekommen. Sie konnten nicht mehr an die  
B33 großen Ideale glauben, mit denen sie erzogen worden waren und die ihnen  
B34 auch dort, wo sie gegen sie aufbegehrten, einen gewissen Halt gegeben  
C 1 hatten. Unglücklicherwise waren diese Menschen auch noch in ihrem Stolz  
C 2 verletzt; ihr Selbstwertgefühl war schwer angeschlagen. Sie hatten ständig  
C 3 das Gefühl, das andere sie übers Ohr hauen würden, und sie wußten nicht,  
C 4 wie sie sich dagegen wehren sollten.  
C 5

C 6 Natürlich gab es Rattenfänger, die in dieser Situation eine Melodie  
C 7 spielten, die diese Menschen glaubten, weil sie es gewohnt waren, etwas zu  
C 8 glauben.  
C 9

C10 Zu ihrem Erstaunen fiel es ihnen wie Schuppen von den Augen, daß es  
C11 unmittelbar neben ihnen Menschen gab, die Lebensraum, die Wohnraum  
C12 besetzten, die kaum arbeiteten, denen die Obrigkeit sogar die Miete  
C13 bezahlte, während sie selbst an einer drastischen Mieterhöhung zu kauen  
C14 hatten. Solche Vergünstigungen ärgerten sie um so mehr, als doch jeder  
C15 sofort erkennen konnte, daß jene anderen direkt unter ihnen anders waren,  
C16 daß sie gar nicht dazugehörten.  
C17

C18 Plötzlich fühlten sie, daß sie gar nicht schwach, sondern sehr viel  
C19 stärker als diese anderen waren; jeder Schlag und jeder geworfene Stein  
C20 trug dazu bei, daß sie sich aufrichteten und wieder einen Sinn in ihrem  
C21 Leben fanden.  
C22

C23 Nein, ich meine nicht die Anfänge des Dritten Reiches; ich meine unsere  
C24 Situation. - Ich möchte auf dreierlei eingehen.  
C25

C26 Erstens: In der alten DDR waren Dokumente wie die Schlußakte von Helsinki  
C27 oder die UNO-Flüchtlingskonvention eine ebenso brisante wie unerwünschte  
C28 Lektüre. Den Wert eines internationalen Abkommens über Reisefreiheit,  
C29 freie Wahl des Wohnsitzes bzw. die Verpflichtung, Asyl zu gewähren, sobald  
C30 der Bewerber subjektive Furcht - subjektive Furcht! - vor Verfolgung  
C31 empfindet, kann nur ermesen, wer keine Chance hatte, sich darauf zu  
C32 berufen. Es schließt sich für mich daher völlig aus, mit Hilfe  
C33 juristischer Trickspiel den Asylantenstrom zu stoppen. Der Angelpunkt  
C34 liegt ganz woanders.

D 1  
D 2 Zweitens: Wir tun so, als ob es Spaß macht, irgendwo um Asyl nachzusuchen,  
D 3 als Asylant mit 4 DM pro Tag auskommen zu müssen. Unterhalten Sie sich  
D 4 doch einmal mit Ihren Kindern darüber, woran es wohl liegt, daß  
D 5 einheimische Kirschen so viel teurer sind als Südfrüchte aus Honduras! Sie  
D 6 werden von allein darauf kommen, daß es an den Spottlöhnen von etwa 20  
D 7 Pfennig pro Tag liegt, die die Landarbeiter dort bekommen. Und wie ist es  
D 8 mit den schweren Umweltkatastrophen? - Ihre Kinder können Ihnen erklären,  
D 9 wodurch sie wesentlich verursacht wurden.  
D10

D11 Und wer von uns hat die Stirn, mit Asylbewerbern um ihren Antrag zu  
D12 feilschen, die aus einem der viele Ländern kommen, deren Regime wir  
D13 profitabel mit Waffen versorgen? - Denken Sie nur an die direkte deutsche  
D14 Hilfe beim Bau der irakischen Atombomben!  
D15

D16 Nein, wir werden die Asylanten nicht eher los, als bis wir wirklich  
D17 verstehen, daß unser Verhältnis zur Zweidrittel-Welt maßgeblichen Anteil  
D18 daran hat, daß sich so viele Menschen auf den Weg machen.  
D19

[Beifall bei der SPD,  
der PDS, bei Bü 90/Grüne und bei der FDP]

D23 Und wir werden den Ausländerhaß nicht überwinden, solange jeder  
D24 Klippschüler so leicht herausfinden kann, auf welcher Seite die politisch  
D25 und wirtschaftlich Mächtigen in unserem Land tatsächlich, das heißt mit  
D26 ihren Taten, stehen.  
D27

D28 Wir haben die Wahl. Was wollen wir also?  
D29

D30 | Jugendhaftanstalten oder Jugendclubs? Mehr Polizei oder mehr  
D31 | Sozialarbeiter? Mehr Verfassungsschützer oder vielleicht einen Senator für  
D32 | Ausländerfragen? Zäune oder Gastfreundschaft? Schärfere Gesetze oder  
D33 | menschlichere Beamte? Immer mehr Reichtum bei uns oder fairere  
D34 | Wirtschaftsbeziehungen zur Zweidrittel-Welt? Diktaturen unter deutschen  
D35 | Waffen oder konventionell und atomar abgerüstete Weltzonen?  
D36 |  
D37 | Oder ist es uns womöglich sogar recht, daß einige Leute dabei sind, eine  
D38 | Mauer zwischen den wirklich Armen und uns zu errichten, gegen die der  
D39 | Eiserne Vorhang ein rostiger Husten war? Brauchen wir für unseren  
D40 | erbärmlichen Reichtum einen Safe, dessen Tür man von innen verschließen  
D41 | kann? Wir werden in unserem eigenen Mief ersticken, wenn wir nicht endlich  
D42 | ausprobieren, was die wirklich Armen uns vormachen, daß man reich wird und  
D43 | daß es Spaß macht, wenn man mit Fremden teilt.  
D44 |  
D45 | Welches sind die wirklich Verantwortlichen für unsere aktuellen Sorgen?  
D46 | Die paar Promille Asylanten in den neuen Bundesländern oder jene, die  
D47 | bersten vor wirtschaftlicher und politischer Profitgier und unsere  
D48 | sozialen Bezüge zerfetzt haben, die mit

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1092

A 1 | **Dr. Pflugbeil**

A 2 |  
A 3 | unseren elementaren Lebensbedürfnissen spekulieren und uns Ideale  
A 4 | eintrichtern wollen, die die Seife nicht wert sind, aus denen sie geblasen  
A 5 | wurden?

A 6 |  
A 7 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]

A 8 |  
A 9 | Wenn wir nicht zu Fremdlingen in unserer eigenen Heimat werden wollen,  
A10 | dürfen wir nicht länger zuschauen, wie mit einer Hand sozialer Druck  
A11 | erzeugt und mit der anderen staatliche Macht aufgebaut wird. Das Feuer in  
A12 | den Asylantenheimen ist ein Irrtum, ein schlimmer Irrtum, das Feuer gehört  
A13 | ganz woanders hin, nämlich unter die Fräcke jener Politiker, für die  
A14 | elementare Menschenrechte nur zum Wahlfang gut sind.

A15 |  
A16 | [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
A17 | Hapel (CDU): Das ist ja ein Gewaltaufruf!]

A18 |  
A19 | Ich möchte meinen Enkeln einmal erzählen, daß es einmal ein Land gab, das  
A20 | reich wurde, weil es mit Fremden teilte, das geachtet wurde, weil es  
A21 | Frieden stiftete, für das Gerechtigkeit mehr bedeutete als Profit, das  
A22 | seine Identität fand, als es seine Grenzen aufmachte, dessen Bürger  
A23 | vergessen hatten, was ein Schlagbaum ist.

A24 |  
A25 | [Beifall bei Bü 90/Grüne, bei der FDP -  
A26 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]

A27 |  
A28 | **Stellv. Präsident Führer:** Das Wort hat nunmehr der Regierende  
A29 | Bürgermeister!

A30 |  
A31 | **Dieppen, Regierender Bürgermeister:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten  
A32 | Damen und Herren! Dem Diskussionsbeitrag des Kollegen Pflugbeil hat man  
A33 | das innere Engagement angemerkt. Ich wollte zu Beginn meines Beitrages  
A34 | gerade auf seine Sensibilität, die am Anfang seines Beitrages stand,  
B 1 | eingehen. Es war die notwendige Sensibilität. Allerdings muß ich sagen,  
B 2 | daß in den Schlußpassagen dann ein bißchen zu sehr die Klischeevorstellung  
B 3 | vom "bösen Politiker" zu spüren war. So wird man dem Thema nicht gerecht,  
B 4 | weder den Verantwortlichen in Deutschland noch den Verantwortlichen  
B 5 | konkret vor Ort, die sich mit den unmittelbaren Fragestellungen der Bürger  
B 6 | auseinandersetzen haben. So leistet man aus meiner Sicht auch keinen  
B 7 | Beitrag dazu, wie die Probleme langfristig, nicht nur in Deutschland oder  
B 8 | Europa, sondern auch im Verhältnis zur Dritten Welt, gelöst werden können.

B 9 |  
B10 | [Zuruf des Abg. Cramer (Bü 90/Grüne)]

B11 |  
B12 | - Ich nehme den Zuruf auf. Ich behaupte nämlich, daß keiner hier eine  
B13 | Patentreue hat. Ich behaupte, daß es ein paar Grundsätze gibt, zu denen  
B14 | wir uns hier bekennen können und müssen. Dieses Bekenntnis lautet, daß wir  
B15 | erschrocken sind - mir geht es jedenfalls so, und zwar jenseits des  
B16 | Versuches, hier eine parteipolitische Polemik aus den schlimmen Vorgängen  
B17 | von Hoyerswerda machen zu wollen - über das, was dort geschehen ist, daß  
B18 | dort Gewalttäter mit widerlichen und kriminellen Methoden versuchen, den  
B19 | demokratischen Rechtsstaat herauszufordern. Ich bin darüber betroffen und  
B20 | sage mit aller Deutlichkeit, daß ein freiheitlicher Rechtsstaat kein  
B21 | Faustrecht, keine bandenmäßige Gewalt und auch keine Schläger bzw. keinen  
B22 | Rowdytourismus akzeptieren darf.

B23 |  
B24 | [Beifall bei der CDU und der SPD]

B25 |

B26 Dies ist sozusagen die Grundlage, auf der wir uns mit Themen, die  
B27 Hoyerswerda deutlich gemacht hat, auseinandersetzen. Für mich ist  
B28 Hoyerswerda jenseits der Aufgabenstellung der Polizei auch ein Warnsignal.  
B29 Es ist für mich ein Warnsignal für die Veränderung unserer Gesellschaft  
B30 und für die Schwierigkeiten in einer Umbruchsituation.  
B31

B32 Zunächst will ich aber hier zwei andere Punkte aufgreifen, die unmittelbar  
B33 mit der Diskussion über das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland  
B34 zusammenhängen und auch mit den Herausforderungen, wie wir einer  
C 1 Völkerwanderung des Hungers begegnen können. Es ist zugleich richtig, und  
C 2 damit müssen wir uns auch auseinandersetzen, daß oftmals bei der  
C 3 Auswanderung die unterwegs sind, die in ihren Heimatländern sogar noch zu  
C 4 den Privilegierten gehören.  
C 5

C 6 Wir müssen uns damit auseinandersetzen, wie wir einen Beitrag dazu leisten  
C 7 können, daß diese Völkerwanderung nicht eintritt. Hier greife ich das auf,  
C 8 was in diesem Hause wohl Einvernehmen ist. Die wesentliche Leistung von  
C 9 uns gegenüber diesen Menschen muß nicht hier, sondern in ihren  
C10 Heimatländern erbracht werden.  
C11

C12 [Beifall bei der CDU und der SPD]  
C13

C14 Die wesentliche Leistung, die erbracht werden muß, ist eine Leistung im  
C15 Rahmen der Entwicklungshilfe, ist eine Leistung im Rahmen des Aufbaus der  
C16 Wirtschaft in diesen Ländern, ist eine Leistung bei der Sicherung von  
C17 Minderheitenrechten dort. Wir müssen mit Präsident Jelzin und anderen  
C18 darüber reden, wie den Staaten in der Sowjetunion konkret beim Aufbau der  
C19 Wirtschaft dort geholfen werden kann. Aber all das ist nur ein Teil der  
C20 Antwort. Dazu gehört auch das Bemühen, von Berlin aus im Bereich der Oder  
C21 eine Wirtschaftsregion zu schaffen, um eben diese Grenze nicht zu einer  
C22 Grenze der Armut werden zu lassen. Das sind zunächst einmal einige wenige  
C23 Grundpositionen.  
C24

C25 Zweitens: Für mich ist das Grundrecht auf Asyl nicht etwa eine  
C26 Schlußfolgerung aus der deutschen Geschichte, sondern eine  
C27 selbstverständliche Folge meines Bekenntnisses zu den Menschenrechten.  
C28 Jeder, der irgendwo in dieser Welt rassisch, religiös oder politisch  
C29 verfolgt wird, muß das Recht haben, irgendwo in Freiheit eine Heimstatt  
C30 finden zu können.  
C31

C32 [Frau Schmidt (PDS): Nur Männer? -  
C33 Zurufe Ah, nicht schon wieder!]  
C34

D 1 - Es gibt Zwischenrufe, da schont man den Zwischenrufer, wenn man nicht  
D 2 auf ihn eingeht. -  
D 3

D 4 [Beifall bei der CDU]  
D 5

D 6 Auf der anderen Seite aber müssen wir uns als verantwortliche Politiker  
D 7 auch mit der Frage auseinandersetzen, zu welchen Leistungen - subjektiv  
D 8 und auch objektiv - unsere Gesellschaft in der Lage ist. Wir müssen uns  
D 9 mit den Sorgen auseinandersetzen, inwieweit Wanderungsbewegungen hier zu  
D10 Belastungen bei uns führen, die dann eine Hilfe an andere Länder unmöglich  
D11 machen. Wir müssen uns mit diesen Sorgen auseinandersetzen. Ich bekenne  
D12 mich nach dem ausdrücklichen Hinweis, daß das Asylrecht für mich ein  
D13 wesentliches Grundrecht der Menschen ist, woran ich nicht rütteln lasse,  
D14 dazu, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland nicht alle Probleme der  
D15 Welt und deren Lösung auf uns ziehen können. Wer sich vor Augen hält, mit  
D16 welchen Zahlen im Augenblick in der Öffentlichkeit operiert wird, welche  
D17 Größenordnungen von Menschenschicksalen allein eventuell aus der Sowjetunion  
D18 auf uns zukommt, der muß auf der anderen Seite eben auch die Frage  
D19 stellen, wie wir damit fertig werden.  
D20

D21 Und das ist meine persönliche Position - ich will nicht den Senat in  
D22 seiner Gesamtheit damit nicht in Anspruch nehmen - Wenn wir uns dazu  
D23 bekennen, müssen wir die Probleme auch lösen. Wir müssen bereit und  
D24 vorbereitet sein, die Probleme zu lösen, und wir dürfen uns nicht  
D25 überfordern. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß wir ein in Europa  
D26 harmonisiertes Asylrecht benötigen, damit es nicht nur eine Verschiebung,  
D27 sondern das Annehmen von Verantwortung gibt.  
D28

D29 [Vereinzelter Beifall bei der FDP]

D30 |  
D31 | Und ich nehme das auf, was der Kollege Staffelt gesagt hat Dabei kommt es  
D32 | darauf an, daß das Grundrecht auf Asyl als Grundrecht unangetastet bleibt.  
D33 |

D34 | Allerdings ist auch jenen, die sich vehement in die Diskussion um den  
D35 | Artikel 16 einlassen, zu sagen Es kann sein - vielleicht ist es sogar eine  
D36 | logische Folge -, daß ein harmonisiertes Asylrecht zu Veränderungen,  
D37 | jedenfalls zu einem Gesetzesvorbehalt im Artikel 16 des Grundgesetzes  
D38 | führen muß.

D39 |  
D40 | [Zuruf des Abg. Sander (SPD)]  
D41 |

D42 | Ich bitte jedenfalls alle, die sich an dieser Diskussion beteiligen, sich  
D43 | nicht vorschnell darauf festzulegen, an Artikel 16, und zwar an den  
D44 | Einzelformulierungen, niemals rütteln zu lassen. Es muß

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1093

A 1 | RBm Diepgen

A 2 |  
A 3 | auch die Bereitschaft bestehen, die Rechtslage in Deutschland an eine  
A 4 | gemeinsam formulierte Rechtslage in der Europäischen Gemeinschaft  
A 5 | anzupassen.  
A 6 |

A 7 | [Beifall bei der CDU -  
A 8 | Frau Abg. Dörre (PDS) meldet sich zu einer Zwischenfrage.]  
A 9 |

A10 | Damit möchte ich eine Aufforderung an die Parteien in der Bundesrepublik  
A11 | Deutschland formulieren. Es ist notwendig, daß man sich endlich  
A12 | zusammenrauft und nicht die Diskussion ständig vor sich herschiebt und  
A13 | dabei außerdem die Diskussion mit sehr verteilten Rollen spielt. Vor dem  
A14 | Hintergrund der Probleme, die die Kommunalpolitiker deutlich und quer zu  
A15 | allen Parteien formuliert haben, angesichts der grundsätzlichen  
A16 | Erwägungen, die immer wieder rechtspolitisch eingeführt werden, und der  
A17 | europapolitischen Fragestellungen müssen alle an einen Tisch, und es muß  
A18 | zu einer Lösung kommen. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger in der  
A19 | Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch.  
A20 |

A21 | [Beifall bei der CDU]  
A22 |

A23 | Und eine letzte Anmerkung: Wir in Berlin bekennen uns zu der Verantwortung  
A24 | und auch zu dem Satz: Hoyerswerda ist überall. Wenn man sich die Situation  
A25 | in Hoyerswerda genau ansieht und weiß, welche Bausubstanz vorhanden ist,  
A26 | welche Struktur und besonderen Schwierigkeiten die Stadt hat, kann man  
A27 | erkennen, daß nur ein quantitativer Unterschied zu unmittelbaren Ängsten  
A28 | und Sorgen besteht, die wir in einzelnen Stadtgebieten Berlins erlebt  
A29 | haben. Insofern müssen wir uns der Verantwortung hier stellen.  
A30 |

A31 | Vorhin ist kritisch ein Zwischenruf gemacht worden, als ich sagte, ich  
A32 | empfinde die Situation in Hoyerswerda als ein Warnsignal in einer  
A33 | Krisensituation des Übergangs. Ich habe die herzliche Bitte, daß wir  
A34 | dieses Thema nicht als ein Polizeithema ansehen und sondern vielmehr  
B 1 | beachten, welche Sorgen in der gegenwärtigen Phase des Übergangs bestehen.  
B 2 | Ich halte es für verkehrt, daß die Ministerpräsidenten der alten Länder  
B 3 | als erstes in der Ausländerpolitik im zusammenwachsenden Deutschland  
B 4 | versuchten, ein Teilproblem wegen der Schwierigkeiten mit den Bürgerinnen  
B 5 | und Bürgern in ihren Ländern auf die neuen Länder abzuschieben.  
B 6 |

B 7 | [Beifall bei der SPD und bei Bü 90/Grüne -  
B 8 | Wieland (Bü 90/Grüne) und Kern (SPD): Richtig!]  
B 9 |

B10 | Sie hätten berücksichtigen müssen, daß die Übergangssituation, die Ängste,  
B11 | die Sorgen und die Unsicherheit über die eigenen Perspektiven gerade in  
B12 | diesen Regionen notwendigerweise im Augenblick größer sind.  
B13 |

B14 | [Kern (SPD) und Sander (SPD): Richtig!]  
B15 |

B16 | Es ist wichtig, dafür von Berlin aus zu werben und dieses deutlich zu  
B17 | machen, aber nicht mit dem Hinweis, daß sei ein typisches Problem der  
B18 | neuen Länder - das wäre zu einfach. Es gibt gerade in den neuen Ländern  
B19 | angesichts der notwendigen Umorientierung der Menschen in einem neuen  
B20 | Gesellschafts- und Wirtschaftssystem und der Sorge um die eigene Zukunft,  
B21 | die Ausbildung und den Arbeitsplatz zusätzliche Probleme. Ich warne davor,  
B22 | zu sagen, das seien alles Rechtsradikale, und nicht ausdrücklich  
B23 | aufzunehmen, was die Menschen zum Teil zu ihren Handlungen treibt. Wir  
B24 | verurteilen diese Handlungen - damit es da keinen Zweifel gibt -, aber wir  
B25 | müssen uns dabei ein wenig Gedanken über die Motive machen.

[Dr. Staffelt (SPD): ja, sicher!]

**Stellv. Präsident Führer:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Diepgen,** Regierender Bürgermeister: Nur dann können wir wirksam etwas dagegen tun -

[Beifall bei der CDU und der SPD -

Dr. Staffelt (SPD): Richtig!]

nicht mit dem Ruf nach Polizei, nicht mit einem Zaun, sondern mit gesellschaftspolitischen Maßnahmen, mit Aufklärung und der Auseinandersetzung mit Extremismus, Rassismus und deutscher

Geschichte - auch den Erfahrungen der 20er und 30er Jahre -, aber vor allem mit konkreten Antworten auf die heutigen Sorgen der Menschen.

Ich empfinde es als wesentliche Herausforderung, daß beim Zusammenwachsen des ehemals geteilten Landes von Berlin aus Beispiele für soziale Gerechtigkeit gesetzt werden für die Perspektiven, die wir den Menschen geben können.

[Zuruf des Abg. Berger (Bü 90/Grüne)]

Das ist die notwendige Antwort auf die Probleme und die Lösung der Probleme, die wir am Beispiel Hoyerswerda unmittelbar empfunden haben. - Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP]

**Stellv. Präsident Führer:** Frau Senatorin Stahmer, bitte!

**Frau Stahmer,** Senatorin für Soziales Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte als Senatorin, die für die Integration von Ausländern die Verantwortung trägt, zustimmen Hoyerswerda ist überall, und zwar auch in den westlichen Bundesländern. Aber es ist auch richtig Berlin ist nicht Hoyerswerda - in der gegenwärtigen Situation.

[Beifall bei der CDU]

Die abscheulichen, pogromartigen Vorkommnisse in Hoyerswerda sind weitgehend aus den dortigen lokalen und sozialen Rahmenbedingungen zu verstehen. Die Faktoren, die für alle neuen Bundesländer die gesteigerte Bereitschaft für ausländerfeindliche Verhaltensweisen erklären - nämlich die soziale Verunsicherung aufgrund einer historisch einmaligen wirtschaftlichen Umbruchsituation und eine Tradition politischer und geistig-kultureller Abschottung im Rahmen des alten DDR-Systems -, treten in Hoyerswerda gewissermaßen in verschärfter Form in Erscheinung Ein Kind des Braunkohletagebaus, der Wirtschaftszweig schrumpft, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch; Neubauviertel in Plattenbauweise wie Berlin-Marzahn; eine Infrastruktur, die ein menschenfeindliches Sozialklima fördert; eine Arbeitnehmerstruktur, die diejenigen angezogen hat, denen nicht viel anderes übrig blieb, als in diesem Tagebau zu arbeiten, die schon über gebrochene Lebensläufe, schwierige menschliche Schicksale verfügten - diese Menschen müssen dort mit einer Situation fertig werden, die es für sie tatsächlich schwer macht. Ein Sozialklima ist dort möglich geworden, das von Reizbarkeit, Vorurteil und latenter Wut gekennzeichnet ist.

Das erklärt, wie es dort zu solch extremen Ausschreitungen kommen konnte. Ich glaube, die Situation in Berlin ist damit nicht zu vergleichen. Zur Zeit befinden sich bei uns etwa 7.300 Flüchtlinge in Sammelunterkünften, eine Zahl, die anders als im Kleinen Hoyerswerda in einer Metropole von der Größe und vom multikulturellen Charakter Berlins nicht ins Auge stechen kann. Die Zahl der Neuzugänge von Asylbewerbern nach Berlin ist gegenüber dem Vorjahr rapide zurückgegangen, um etwa 60 Prozent. Das machen sich viele in dieser Stadt nicht klar. Der Trend der Verteilung von Asylbewerbern nach Berlin war in jüngster Zeit rückläufig. Er steigt zur Zeit wieder an, weil die Gesamtzahlen in der Bundesrepublik ansteigen, aber wir erwarten keine Probleme der Unterbringung. Das sollte man auch öfter und deutlicher diskutieren, anstatt den Menschen Angst zu machen,

D30 | welche Schwemmen von Ausländern kommen und was alles an Schrecklichem in  
D31 | der Zukunft geschehen wird.

D32 |

D33 | [Vereinzelter Beifall bei der SPD und der FDP]

D34 |

D35 | Im Westteil unserer Stadt hat sich die Bevölkerung in einem  
D36 | jahrzehntelangen kontinuierlichen Prozeß soweit auch daran gewöhnt, mit  
D37 | Ausländern zusammenzuleben und gut zusammenzuleben, daß das Sozialklima  
D38 | wesentlich eher als ausländerfreundlich gekennzeichnet werden kann. Die  
D39 | Berliner sind sich bewußt, daß wir die ausländischen Mitbürger brauchen,  
D40 | auch wenn wir hierfür nicht die ganze Welt einladen können. Wir haben die  
D41 | Erwartung, daß es zu vergleichbaren Vorkommnissen wie in Hoyerswerda  
D42 | kommen könnte, für Berlin nicht.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1094

A 1 | Frau Sen Stahmer

A 2 |  
A 3 | Wir machen uns vielmehr zur Zeit Sorgen um Gruppengewalt von Jugendlichen,  
A 4 | und zwar deutschen und ausländischen Jugendlichen, denen wir Perspektiven  
A 5 | vermitteln müssen, damit sie einen Weg finden aus dieser existentiell  
A 6 | schwierigen Situation. Ich hoffe sehr, daß der vom Jugendsenator erstellte  
A 7 | Jugendgruppenbericht wirklich bald vorankommt und auch in die Wirklichkeit  
A 8 | umgesetzt werden kann, damit wir für die deutschen und ausländischen  
A 9 | jungen Menschen etwas tun können.

A10 |  
A11 | Wir haben in Berlin auch Erfahrungen mit der Integration - auch dann, wenn  
A12 | es schwierig war. Es ist nicht etwa so, daß die Ausländerfeindlichkeit im  
A13 | Ostteil der Stadt oder in Hoyerswerda neu geboren wäre; wir haben sie auch  
A14 | hier wahrgenommen. Ich persönlich habe sie in Ruhleben verspürt, als dort  
A15 | ein Asylbewerberheim eingerichtet werden sollte. Unterschriftenlisten  
A16 | kamen, es wurde geltend gemacht, daß Frauen und Kinder angeblich gefährdet  
A17 | wären; schreckliche Dinge wurden gesagt. Als wir dann mit den Bürgerinnen  
A18 | und Bürgern gesprochen und sie vor und nach der Einrichtung des Heims zu  
A19 | Nachmittagen, Sommerfesten und Gesprächen eingeladen hatten, haben sie mir  
A20 | hinterher gesagt "Sie hatten doch recht; wir hatten zuviel Angst! Wir  
A21 | leben gut mit diesen Menschen. Zu dem Problem, das wir alle befürchtet  
A22 | haben, ist es nicht gekommen."

A23 |  
A24 | Ich möchte gern, daß die Menschen im Ostteil der Stadt, für die es  
A25 | tatsächlich noch viel schwieriger zu verstehen ist, daß wir friedlich und  
A26 | gut miteinander leben können. auch dieses erfahren und wir alle  
A27 | miteinander etwas daran tun, daß wir tatsächlich das Sozialklima schaffen,  
A28 | das im Westteil der Stadt gegenüber Ausländern herrscht, das auch im  
A29 | Ostteil bei breiten Bereichen in der Bevölkerung herrscht. Es waren viele  
A30 | Menschen im Ostteil der Stadt absolut entsetzt über das, was in Marzahn  
A31 | passiert ist, obwohl dieses kleine Dinge gegenüber Hoyerswerda waren. Es  
A32 | kamen viele spontane Hilfsbereitschaftsbekundungen aus Ost-Berlin. Das muß  
A33 | ich hervorheben, weil die rechtsradikale und die Skinheadszene ganz  
A34 | bestimmt nicht das Prägende für den Ostteil der Stadt sein kann, aber es  
B 1 | muß mehr Erfahrung miteinander geben, es muß mehr Aufeinanderzugehen  
B 2 | geben, damit die Angstgefühle abgebaut werden können, damit klar wird -  
B 3 | auch im Innersten eines Menschen, der sich um seine Zukunft ängstigt -,  
B 4 | daß Asylbewerber weder Arbeitsplätze noch Wohnungen wegnehmen.

B 5 |  
B 6 | Auch wenn die Vorkommnisse von Hoyerswerda in Berlin konkret  
B 7 | unwahrscheinlich sind, sollten wir gewisse Zuspitzungen nicht ausschließen  
B 8 | und für einen solchen Eventualfall außer den Dingen, die von der  
B 9 | Innenpolitik her, von der Polizei und von den Möglichkeiten des Schützens  
B10 | her gegeben sind, verschiedenes beachten. Politiker und alle, die in der  
B11 | Öffentlichkeit Verantwortung tragen, müssen mit klaren, unzweideutigen  
B12 | Worten für die Menschenrechte, für den Schutz von angegriffenen  
B13 | Flüchtlingen eintreten, und zwar unmittelbar nach Bekanntwerden der  
B14 | Vorkommnisse und energischer, d.h. auch durch entsprechende Handlungen  
B15 | bekräftigt. Hieran hat es offenbar in Hoyerswerda in besonderer Weise  
B16 | gefehlt. Der kriminelle Charakter derartiger Pogromattacken darf nicht in  
B17 | Frage stehen, auch wenn wir erklären können, wie es dazu kam. Es darf  
B18 | nicht beschönigt oder bemäntelt werden.

B19 |  
B20 | Diese Forderung gilt unbedingt, übrigens unabhängig davon, welche Position  
B21 | einer in der Asylrechtsdebatte vertritt. Menschenrechte sind unteilbar.  
B22 | Auch wer als Asylbewerber letztlich unser Land wieder verlassen muß, hat  
B23 | ein Recht auf Unversehrtheit und menschenwürdige Behandlung.

B24 |  
B25 | Ich denke, daß man an die Adresse derjenigen, die einer restriktiveren

B26 Asylpolitik das Wort reden, sagen muß, daß man das in vernünftiger und  
B27 verständiger Form miteinander tun kann, daß man es aber zur Zeit gerade  
B28 nur sehr gefährdend überhaupt tut. Ich glaube, daß man sich dort zwar in  
B29 der Position bestärkt fühlen kann. Aber gerade die in letzter Zeit in der  
B30 öffentlichen Diskussion benutzten polemischen Begriffe - "Asylantenflut",  
B31 "Asylmißbrauch", "Wirtschaftsflüchtling" - und die unsachlichen und  
B32 überzogenen Argumente derjenigen, die in Hoyerswerda und anderswo am Werke  
B33 sind, haben sicherlich mit dazu beigetragen, daß die Vorurteile und Ängste  
B34 schlimmer geworden sind. Wir müssen in dieser Diskussion zwischen  
C 1 politischer Verfolgung und wirtschaftlicher Not unterscheiden. Aber wir  
C 2 müssen das auch deutlich machen für die Menschen, die von Ängsten  
C 3 gepeinigt sind und die noch nicht so richtig empfinden können, daß freie  
C 4 politische Meinungsäußerung nicht Verantwortungslosigkeit im  
C 5 Sprachgebrauch und im Argument rechtfertigt.  
C 6

C 7 Ich meine, daß wir zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens auch darauf  
C 8 aufpassen müssen, die strafrechtlichen Möglichkeiten gegenüber  
C 9 Pogromtätern von vornherein durch entsprechende polizeiliche und  
C10 staatsanwaltliche Aktivitäten auszuschöpfen, auch z.B. hinsichtlich von  
C11 Tatbeständen wie Volksverhetzung. Auch hieran hat es in Hoyerswerda  
C12 offensichtlich gefehlt.  
C13

C14 Ich glaube, daß wir das öffentliche Meinungsklima von allen Seiten her  
C15 beeinflussen müssen und daß dies auch in den neuen Ländern geschehen muß,  
C16 weil es nicht in unserer Hand liegt, die Verteilung der Flüchtlinge auf  
C17 die neuen Länder zu verhindern. Die vorliegende Entscheidung der  
C18 Bundesregierung halte ich in diesem Umfang für falsch, aber wir müssen zur  
C19 Zeit mit ihr leben. Wir können nicht Berlin als Fluchtburg anbieten, denn  
C20 damit gäben wir hier dem Druck nach, der dort erzeugt wird. Damit würden  
C21 wir nicht erreichen, daß man dort sozial mehr für die Menschen tut, und  
C22 zwar gemeinsam mit den Einwohnern und den Hinzukommenden. Dies würde dazu  
C23 führen, daß das als ein polizeiliches Problem angesehen werden würde; wenn  
C24 man genug Polizei dorthin schaffte, würde das schon werden. - Es wird eben  
C25 nicht werden, sondern es muß geschützt werden sowohl mit Polizei als auch  
C26 mit sehr vielen Gesprächen und menschlichen Kontakten, menschlicher Nähe  
C27 und den Gefühlen, die sich ins Positive verändern müssen.  
C28

C29 [Beifall bei der SPD -  
C30 Vereinzelter Beifall bei der CDU]  
C31

C32 **Stellv. Präsident Führer:** In der Debatte hat nunmehr die Abgeordnete  
C33 Detering von der Fraktion Bündnis 90/Grüne das Wort! - Ich weise darauf  
C34 hin, da Sie fünf Minuten Redezeit in dieser Runde haben!  
D 1

D 2 **Frau Detering** (Bü 90/Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!  
D 3 Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen:  
D 4

D 5 Herr Regierender Bürgermeister! Der Flüchtlingsrat Berlin hat mich  
D 6 beauftragt, Sie beim Wort zu nehmen und Sie dringend einzuladen, am Tag  
D 7 des Flüchtlings, am 9. Oktober, ab 15 Uhr in das "Haus der Kirche" zu  
D 8 kommen und dort an der Veranstaltung teilzunehmen.  
D 9

D10 Die zweite Vorbemerkung ist eine Frage: Ich habe keine Antwort bekommen  
D11 auf die Frage, die auch im Beitrag des Kollegen Wieland gestellt wurde, ob  
D12 das Land Berlin bereit sei, Menschen, die aus anderen Teilen der neuen  
D13 Bundesländer nach Berlin fliehen, hier wirklich aufzunehmen.  
D14

D15 [Dr. Wruck (CDU): Dazu hat Frau Stahmer  
D16 als zuständige Senatorin etwas gesagt!  
D17 Haben Sie das nicht gehört?]  
D18

D19 - Das war für mich keine Antwort auf diese Frage, Herr Wruck! -  
D20

D21 [Zurufe]  
D22

D23 **Stellv. Präsident Führer:** Frau Detering, Sie haben das Wort!  
D24

D25 [Frau Sen Stahmer: Ich habe gesagt:  
D26 Wir können das rechtlich nicht!]  
D27

D28 **Frau Detering** (Bü 90/Grüne): Danke!  
D29

D30 | [Hapel (CDU): Zuhören!  
D31 | Das gehört auch zum Parlamentarismus!]  
D32 |  
D33 | - Ja, das nehmen Sie sich zu Herzen, bitte! -  
D34 |  
D35 | [Hapel (CDU): So ist das  
D36 | mit den vorbereiteten Reden!]  
D37 |  
D38 | Darf ich jetzt anfangen?  
D39 |  
D40 | [Zurufe]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1095

- A 1  
A 2 | **Stellv. Präsident Führer:** Frau Abgeordnete, die Uhr läuft! Wenn Sie Ihre  
A 3 | Redezeit nicht in Anspruch nehmen wollen, ist das Ihre Angelegenheit!  
A 4  
A 5 | [Frau Detering (Bü 90/Grüne):  
A 6 | Ich möchte sie in Anspruch nehmen!]  
A 7  
A 8 | Ich bitte das Plenum, der Abgeordneten zuzuhören, sofern sie etwas  
A 9 | mitzuteilen hat! Bitte!  
A10  
A11 | **Frau Detering** (Bü 90/Grüne): Ich schäme mich. Zu wenig habe ich bisher die  
A12 | wachsende Ausländerfeindlichkeit ernst und als eine Herausforderung für  
A13 | mich angenommen. Ich schäme mich für alle meine Landsleute, die  
A14 | ausländische Mitbürger verachten, ängstigen, mißhandeln, vertreiben,  
A15 | totschiagen.  
A16  
A17 | [Hapel (CDU): Sozialistischer Erziehungsprozeß!]  
A18  
A19 | Geboren und gelebt in der DDR - lasse ich dennoch keine Entschuldigung  
A20 | gelten für niemand, der mitgemacht oder geduldet hat in Hoyerswerda und  
A21 | anderswo. Alle Menschen sind Ausländer - fast überall, und alle Ausländer  
A22 | sind Menschen. Niemand hat das Recht, Menschen zu ängstigen, zu  
A23 | mißhandeln, zu vertreiben, totzuschlagen.  
A24  
A25 | [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
A26 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
A27  
A28 | Es gibt ein Recht auf körperliche Unversehrtheit. Ich schäme mich für alle  
A29 | meine Landsleute, die wegsehen, nicht wahrhaben wollen, nicht aufschreiben  
A30 | gegen die wachsende Pogromstimmung in Deutschland. Es gibt kleine Zeichen  
A31 | der Hoffnung. Eine Organisation ruft in diesen Tagen dazu auf, daß sich  
A32 | deutsche Bürger zu Schutzwachen vor Heimen für Asylbewerber versammeln.  
A33 | Ich will mich an dieser Hilfe in der Not beteiligen. Wenn es schon so  
A34 | schrecklich weit gekommen ist, müssen wir eben mit unsern Körpern die  
B 1 | Schwächsten schützen. Ich bitte Abgeordnete aller Fraktionen, sich zum  
B 2 | Schutz ausländischer Mitbürger bereitzufinden.  
B 3  
B 4 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
B 5  
B 6 | Ich schäme mich für die Politiker meines Landes. Die Debatte um eine  
B 7 | Asylrechtsänderung leistet der Ausländerfeindlichkeit Vorschub. Sie muß  
B 8 | sofort beendet werden. Die Sprache von Politikern begünstigt den sich  
B 9 | ausbreitenden Präfaschismus - wenn etwa in einer Anfrage einer  
B10 | Abgeordneten dieses Hauses, die heute behandelt wurde, zur Verhinderung  
B11 | eines unterstellten sogenannten Asylantentourismus wirklich und wahrhaftig  
B12 | Zählappelle in Wohnheimen empfohlen werden. Aufgabe der Politiker wäre es  
B13 | zu erklären, warum es zu großen Fluchtbewegungen überall in der Welt  
B14 | kommt, daß wir ein reiches Land sind und verpflichtet, den Armen zu  
B15 | helfen, und daß dies auch Verzicht auf dumpfen Wohlstand erfordert.  
B16  
B17 | Wir brauchen ein großes Gespräch in Deutschland über unsere Verfassung,  
B18 | damit wir wirklich alle erkennen und begreifen, daß die Menschenrechte,  
B19 | die Grundrechte unserer Verfassung, nicht angetastet werden dürfen. In  
B20 | unserem Grundgesetz in Artikel 1 - Die Grundrechte - heißt es  
B21  
B22 | Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen  
B23 | ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.  
B24  
B25 | Wir sollten folgenden Satz hinzufügen und uns tief einprägen Alle erkennen

B26 einander als Gleiche in ihrer Würde an. - Das ist die Grundgesetzreform,  
B27 die wir brauchen.

B28  
B29 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
B30

B31 **Stellv. Präsident Führer:** In der Debatte hat nun der Abgeordnete Wruck das  
B32 Wort für die Fraktion der CDU!

B33  
B34 [Sander (SPD): Wo ist der Innensenator? -  
C 1 Der ist schon wieder weg!]  
C 2

C 3 **Dr. Wruck** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde auch,  
C 4 daß die Senatsbank, das gilt übrigens auch für die Justizsenatorin, bei  
C 5 dieser nicht ganz unwichtigen Frage anwesend sein sollte.

C 6  
C 7 [Vereinzelter Beifall -  
C 8 Frau Künast (Bü 90/Grüne): Stellen Sie einen Antrag!  
C 9 Wir stimmen zu!]  
C10

C11 Ich glaube, wir sind zur Zeit in Europa in einem Zustand, wo nationale  
C12 Minderheiten in größten Schwierigkeiten sind. Es ist ja nicht nur, wie das  
C13 eben anklang, ein sächsisches Problem. Wir erleben zur Zeit in dem  
C14 traditionellen Vielvölkerstaat Jugoslawien, wo unterschiedliche  
C15 Nationalitäten, obwohl sie lange Zeit in einem Staat zusammengelebt haben,  
C16 es plötzlich nicht mehr tun und mit Gewalt aufeinander zugehen.

C17  
C18 [Dr. Staffelt (SPD): Die Probleme liegen tiefer!  
C19 Bißchen sehr einfach!]  
C20

C21 Wir erleben es bei den Völkern der Sowjetunion. Wir erleben heute einen  
C22 Antisemitismus in Polen. Und wir erleben einen schlimmen  
C23 Rechtsradikalismus unter Le Pen in Frankreich. So gesehen ist das, womit  
C24 wir uns heute hier zu befassen haben, nicht nur ein Problem, das  
C25 spezifisch deutsch ist, sondern ein Problem, das offenbar für alle  
C26 Minderheiten in Europa gilt.

C27  
C28 [Zuruf des Abg. Berger (Bü 90/Grüne)]  
C29

C30 Und ich finde es einfach eine Verhöhnung, Verhöhnung der Opfer des  
C31 Nationalsozialismus, das, was heute in Deutschland geschieht, mit dem, was  
C32 im Dritten Reich geschehen ist, zu vergleichen.

C33  
C34 [Zurufe aus der Fraktion Bü 90/Grüne]  
D 1

D 2 - Aber solche Vergleiche können sie nur bringen, wenn sie selbst die Brut  
D 3 von NS-Verbrecher als Abgeordnete in ihren Reihen geduldet haben.

D 4  
D 5 [Gelächter bei Bü 90/Grüne]  
D 6

D 7 Und, meine Damen und Herren,

D 8  
D 9 [Zurufe von Bü 90/Grüne]  
D10

D11 Sie können schreien, soviel Sie wollen. Die besseren Argumente werden sich  
D12 letztlich durchsetzen und nicht diejenigen, die am lautesten schreien.

D13  
D14 [Kern (SPD): Das hat Ihre Fraktion nicht verdient,  
D15 daß Sie reden!]  
D16

D17 Wir haben ja auch einmal erlebt, in den 20er Jahren in der Stadt, wie man  
D18 mit politisch Andersdenkenden umgegangen ist. Und da sind diejenigen, die  
D19 hier heute am lautesten schreien, auf alle Fälle nicht dazu berufen, sich  
D20 als Anwälte in diesem Sinn einzulassen.

D21  
D22 Wir haben seit Anfang dieses Jahres 63 Anschläge auf Ausländerwohnheime in  
D23 Deutschland erleben müssen - abscheuliche Anschläge; davon allein 20  
D24 Anschläge in Nordrhein-Westfalen; und den ersten toten Asylanten - da  
D25 finde ich überhaupt nichts dabei zu lachen - hat es im Saarland gegeben.  
D26 Wenn Sie - -  
D27

D28 **Stellv. Präsident Führer:** Gestatten Sie nunmehr eine Zwischenfrage?  
D29

D30 | **Dr. Wruck** (CDU): Nein! - Ich will Ihnen sagen, warum ich keine  
D31 | Zwischenfrage gestatte weil es von meiner Redezeit abgeht. Und ich möchte  
D32 | das vermitteln, was meine Fraktion in diesem Zusammenhang beizusteuern  
D33 | hat.

D34 |  
D35 | [Zurufe von Bü 90/Grüne und von der SPD]  
D36 |

D37 | Wenn Sie die Sorgen der Bürger nicht mehr begreifen können und spüren, daß  
D38 | die Ausländerpolitik, die Sie selbst betreiben, nicht mehr von einer  
D39 | Mehrheit getragen wird, dann müssen Sie mit den Menschen darüber sprechen.  
D40 | Und dann können Sie nicht einfach sagen, über dieses Thema wollen wir  
D41 | nicht debattieren; zum Beispiel die Frage des Asylrechts, darüber wollen  
D42 | wir nicht debattieren, wie Sie es im Ausschuß zu praktizieren versucht  
D43 | haben, als Sie versucht haben zu verhindern, daß wir über Artikel 16 des  
D44 | Grundgesetzes sprechen.

D45 |  
D46 | [Zurufe von Bü 90/Grüne und von der SPD]  
D47 |

D48 | Wie wollen Sie die Menschen denn bewegen, wenn Sie noch nicht einmal  
D49 | bestimmte Themen erörtern und diskutieren? - Und ich sage Ihnen ganz offen  
D50 | Wenn ein Parlament es zuläßt, daß über Jahrzehnte hinaus ein Mißbrauch  
D51 | eines Grundrechts

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1096

A 1 | **Dr. Wruck**

A 2 |

A 3 | erfolgt und nichts dagegen unternimmt, dann braucht man sich nicht zu  
A 4 | wundern, wenn Leute, wie ein sozialdemokratischer Chef einer  
A 5 | Landesregierung hergeht und verfassungswidrig seinen eigenen Stil gegen  
A 6 | diese betreffenden Leute betreibt. Ich glaube, wir wissen alle ganz genau,  
A 7 | wer gemeint ist - Wedemeyer.  
A 8 |

A 9 | **Stellv. Präsident Führer:** Herr Dr. Wruck! Sie müssen zum Ende kommen. Die  
A10 | Redezeit ist leider zu Ende.  
A11 |

A12 | **Dr. Wruck (CDU):** Ja! - Deswegen Wir wissen, daß ein Mißbrauch des  
A13 | Asylrechts zu 90 % aller Fälle erfolgt. Deshalb sind wir aufgefordert,  
A14 | diesen Mißbrauch auszuschließen, um auch die Sorgen der Menschen, die sich  
A15 | in diesem Zusammenhang breitmachen, Rechnung zu tragen. Wir wissen ganz  
A16 | genau, daß das, was man versucht hat seit 20 Jahren, eine Verkürzung des  
A17 | Asylverfahrens, ohne eine Verfassungsänderung nicht möglich ist.  
A18 |

A19 | [Vereinzelter Beifall bei der CDU -  
A20 | Cramer (Bü 90/Grüne): Das hat uns sehr weitergebracht!]  
A21 |

A22 | **Stellv. Präsident Führer:** Nunmehr hat für die Fraktion der PDS die  
A23 | Abgeordnete Seelig das Wort!  
A24 |

A25 | **Frau Seelig (PDS):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist in der  
A26 | letzten Stunde hier sehr viel geredet und sehr viel gesagt worden. Die  
A27 | Meinungsäußerungen reichten von dem üblichen Beschwichtigen und Abwiegeln  
A28 | der Problematik und einer die Menschen umfassenden Aufruf "Wir wollen  
A29 | jetzt zusammenstehen und dem Unheil wehren!", ohne dabei die von einem  
A30 | selbst gemachte Politik mit ins Auge zu fassen, bis zu der Vision des  
A31 | Abgeordneten Pflugbeil, der ich mich anschließe, die mich jedoch mit wenig  
A32 | Hoffnung erfüllt, weil sie mir als wenig realisierbar erscheint in einer  
A33 | Zeit, in der mordende, schlagende und tretende Horden schon wieder  
A34 | unterwegs sind. Den Gipfel bildete der letzte Beitrag des CDU-  
B 1 | Abgeordneten.B 2 |

B 3 | 53 Jahre nach dem Judenpogrom ist es in Deutschland wieder zu einem Pogrom  
B 4 | gekommen. Dies zu verharmlosen und es in einen Zusammenhang mit  
B 5 | Geschehnissen in anderen Ländern zu stellen, die bedauerlicherweise auch  
B 6 | in Richtung Ausgrenzung von Minderheiten gehen, halte ich in einem  
B 7 | deutschen Parlament für wirklich unter aller Würde.  
B 8 |

B 9 | [Starker Beifall bei der PDS -  
B10 | Vereinzelter Beifall bei Bü 90/Grüne]  
B11 |

B12 | Auf die Frage der NS-Brut und ähnliche Entgleisungen möchte ich nicht  
B13 | eingehen. Das war so daneben, daß es sich von selbst erledigt hat.  
B14 |

B15 | Das Problem 53 Jahre nach den Judenpogrom besteht darin, daß neben dem  
B16 | alten Gedankengut viel Neues hinzugekommen ist. Ein neuer  
B17 | Rechtsradikalismus macht sich breit, der teilweise mit intellektuellen  
B18 | Ansprüchen daherkommt. Gerade an diesen Stellen wird immer wieder  
B19 | abgewiegelt, immer wieder wird so getan, als gebe es ihn nicht. Asylrecht  
B20 | als Parteienstreit und die permanente offizielle Diffamierung von  
B21 | Flüchtlingen - wie bereits zitiert - haben ein Klima geschaffen, in dem  
B22 | sich Neonazis bestätigt fühlen. Übrigens war das Mordopfer in Saarlouis  
B23 | nicht das erste, es hat bereits andere Asylbewerber und Ausländer in  
B24 | diesem Land gegeben, die die Feindschaft und den Rechtsradikalismus mit  
B25 | ihrem Leben bezahlen mußten.

B26  
B27 Immer wieder werden die Gefahren heruntergespielt. Beispielsweise konnte  
B28 jüngst im Innenausschuß der Polizeiabschnittsleiter von Marzahn keine  
B29 organisierten rechtsextremistische Strukturen in diesem Stadtbezirk  
B30 feststellen. Ich habe Ihnen hier sehr wohl von Organisierten hergestellte  
B31 Plakate mitgebracht,  
B32

B33 [Die Rednerin hält einige Plakate hoch.]  
B34

C 1 die im Ausländerwohnheim in Hoyerswerda gefunden wurden, die aber genauso  
C 2 an U-Bahn- und Straßenbahnschildern und anderen öffentlichen Gebäuden  
C 3 dieser Stadt zu finden sind. Gerade in Marzahn besteht eine schlagkräftige  
C 4 Nazi-Skinhead-Szene, es gibt Mitglieder der Nationalen Alternative und  
C 5 eine Aktionsgruppe der Jungen Nationaldemokraten. Die rechtsextremis-  
C 6 tischen Parolen haben Namen und Adressen, und es wundert immer wieder, wie  
C 7 offen und mit welcher Dreistigkeit agiert werden kann. Es ist auch eine  
C 8 Heuchelei, jetzt überrascht zu sein, daß gerade in Hoyerswerda diese  
C 9 Gewalt ihren fürchterlichsten Ausdruck gefunden hat. Bereits im Mai 1990  
C10 sind Skinheads mit der Parole "Der Rummelplatz muß negerfrei bleiben"  
C11 brutal gegen Mosambikaner vorgegangen, seit April 1990 bis zu diesem  
C12 Maitag hat es 15 größere Provokationen bei Ausländerwohnheimen gegeben.  
C13 Anfeuernde Rufe Schaulustiger waren auch da schon an der Tagesordnung. Es  
C14 gibt die Selbstjustizorganisation "Neue deutsche Ordnung". All diese Dinge  
C15 sind bekannt. Ich frage mich wirklich, weshalb nicht im Vorfeld dieser  
C16 Eskalationen ein Minimum an Sicherheit gewährleistet werden konnte.  
C17

C18 Wir gehen davon aus, daß die Zukunftsvision - vom Kollegen Pflugbeil  
C19 geschildert - nicht von heute auf morgen umzusetzen ist, sondern daß die  
C20 Politik gefragt ist. Politik hat etwas mit Anträgen zu tun. Deshalb haben  
C21 wir den Berliner Senat aufgefordert, denjenigen Asylbewerbern und  
C22 Asylbewerberinnen, die ihren Antrag im Land Berlin gestellt haben und  
C23 durch das Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen auf die fünf  
C24 neuen Bundesländer verteilt worden sind, bis zum Abschluß ihres  
C25 Asylverfahrens im Land Berlin unterzubringen, das Bundesamt aufzufordern,  
C26 die betroffenen Asylbewerberinnen und Asylbewerber oder die künftig  
C27 Betroffenen unabhängig von der Erfüllung des Verteilungsschlüssels gemäß  
C28 §22 Asylverfahrensgesetz oder darauf beruhender Verwaltungsübereinkünfte  
C29 dem Land Berlin zum weiteren Aufenthalt zuzuweisen, die betroffenen  
C30 Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufzufordern, in das Land Berlin  
C31 zurückzukehren und die notwendigen Maßnahmen zur Unterbringung und  
C32 Versorgung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu treffen. Wir gehen  
C33 davon aus, daß die Ausübung des Asylrechts bedeutet, -  
C34

D 1 **Stellv. Präsident Führer:** Frau Abgeordnete, Sie müssen jetzt zum Schluß  
D 2 kommen!  
D 3

D 4 **Frau Seelig (PDS):** - daß die Bewerber bis zum rechtskräftigen Abschluß  
D 5 ihres Asylverfahrens nicht den Situationen ausgesetzt sein dürfen, vor  
D 6 denen sie in ihren Heimatländern geflohen sind. Wir selbst haben uns  
D 7 bereiterklärt, bei Gefahr in die Ausländerheime zu gehen. Unter dem Motto  
D 8 "Läßt die Ausländerinnen und Ausländer nicht allein" könnten sich alle  
D 9 zusammenfinden. Wir fordern dieses Haus auf, sich uns anzuschließen. Wir  
D10 fordern die Senatoren auf, sich uns anzuschließen. In solch einer  
D11 Situation und eingedenk der Geschichte dieses Landes haben wir auf der  
D12 Straße bei den Bürgern zu sein, haben wir bei den Ausländern zu sein und  
D13 keine fruchtlosen Debatten zu führen.  
D14

D15 [Beifall bei der PDS]  
D16

D17 **Stellv. Präsident Führer:** Für die SPD-Fraktion hat nunmehr der Abgeordnete  
D18 Barthel das Wort!  
D19

D20 **Barthel (SPD):** Meine Damen und Herren! Vor einigen Jahren konnte man von  
D21 dieser Stelle noch die Mahnung aussprechen: Wehret den Anfängen! - Diese  
D22 Zeit ich nun zumindest seit Hoyerswerda vorbei.  
D23

D24 Wenn diese Debatte nicht nur dazu dienen soll, unser Entsetzen zu äußern,  
D25 dann müssen wir uns auch fragen Was können wir als Berliner Politiker in  
D26 unserem jeweiligen Aufgabenfeld konkret tun. - Möglicherweise sind es nur  
D27 kleine Dinge, vielleicht sind es sogar nur sprachliche. Wir sollten das  
D28 Problem aber wirklich ernst nehmen und uns fragen, was wir tun können -  
D29 oder besser umgekehrt Was dürfen wir künftig nicht mehr tun?

D30 |  
D31 | Ich habe den Hinweis des Regierenden Bürgermeisters im Ohr, die  
D32 | Fluchtursachen zu bekämpfen. Es gibt wohl kaum jemanden hier - allerdings  
D33 | bin ich mir da inzwischen nicht mehr ganz sicher -, der das nicht  
D34 | unterschreibt. Aber hilft uns das in der jetzigen Situation weiter? - Die  
D35 | Forderung, Fluchtursachen

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1097

A 1 | **Barthel**

A 2 |  
A 3 | zu beseitigen, ist richtig, aber ich glaube, daß wir unsere Aufgabe  
A 4 | vernachlässigen, wenn wir uns auf diese Forderung beschränken. Als Fußnote  
A 5 | dazu Im selben Augenblick, in dem wir Fluchtursachenbekämpfung und  
A 6 | Entwicklungshilfe fordern, kommt die Nachricht, daß die Entwicklungshilfe  
A 7 | für Pakistan und Indien gesenkt werden soll. Ich bitte das im Zusammenhang  
A 8 | zu sehen.

A 9 |  
A10 | [Beifall bei der SPD,  
A11 | der PDS, bei Bü 90/Grüne und bei der FDP]

A12 |  
A13 | Ich habe deshalb mit diesen richtigen Aussagen immer meine Probleme.

A14 |  
A15 | Ich muß mich auf drei Punkte beschränken, die angesichts der Probleme sehr  
A16 | bescheiden klingen. Ich glaube, eines der Probleme besteht darin, daß man  
A17 | in Deutschland zur Zeit dabei ist, Feindbilder zu suchen und aufzubauen,  
A18 | einfache Antworten geben zu wollen auf Probleme, die sehr komplex sind.  
A19 | Die unsägliche Debatte, die wir um Artikel 16 Grundgesetz geführt haben,  
A20 | ist eine, die von dem Versuch getrieben wird, einfache Lösungen zu finden.

A21 |  
A22 | [Beifall bei der PDS und bei Bü 90/Grüne]

A23 |  
A24 | Wenn wir der Meinung sind, einfache Lösungen seien gefährlich, dann bitte  
A25 | ich händeringend als erstes darum Hören wir auf mit dieser  
A26 | Aslyrechtsdebatte.

A27 |  
A28 | [Beifall bei der SPD,  
A29 | der PDS, bei Bü 90/Grüne und bei der FDP]

A30 |  
A31 | Ziel des Verfassungsänderungswunsches ist es, die Zahl der Asylsuchenden  
A32 | zu senken. Ich behaupte - und ich glaube, daß ich nicht der einzige bin  
A33 | Wenn es als Feindbilder nicht Asylbewerber sind, wenn es nicht Ausländer  
A34 | sind, dann werden es andere sein, die man sucht. Darüber müssen wir uns  
B 1 | klar sein. Das hat dann aber mit Artikel 16 nichts zu tun. Ein Beispiel,  
B 2 | das mir besonders unter die Haut gegangen ist und das eben nichts mit  
B 3 | Artikel 16 Grundgesetz und Flüchtlingen zu tun hat In Deutschland sind  
B 4 | Kinder aus Tschernobyl, die hierher eingeladen worden sind, tötlich  
B 5 | angegriffen worden. Mein Gott, wie tief sind wir schon gefallen.

B 6 |  
B 7 | Der zweite Punkt: Wir wissen alle, daß es unterschiedlich hohe  
B 8 | Hemmschwellen bei der Bereitschaft gibt, Gewalt gegen Menschen anzuwenden.  
B 9 | Die Hemmschwelle sinkt in dem Ausmaß, in dem man Menschen aus der  
B10 | Gesellschaft ausgrenzt, wenn man ihren Wert mindert, sie diffamiert und  
B11 | sie als Gefahr darstellt. Weil ich heute sehr höflich sein will, gerade  
B12 | nach dem, was der Kollege Wruck hier gesagt hat,

B13 |  
B14 | [Beifall bei der PDS,  
B15 | bei Bü 90/Grüne und bei der FDP]

B16 |  
B17 | sage ich Manche benutzen vielleicht gar nicht bewußt gefährliche Begriffe.  
B18 | Ein Wort wie "Asylantenflut" weckt Ängste. Das ist dann wie eine  
B19 | Naturkatastrophe, gegen die man sich wehren muß. Solche Begriffe senken  
B20 | die Hemmschwelle vor der Gewaltanwendung. Deshalb bitte ich, auf die  
B21 | Wortwahl zu achten.

B22 |  
B23 | Ich fände es auch schön, wenn die politisch Verantwortlichen - ich spreche  
B24 | jetzt konkret den Regierenden Bürgermeister an -, sich nicht nur dann  
B25 | freundlich mit einem Ausländer in der Öffentlichkeit zeigen, wenn dieser

B26 ein Staatsmann ist, sondern wenn es auch einmal ein Asylbewerber wäre, der  
B27 sich in derselben Art mit dem Regierenden unterhält. Das könnte auch dazu  
B28 dienen, die Integration und die Zugehörigkeit von Ausländern zur Stadt zu  
B29 demonstrieren.

B30  
B31 [Beifall bei der SPD,  
B32 der PDS, bei Bü 90/Grüne und bei der FDP]  
B33

B34 Ein dritter und letzter Punkt: Hier ist von Frau Saß-Vieheweger auf "Berlin  
C 1 gegen Gewalt" hingewiesen worden. Die Ausländerbeauftragte ist in dieser  
C 2 Richtung bereits tätig. Ich stelle mit eine andere Frage und würde mich  
C 3 freuen, wenn wir darüber im Ausländerausschuß diskutieren würden, falls  
C 4 dieser einmal wieder einen Sinn bekommt. Wir haben als West-Berliner  
C 5 beobachtet, wie sich in den letzten Tagen der DDR Runde Tische etabliert  
C 6 hatten. Könnte es nicht hilfreich sein, im nun Gesamtberlin ebenfalls  
C 7 solch einen Runden Tisch zu etablieren, um Ausländerfeindlichkeit und  
C 8 Gewalt konzentrierter bekämpfen zu können?  
C 9

C10 An diesem Tisch müßten gutwillige Menschen sitzen, sowohl vom Bündnis 90  
C11 wie auch von der CDU, da müßten die Kirchen, der Flüchtlingsrat und auch  
C12 die Arbeitgeber vertreten sein, dessen Zeitschrift "Wirtschaftswoche" ich  
C13 in diesem Zusammenhang immer sehr gern lese. Vielleicht könnte man damit  
C14 ein Signal geben.  
C15

C16 Das letzte Wort an die Mitglieder dieses Hauses, die sich sehr gern als  
C17 Patrioten verstehen. Bisher wurde im Ausland häufig das Bild des reichen  
C18 Deutschen gezeichnet. Nach den Ereignissen der letzten Zeit ist ein neues  
C19 Bild - vielleicht nicht neu, aber wieder aktuell - entstanden, das Bild  
C20 des häßlichen Deutschen. Wenn wir es nicht schaffen, erfolgreich gegen  
C21 diese Gewaltexzesse vorzugehen, dann wird dieses Bild im Ausland nicht nur  
C22 richtig gezeichnet sein, sondern es wird sich auch verstärken. - Ich danke  
C23 Ihnen!  
C24

C25 [Beifall bei der SPD,  
C26 der PDS, bei Bü 90/Grüne und bei der FDP]  
C27

C28 **Stellv. Präsident Führer:** Nun hat der Abgeordnete Seerig von der FDP-  
C29 Fraktion das Wort in der Aussprache. - Bitte sehr!  
C30

C31 **Seerig (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoyerswerda mag ein  
C32 Extremfall sein; es ist aber längst kein Einzelfall mehr, weder im Osten  
C33 noch im Westen unseres Landes. Längst ist die Gewalt gegen Ausländer,  
C34 nicht nur gegen Asylanten, der ganz normale Alltag und längst keine  
D 1 Ausnahme mehr. Allenfalls nehmen die Brutalität und die Zahl der Vorfälle  
D 2 zu. Man hat zum Teil das Gefühl, als wenn insbesondere in den neuen  
D 3 Ländern die Asylsuchenden, aber auch die ausländischen Arbeitnehmer  
D 4 gefährdeter als in ihrer eigenen Heimat sind. Wenn man hört, daß es im  
D 5 Raum Leipzig kein Ausländerheim mehr gibt, das nicht überfallen wurde,  
D 6 frage ich mich, ob im Osten unseres Landes Leib und Leben der Ausländer  
D 7 noch sichergestellt sind.  
D 8

D 9 [Dr. Wruck (CDU): Das heißt, alle nach Berlin!]  
D10

D11 - Dazu komme ich noch, Herr Kollege!  
D12

D13 Die Gewalt hat aber viele Formen und viele Ursachen, nicht nur die hier  
D14 immer wieder angesprochenen und völlig korrekten sozialen Ursachen, die  
D15 aus der Unsicherheit der Bürger in den neuen Ländern entstehen. Eine  
D16 wichtige Rolle spielt in unserer Sicht auch die in diesem Sommer  
D17 losgetretene, weitgehend unnötige Debatte über den Artikel 16, das Recht  
D18 auf Asyl.  
D19

D20 [Beifall des Abg. Wieland (Bü 90/Grüne)]  
D21

D22 Man hatte zum Teil den Eindruck, als wenn sich einzelne Politiker auf  
D23 Kosten der Flüchtlinge profilieren und sich im Sommerloch aalen wollten.  
D24

D25 [Beifall bei der FDP, der PDS und bei Bü 90/Grüne -  
D26 Wieland (Bü 90/Grüne): Herr Heckelmann!]  
D27

D28 Die Vorschläge einiger Politiker gingen zwar meilenweit am Problem vorbei,  
D29 indem sie keine Lösung anboten. Sie schürten aber den Nationalismus und

D30 | die Ausländerfeindlichkeit. Insofern haben die Politiker, und zwar alle,  
D31 | so wie es auch Kollege Barthel ansprach, mit Wortwahl und ähnlichem eine  
D32 | Mitverantwortung, so wie auch bestimmte Medien. Denn wer in dieser Frage  
D33 | pauschalisiert und kriminalisiert, statt, wie es notwendig wäre, zu  
D34 | differenzieren und zu informieren, der trägt eine erhebliche Mitschuld an  
D35 | dem, was in Hoyerswerda und in Saarlouis passiert ist und was in Zukunft  
D36 | noch passieren wird. Denn die neue Stufe, die mit Hoyerswerda - zumindest  
D37 | sichtbar - erreicht wurde, war, daß dort nicht mehr nur einzelne  
D38 | Jugendliche randalierten, sondern daß es zum Teil die normale Bevölkerung  
D39 | war, die zuerst Beifall klatschte und dann selbst mit Steinen warf - der  
D40 | Schritt, daß Normalbürger in der heutigen Atmosphäre meinen, auch zum  
D41 | Stein greifen zu sollen oder zu müssen. Spätestens damit wird die  
D42 | Ausländerfeindlichkeit zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem. Wir  
D43 | sprachen vor einiger Zeit über Minderheiten und meinten, daß es sehr viel  
D44 | bringt, die Jugend und den Erziehungsbereich zu fördern; das reicht heute  
D45 | schon nicht mehr. Es geht auch und insbesondere um die Erwachsenen, die  
D46 | Leute, die längst aus der Schule herausgewachsen sind. Aber ein reines  
D47 | Zurückgreifen auf Polizei und Justizmittel geht ebenso ins Leere,

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1098

A 1 | **Seerig**

A 2 |

A 3 | denn das verdrängt das Problem nur, statt es zu lösen. Denn die Gewalt,  
A 4 | die dort offensichtlich geworden ist, findet dann immer wieder neue  
A 5 | Ventile.

A 6 |

A 7 | Besonders schlecht finden wir - wie es in Hoyerswerda passiert ist -, wenn  
A 8 | man vor der rechtsradikalen Gewalt zurückweicht, indem man die  
A 9 | Asylbewerber dort wegholt, denn das zeigt den Rechtsradikalen, daß sie  
A10 | etwas erreichen können. Das ist ein Fehler, besonders dann, wenn die  
A11 | Rückverteilung in andere Heime, wie es dort passiert ist, so aussieht, daß  
A12 | die Leute stundenlang in der Gegend ohne Orientierung herumgefahren  
A13 | werden. Außerdem ist die Polizei allein völlig überfordert.  
A14 | Selbstverständlich ist der **Schutz der Heime** im Osten zu verbessern. In  
A15 | Berlin könnte man vielleicht sinnvoll die Freiwillige Polizei Reserve  
A16 | dafür einsetzen.

A17 |

A18 | [Beifall der Frau Abg. von Braun (FDP)]

A19 |

A20 | Wenn sie schon nicht aufgelöst wird, dann sollte man sie so wenigstens  
A21 | sinnvoll einsetzen.

A22 |

A23 | Im Prinzip sind wir der Meinung, daß **politische Probleme politisch zu**  
A24 | **lösen** sind. Das heißt, den Bürgern - nicht nur im Osten - sind  
A25 | Perspektiven zu vermitteln. Es bleibt auch einiges in der Sozial- und  
A26 | Strukturpolitik zu tun. Das heißt auch, daß die Einrichtung von  
A27 | Asylunterkünften oder Ausländerheimen bedeutend besser als bisher  
A28 | vorzubereiten ist, damit nicht Bürger, die mit Arbeitslosigkeit und  
A29 | Mietproblemen zu kämpfen haben, plötzlich ein Asylantenheim neben sich  
A30 | haben. Es kommt also darauf an, die Ängste abzubauen und nicht sie zu  
A31 | schüren. Das geht vor allem über Kultur- und Bildungsarbeit, indem man  
A32 | Kontakte und Informationen über die vielen gerade im Osten noch  
A33 | unbekanntem Ausländer vermittelt.

A34 |

B 1 | Es geht keinesfalls darum, Probleme, und seien sie noch so eklatant, in  
B 2 | sensationsgieriger Weise aufzubauschen. Das gilt ebenso für Politiker wie  
B 3 | für die Medien. Politiker und Medien müßten sich ihrer Verantwortung  
B 4 | bewußt werden; sie haben eine Vorbildfunktion.

B 5 |

B 6 | [Beifall der Abgn. Frau von Braun (FDP) und Dr. Lange (FDP)  
B 7 | - Unruhe - Glocke des Präsidenten]

B 8 |

B 9 | Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den Vorschlag von "Pro Asyl", daß am Tag  
B10 | des politischen Flüchtlings Herr Kohl vielleicht einmal ein Asylantenlager  
B11 | besichtigt, zum einen mal, um zu sehen, wie man dort lebt, und zum  
B12 | anderen, um seine Solidarität zu zeigen,

B13 |

B14 | [Beifall bei der FDP]

B15 |

B16 | entsprechend dem Wunsch von Herrn Barthel, daß man Herrn Diepgen auch  
B17 | einmal in Begleitung von Asylbewerbern sieht.

B18 |

B19 | Vor allem ist es ein Fehler, die **Ausländer** immer wieder zu einem bequemen  
B20 | **Sündenbock** zu machen. Sie sind schon der Sündenbock für die  
B21 | Arbeitslosigkeit, für die Mieten, für die Kriminalität. Für den Stau hat  
B22 | man sie noch nicht verantwortlich gemacht, aber das wird schon noch  
B23 | gelingen.  
B24 |

B25 **Stellv. Präsident Führer:** Herr Abgeordneter, Sie mögen bitte zum Schluß  
B26 kommen.  
B27

B28 **Seerig (FDP):** Es kommt darauf an, die Verantwortung zu  
B29 erkennen. Denn wer den latenten Rassismus noch schürt, darf  
B30 sich nicht wundern, wenn am Ende die Asylantenheime brennen.  
B31 - Ich danke Ihnen!  
B32

B33 [Beifall bei der FDP und der SPD]  
B34

C 1 [0.10]  
C 2

C 3 **Stellv. Präsident Führer:** Meine Damen und Herren! Gemäß § 65 der  
C 4 Geschäftsordnung hat die Abgeordnete Volkholz gebeten, eine persönliche  
C 5 Bemerkung abgeben zu dürfen. - Gestatten Sie mir nur noch den Hinweis an  
C 6 Sie, Frau Volkholz, daß nur persönliche Angriffe zurückgewiesen oder  
C 7 eigene Ausführungen berichtigt werden können. Das schreibt unsere  
C 8 Geschäftsordnung vor. Sie haben das Wort!  
C 9  
C10

C11 **Frau Volkholz (Bü 90/Grüne):** Ja! Deswegen muß ich wissen, ob eine  
C12 bestimmte Bemerkung ein persönlicher Angriff war. Ich möchte auf die  
C13 Bemerkung des Abgeordneten Wruck zurückkommen, der gesagt hat, gerade die  
C14 Fraktionen, die in ihren Reihen **Brut von NS-Verbrechern** duldeten oder  
C15 geduldet hätten - das werden Sie sicherlich gleich richtigstellen -,  
C16 hätten das geringste Recht, sich zu dieser Problematik zu äußern. Da Sie  
C17 dabei in diese Richtung geguckt haben und ich einer Fraktion angehöre, die  
C18 dort sitzt, möchte ich Sie hiermit auffordern zu sagen, was Sie damit  
C19 gemeint haben. Denn mir persönlich wäre es unerträglich, in einer Fraktion  
C20 zu arbeiten, die ohne mein Wissen NS-Verbrecher oder solche, die es noch  
C21 in ihrer Vergangenheit getan haben, aufgenommen hätte, ohne daß dies  
C22 aufgearbeitet wäre. Wenn Sie dies aber nicht möchten, fordere ich die  
C23 Einberufung des Ältestenrats. Es kann aus meiner Sicht nicht angehen, daß  
C24 mit solch massiven Angriffen hier gearbeitet wird, ohne einen konkreten  
C25 Hintergrund zu haben. Danke!  
C26

C27 [Beifall bei Bü 90/Grüne, bei der SPD und bei der PDS]  
C28

C29 **Stellv. Präsident Führer:** Herr Abgeordneter Dr. Wruck! Ich möchte Sie  
C30 fragen, ob Sie ebenfalls von der Geschäftsordnung Gebrauch und nach § 65  
C31 eine Bemerkung machen wollen. - Sie haben das Wort!  
C32

C33 **Dr. Wruck (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!  
C34 Ich habe mich in meinem Redebeitrag deutlich geäußert. Ich  
D 1 habe eine deutliche Sprache, und jeder kann nachlesen und  
D 2 nachhören, was ich gesagt habe.  
D 3

D 4 [Sander (SPD): Eine bodenlose Unverschämtheit! -  
D 5 Zurufe von Bü 90/Grüne und der PDS]  
D 6

D 7 [0.11]  
D 8

D 9 **Stellv. Präsident Führer:** Es ist der Antrag gestellt worden, den  
D10 Ältestenrat einzuberufen. Wir werden darüber nicht sofort abstimmen. Der  
D11 Ältestenrat kann nach Beendigung der Sitzung zusammentreten. So ist das im  
D12 Hause üblich.  
D13

D14 [Zurufe von Bü 90/Grüne und der PDS]  
D15

D16 - Zur Geschäftsordnung hat sich der Abgeordnete Liepelt gemeldet. Ich darf  
D17 darauf hinweisen, daß der Ältestenrat nicht unmittelbar nach  
D18 Antragsstellung zusammentreten muß. - Herr Liepelt, Sie haben das Wort  
D19 zur Geschäftsordnung!  
D20

D21 **Liepelt (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bitte gestatten Sie  
D22 mir, daß ich über die Meldung zur Geschäftsordnung dem Antrag der Kollegin  
D23 Volkholz nicht unbedingt widersprechen möchte, aber in der Erörterung  
D24 dieser Frage doch namens der CDU-Fraktion erklären möchte, daß die  
D25 CDU Fraktion keinem persönlich oder keiner Fraktion insgesamt unterstellt,  
D26 sie würde entweder persönlich oder in ihrem politischen Gedankengut -  
D27 gerade im Zusammenhang mit dem Thema, das wir hier diskutiert haben -  
D28 Elemente früherer NS-Politik vertreten. Ich möchte das in aller Form

D29 | klarstellen.

D30 |  
D31 | [Beifall bei der SPD und der PDS Vereinzelter Beifall bei der CDU]  
D32 |

D33 | **Stellv. Präsident Führer:** Ich darf Sie fragen, Frau Volkholz, ob Sie den  
D34 | Antrag auf Einberufung des Ältestenrats noch aufrechterhalten. Dieser  
D35 | würde nach Beendigung der Sitzung einberufen.

D36 |  
D37 | [Cramer (Bü 90/Grüne): Dr. Wruck hat es schon einmal so gemacht,  
D38 | das geht nicht!]  
D39 |

D40 | - Herr Cramer, Sie sind in dieser Diskussion nicht gefragt! Ich habe Frau  
D41 | Volkholz gefragt, ob sie ihren Antrag aufrechterhält. Wir würden dann den  
D42 | Ältestenrat nach Beendigung der Sitzung einberufen. - Bitte, Frau  
D43 | Volkholz!

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1099

A 1 | **Frau Volkholz** (Bü 90/Grüne): Herr Liepelt! Ich verstehe ja Ihre Äußerung  
A 2 | durchaus so, daß Ihnen die Äußerungen des Kollegen Dr. Wruck genauso  
A 3 | unangenehm sind wie einem großen Teil des Abgeordnetenhauses.

A 4 |  
A 5 | [Beifall bei Bü 90/Grüne, bei der SPD und der PDS]  
A 6 |

A 7 | Da diese Äußerung hier nicht zum ersten Mal fällt, halte ich es für ein  
A 8 | fahrlässiges Darüberhinweggehen - wenn Herr Wruck nicht die Möglichkeit  
A 9 | nutzt, diese Äußerung hier vor allen zurückzunehmen, dann würde ich  
A10 | natürlich nicht auf dem Ältestenrat bestehen -, nicht nach Vorlage des  
A11 | Wortprotokolls - und dies ist doch vielleicht vor Beendigung der Sitzung  
A12 | möglich, meinestwegen um 18 Uhr - den Ältestenrat einzuberufen und um eine  
A13 | halbe Stunde die Sitzung zu unterbrechen. Aber neben diesen beiden  
A14 | Möglichkeiten möchte ich keine dritte zulassen. Es sind ja klare  
A15 | Alternativen, zwischen denen gewählt werden kann.

A16 |  
A17 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
A18 |

A19 | **Stellv. Präsident Führer:** Der Abgeordnete Dr. Wruck möchte vielleicht  
A20 | nunmehr eine Erklärung abgeben. Dies ist dann auch noch einmal nach § 65.  
A21 | - Bitte sehr!

A22 |  
A23 | **Dr. Wruck** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nichts  
A24 | zurückzunehmen.

A25 |  
A26 | [Zurufe von der PDS: Pfui! Erschütternd!]  
A27 |

A28 | Ich teile in vollem Umfang das, was der Kollege Liepelt hier für die CDU-  
A29 | Fraktion gesagt hat. Das ist auch meine Meinung. Ich habe - wenn Sie sich  
A30 | genau anhören, was ich gesagt habe nichts zurückzunehmen.

A31 |  
A32 | **Stellv. Präsident Führer:** Der Antrag auf Einberufung des Ältestenrats ist  
A33 | gestellt worden. Ich darf von hier aus mitteilen, daß der Ältestenrat nach  
A34 | Beendigung der Sitzung hier im Hause tagen wird.

B 1 |  
B 2 | [Zurufe]  
B 3 |

B 4 | Das ist nach der Geschäftsordnung die Möglichkeit, so werden wir  
B 5 | verfahren. - Zur Geschäftsordnung, Frau Abgeordnete Löttsch!

B 6 |  
B 7 | **Frau Dr. Löttsch** (PDS): Herr Präsident! § 18 Absatz 2 der Geschäftsordnung  
B 8 | verlangt, daß der Ältestenrat sofort einggerufen wird, wenn eine Fraktion  
B 9 | das verlangt. Ich verlange das namens der PDS-Fraktion!

B10 |  
B11 | [Beifall bei der PDS]  
B12 |

B13 | **Stellv. Präsident Führer:** Wir haben in diesem Haus häufig über solche  
B14 | Situationen abgestimmt

B15 |  
B16 | [Zurufe]  
B17 |

B18 | - Ich bitte Sie, zuzuhören! -, daß der Ältestenrat nach Beendigung der  
B19 | Tagesordnung zusammentreten solle. Wenn es von den Fraktionen anders  
B20 | gewünscht wird und Sie auf einer sofortigen Einberufung bestehen, dann  
B21 | müssen wir so verfahren. Ich bitte, dies unter den Fraktionen zu klären!  
B22 | Es bringt doch nichts, wenn wir uns in einer Geschäftsordnungsdebatte  
B23 | auseinanderdividieren. Der Sachverhalt als solcher ist ja klar. - Es ist  
B24 | nunmehr verabredet: Wenn das Protokoll vorliegt, erfolgt die Einberufung  
B25 | des Ältestenrats. Ich denke, daß wir damit auch einen ordentlichen

B26 Kompromiß gefunden haben.

B27

B28 Meine Damen und Herren! Wir haben nunmehr, da keine Wortmeldungen mehr  
B29 vorliegen, die Aktuelle Stunde erledigt.

B30

B31 [Abg. Dr. Pflugbeil meldet sich]

B32

B33 - Herr Pflugbeil! Wenn Sie das vorher getan hätten, hätte ich jetzt diese  
B34 Erklärung nicht abgeben können. Es tut mir leid, ich kann Sie nicht mehr  
C 1 drannehmen.

C 2

C 3

C 4 Wir haben mehrere Anträge. Wir haben einen Antrag auf Annahme einer  
C 5 Entschließung, Drucksache 12/664. Wir haben einen weiteren dringlichen  
C 6 Antrag, Drucksache 12/665. Und wir haben zwei dringliche Anträge,

C 7

C 8 **Drucksache 12/675:**

C 9

C10 **Antrag der Fraktion der PDS über Anlaß der rassistischen Überfälle in**  
C11 **Hoyerswerda**

C12

C13 und

C14

C15 **Drucksache 12/676:**

C16

C17 **Antrag der Fraktion der PDS über antifaschistische und antirassistische**  
C18 **Aufklärung**

C19

C20 Bei den beiden letztgenannten müßten wir erst abstimmen, ob wir die  
C21 Dringlichkeit anerkennen. Wer der Dringlichkeit der Drucksache 12/675  
C22 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Dann  
C23 ist dieser Antrag auf der Tagesordnung. Jetzt kommt der dringliche Antrag  
C24 Drucksache 12/676. Wenn Sie diesen auf der Tagesordnung haben wollen,  
C25 bitte ich um Ihr Handzeichen! - Gegenstimmen? - Damit ist auch dieser  
C26 dringliche Antrag auf der Tagesordnung und kann behandelt werden. Wir  
C27 haben nunmehr einen weiteren Antrag zu einer Entschließung,

C28

C29 **Drucksache 12/677:**

C30

C31 **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Annahme einer**  
C32 **Entschließung über Verurteilung von Gewalt gegen Asylbewerber**

C33

C34 Da es ein Entschließungsantrag ist, bedarf er keiner  
D 1 Dringlichkeitsabstimmung.

D 2

D 3 Wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen. Es ist für den Antrag Drucksache  
D 4 12/664 sofortige Abstimmung beantragt worden. Gibt es Überweisungsanträge?  
D 5 - Das höre ich nicht. Dann darf ich fragen, wer diesem Antrag über  
D 6 Asylgewährung in Deutschland seine Zustimmung geben möchte. Ich bitte um  
D 7 das Handzeichen! - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag,  
D 8 bei einigen Enthaltungen, aber vielen Gegenstimmen, abgelehnt.

D 9

D10 Dann kommen wir zu dem dringlichen Antrag Drucksache 12/665. Auch hier ist  
D11 sofortige Abstimmung beantragt worden. Es wird Überweisung beantragt. Ich  
D12 gehe davon aus, daß dies für den Ausschuß für Inneres, Sicherheit und  
D13 Ordnung, federführend, und für den Ausländerausschuß gelten soll. - Wer  
D14 der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das  
D15 Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Bei einigen Gegenstimmen ist dieser  
D16 Antrag an die Ausschüsse überwiesen.

D17

D18 Wir kommen dann zur Drucksache 12/675. Gibt es hierzu Überweisungswünsche?

D19

D20 [Kern (SPD): Ausländerausschuß!]

D21

D22 - Es wurde der Ausländerausschuß genannt. Darf ich mir den Hinweis  
D23 erlauben, den Antrag federführend an den Ausschuß für Inneres, Sicherheit  
D24 und Ordnung zu überweisen. Wer diesen Überweisungen seine Zustimmung geben  
D25 möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen! - Damit ist  
D26 dieser Antrag an die beiden Ausschüsse überwiesen.

D27

D28 Nun kommen wir zur Drucksache 12/676. Gibt es hierzu Überweisungsanträge?

D29

[Liepelt (CDU): Innen- und Ausländerausschuß!]

D30 |

D31 |

D32 |

Der Ausschuß für Inneres, Sicherheit und Ordnung und der Ausländerausschuß  
wurden genannt.

D33 |

D34 |

D35 |

[Biederbick (FDP): Und Hauptausschuß!]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1100

A 1 | **Stellv. Präsident Führer**

A 2 |  
A 3 | Da es sich auch um Kosten handelt, ist selbstverständlich auch der  
A 4 | Hauptausschuß gefragt. Wer der Überweisung in diese drei Ausschüsse  
A 5 | zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! - Gibt es Gegenstimmen? -  
A 6 | Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag in die genannten Ausschüsse  
A 7 | überwiesen.

A 8 |  
A 9 | Wir kommen nun zur Drucksache 12/677. Wird Sofortabstimmung gewünscht? -  
A10 | Das ist der Fall. Gibt es Überweisungsanträge? - Das ist nicht der Fall.  
A11 | Dann darf ich abstimmen lassen. Wer dem Antrag Drucksache 12/677 seine  
A12 | Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenstimmen!  
A13 | Enthaltungen! - Bei einigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist  
A14 | dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

A15 | [0.12]

A16 |  
A17 |  
A18 | Zur Geschäftsordnung hat sich Frau Abgeordnete Dörre gemeldet. Bitte sehr,  
A19 | Sie haben das Wort! Bitte kommen Sie nach vorne, das ist besser.

A20 |  
A21 | **Frau Dörre** (PDS): Ich möchte eine persönliche Erklärung zu meinem  
A22 | Abstimmungsverhalten abgeben und begründen, warum ich mich bei diesem  
A23 | Antrag der Stimme enthalten habe.

A24 |  
A25 | Es tut mir sehr leid und ich muß ehrlich sagen, daß ich mich vor den  
A26 | Immigrantinnen und Immigranten und Flüchtlingen in dieser Stadt für dieses  
A27 | Haus entschuldigen möchte. Diesen Antrag empfinde ich, wenn ich ihn neben  
A28 | das lege, was hier von Politikern der CDU-Fraktion gesprochen wurde, als  
A29 | eine Heuchelei! Deshalb konnte ich mich bei diesem Antrag nur der Stimme  
A30 | enthalten.

A31 |  
A32 | [Kern (SPD): Das ist aber schade!]

A33 |  
A34 | **Stellv. Präsident Führer:** Das war nicht zur Geschäftsordnung, sondern eine  
B 1 | persönliche Erklärung.

B 2 |  
B 3 | [2]

B 4 |  
B 5 | Wir kommen nunmehr zur

B 6 |  
B 7 | **1fd. Nr. 2, Drucksache 12/631:**

B 8 |  
B 9 | **11. Lesung des Antrags der Fraktion der FDP über Sechstes Gesetz zur**  
B10 | **Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes, Drucksache 12/103, gemäß**  
B11 | **Beschlußempfehlung des Ausschusses für inneres, Sicherheit und Ordnung vom**  
B12 | **9. September 1991**

B13 |  
B14 | Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der zwei  
B15 | Artikel miteinander zu verbinden. - Ich sehe keinen Widerspruch dagegen.  
B16 | Ich rufe auf die Artikel I und II, die Überschrift und die Einleitung im  
B17 | Wortlaut des Antrags Drucksache 12/103. Der Ältestenrat empfiehlt für die  
B18 | Beratung eine Redezeit bis zu zehn Minuten pro Fraktion und bis zu fünf  
B19 | Minuten für die Gruppe. - Wie ich sehe, wird dem nicht widersprochen, und  
B20 | es ist dann so beschlossen. Für die Fraktion der CDU hat sich der  
B21 | Abgeordnete Jaroch gemeldet. Bitte sehr, Sie haben das Wort!

B22 |  
B23 | **Jaroch** (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens  
B24 | meiner Fraktion schlage ich Ihnen vor, der Beschlußempfehlung des

B25 Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung vom 9. September 1991 zum  
B26 Antrag der Fraktion der FDP über das Sechste Gesetz zur Änderung des  
B27 Bezirksverwaltungsgesetzes zuzustimmen.

B28  
B29 Ich habe bereits in der 1. Lesung auf folgendes hingewiesen: Die FDP  
B30 wünscht erstens, daß das Bezirksamt in der Frage, ob es fünf oder sechs  
B31 **Bezirksstadträte** gibt, flexibel sein soll. Der  
B32 Bezirksverordnetenversammlung soll es überlassen bleiben, wie viele  
B33 Bezirksstadträte sie zu wählen hat. Zweitens wünscht die

C 1  
C 2 FDP das sogenannte **politische Bezirksamt** das heißt, der Passus in § 35 des  
C 3 Bezirksverwaltungsgesetzes soll suspendiert werden, wonach alle Fraktionen  
C 4 entsprechend ihrem Stärkeverhältnis in der BVV am Bezirksamt zu beteiligen  
C 5 sind.

C 6  
C 7 [Wieland (Bü 90/Grüne): Da hat die FDP recht!

C 8 Biederbick (FDP): Das ist doch ein hervorragender Vorschlag!  
C 9 - Beifall des Abg. Wieland (Bü 90/Grüne)

C10  
C11 Ich habe weiter sowohl in der I. Lesung und auch im Innenausschuß darauf  
C12 hingewiesen, daß beide Regelungen bereits vor zwanzig Jahren existiert  
C13 haben und diese Regelungen vor fünfzehn oder sechzehn Jahren wieder  
C14 abgeschafft wurden, weil sie sich nicht bewährt haben.

C15  
C16 [Wieland (Bü 90/Grüne): Gut, daß wir solche Veteranen  
C17 wie Sie haben!

C18 - Beifall des Abg. Liepelt (CDU)]

C19  
C20 - Gott sei Dank! Man muß geschichtserfahren sein und die Zusammenhänge  
C21 kennen!

C22  
C23 [Biederbick (FDP): Da hat man auch noch nicht so viele  
C24 Leute mit Posten versorgt!]

C25  
C26 Wir befinden uns in einer Zeit, die eine umfassende **Verwaltungsreform**  
C27 erfordert.

C28  
C29 [Wieland (Bü 90/Grüne): Die bloß nie kommt!]

C30  
C31 Eine Verwaltungsreform ist ein permanenter Vorgang

C32  
C33 [Biederbick (FDP): 0 je!]

C34  
D 1 wie die Vergangenheit zeigt, denn wir haben oft Verwaltungsreform"  
D 2 betrieben und auch dementsprechend Gesetze verändert. Das mußte sein, weil  
D 3 man mit neuen Situationen in den Berliner Verwaltungsbehörden fertigwerden  
D 4 mußte. Jetzt ist eine solche groß angelegte Verwaltungsreform - im Zuge  
D 5 der Vereinigung beider Stadthälften - von einer ganz besonderen Bedeutung,  
D 6 um gleiche Bedingungen und Verhältnisse in ganz Berlin herzustellen.

D 7  
D 8 [Biederbick (FDP): Das ist aber kein Thema der  
D 9 Verwaltungsreform! - Palm (CDU): Der Abgeordnete stört!]

D10  
D11 - Natürlich ist das ein Thema der Verwaltungsreform. - Erschwerend kommt  
D12 noch die akute prekäre **Finanzsituation** hinzu. Wir müssen gerade jetzt eine  
D13 Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern vorantreiben und nicht nur an  
D14 Symptomen herumkurieren, denn das würde Stückwerk bleiben.

D15  
D16 [Liepelt (CDU): So ist es! Genau!]

D17  
D18 Die zukünftige Verwaltungsreform muß wesentlich umfassender sein als die  
D19 bisherigen. Sie muß sich selbstverständlich an den Rechten und Interessen  
D20 der Bürger orientieren.

D21  
D22 [Beifall der Abgn. Liepelt (CDU), Hapel (CDU)  
D23 und Palm (CDU)]

D24  
D25 Soweit es unsere **zweistufige Verwaltung** betrifft - einerseits die  
D26 Bezirksverwaltungen und andererseits die Hauptverwaltung -, könnte ich mir  
D27 vorstellen, die rechtlichen und tatsächlichen Zuständigkeiten so zu  
D28 regeln, daß Aufgaben und Dienstleistungen von Behörden schneller, zügiger

D29 | und natürlich auch sparsamer erledigt werden.

D30 |

D31 | Die Verwaltungsreform muß organisatorische und aufgabenkritische Maßnahmen  
D32 | enthalten, die nicht am althergebrachten hängenbleiben dürfen, sondern  
D33 | mutig neue Wege beschreiten, und darf auch Erbhöfe nicht verschonen. Nur  
D34 | so können wir eine moderne und effiziente vor allen Dingen aber die  
D35 | bürgernehe Verwaltung der Zukunft gestalten. - Ich danke Ihnen!

D36 |

D37 | [Beifall bei der CDU und des Abg. Lüdtkke (SPD)]

D38 |

D39 | **Stellv. Präsident Führer:** Nun hat der Abgeordnete Dr. Zotl von der PDS-  
D40 | Fraktion das Wort!

D41 |

D42 | **Dr. Zotl** (PDS): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die  
D43 | Fraktion der PDS hat sich seit langem und auch öffentlich für eine  
D44 | grundlegende inhaltliche Reform des Berliner Bezirksverwaltungsgesetzes  
D45 | eingesetzt. Wir tun das vor allen

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1101

A 1 | Dr. Zotl

A 2 |  
A 3 | Dingen deshalb, weil wir meinen, daß zwischen den Erfordernissen der  
A 4 | Realität - den hier bereits zitierten Bedürfnissen der Bürgerinnen und  
A 5 | Bürger - und den zur Zeit bestehenden Regelungen des  
A 6 | Bezirksverwaltungsgesetzes allertiefste und gegensätzliche Widersprüche  
A 7 | klaffen.  
A 8 |

A 9 | *DER FOLGETEXT DIESER SEITE* Dr. Zotl

A10 |  
A11 | Dingen deshalb, weil wir meinen, daß zwischen den Erfordernissen der  
A12 | Realität - den hier bereits zitierten Bedürfnissen der Bürgerinnen und  
A13 | Bürger - und den zur Zeit bestehenden Regelungen des Bezirksverwaltungs-  
A14 | gesetzes allertiefste und gegensätzliche Widersprüche klaffen.  
A15 |

A16 | Es sind insbesondere vier Widersprüche: Erstens die Tatsache, daß es sich  
A17 | bei den **Interessen der Menschen** zu achtzig bis neunzig Prozent - wie es  
A18 | Analysen nachweisen - um Probleme handelt, die in den Territorien, also  
A19 | vor allen Dingen in den Bezirken, zu lösen sind, daß aber die **Bezirke**  
A20 | **nahezu keine Kompetenz** haben, um die notwendigen politischen  
A21 | Entscheidungen zur Lösung dieser Interessen zu treffen. Es ist also ein  
A22 | außerordentlicher Widerspruch zwischen den tatsächlichen Interessen und  
A23 | den übergebenen Kompetenzen auf der bezirklichen Ebene zu erkennen.  
A24 |

A25 | Ein zweiter solcher Widerspruch, eine zweite solche Ursache, von der wir  
A26 | ausgehen, wenn wir meinen, eine wirkliche Reform des  
A27 | Bezirksverwaltungsgesetzes ist notwendig, das ist die Tatsache, daß die  
A28 | **Bezirke** nahezu keine eigene **ökonomische Handlungsfähigkeit** haben, um  
A29 | Kompetenzen, die sie eventuell bekommen könnten, auch durchzusetzen.  
A30 |

A31 | Ich möchte auf ein drittes Problem aufmerksam machen: Es ist entschieden,  
A32 | daß Berlin **Regierungs- und Parlamentssitz** wird, und vielleicht wird Berlin  
A33 | auch **Olympia-Stadt** - die Meinungen dazu sind geteilt, und die Entscheidung  
A34 | darüber ist noch nicht gefallen.

B 1 |  
B 2 | [Zurufe der Abgn. Biederbick (FDP),  
B 3 | Lehmann (Bü 90/Grüne) und Preuss (CDU)]

B 4 |  
B 5 | - Wir haben unsere mehrheitliche Position hier gesagt, aber darum geht es  
B 6 | mir nicht.  
B 7 |

B 8 | [Zuruf des Abg. Wieland (Bü 90/Grüne)]  
B 9 |

B10 | Es geht darum, daß es in Berlin zu tiefgreifenden Interessenwidersprüchen  
B11 | kommen wird, Herr Wieland; da stimmen Sie mir doch zu. Es werden  
B12 | Interessenwidersprüche sein seitens des Bundes, des Landes und seitens der  
B13 | Bezirke. Und damit überhaupt die Interessen der Bezirke gleichberechtigt  
B14 | am Tisch sitzen können, damit überhaupt Entscheidungen gleichberechtigt  
B15 | fallen können, müssen die Bezirke politische, Kompetenz haben und müssen  
B16 | aus dem Stadium einer bloßen Verwaltungseinheit heraus.  
B17 |

B18 | Schließlich - viertens - meinen wir, daß für die Intensivierung der  
B19 | Beziehungen zwischen **Berlin und Brandenburg** - völlig gleichgültig, ob da  
B20 | ein gemeinsames Land herauskommt oder nicht - in den Grenzregionen  
B21 | Kompetenzen vorhanden sein müssen, um im besonderen Maße eigenständige  
B22 | politische Entscheidungen treffen zu können. Auch das kann gegenwärtig  
B23 | nicht stattfinden.  
B24 |

B25 Deshalb meinen wir - im Gegensatz zu diesem Antrag, der das Problem am  
B26 falschen Ende anpackt -, daß eine notwendige Reform des  
B27 Bezirksverwaltungsgesetzes zwei Schwerpunkte haben muß:

B28  
B29 [Dr. Lange (FDP): Bringen Sie doch mal einen Antrag ein!]

B30  
B31 genau abgestimmte, aber weitreichende kommunale Selbstverwaltung als einen  
B32 und die Garantie ökonomischer Handlungsfähigkeiten als andere Säule. Eine  
B33 Reihe von Parteien bzw. Fraktionen sehen sehr wohl Unzulänglichkeiten der  
B34 jetzigen Regelung des Bezirksverwaltungsgesetzes ein. Ich habe aber das  
C 1 Gefühl, daß die Auseinandersetzungen sehr stark auf Nebenschauplätzen  
C 2 ausgetragen werden. Die Verringerung der Zahl der Bezirke ist eine Folge,  
C 3 die Verringerung der Zahl der Abgeordneten nach Bezirkseinzwohnerzahlen ein  
C 4 anderer Vorschlag, der gekommen ist. Das sind meines Erachtens  
C 5 populistische Vorstellungen, die die Finanzeinsparung vor die Demokratie-  
C 6 erweiterung setzen. Oder der Vorschlag, der aus der Brandenburger SPD  
C 7 kommt und der bekanntermaßen noch nicht vom Tisch ist, nämlich Berlin auf  
C 8 ein Bonn-Niveau zu schrumpfen und nur ein Kern-Berlin herauskommen zu  
C 9 lassen. Oder auch die Forderungen, die seitens der CDU immer wieder  
C10 erhoben werden, nach mehr Zentralismus, Eingriffe bis hinein in die  
C11 Regelung der Straßennamen usw. Ob gewollt oder ungewollt - objektiv steht  
C12 der Antrag der

C13  
C14  
C15 FDP in diesem Umfeld. Es geht eigentlich darum, wenn man den Antrag auf  
C16 den rationalen Kern konzentriert, den Prozeß der Strukturbildung zu  
C17 politisieren. Das Ziel muß aber sein, die Struktur selbst zu politisieren,  
C18 also politische Kompetenzen, juristische Kompetenzen und ökonomische  
C19 Möglichkeiten in die Bezirke zu geben. Hier ist eigentlich der Anfang, und  
C20 ich denke, wenn eine solche Übergabe politischer Kompetenzen stattfinden  
C21 könnte, dann spricht das noch nicht unbedingt für das politische  
C22 Bezirksamt. Es gibt Beispiele - wie in Finnland -, wo bei weitreichenden  
C23 politischen Kompetenzen der Kommunen sehr wohl der Parteienproporz noch  
C24 eine ganze Weile eine Rolle spielt.

C25  
C26 Aus all diesen Gründen - weil wir meinen, der Antrag setzt an der falschen  
C27 Stelle der Reform des Bezirksverwaltungsgesetzes an - können wir diesem  
C28 Antrag unsere Zustimmung nicht geben.

C29  
C30 [Beifall bei der PDS und des Abg. Lorenz (SPD)]

C31  
C32 **Stellv. Präsident Führer:** Als nächster hat der Abgeordnete Lorenz für die  
C33 Fraktion der SPD das Wort.

C34  
D 1 [Biederbick (FDP): Auf, auf zum Eiertanz!]

D 2  
D 3 **Lorenz (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man freut sich  
D 4 immer wieder, wenn man einem alten Bekannten begegnet. Und diesem alten  
D 5 Bekannten namens "Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung" begegne ich  
D 6 nun seit 30 Jahren in unterschiedlichen politischen Gremien.

D 7  
D 8 [Zuruf des Abg. Dr. Lange (FDP)]

D 9  
D10 - Ja, so alt bin ich leider, Herr Dr. Lange; Sie übrigens fast  
D11 gleichaltrig! - Allerdings habe ich diesen Bekannten schon in besserer  
D12 Verfassung erlebt.

D13  
D14 [Wieland (Bü 90/Grüne): Meinen Sie Dr. Lange oder den  
D15 Antrag?]

D16  
D17 - Den Antrag!

D18  
D19 [Wieland (Bü 90/Grüne): Ich dachte schon, Sie meinten  
D20 Dr. Lange!]

D21  
D22 - Herrn Dr. Lange auch! -

D23  
D24 [Dr. Lange (FDP): Na, na! - Heiterkeit]

D25  
D26 Auf trauriger Bahre ohne Hals und Rumpf wird hier ein politischer  
D27 Kopffüßler getragen,

D28

[Wieland (Bü 90/Grüne): Lange oder der Antrag?]

der in der eitlen Hoffnung, das Abgeordnetenhaus könne ihn durch einen Beschluß zu künstlichem Leben erwecken, hier eingebracht worden ist.

[Wieland (Bü 90/Grüne): Was? Also nicht berufsmäßig trauernd!]

Denn daß es sich um eine politische Leiche handelt, läßt sich unschwer an der Begründung des Antrags durch die einbringende Fraktion erkennen. Die Begründung ist zwar mager - in drei Sätzen -, trotzdem ist es der FDP gelungen, in diese wenigen Zeilen die ganze Verwirrung hineinzulegen, die sie offensichtlich befällt, wenn sie mit diesem Thema umgeht.

Da heißt es im ersten Satz, das **politische Bezirksamt** erlaube eine stärkere Akzentuierung der bezirklichen Verwaltungsschwerpunkte. Man kann der FDP nur die Lektüre der kommunalen Wahlprogramme aller politischen Parteien in den Bezirken empfehlen. Sie wird dann unschwer erkennen, daß 90 % dessen, was dort gefordert wird, nicht in der Macht des jeweiligen Bezirksamts liegt, sondern davon abhängig ist, daß die Landesregierung und das Abgeordnetenhaus jeweils das Geforderte zubilligt.

[Zuruf des Abg. Biederbick (FDP)]

Dies ändert sich nicht dadurch, daß die eine oder andere Partei keine Stadträte mehr in das Bezirksamt, eine andere dafür erstmalig solche hineinschickt. Ich befürchte, daß selbst die nächsten Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, die ja von den Abgeordnetenhaus-Wahlen abgekoppelt sind, schon

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1102

A 1 | Lorenz

A 2 |

A 3 | Schwierigkeiten genug ergeben, weil man von allen Parteien in den Bezirken  
A 4 | Wahlversprechungen machen wird, die einzuhalten allenfalls dem  
A 5 | Abgeordnetenhaus obliegen könnten. Das kommt gerade dem bitter an, der in  
A 6 | der Stärkung der bezirklichen Selbstverwaltung einen der wirklich  
A 7 | wichtigen Schritte zur Verringerung der Distanz zwischen Staat und Bürger  
A 8 | sieht.

A 9 |

A10 | Dabei hat das Abgeordnetenhaus in dem **Bericht der Enquete-Kommission** zur  
A11 | Verwaltungsreform, dem es einstimmig zugestimmt hat, die wesentlichen  
A12 | Vorbedingungen geschaffen, um die **bezirkliche Selbstverwaltung** auf eine  
A13 | sehr solide Grundlage zu stellen, ein Unterbau, der dann auch getrennte  
A14 | Wahltermine und politisches Bezirksamt sicher zu tragen vermag. Nur wenn  
A15 | den Bezirken ein finanzieller Spielraum eingeräumt wird, nach dem sie dann  
A16 | die politischen Schwerpunkte eigenständig gestalten können, ermöglicht  
A17 | auch einem politischen Bezirksamt die Glaubwürdigkeit, die es braucht.  
A18 | Ohne diesen Spielraum bleibt das politische Bezirksamt genau dasjenige,  
A19 | weshalb die FDP diesen Antrag eingebracht hat, die Möglichkeit nämlich,  
A20 | daß auch Parteien an Stadtratspositionen partizipieren, deren Wahlergebnis  
A21 | eine solche Beteiligung nach den gegenwärtigen Recht nicht ermöglichen.

A22 |

A23 | Die FDP spricht in Satz 2 ihrer Begründung davon, daß ein politisches  
A24 | Bezirksamt die derzeitige **Verschleierung politischer Verantwortlichkeiten**  
A25 | entgegenwirken kann. Da kann man ja nun wirklich nur lachen. Bei seinen  
A26 | Befugnissen verschleiert kein einziges Bezirksamt politische  
A27 | Verantwortlichkeiten, denn sie haben in den entscheidenden und für den  
A28 | Bürger relevanten Bereichen diese Verantwortlichkeiten überhaupt nicht.  
A29 | Was man nicht hat, kann man nicht verschleiern.

A30 |

A31 | Die politische Verantwortlichkeit auch für die Politik der Bezirke liegt  
A32 | bei diesem Hohen Haus. Gerade bei einer großen Koalition, wie sie jetzt  
A33 | herrscht, wäre ja das Spiegelbild angesichts der Verantwortlichkeiten  
A34 | genau das, was nach d'Hondt für die Stadtratspositionen festgestellt wird:  
B 1 | nämlich die Beteiligung der beiden großen Parteien.

B 2 |

B 3 |

B 4 | [Biederbick (FDP): Wie heißt der Hund? -  
B 5 | hierauf Wieland (Bü 90/Grüne): Mehr Niveau, Herr Kollege!]

B 6 |

B 7 | Mich würde einmal interessieren, welchen besonderen politischen  
B 8 | Schwerpunkt, der dem Bürger wirklich präsent wird, durch die Beteiligung  
B 9 | von einem oder zwei Stadträten der FDP tatsächlich manifest wird. Ich  
B10 | würde zu behaupten wagen, daß dies nicht bemerkbar wäre. Als Spandauer muß  
B11 | ich sogar im Gegenteil sagen: Wenn ich mir einige Spandauer FDP-Leute  
B12 | vorstelle, dann möchte ich sie nicht in bestimmten Stadtratspositionen  
B13 | sehen - aber nicht, weil sie die falsche Politik machten!

B14 |

B15 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Normalerweise kommen die doch auch gar nicht  
B16 | in die Bezirksverordnetenversammlungen!]

B17 |

B18 | Kommen wir nun zum dritten und letzten Satz der Begründung. Da soll durch  
B19 | die Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes die Möglichkeit gegeben  
B20 | werden, **kleine Bezirksamter** zu wählen. Ein politisch gebildetes  
B21 | Bezirksamt, das sich selbst verkleinert, das möchte ich wirklich einmal  
B22 | erleben. Höchstens wenn es darum ging, einen bestimmten Politiker  
B23 | auszuschließen, ist es zu solchen Verkleinerungen gekommen, wenn man nur  
B24 | die Möglichkeit hatte und nicht vorgegeben war, wie viele man zu wählen  
B25 | hat. Also, willkürlich!

B26 Wir sehen also, daß die FDP mit ihrer Begründung in drei Sätzen nichts  
B27 anderes produziert hat als die unzulängliche Verschleierung ihres  
B28 Anliegens, das nicht darauf gerichtet ist, die bezirkliche  
B29 Selbstverwaltung zu stärken, sondern eher darauf, eine solche politische  
B30 Kompetenz nur vorzuspielen, in Wahrheit aber damit die Bezirke zu  
B31 desavouieren.

B32  
B33 Nun könnte man daraus den Schluß ziehen, daß wir etwas gegen das  
B34 politische Bezirksamt haben. Dem ist aber - ganz im Gegenteil - nicht so.  
C 1 Wir wünschen das politische Bezirksamt, aber es muß eben auch wirklich  
C 2 politisch sein.

C 3  
C 4 [Beifall bei der SPD]

C 5  
C 6  
C 7 Es muß eigenverantwortlich seine politischen Schwerpunkte setzen, Gelder  
C 8 umverteilen und so in konkreter Politik deutlich machen, wo dieses  
C 9 Bezirksamt seine politischen Schwerpunkte setzt.

C10  
C11 [Beifall bei der SPD]

C12  
C13 Nun darf sich niemand darüber Illusionen machen, daß es leicht wäre, eine  
C14 solche Politik durchzusetzen. Die schwarzgelbe Koalition hat es im übrigen  
C15 in sechs Jahren nicht geschafft.

C16  
C17 [Wieland (Bü 90/Grüne):  
C18 Die rot-gelbe Koalition auch nicht!]

C19  
C20 Die rot-grüne Koalition ist über deutliche Zeichen guten Willens auch  
C21 nicht weitergekommen, wenn wir einmal ehrlich sind.

C22  
C23 [Wieland (Bü 90/Grüne):  
C24 Was wohl nicht an Grün gelegen hat!]

C25  
C26 Ich würde normalerweise befürchten, daß sich sogar die große Koalition  
C27 gegen die geeinte Beamtenschaft in den Senatsverwaltungen nicht  
C28 durchsetzen könnte, wenn uns nicht wahrscheinlich ein Umstand zur Hilfe  
C29 kommt, den wir ansonsten sehr schmerzhaft erleben, nämlich die  
C30 Notwendigkeit, erheblich zu sparen. Diese Notwendigkeit, erheblich zu  
C31 **sparen**, müssen wir nutzen, die **wasserköpfige Verwaltung** abzubauen und  
C32 damit eine Chance zu verwirklichen, die wir bislang - nach meiner  
C33 Einschätzung - ernsthaft nie gehabt haben, weil sich die  
C34 Senatsverwaltungen auch diesem Hohen Hause gegenüber immer als zu stark  
D 1 erwiesen haben.

D 2  
D 3 [Fechner (SPD): Aber jetzt muß sie dann  
D 4 aber genutzt werden!]

D 5  
D 6 - Jetzt muß sie genutzt werden, und dabei geht es insbesondere darum, daß  
D 7 Doppelarbeiten in der Berliner Verwaltung - die sehr fleißig ist, aber  
D 8 gerade durch ihren Fleiß häufig zu Verschränkungen führt, die die Politik  
D 9 sogar noch mühseliger machen, mühseliger als wenn man da ein wenig  
D10 Laissez-faire hätte - abgebaut und die **Senatsverwaltungen** auf ihre  
D11 **ministeriellen Befugnisse reduziert** werden. Wenn uns das gelingt und  
D12 gleichzeitig auch den Bezirken nicht nur die Arbeit, sondern auch die  
D13 Verantwortung zu übertragen, dann haben wir die Voraussetzungen dafür  
D14 geschaffen, daß die Bezirke kräftige politische Einheiten werden, an deren  
D15 Spitze dann auch ein politisches Bezirksamt stehen müßte.

D16  
D17 In diesem Sinne wollen wir arbeiten, und ich hoffe, daß diejenigen, die  
D18 jetzt sagen, sie wollten das politische Bezirksamt, uns dabei helfen  
D19 werden. Allerdings fordere ich auch die Koalitionsfraktionen auf, diese  
D20 Aufgabe ernsthaft anzugehen; denn nach den Wahlen zu den Bezirksamtern  
D21 werden wir die unmittelbare Umsetzungsarbeit in Angriff nehmen müssen, und  
D22 dann müssen die vorbereitenden Arbeiten bereits erledigt sein.

D23  
D24 [Beifall bei der SPD]

D25  
D26 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Jetzt hat Herr Dr. Köppl das Wort.

D27  
D28 **Dr. Köppl** (Bü 90/Grüne): Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß  
D29 Sie bei diesem spannenden Thema auch mir zuhören werden. - Der Kollege

D30 | Lorenz hat eben eine wunderbare Rede gehalten, die man folgendermaßen  
D31 | zusammenfassen kann: Selbstverständlich ist die **SPD** vollständig für das  
D32 | **politische Bezirksamt** und deswegen stimmt sie jetzt hier **dagegen**.  
D33 |

D34 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und der FDP -  
D35 | Biederbick (FDP): Genau!]  
D36 |

D37 | Der Kollege Lorenz hat ähnliche Situationen schon früher einmal erlebt.  
D38 | Damals hat er immer folgenden Satz zugefügt: Wer das nicht versteht, ist  
D39 | kein Politiker. -  
D40 |

D41 | [Heiterkeit bei Bü 90/Grüne]  
D42 |

D43 | Das ist eben die Kunst der Politiker, sich auszudrücken. Sie, Herr Lorenz,  
D44 | haben das eben glänzend gelöst, Sie hatten Beifall von allen Seiten.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1103

A 1 | Dr. Köppl

A 2 |

A 3 | Ich möchte aber einmal unsere Position vortragen. Jede Fraktion im Saal  
A 4 | tritt natürlich auf und sagt, daß sie für die Stärkung der Bezirksämter,  
A 5 | für eine bürgerfreundliche Politik eintrete, daß sie die Entscheidungen  
A 6 | dezentral anlegen wolle, daß diese Dinge näher an die Bürger herangeführt  
A 7 | werden müssen, weil dort die Sachkompetenz sitzt, die Betroffenheit  
A 8 | vorhanden ist und man dort die Probleme näher betrachten kann. Deshalb sei  
A 9 | die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen an die Bezirke notwendig.

A10 |

A11 | Eine entscheidende Sache ist die Frage: Welche **Entscheidungsmöglichkeiten**  
A12 | haben überhaupt die Bezirksämter in Berlin? Da gibt es seit langer Zeit  
A13 | zwischen den Zentralisten und den Dezentralisten Differenzen. Das wurde  
A14 | auch heute wieder deutlich. Zu einer klaren Entscheidung ist es bisher  
A15 | noch nie gekommen.

A16 |

A17 | Man muß, wenn man in die Geschichte zurückblickt, natürlich sagen, daß die  
A18 | rot-grüne Koalition - insbesondere mit dem damaligen Innensenator Pätzold  
A19 | - ein enormes Reformprojekt auf den Weg gebracht hat. Wir haben unterhalb  
A20 | der rechtlichen Ebene versucht, die Bezirke dadurch zu stärken. Wir haben  
A21 | einen Modellversuch durchgeführt, nämlich den der **Globalsummenzuweisung**.  
A22 | Das heißt, die Bezirke haben eine Globalsumme ihrer Finanzen bekommen und  
A23 | hatten dann die Möglichkeit, eigenverantwortlich dieses Geld im Bezirk zu  
A24 | verteilen. Da aber aufgrund der übergeordneten rechtlichen Struktur ca. 90  
A25 | bis 95 % der bezirklichen Gelder nach juristisch festen Regeln verausgabt  
A26 | werden, so daß gar keine Entscheidungskompetenz übrigbleibt, blieben diese  
A27 | Globalsummenzuweisungen nur für etwa 5 bis 10 % übrig, mit denen die  
A28 | Bezirke eigenverantwortlich entscheiden konnten, ob sie nun dieses oder  
A29 | jenes wollten. Dann kommt natürlich hinzu, daß bezüglich der  
A30 | Investitionsplanung weiterhin die Zentrale die eigentliche  
A31 | Entscheidungsgewalt hatte. Das heißt zusammengefaßt: Die Versuche, die  
A32 | gemacht worden sind, mehr Verantwortung in die Bezirke zu geben, ist zwar  
A33 | ein wenig vorwärts gebracht worden - die Erfahrungen liegen inzwischen  
A34 | auch vor -, aber es war ein sehr kleiner Schritt.

B 1 |

B 2 | Dabei ist aber eines aufgefallen, daß es neben den Bezirksämtern aber auch  
B 3 | noch die **Bezirksverordnetenversammlungen** gibt. Sie sind rechtlich ein Teil  
B 4 | der bezirklichen Verwaltung. Sie haben rechtlich gar keine eigene  
B 5 | Entscheidungskompetenz, und sie haben auch keine **eigene Kontrollfunktion**.  
B 6 | Wenn man nun den Bezirksämtern mehr Rechte, mehr Entscheidungskompetenzen  
B 7 | gibt, dann müßte man als logischen zweiten Schritt den Kontrollinstanzen,  
B 8 | nämlich den Bezirksverordnetenversammlungen, auch mehr Rechte geben. Hier  
B 9 | aber ist die ganze Reform nicht nachgewachsen.

B10 |

B11 | Es ist dann versucht worden, den Bezirksverordnetenversammlungen bezüglich  
B12 | der Haushaltsaufstellung und der Haushaltskontrolle ein eigenes  
B13 | Initiativrecht zu geben, aber das ist damals aus juristischen Gründen  
B14 | nicht umgesetzt worden.

B15 |

B16 | Das **politische Bezirksamt** ist für die nächste Wahl zu den  
B17 | Bezirksverordnetenversammlungen nur zu einem kleinen Teil realisiert  
B18 | worden, und zwar deshalb, weil es Verfassungsfragen tangierte. Wir sind  
B19 | bei der Änderung der Verfassung. Unter der rotgrünen Koalition waren wir  
B20 | immer auf die CDU angewiesen, die aber eine Blockadehaltung eingenommen  
B21 | hat, denn das politische Bezirksamt verlangt in zwei Punkten eine Änderung  
B22 | der Verfassung, und zwar dort, wo es in der Verfassung heißt, daß der  
B23 | Senat von Berlin die Oberaufsicht über die Bezirke ausübt und damit eine  
B24 | Art Direktionsrecht hat, eben direkt in bezirkliche Belange eingreifen  
B25 | kann. Das haben wir in der letzten Zeit, wenn es Streitereien zwischen den

B26 Bezirken und dem Senat gegeben hat, auch öfter gemerkt: Dann kann eben der  
B27 Senat die Aufgaben an sich ziehen und die Belange der Bezirke damit  
B28 übergehen. Besonders Bausenator Nagel hat das so praktiziert, wenn es um  
B29 Bauvorhaben ging, mit denen die Bezirke Schwierigkeiten hatten.

B30  
B31 Durchgesetzt ist - das ist bisher einmalig in Berlin -, daß bei den  
B32 nächsten Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen - bei der Bildung  
B33 der Bezirksämter - wenigstens der **Bezirksbürgermeister** in Form einer  
B34 Koalitionsbildung gewählt werden darf. Sollten es also

C 1 überraschenderweise, obwohl es

C 2  
C 3  
C 4 auf Landesebene eine große Koalition gibt, in einigen Bezirken dazu  
C 5 kommen, daß Rot-Grün die Mehrheit hat, zum Beispiel in Kreuzberg, dann  
C 6 könnte dort der Bezirksbürgermeister aufgrund einer Koalitionsbildung  
C 7 gewählt werden. Aber sie haben nicht das Recht - denn das ist nun nicht  
C 8 mit nachgewachsen -, auch die **Stadträte** nach Koalitionsbildung zu wählen.  
C 9 Das ergibt die eigenartige Situation, daß der Bezirksbürgermeister, der  
C10 eine politische Funktion hat, durch Mehrheitsbildung gestützt, aber das  
C11 Kollegialgremium Bezirksamt nach Proporz, nach d'Hondt besetzt wird.  
C12 Dadurch ist ein etwas unglückliches Mischmasch entstanden, weil sich die  
C13 eindeutige politische Verantwortung nicht bis zum Ende durchgesetzt hat.  
C14 Die davon abgeleitete notwendige Forderung ist also, auch in diesen  
C15 Strukturen der Bezirksamtsbildung die eindeutige Koalitionsbildung zu  
C16 unterstützen und zu sagen: Auch das Bezirksamt als Ganzes wird durch eine  
C17 politische Mehrheitsbildung der Bezirksverordnetenversammlung gewählt, und  
C18 dann von der gesamten BVV kontrolliert. Das ist leider im Augenblick nicht  
C19 möglich.

C20  
C21 Das politische Ziel muß es aber sein, daran festzuhalten - ich kann mir  
C22 vorstellen, daß meine Fraktion vor den BVV-Wahlen noch einmal den Versuch  
C23 unternimmt, nachdem sie bereits drei oder vier Versuche in diese Richtung  
C24 unternommen hat -, das gesamte Paket noch einmal auf die Tagesordnung  
C25 dieses Hauses zu setzen. Denn diesmal gibt es bei den BVV-Wahlen eine  
C26 Ausnahmesituation: Die Wahlen im Mai 1992 werden in West-Berlin zum ersten  
C27 Mal getrennt von den Abgeordnetenhauswahlen durchgeführt. Wir erhoffen uns  
C28 davon eine erhöhte Aufmerksamkeit für bezirkliche Belange, eine erhöhte  
C29 Aufmerksamkeit für die konkreten Probleme in den Bezirken und daß die  
C30 Parteien in die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt werden, die nicht  
C31 nur das schöne Gesicht von Herrn Diepgen auf den Wahlplakaten haben,

C32  
C33 [Wieland (Bü 90/Grüne): Und eine Abrechnung  
C34 mit der großen Koalition erwarten wir!]

D 1  
D 2 sondern die in ihrer konkreten bezirklichen Arbeit etwas vorweisen können,  
D 3 an dem sich die Bürger bei ihrer Wahlentscheidung orientieren können. Wir  
D 4 sollten darüber nachdenken, daß das, was wir damals versucht haben, was  
D 5 aber an der Blockade der CDU gescheitert ist: die **Abtrennung der Wahlen** zu  
D 6 den Bezirksverordnetenversammlungen von der Wahl zum Abgeordnetenhaus,  
D 7 auch in den Artikeln 54 und 55 der Verfassung festgeschrieben wird. Dazu  
D 8 benötigen wir eine Zweidrittelmehrheit. Meine Fraktion wird noch einmal  
D 9 einen entsprechenden Antrag auf Verfassungsänderung einbringen und dann  
D10 darauf hoffen, daß das bei einer globalen Umorientierung der bezirklichen  
D11 Belange auch eine Mehrheit findet.

D12  
D13 Im Osten ist in einem einmaligen Verfahren - noch im damaligen **Ost-Berlin**  
D14 und in der ehemaligen DDR - durchgesetzt worden, daß dort politische  
D15 Bezirksämter eingesetzt werden durften. Aber das ist ausschließlich zur  
D16 **Ausgrenzung der PDS** geschehen. Man kann tatsächlich sagen, daß es sich  
D17 dabei um eine "Lex PDS" gehandelt hat, was illegitim ist. Ich meine, man  
D18 sollte nicht derartig scheinheilig sein, die PDS aus den Bezirksämtern  
D19 auszuschalten, die nach d'Hondt und dem Proporz ein Anrecht auf Stadträte  
D20 und in mehreren Bezirken sogar auf den Bürgermeister gehabt hätte. Wir  
D21 hoffen, daß das politische Bezirksamt in beiden Teilen der Stadt  
D22 eingeführt wird. - Schönen Dank!

D23  
D24 [Beifall bei Bü 90/Grüne Vereinzelter Beifall bei der PDS]

D25  
D26 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Dr.  
D27 Lange das Wort.

D28  
D29 **Dr. Lange** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das

D30 | Bemerkenswerteste vorweg: Während die PDS im Ausschuß noch gar keine  
D31 | Position hatte, sich auch ausweislich des Protokolls überhaupt nicht an  
D32 | der Debatte beteiligt hat,  
D33 |  
D34 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Haben Sie das vermißt?]  
D35 |  
D36 | haben wir heute eine Position gehört. Auch das sollte man einmal positiv  
D37 | hervorheben.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1104

A 1 | Dr. Lange

A 2 |  
A 3 | In der Beratung im Innenausschuß ist von allen Rednern, die sich an der  
A 4 | Diskussion beteiligt haben, die Notwendigkeit erkannt worden, daß wir  
A 5 | irgend etwas in Sachen " **Verwaltungsreform**" - mehr Transparenz bei den  
A 6 | Entscheidungsprozessen, eine bürgerfreundlichere Gestaltung, die  
A 7 | Bezirkskompetenzen klarer zu definieren - unternehmen müssen. Nur kam in  
A 8 | den Redebeiträgen der SPD und der CDU letztendlich immer wieder das  
A 9 | Argument durch: Wir wollen das zwar machen, wir trauen uns aber jetzt  
A10 | nicht; und wenn wir es machen, dann nicht in kleinen Schritten, sondern  
A11 | den ganz großen Jahrhundertwurf: Reform der Berliner Verwaltung! - Die  
A12 | Politik der kleinen Schritte - das sage ich jetzt einmal zur SPD - war für  
A13 | die Stadt schon einmal auf einem anderen politischen Feld sehr  
A14 | erfolgreich, und deshalb - meine ich - sollten wir uns einer derartigen  
A15 | Sisyphusarbeit Verwaltungsreform in Berlin" vielleicht mit kleinen  
A16 | Schritten nähern. Es ist nicht eine Frage des Streits über das Ziel,  
A17 | sondern über die Methode, wie man Reformen erreicht.

A18 |  
A19 | Worum geht es? - Wir haben zwei konkrete Vorschläge unterbreitet, das  
A20 | Bezirksverwaltungsgesetz heute zu ändern, damit wir daraus noch positive  
A21 | Konsequenzen für die Wahlen im Mai des nächsten Jahres ziehen können,  
A22 | nämlich die rechtlichen Voraussetzungen für eine **Verkleinerung des**  
A23 | **Bezirksamts** zu schaffen und die, um ein **politisches Bezirksamt** bilden zu  
A24 | können - ein politisches Bezirksamt, das wir in einigen Bezirken bereits  
A25 | haben. Es geht nur darum, das, was derzeit Realität z. B. in Marzahn ist,  
A26 | zu legitimieren, indem wir die gesetzlichen Voraussetzungen dafür  
A27 | schaffen.

A28 |  
A29 | [Beifall des Abg. Tiedt (FDP)]  
A30 |

A31 | Herr Kollege Jaroch, natürlich ist die FDP für eine umfassende Reform;  
A32 | aber wir meinen, ehe wir uns jetzt hinsetzen und uns noch einmal drei  
A33 | Jahre die Köpfe heißreden, wie eine solche Verwaltungsreform aussieht,  
A34 | sollten wir tatsächlich mit kleinen, konkreten Maßnahmen beginnen -  
B 1 | kleinen, konkreten Maßnahmen, die beispielsweise auch in die wirtschafts-  
B 2 | und finanzpolitische Lage dieser Stadt passen.

B 3 |  
B 4 | [Beifall des Abg. Tiedt (FDP)]  
B 5 |

B 6 | Der Senat - und der Regierende Bürgermeister an der Spitze - beklagt, daß  
B 7 | wir ein **Haushaltsdefizit** von 3 Milliarden DM haben, und fordert, daß wir  
B 8 | weiter sparen müssen. Allein die Schaffung der Möglichkeit einer  
B 9 | Verkleinerung der Bezirksämter auf 5 oder **6** Mitglieder - wie auch immer -  
B10 | würde uns angesichts der Versorgungsansprüche, die dort erworben werden,  
B11 | Millionen DM einsparen helfen. Auch hier der Appell der FDP Fraktion an  
B12 | die Koalitionsfraktionen, unter diesem Aspekt ebenfalls einmal über  
B13 | Einsparungen nachzudenken.

B14 |  
B15 | Nun hat der Kollege Lorenz in seiner unnachahmlichen Art eine ganz  
B16 | sportliche Nummer vorgeführt - darin waren mindestens drei doppelte  
B17 | Rittberger enthalten.

B18 |  
B19 | [Wieland (Bü 90/Grüne):Das hat er mit Ihnen gemeinsam!  
B20 | Sie haben überhaupt sehr viel gemeinsam!]  
B21 |

B22 | Herr Kollege Lorenz, ich möchte mich doch einmal mit der Position der  
B23 | Sozialdemokraten zu dieser Frage beschäftigen. Sie selbst haben noch im  
B24 | Innenausschuß gesagt - ich darf einmal zitieren, das war ja ein  
B25 | bedeutender Satz, wie viele von Ihnen -:

B26  
B27 Die SPD war schon immer für das politische Bezirksamt.  
B28

B29 Diese damals möglicherweise noch Einzelmeinung des Herrn Lorenz  
B30

B31 [Tiedt (FDP): Hört, hört!]  
B32

B33 ist inzwischen offensichtlich - was die Zielrichtung betrifft - von  
B34 breiten Kreisen der SPD übernommen worden. Denn was haben wir gestern in  
C 1 der Zeitung gelesen? - Der Landesausschuß der Sozialdemokraten hat  
C 2 gefordert und beschlossen - 24 : 5 bei einigen Enthaltungen -, daß die  
C 3 **Bezirksverordnetenversammlungen, die Bezirksämter verkleinert** werden  
C 4 sollen - und das bereits zur Wahl am 24. Mai 1992. Das setzt  
C 5 logischerweise, Herr Kollege Lorenz, die Änderung des  
C 6 Bezirksverwaltungsgesetzes voraus.  
C 7

C 8  
C 9 [Lorenz (SPD): Bravo!]  
C10

C11 Die Vorschläge der SPD entbehren auch nicht einer gewissen Logik: Bei  
C12 100.000 Einwohnern sollte es 25 Bezirksverordnete und 5 Bezirksamts-  
C13 mitglieder geben, bei 200.000 Einwohnern 35 und 6 und bei über 200.000  
C14 Einwohnern 45 und 7 - das ist der Ist-Stand.  
C15

C16 Das ist ein sehr erfreulicher Sinneswandel der Sozialdemokraten in dieser  
C17 Stadt zu diesem Thema. Dort hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß wir  
C18 offensichtlich jetzt handeln müssen und eben nicht warten, Herr Kollege  
C19 Lorenz, wie Sie heute gesagt haben: Nun warten erst einmal die Wahlen im  
C20 Mai ab, dann werden wir sehen, was dabei herauskommt, wie viele "rote  
C21 Rathäuser" wie viele "schwarze Rathäuser"; und dann setzen wir uns an  
C22 einen Tisch und reden einmal über ein bißchen Bezirks- und  
C23 Verwaltungsreform in Berlin!  
C24

C25 Unser Antrag bietet eigentlich die Grundlage zur Verwirklichung der  
C26 sozialdemokratischen Ideen. Wir haben auch nie gesagt, daß wir uns  
C27 abschotten. Wir könnten uns auch darüber unterhalten, wie es mit der  
C28 Verkleinerung der Bezirksverordnetenversammlungen aussieht. Und weil Sie  
C29 jetzt diese Beschlußlage haben, Ihre Vertreter im Innenausschuß aber  
C30 vermutlich noch unter einer anderen Beschlußlage diskutiert und votiert  
C31 haben, hätten wir die große Bitte - ich erhebe das zum formellen Antrag  
C32 für meine Fraktion -, daß wir diese Beschlußempfehlung aus dem  
C33 Innenausschuß noch einmal zurücküberweisen und die heute geäußerten neuen  
C34 Ideen bezüglich einer Erweiterung der Politik der kleinen Schritte bei der  
D 1 Veränderung des Bezirksverwaltungsgesetzes dort mit einfließen lassen.  
D 2

D 3 [Wieland (Bü 90/Grüne): Sie werden doch noch mal Stadtrat!  
D 4 Warten Sie zehn Jahre, und dann klappt es!]  
D 5

D 6 Der Antragsteller, die FDP-Fraktion, ist völlig offen für weitere Reformen  
D 7 in diese Richtung. Wir bitten also um Zurücküberweisung. Und ich greife  
D 8 die Worte auf: Wir müssen mutige Schritte nach vorn machen. Wir haben zwei  
D 9 Möglichkeiten aufgezeigt und laden Sie gern ein, das alles, was Sie hier  
D10 geäußert haben auch seitens der CDU-Fraktion -, im Innenausschuß noch  
D11 einmal zu diskutieren, zu beraten und dann wenigstens, Herr Kollege  
D12 Lorenz, ein klein wenig Reform schon für die nächsten BVV-Wahlen zu  
D13 beschließen. - Vielen Dank!  
D14

D15 [Beifall bei der FDP]  
D16

D17 [0.13]  
D18

D19 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Bevor ich Herrn Schwenke das Wort gebe,  
D20 habe ich eine angenehme Pflicht: Wir haben Gäste hier im Raum. Ich begrüße  
D21 sehr herzlich eine Delegation von Bürgermeistern aus Brasilien und hoffe,  
D22 daß Sie interessante Eindrücke aus unserer Stadt mit nach Hause nehmen  
D23 werden.  
D24

D25 [Allgemeiner Beifall]  
D26

D27 [2.1]  
D28

D29 Wir fahren dann in der Debatte fort. Für die Gruppe hat jetzt der Kollege

D30 | Schwenke das Wort. - Bitte!

D31 |

D32 | **Schwenke** (Neues Forum): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das  
D33 | Bestreben, das dem Antrag der FDP zugrunde liegt, mehr Bürgernähe und mehr  
D34 | Transparenz in die Verwaltungen hineinzutragen, ist sehr löblich. Daß dies  
D35 | mit Formalien erreichbar ist, indem man Einwohnerzahlen und Bezirksräte  
D36 | und Bezirksverordnete addiert und ins Verhältnis setzt, glaube ich nicht.  
D37 | Ich glaube, notwendig ist eine **Neuabgrenzung** und stärkere **Verlagerung von**  
D38 | **Kompetenzen** in die Bezirke. Das bringt Bürgernähe, das bringt Transparenz.

D39 |

[Beifall bei Neues Forum und des Abg. Pewestorff (PDS)]

D41 |

D42 | Dies alles muß natürlich auch ökonomisch abgesichert sein. Es hilft wenig,  
D43 | wenn man es verkündet und dann die Bezirke weder die Bezirksverordneten  
D44 | noch die Bezirksräte - über

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1105

- A 1 | **Schwenke**
- A 2 |
- A 3 | **finanzielle Mittel** verfügen, um eigenverantwortlich politisch tätig zu
- A 4 | werden. Ich denke, so etwas müßte auch mit einer Steuerreform
- A 5 | korrespondieren, die eine gewisse Eigenfinanzierung der Bezirke
- A 6 | ermöglicht, so daß sie sowohl Interesse an der Entwicklung von Handel und
- A 7 | Gewerbe bei sich haben werden, zugleich darüber verfügen können und auch
- A 8 | ein Interesse daran haben, möglichst sparsam mit diesen Mittel umzugehen.
- A 9 |
- A10 | Und wenn von Sparsamkeit die Rede ist, dann möchte ich natürlich nicht die
- A11 | Sparsamkeit auf der parlamentarischen Seite angesetzt sehen; die kommt eh
- A12 | schon immer zu kurz und ist das hat hier schon selbst Herr Lorenz gesagt,
- A13 | der meint, daß selbst eine große Koalition sich schwertut mit einer
- A14 | vereinten Beamtenschaft. Nein, die Zahl der Parlamentarier sollte auch in
- A15 | den Bezirken selbst festgelegt werden nach dem Maß, und das ist immer die
- A16 | Kontrollfähigkeit des Parlaments gegenüber der Verwaltung.
- A17 |
- A18 | Dies alles gehört auch in die **Verfassungsdiskussion**, und deshalb würde ich
- A19 | nicht nur darum bitten, diese ganze Sache, die im Grunde genommen noch gar
- A20 | nicht bis zu Ende durchdacht ist, in den Innenausschuß zurückzuverweisen,
- A21 | sondern auch an die angedachte Enquetekommission für die
- A22 | Verfassungsreform. - Schönen Dank!
- A23 |
- A24 | [Beifall bei Neues Forum und der Abgn. Lorenz (SPD)
- A25 | und Wieland (Bü 90/Grüne)]
- A26 |
- A27 | [0.14]
- A28 |
- A29 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- A30 | Bevor ich zu den Abstimmungen komme, erteile ich nach § 65 der
- A31 | Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Hillenberg das Wort zu einer
- A32 | Persönlichen Bemerkung. Bitte sehr!
- A33 |
- A34 | **Hillenberg (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich
- B 1 | möchte hier zum FDP-Antrag, Drucksache 12/631, eine persönliche Erklärung
- B 2 | abgeben. Ich werde dem Antrag der FDP zustimmen,
- B 3 |
- B 4 | [Beifall bei der FDP]
- B 5 |
- B 6 | weil ich mir der Konsequenz einer Ablehnung durchaus bewußt bin. Die wäre,
- B 7 | daß nach den BVV-Wahlen nach dem d'Hondtschen System im Ostteil der Stadt
- B 8 | zum Beispiel der **Stadtrat für Jugend und Familie** durch ein **PDS-Mitglied**
- B 9 | gestellt werden kann.
- B10 |
- B11 | [Fechner (SPD): Könnte! - Zurufe von der PDS]
- B12 |
- B13 | Nun glaube ich generell an das Gute im Menschen, und so habe ich auch an
- B14 | die angebliche Erneuerung der SED in Form der PDS geglaubt. Doch neben den
- B15 | unendlichen Finanzskandalen ist mir spätestens zum Zeitpunkt - -
- B16 |
- B17 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Hillenberg! Entschuldigen Sie, daß
- B18 | ich hier unterbreche. Sie dürfen eine persönliche Bemerkung zu ihrem
- B19 | Abstimmungsverhalten abgeben, aber Sie dürfen nicht in die inhaltliche
- B20 | Debatte gehen, warum Sie das tun. Ich bitte Sie, sich hier sehr kurz zu
- B21 | fassen!
- B22 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Auch das geht doch erst nach
- B23 | der Abstimmung! Frau Dr. Löttsch (PDS): Noch nicht einmal die
- B24 | Geschäftsordnung haben Sie drauf!]

B25 - Das tut mir leid, aber sehen Sie bitte in die Geschäftsordnung hinein:  
B26 Das geht nur vor der Abstimmung!  
B27

B28 [Wieland (Bü 90/Grüne): Nach einer Abstimmung!]  
B29  
B30

B31 **Hillenberg** (SPD): Der eigentliche Grund, warum ich politische Rathäuser  
B32 befürworte, ist die Entlarvung von **Stasimitgliedern** in der Fraktion der  
B33 PDS. Das ist für mich unerträglich, daß Sie nicht das Zeichen einer  
B34 **demokratischen Erneuerung** setzen und deswegen nichts in einem demokra-  
C 1 tischen System und Parlament zu suchen haben und schon gar nicht eine  
C 2 politische Funktion ausführen dürfen.  
C 3

C 4 [Beifall]  
C 5

C 6 Für mich ist das der entscheidende Grund, und das bin ich meinem Gewissen,  
C 7 meinen Kindern und meinen Wählern schuldig, dafür zu sorgen, daß zum  
C 8 Beispiel die Lehrer - sollte es einen PDS-Bezirksrat für Jugend und  
C 9 Familie geben - von einem solchen Bezirksrat nicht noch angeleitet werden  
C10 dürfen.  
C11

C12 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Hillenberg! Ich habe Sie schon  
C13 einmal darauf aufmerksam gemacht: Persönliche Bemerkungen dürfen nicht in  
C14 die Sache gehen. Es ist gebeten worden, nach § 65 eine persönliche  
C15 Bemerkung abzugeben, und das geht nur vor einer Abstimmung. Zum Verhalten  
C16 bei der Abstimmung kann danach eine Erklärung abgegeben werden -  
C17 Selbstverständlich haben Sie recht, Herr Wieland. Aber es ist um eine  
C18 Persönliche Bemerkung nach § 65 gebeten worden, und insofern habe ich dem  
C19 stattgegeben.  
C20

C21 [Wieland (Bü 90/Grüne): Aber das war es doch auch nicht.

C22 Er ist doch nicht angegriffen worden, der junge Mann.

C23 Das gibt die Geschäftsordnung nicht her! -

C24 Frau Künast (Bü 90/Grüne): Saft abdrehen - fertig!]  
C25

C26 Ich habe nun zweimal gemahnt, Herr Hillenberg. Tun Sie mir also den  
C27 Gefallen, und kommen Sie zum Schluß!  
C28

C29 **Hillenberg** (SPD): Ich bitte also nur die Koalition um Verständnis für  
C30 meine Entscheidung. - Schönen Dank!  
C31

C32 [Beifall]  
C33

C34 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Gut! - Jetzt kommen wir zu den  
D 1 Abstimmungen. Es ist seitens der FDP die Rücküberweisung an den  
D 2 Innenausschuß gefordert worden und darüber hinaus von der Gruppe an einen  
D 3 noch zu beschließenden Ausschuß Enquete-Kommissionen. Über letzteres kann  
D 4 ich natürlich noch nicht abstimmen lassen, da wir einen solchen Ausschuß  
D 5 noch nicht haben. - Wer also der Rücküberweisung des Antrags zustimmen  
D 6 möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das war die  
D 7 Mehrheit, also ist der Antrag nicht rücküberwiesen worden. - Der Ausschuß  
D 8 empfiehlt die Ablehnung des Gesetzesantrages. Wer dem Sechsten Gesetz zur  
D 9 Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes, Drucksache 12/103, zustimmen  
D10 möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -  
D11 Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.  
D12

D13 **Schriftliche Erklärung gem. § 72 GO Abghs des Abg. Hillenberg (SPD)**  
D14

D15 Ich habe dem Antrag der FDP zugestimmt und möchte dem Parlament meine  
D16 persönlichen Beweggründe darlegen.  
D17

D18 Die Konsequenz aus der Ablehnung des FDP-Antrages ist, daß nach den Wahlen  
D19 zu den BVV durch das d'Hondtsche Wahlsystem im Ostteil unserer Stadt z. B.  
D20 der Stadtrat für Familie und Jugend durch ein PDS-Mitglied gestellt werden  
D21 kann.  
D22

D23 Nun glaube ich generell an das Gute im Menschen und habe so auch die  
D24 angebliche Erneuerung der SED in Form der PDS beobachtet. Doch neben den  
D25 unendlichen Finanzskandalen ist mir spätestens zum Zeitpunkt der Entlar-  
D26 vung von Stasi-Mitarbeitern in der Fraktion der PDS und deren Sanktio-  
D27 nierung durch ihren Parteitag und ihre Fraktion der Beweis erbracht  
D28 worden, daß auch heute noch ein unmittelbarer Zusammenhang von SED und PDS

D29 | und Staatssicherheit besteht und von demokratischer Erneuerung keine Rede  
D30 | sein kann.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1106

---

A 1 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier**

A 2 |

A 3 | Aus diesen Gründen ist mir allein der Gedanke, daß die Lehrer meiner  
A 4 | Kinder von den Verfechtern eines Unrechtssystems angeleitet werden sollen,  
A 5 | zutiefst suspekt.

A 6 |

A 7 | Meinem Gewissen, meinen Kindern, meinen Freunden und meinen Wählern bin  
A 8 | ich es schuldig, alles zu tun, um diesen PDS-Mitgliedern keine politischen  
A 9 | Ämter in unserer Stadt zukommen zu lassen.

A10 |

A11 | Mein Stimmverhalten steht möglicherweise im Gegensatz zum Votum unserer  
A12 | Koalition. Ich möchte darum noch einmal betonen, daß ich zum gegenwärtigen  
A13 | Zeitpunkt auf Grund der Fülle der Probleme in unserer Stadt unserer  
A14 | Koalition ausdrücklich begrüße.

A15 |

A16 | Ich bitte Sie, meine Damen und Herren der Koalition, deshalb um  
A17 | Verständnis für meine Entscheidung. Unsere Stadt braucht politische  
A18 | Rathäuser.

A19 |

A20 |

A21 | Die lfdn. Nrn. 3 bis 6 sind bereits durch die Konsensliste erledigt.

A22 |

A23 | [7]

A24 |

A25 | Ich rufe auf

A26 | **lfd. Nr. 7, Drucksache 12/594**

A27 |

A28 | **Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses**

A29 |

A30 | Von der Fraktion der SPD wird vorgeschlagen, Herrn Abgeordneten Hans-Georg  
A31 | Lorenz zu wählen. Bevor wir zur Abstimmung kommen, weise ich darauf hin,  
A32 | daß nach § 9 Absatz 3 Satz 3 des Berliner Richtergesetzes jedes Mitgliedes  
A33 | Richterwahlausschusses nur mit der Mehrheit von zwei Dritteln der  
A34 | anwesenden Abgeordneten gewählt werden kann. - Wir kommen zur Wahl. Wer  
B 1 | dem Vorgeschlagenen seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um  
B 2 | das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist Herr Lorenz  
B 3 | gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

B 4 |

B 5 | Die lfd. Nr. 8 ist durch die Zurückziehung erledigt.

B 6 |

B 7 | [9]

B 8 |

B 9 | Ich rufe auf

B10 | **lfd. Nr. 9, Drucksache 12/649**

B11 |

B12 | **Große Anfrage der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über**  
B13 | **Realisierung des ABM-Programms**

B14 |

B15 | Damit verbunden ist die dringliche

B16 | **Drucksache 12/673**

B17 | **Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der**  
B18 | **FDP, der Fraktion Bündnis 90/Grüne, der Fraktion der PDS und der**  
B19 | **Mitglieder der Gruppe Neues Forum über Rücknahme des Erlasses des**  
B20 | **Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit über allgemeine Maßnahmen zur**  
B21 | **Arbeitsbeschaffung vom 26. August 1991**

B22 |

B23 | Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann

B24 | kommen wir zur Begründung der Großen Anfrage. Für die Fraktion der CDU hat

B25 Frau Greiner das Wort. Bitte!

B26  
B27 **Frau Greiner** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!  
B28 Arbeitsmarktpolitik muß immer in Verbindung mit Investitions- und  
B29 Strukturpolitik gesehen werden. Sie muß sich auf die ständig verändernden  
B30 Bedingungen einer Hochtechnologiewirtschaft ausrichten und - was ganz  
B31 wesentlich ist - den Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Die vom Senat  
B32 vorgelegten arbeitsmarktpolitischen Programme zeigen die enge Verzahnung  
B33 von wirtschaftspolitischen, ökologischen, stadtentwicklungspolitischen,  
B34 gesundheits-, sozial- und frauenpolitischen, wissenschafts-, kultur- und  
C 1 sportpolitischen Vorhaben. Die Bündelung und Steuerung der ressort-  
C 2 übergreifenden Maßnahmen kann aber nur erfolgreich sein, wenn Betriebe,  
C 3 Verbände und Gewerkschaften an einem Strang und in die gleiche Richtung  
C 4 ziehen.

C 5  
C 6 [Beifall bei der CDU]  
C 7

C 8 Nach dem vorgelegten Rahmenprogramm sollen noch in diesem Jahr 30.000 ABM-  
C 9 Stellen im östlichen Berlin neu geschaffen werden. Mit dem staatlich  
C10 unterstützten sogenannten zweiten Arbeitsmarkt wird der Finanzierung der  
C11 Arbeit der Vorrang vor der Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingeräumt.  
C12 Die von der Bundesanstalt für Arbeit veranlaßte Einschränkung der ABM-  
C13 Förderung stellt die Umsetzung der geplanten Konzepte in Frage. Die enorme  
C14 Deckungslücke im Landeshaushalt läßt weitere Finanzierungen kaum zu. Für  
C15 Berlin kommt erschwerend hinzu, daß bis Ende August nur etwa die Hälfte  
C16 der ABM-Stellen eingerichtet wurde, von denen tatsächlich nur 9.000  
C17 besetzt waren. Die vorliegenden Konzepte müssen jetzt zügig umgesetzt  
C18 werden, damit eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt spürbar wird.

C19  
C20 [Beifall bei der CDU]  
C21

C22 Die inzwischen gegründeten regionalen und sektoralen Service-  
C23 Gesellschaften sind angehalten, das vorliegende Rahmenprogramm in den  
C24 Bezirken im östlichen Berlin umzusetzen und die dafür bereitgestellten  
C25 finanziellen Mittel zielgerichtet und vor allem schnell einzusetzen. Der  
C26 noch ausstehende Ausbau der sektoralen Service-Gesellschaften für die  
C27 Bereiche Gesundheit und Soziales sowie für die Bereiche Stadtentwicklung  
C28 und Umweltschutz und Ökologie ist zügig zu gestalten, damit auch hier die  
C29 dringend notwendige Realisierung bereits vorliegender Konzepte  
C30 durchgesetzt werden kann. Das Anliegen der Koalitionsfraktionen ist es,  
C31 die Umsetzung des ehrgeizigen Senatsprogrammes zur Schaffung von 30.000  
C32 ABM-Stellen einzufordern und darauf zu drängen, daß diese Stellen auch  
C33 besetzt werden können.

C34  
D 1 [Beifall bei der CDU]  
D 2

D 3 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Zur Beantwortung hat jetzt Frau  
D 4 Bürgermeisterin Dr. Bergmann das Wort. Bitte!  
D 5

D 6 **Frau Dr. Bergmann**, Bürgermeisterin und Senatorin für Arbeit und Frauen:  
D 7 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige  
D 8 arbeitsmarktpolitische Situation ist schnell skizziert. Wir haben eine  
D 9 weiter steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern  
D10 einschließlich Berlins zu verzeichnen. Es sind Millionen Menschen, die zur  
D11 Zeit ohne reguläres Arbeitseinkommen sind. Die Treuhand hat bereits jetzt  
D12 angekündigt, daß noch weitere 550.000 Menschen aus den Treuhandbetrieben  
D13 in der nächsten Zeit zur Entlassung anstehen. Die Kurzarbeitergeldregelung  
D14 - zur Zeit befinden sich noch etwa 1,2 Millionen Menschen in den neuen  
D15 Bundesländern auf einer Kurzarbeiterstelle - wird zum Jahresende  
D16 auslaufen. Es sieht im Moment nicht so aus, als ob diese Regelung  
D17 fortgeführt würde. Das heißt, wir wissen, was dann im nächsten Jahr noch  
D18 an Arbeitslosigkeit ansteht.  
D19

D20 Der laut Informationen einschlägiger Institutionen beginnende  
D21 wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern wirkt sich  
D22 arbeitsmarktpolitisch bisher in keiner Weise aus. Ich vermisse auch  
D23 griffige struktur- und wirtschaftspolitische Konzepte der Bundesregierung.  
D24 Sie sind bisher ausgeblieben. Die Produktion der ostdeutschen Industrie  
D25 hat im ersten Halbjahr 1991 nur noch ein Drittel des entsprechenden  
D26 Vorjahresvolumen

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1107

---

A 1 | **Frau Bm Dr. Bergmann**

A 2 |  
A 3 | betragen. Auch im zweiten Halbjahr werden viele Betriebe die Produktion  
A 4 | weiter drosseln. Angesichts dieser aktuellen Situation wird klar, wie  
A 5 | wichtig eine breit abgestimmte Arbeitsmarktpolitik ist und wie wenig wir  
A 6 | es uns leisten können, unser ohnehin begrenztes Instrumentarium weiter  
A 7 | einschränken zu müssen.

A 8 |  
A 9 | Ich komme jetzt zur Beantwortung der einzelnen Fragen.

A10 |  
A11 | Zur Frage 1: Nach Auskunft des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg sind  
A12 | zum Stichtag 31. August 1991 15.200 ABM-Plätze im Ostteil der Stadt  
A13 | bewilligt gewesen. Hiervon entfallen 5.850 auf Maßnahmen in Landesregie,  
A14 | während die übrigen sich auf Beschäftigungs- und Qualifizierungs-  
A15 | gesellschaften sowie andere Beschäftigungsinitiativen verteilen.

A16 |  
A17 | Zur Frage 2: Für das westliche Berlin hat die Bundesanstalt für Arbeit  
A18 | 203 Millionen DM für Personalkostenzuschüsse zur Verfügung gestellt.  
A19 | Hiermit wurden nach einer Statistik des Landesarbeitsamtes Berlin-  
A20 | Brandenburg, die nur quartalsweise zur Verfügung steht - Stand 30. Juni  
A21 | 1991 -, 7.236 ABM-Plätze gefördert. Die nächsten aktuellen Zahlen bekommen  
A22 | wir erst wieder zum 30. September 1991. Von diesen 7.236 Plätzen entfallen  
A23 | etwa 5.000 auf Maßnahmen in Landesregie sowie 2.236 auf Maßnahmen bei  
A24 | freien Trägern. 2.200 weitere Plätze sind im öffentlichen Bereich schon  
A25 | akquiriert; das betrifft den Westteil der Stadt.

A26 |  
A27 | Zur Frage 3: Der Senat von Berlin hat für Aufwendungen im Zusammenhang  
A28 | mit ABM im Westteil der Stadt rund 50 Millionen DM zur Verfügung gestellt.  
A29 | Für den Ostteil der Stadt sind es etwa 150 Millionen DM für 1991. Darauf  
A30 | entfallen für Instrumente der Arbeitsmarktpolitik für die östlichen  
A31 | Bezirke 67 Millionen DM, zur Förderung der beruflichen Weiterbildung 19  
A32 | Millionen DM, auf Qualifizierungsmaßnahmen von Frauen 4 Millionen DM, für  
A33 | die Förderung stabiler Beschäftigungsverhältnisse 20 Millionen DM, um nur  
A34 | einige Punkte zu nennen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat zu Beginn dieses  
B 1 | Jahres für 30.000 ABM-Stellen die hundertprozentige Personalkosten-  
B 2 | förderung und Sachkostenzuschüsse in Höhe von 30 Prozent - bezogen auf die  
B 3 | Personalkostenförderung - zugesagt. Im Vertrauen auf diese Eckdaten hat  
B 4 | der Senat sein arbeitsmarktpolitisches Rahmenprogramm und die  
B 5 | entsprechenden Programme der anderen Senatsverwaltungen entwickelt.

B 6 |  
B 7 | Zur Frage 4: Bis zum Jahresende werden im Westteil der Stadt noch 2.200  
B 8 | ABM-Plätze in Landesregie beantragt. Für den Ostteil Berlins befinden sich  
B 9 | rund 15.000 weitere ABM-Plätze in Vorbereitung. Davon entfallen etwa 5.000  
B10 | auf Maßnahmen in Landesregie. Wesentlichen Anteil an der Akquirierung  
B11 | haben hierbei die Service-Gesellschaften. Meine Vorrednerin hat bereits  
B12 | ausgeführt, wie der Stand der Dinge ist.

B13 |  
B14 | Das arbeitsmarktpolitische Rahmenprogramm steht nicht in der alleinigen  
B15 | Verantwortung der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen. Die anderen  
B16 | Verwaltungen sind eingebunden. Einige, das wissen Sie, haben Programme  
B17 | entwickelt, andere sind in entsprechende Maßnahmen von uns eingebunden.  
B18 | Nur so können wir auch Arbeitsmarktprobleme bei den Umstrukturierungen -  
B19 | in der Wissenschaft, im Jugendbereich, im Bereich Soziales und Gesundheit  
B20 | - abfedern. Diese Arbeitsmarktprogramme der einzelnen Senatsverwaltungen  
B21 | werden über die entsprechenden Service-Gesellschaften organisiert, also  
B22 | über die sektoralen und die regionalen.

B23 |  
B24 | Bei den Bemühungen des Senats wurde darauf geachtet, daß ausreichend ABM-  
B25 | Plätze für Frauen geschaffen werden. Es gibt auch schon einige

B26 Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaften im Baubereich, im  
B27 touristischen Bereich, im Bereich der Qualifizierung für Frauen, die für  
B28 Frauen eingerichtet wurden. Darüber hinaus wurden Frauenansprechstellen in  
B29 allen Service-Gesellschaften geschaffen, deren Hauptaufgabe es ist, Frauen  
B30 bei der Gründung von ABS ausreichend zu beraten und darauf zu achten, daß  
B31 bei der Besetzung der Stellen Frauen entsprechend berücksichtigt werden.  
B32 Wir haben zur Zeit etwa 46 Prozent der ABM-Plätze im Ostteil der Stadt mit  
B33 Frauen besetzt. Das ist im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern  
B34 ein sehr günstiges Verhältnis. Wir sind das gezielt angegangen, weil wir  
C 1 meinen, daß der harte Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht zu  
C 2 Lasten der Frauen gehen darf.  
C 3

C 4 Im öffentlichen Bereich haben wir bisher mehr ABM-Plätze als ursprünglich  
C 5 vorgesehen eingerichtet. Wir haben die Verfahren in Abstimmung mit den  
C 6 Bezirksämtern verkürzt. Erstens gab es dort einen großen Bedarf, zweitens  
C 7 mußten wir sehen - um das Anliegen meiner Vorrednerin in Rechnung zu  
C 8 stellen -, daß wir schneller mit den Verfahren voran kommen, denn hier  
C 9 gibt es immer noch Probleme - auch bei der Besetzung der ABM-Stellen. Sie  
C10 kennen wahrscheinlich die Statistik und wissen, daß zwischen  
C11 eingerichteten und besetzten Stellen eine große Lücke klafft. Wir sind  
C12 ständig im Gespräch mit den Arbeitsämtern, die für die Besetzung zuständig  
C13 sind, und haben sie jetzt dazu gebracht, daß diese ABM-Stellen auch  
C14 inseriert werden, um die Besetzung voranzutreiben.  
C15

C16 Bei den ABM-Stellen im betrieblichen Bereich hätten wir uns ein  
C17 schnelleres Tempo vorstellen können. Hier gibt es die bekannten  
C18 Widrigkeiten, wir haben hierbei schmerzvolle Erfahrungen gemacht. Es gab  
C19 den Treuhand-Beschluß vom Juni, und erst nach wochenlangen Verhandlungen  
C20 mit der Treuhand hatten wir die Rahmenvereinbarung. Wir sind jetzt dabei,  
C21 den Gesellschaftervertrag für die TGL abzuschließen, damit wir endlich im  
C22 betrieblichen Bereich die Hauptmenge der Arbeitsförderungs-,  
C23 Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften gründen können. In  
C24 diesem Moment kam der Erlass der Bundesanstalt für Arbeit, über den noch zu  
C25 sprechen sein wird.  
C26

C27 An einem Beispiel möchte ich demonstrieren, wie das im einzelnen  
C28 ausgesehen hat. Wir haben bereits im Juni - die Abgeordneten des  
C29 Arbeitsausschusses wissen das - im Werk für Fernsehelektronik über die  
C30 entsprechende Beschäftigungsgesellschaft gesprochen. Es gab Konzepte, und  
C31 im Grunde hätten wir bereits zu diesem Zeitpunkt die Gründung vornehmen  
C32 können. Zum 30. Juni standen die Kündigungen an, doch hat sich alles  
C33 aufgrund der mißlichen Lage bis September hingezogen. Wir haben die  
C34 Gesellschaft jetzt gegründet, aber Sie können sich vorstellen, was es für  
D 1 die betroffenen Menschen in den Betrieben, die das initiieren, und auch  
D 2 für uns bedeutet hat, alle Partner beisammenzuhalten, immer wieder von  
D 3 vorn zu beginnen und gegen alle Ängste und Sorgen anzukämpfen, bis es  
D 4 endlich so weit war.  
D 5

D 6 Zur Frage 5: Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit lassen sich nicht  
D 7 auf das Kalenderjahr 1992 übertragen. Da in den östlichen Bezirken eine  
D 8 Kontingentierung von ABM-Plätzen wie in allen neuen Bundesländern  
D 9 praktiziert wird, kann man die haushaltsmäßige Etatisierung bei der  
D10 Bundesanstalt für Arbeit nicht mit den haushaltsrechtlichen Prinzipien  
D11 vergleichen, die für Senatsverwaltungen gelten. Die ABM-Plätze werden nach  
D12 einem Arbeitsmarktindex von der Bundesanstalt für Arbeit jährlich neu auf  
D13 die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke in der Bundesrepublik verteilt.  
D14

D15 Wir gehen davon aus, daß wir unser Jahreskontingent von ca. 30.000 Stellen  
D16 erreichen werden, und die bisherigen Zahlen in unseren Bereichen zeigen  
D17 das auch. Voraussetzung ist allerdings, daß wir nicht immer wieder hin und  
D18 her geschüttelt werden, sondern die Politik des Stop-and-go im ABM-Bereich  
D19 endlich aufhört und wir zu einer kontinuierlichen Arbeit kommen. Wenn wir  
D20 Arbeitsförderungsinstrumentarien sinnvoll einsetzen, also auch  
D21 strukturpolitisch nutzen wollen - das hat meine Vorrednerin ebenfalls  
D22 bereits angesprochen -, brauchen wir eine Kontinuität in der Arbeit.  
D23

D24 [Beifall der Frau Abg. Kampfenkel (SPD)]  
D25

D26 - Danke! Ein einsamer Klatscher ist auch schon recht schön. Es ist eben  
D27 ein trockenes Gebiet. -  
D28

D29 [Beifall des Abg. Helias (CDU)]

D30 |  
D31 | Der Erlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit bedeutet - um es  
D32 | deutlich zu sagen - in letzter Konsequenz eine arbeitsmarktpolitische  
D33 | Vollbremsung. Jeder weiß, daß nicht unbegrenzt

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1108

A 1 | Frau Bm Dr. Bergmann

A 2 |  
A 3 | Mittel vergeben werden können, doch kommen die Einschränkungen bei ABM zu  
A 4 | einem völlig falschen Zeitpunkt. Ich habe versucht, das an dem einen  
A 5 | Beispiel zu demonstrieren.

A 6 |  
A 7 | Die Entwicklung des ersten Arbeitsmarktes ist noch nicht so weit  
A 8 | vorangeschritten, daß die **Kosten für die Beschäftigungsförderung** auf die  
A 9 | neuen Länder abgewälzt oder gar der Umfang der Beschäftigungsförderung  
A10 | abgebaut werden könnte. In Berlin wurde sehr darauf geachtet, daß mit ABM  
A11 | nicht alte Strukturen erhalten, sondern die Projekte wirtschaftsnah und  
A12 | strukturpolitisch gestaltet werden. Aber gerade die wirtschaftsnahen ABM,  
A13 | die das Ziel unserer Maßnahmen ist, ist damit wieder am meisten gefährdet.  
A14 | Was man am besten mit solchen Erlassen machen kann, wie sie uns vorgelegen  
A15 | haben, ist tatsächlich, den Wald aufzuräumen, aber alles, was  
A16 | anspruchsvoller ist, macht erhebliche Probleme, weil uns die Sachmittel  
A17 | und vieles andere fehlt.

A18 |  
A19 | In Berlin wollen wir die Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und  
A20 | Strukturentwicklungsgesellschaften, wo neben ökologischen und sozialen  
A21 | Aufgaben besonders auch technische und bauliche Sanierungsarbeiten in  
A22 | betrieblichen Bereichen durchgeführt werden, entsprechend einsetzen. Ich  
A23 | möchte einige bereits arbeitende zur Illustrierung nennen, denn Sie  
A24 | möchten gern wissen, wie das im einzelnen läuft. Ich nenne die  
A25 | Gesellschaft für Wärme- und Umwelttechnik auf dem Gelände von ehemals  
A26 | Bergmann-Borsig, wo jetzt etwa 200 ABM-Stellen eingerichtet worden sind.  
A27 | Dort wird derzeit ein Heizkraftwerk modernisiert. Die Mitarbeiter in  
A28 | dieser Gesellschaft haben in diesem Projekt gleichzeitig die Möglichkeit,  
A29 | sich zunächst bei der Mitarbeit im Projekt und anschließend in Fort- und  
A30 | Weiterbildungsmaßnahmen zu qualifizieren.

A31 |  
A32 | Auch im ökologischen Bereich arbeiten bereits einige  
A33 | Beschäftigungsgesellschaften, beispielsweise in Hohenschönhausen - dort  
A34 | geht es um Umweltschutzüberwachung und -erziehung, Gartenanlagen und  
B 1 | Begrünung. Elpro möchte ich noch nennen, wo es eine Gesellschaft gibt, die  
B 2 | eng verknüpft mit umfangreichen Weiterbildungsprogrammen ist. Aber die  
B 3 | Mehrzahl der ABS sind in der Gründungsphase, nach Vorliegen des  
B 4 | Gesellschaftervertrags kann dann der juristische Akt der Gründung  
B 5 | erfolgen.

B 6 |  
B 7 | Die gleiche Überlegung, nämlich nicht mit ABM lediglich alte Strukturen zu  
B 8 | konservieren, gilt auch für den Wissenschaftsbereich. Ich nenne als  
B 9 | Beispiel die Gründung eines Technologieparks in Adlershof, wo durch  
B10 | Zusammenfassung von innovativen Existenzgründungen und einer ABS Brücken  
B11 | zu Dauerarbeitsplätzen geschlagen werden. Dies alles läuft auf die  
B12 | schlichte Formel hinaus: Es ist sinnvoller, Arbeit statt Arbeitslosigkeit  
B13 | zu finanzieren.

B14 |  
B15 | Zur letzten Frage - Was hat der Senat getan, nachdem der Erlaß vorlag? - :  
B16 | Der Senat von Berlin hat sofort nach Bekanntwerden in Kontakt mit den  
B17 | anderen Bundesländern die **Konsequenzen des Erlasses** geprüft. Die  
B18 | Arbeitsämter aller neuen Länder haben auf unsere Initiative hin in einer  
B19 | gemeinsamen Erklärung die sofortige Rücknahme des Erlasses gefordert. Auf  
B20 | einer Sondersitzung der Arbeitsminister der neuen Länder in Magdeburg  
B21 | wurde ebenfalls die Rücknahme des Erlasses gefordert, auch die  
B22 | Ministerpräsidenten der neuen Länder haben sich in Gotha dafür eingesetzt.  
B23 | Es gab Aktivitäten des Regierenden Bürgermeisters gegenüber dem  
B24 | Bundeskanzler und von mir gegenüber dem Bundesarbeitsminister. In der  
B25 | Sitzung des Vorstandes der Bundesanstalt für Arbeit am 19. September - ich

B26 gehöre diesem Vorstand an - wurde von Präsidenten die Rücknahme des  
B27 Erlasses gefordert. Der Vorstandsausschuß für Planungs-, Rechts- und  
B28 Verwaltungsfragen der Bundesanstalt für Arbeit hat gestern einen neuen  
B29 Erlaß sozusagen in den Eckpunkten formuliert. Ich gehe davon aus, daß der  
B30 Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit sehr bald, wahrscheinlich schon in  
B31 der nächsten Woche, zu diesem Thema erneut zusammentritt, um die  
B32 Förderkriterien festzulegen, die wieder auf 100 Prozent Personalkosten-  
B33 finanzierung in breiten Bereichen abzielen und die Möglichkeiten für die  
B34 Durchsetzung der Programme beinhalten.

C 1  
C 2 Der öffentliche Druck der letzten Wochen und die öffentliche Debatte um  
C 3 die arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien hat gezeigt: Die Vernetzung  
C 4 von Arbeitsmarkt-, Investitions- und  
C 5  
C 6

C 7 Strukturpolitik ist der einzig gangbare Weg, um auf die strukturellen  
C 8 Probleme in den neuen Ländern und in Berlin zu reagieren. Wir haben in der  
C 9 Auseinandersetzung um diesen Erlaß von allen Seiten Unterstützung  
C10 bekommen, und es ist uns in der letzten Woche auf der Vorstandssitzung in  
C11 Nürnberg gelungen, uns auf einer breiten Linie zu einigen - auch mit den  
C12 Arbeitnehmer-, zum Teil sogar mit den Arbeitgebervertretern. Jetzt geht es  
C13 darum, daß auch die Bundesanstalt für Arbeit und letztlich die  
C14 Bundesregierung die Beschlüsse des Vorstandes in der Praxis umsetzt, und  
C15 es geht darum, für zusätzliche ABM die Finanzierung zu sichern und eine  
C16 kontinuierliche, ordentliche Arbeitsmarktpolitik auf dieser Basis zu  
C17 ermöglichen. Das ist eine Sache, die uns alle angeht. Ich glaube nicht,  
C18 daß es einen Abgeordneten aus dem Ostteil der Stadt gibt, der nicht in  
C19 irgendeiner Weise mit diesen Problemen zu tun hätte - in der Familie, im  
C20 Bekanntenkreis und vielen anderen Stellen. Deshalb muß es den vereinten  
C21 Anstrengungen gelingen, auch hierin so fortzufahren.

C22  
C23 [Beifall bei der SPD und der CDU]

C24  
C25 [0.15]

C26  
C27 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** In der Aussprache der Großen Anfrage hat  
C28 jetzt Frau Kollegin Kampfhenkel von der SPD-Fraktion das Wort.

C29  
C30 [Frau Abg. Engler (Bü 90/Grüne) meldet sich]

C31  
C32 - Es tut mir leid, die Worterteilung erfolgte vor Ihrer Wortmel-  
C33 dung zur Geschäftsordnung !

C34  
D 1 [Zuruf der Frau Abg. Engler (Bü 90/Grüne)]

D 2  
D 3 - Gut! Wir haben heute relativ viele Schwierigkeiten mit der  
D 4 Geschäftsordnung. Ich nehme es auf meine Kappe, daß ich Sie übersehen  
D 5 habe. Frau Engler, Sie haben das Wort!

D 6  
D 7 **Frau Engler** (Bü 90/Grüne): Ich beantrage, daß der Senat die Senatoren - zu  
D 8 diesem Thema anwesend sind, denn das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieses  
D 9 Senats ist nicht nur die Aufgabe der Arbeitssenatorin und der Sozial-  
D10 senatorin, es betrifft auch das Innenressort, die Bereiche Bau,  
D11 Wirtschaft, Jugend usw. Ich wundere mich eigentlich, daß sich alle  
D12 anderen, die mit Fragen der Strukturpolitik zu tun haben, hierfür nicht  
D13 interessieren. Was der Senat zu sagen hat, wissen sie vielleicht, aber sie  
D14 wissen nicht, was die Abgeordneten dazu zu sagen haben. Ich wünsche  
D15 deshalb die Anwesenheit der Senatoren.

D16  
D17 [Beifall bei der PDS -  
D18 Palm (CDU): Die Abgeordneten aber auch!]

D19  
D20 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Entschuldigen Sie bitte, Frau  
D21 Kampfhenkel!

D22  
D23 § 84 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin regelt die  
D24 "Herbeirufung eines Mitgliedes des Senats". Lautet der Antrag, den  
D25 gesamten Senat - jeden Senator - herbeizurufen, oder wird die Anwesenheit  
D26 einzelner Senatoren gewünscht? Drei sind meines Erachtens genannt worden,  
D27 aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann wünschen Sie mehr oder  
D28 weniger die Anwesenheit aller. Die zuständige Senatorin ist da.  
D29

[Sen Pieroth: Ich auch!]

D30 |

D31 |

D32 |

D33 |

D34 |

D35 |

D36 |

D37 |

D38 |

D39 |

D40 |

D41 |

D42 |

Da es ein pauschaler Antrag ist, kann dafür und dagegen gesprochen werden. Die Geschäftsordnung sieht vor, eine Debatte zu eröffnen. Es kann jetzt jemand dagegen sprechen, und dann kann ich über diesen Antrag, der zwar nicht präzise ist - ich lege ihn so aus, daß der gesamte Senat zitiert werden solle -, abstimmen lassen. Spricht jemand dagegen? - Herr Kern, bitte schön!

**Kern** (SPD): Ich spreche insofern dagegen, als es nur Sinn macht, die im Haus anwesenden Senatorinnen und Senatoren herbeizurufen. Wir haben im Ältestenrat die Gründe für die Abwesenheit einzelner Senatoren gehört. Die nun aus

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1109

- A 1 |  
A 2 | **Kern**  
A 3 |  
A 4 | Westdeutschland zu holen, ist hoffentlich nicht Sinn Ihres Antrags. Wenn  
A 5 | Sie die im Haus versammelten und greifbaren meinen, folgen wir Ihrem  
A 6 | Antrag. Im Grunde genommen haben Sie durchaus recht. Ich denke, daß wir  
A 7 | uns einvernehmlich einigen können.  
A 8 |  
A 9 |  
A10 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Diese Wortmeldung erleichtert uns das  
A11 | Geschäft nicht. Im Grunde genommen haben beide für diesen Antrag  
A12 | gesprochen.  
A13 |  
A14 | [Kern (SPD): Ich habe die Einschränkung gemacht!]  
A15 |  
A16 | Herr Kern, Sie haben lediglich den Antrag einschränkend begründet! Ich  
A17 | frage deshalb Will jemand dagegen sprechen? - Das ist nicht der Fall.  
A18 |  
A19 | Zunächst müssen wir feststellen lassen, wer im Hause ist. Wir sind  
A20 | gezwungen, die Sitzung solange zu unterbrechen. Ich unterbreite folgenden  
A21 | Verfahrensvorschlag Die zuständigen Senatoren sind anwesend. Wir  
A22 | versuchen, die übrigen Senatoren so schnell wie möglich herbeizurufen,  
A23 | ohne die Sitzung zu unterbrechen. Wollen wir einvernehmlich so verfahren?  
A24 | - Widerspruch wird nicht erhoben. Dann fahren wir fort, und wir bitten die  
A25 | entsprechenden Senatoren, hier sofort zu erscheinen!  
A26 |  
A27 | [9.1]  
A28 |  
A29 | Frau Kampfhenkel hat jetzt für die Fraktion der SPD das Wort in der  
A30 | Aussprache!  
A31 |  
A32 | **Frau Kampfhenkel** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau  
A33 | Senatorin Dr. Bergmann, Frage 7 haben Sie sehr zurückhaltend beantwortet!  
A34 | Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, von dieser Stelle aus Ihnen in  
B 1 | Ihrer Eigenschaft als Senatorin für Arbeit und Frauen und dem Regierenden  
B 2 | Bürgermeister zu danken für den Einsatz beim Präsidenten der Bundesanstalt  
B 3 | für Arbeit und bei der Bundesregierung hinsichtlich der Rücknahme dieses  
B 4 | Erlasses.  
B 5 |  
B 6 | [Beifall bei der SPD -  
B 7 | Vereinzelter Beifall bei der CDU]  
B 8 |  
B 9 | Ich hoffe, daß wir Ihren Einsatz mit dem heute von allen Fraktionen und  
B10 | der Gruppe dieses Hauses unterschriebenen Antrag unterstützen können und  
B11 | es tatsächlich zu einer realen Zurücknahme des Erlasses kommt, der die  
B12 | Arbeitsmarktpolitik für den Ostteil der Stadt gänzlich in Frage stellt.  
B13 |  
B14 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Kampfhenkel, gestatten Sie eine  
B15 | Zwischenfrage der Kollegin Blankenburg?  
B16 |  
B17 | **Frau Kampfhenkel** (SPD): Ja!  
B18 |  
B19 | **Frau Blankenburg** (CDU): Frau Kollegin! Sind Sie mit mir der Meinung, daß  
B20 | das Land Berlin zur finanziellen Entlastung der Bundesanstalt nicht auch  
B21 | dadurch beiträgt, daß es die angemeldeten Plätze so zögerlich besetzt?  
B22 | Dadurch bleibt doch in Nürnberg Geld übrig, das wieder neu aufgeteilt  
B23 | werden kann.  
B24 |

B25 **Frau Kampfhenkel** (SPD): Dieses mag bedingt richtig sein. Zu der  
B26 schleppenden Besetzung werde ich gleich etwas sagen, weil ich - im  
B27 Gegensatz zur Kollegin Greiner - schon der Ansicht bin, daß wir bedenken  
B28 müssen, daß wir im Grunde genommen die Service-Gesellschaften, die  
B29 wesentliche Funktionen zur Beratung und Beantragung von AB-Maßnahmen  
B30 ausüben, erst seit zwei oder drei Monaten haben. Ich denke, daß die Zahl  
B31 von 15.200 bewilligten Anträgen kein schlechtes Ergebnis für diesen kurzen  
B32 Arbeitszeitraum ist.

B33  
B34 [Frau Blankenburg (CDU): 50 Prozent!]

C 1  
C 2 Ich bin - auch nach Gesprächen mit den Service-Gesellschaften -  
C 3 zuversichtlich, daß wir die Zahl von 30.000 Stellen in diesem Jahr  
C 4 erreichen werden.

C 5  
C 6 Nun müssen wir auch daran denken, daß wir - unsere beiden Fraktionen, Frau  
C 7 Kollegin! - bewußt Ansprüche an arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gestellt  
C 8 haben. Ich zähle die Ansprüche an arbeitsmarktpolitische Maßnahmen  
C 9 nochmals auf. Wir hatten gesagt, es solle sich um  
C10 - zukunftssträchtige Arbeitsplätze,  
C11 - Ausweitung von Fort-, Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten,  
C12 - Gewährung von beruflicher Gleichstellung von Frauen und Männern und  
C13 insbesondere  
C14 - Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der Schaffung und  
C15 Ausgestaltung von Arbeitsplätzen

C16  
C17 handeln. Dazu ist von Herrn Hassemer ein sehr umfangreiches Programm  
C18 vorgelegt worden.

C19  
C20 Wir sind auch in der Pflicht, unsere sehr hochgesteckten und  
C21 zukunftsorientierten Maßnahmen zu verwirklichen. Diese Zielsetzung hat für  
C22 uns Vorrang vor Zahlenschreibereien mit AB-Maßnahmen, die quantitativ  
C23 angesiedelt sind. Zum Erreichen dieser Ziele müssen wir immer wieder auf  
C24 die notwendigen Verknüpfungen der unterschiedlichen Politikbereiche  
C25 hinweisen, so wie es Frau Senatorin Dr. Bergmann getan hat. Wir können  
C26 Arbeitsmarktpolitik nicht gesondert sehen, sondern - ich verweise auch auf  
C27 die Kollegin Greiner - wir müssen es in Berlin schaffen,  
C28 Arbeitsmarktpolitik mit Wirtschafts- und Strukturpolitik zu verbinden, und  
C29 wir müssen insbesondere die Verkehrs-, die Bau- und die Umweltpolitik in  
C30 starkem Maß miteinbeziehen.

C31  
C32 Ich denke, die Beantwortung durch den Senat hat gezeigt, daß diese für uns  
C33 wesentlichen Voraussetzungen auch bei der Umsetzung des  
C34 arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramms erfüllt sind.

D 1  
D 2 [Frau Blankenburg (CDU): Das hat sie nicht beantwortet;  
D 3 sie hat nicht einmal aufgegliedert!]

D 4  
D 5 - Sie hat aber die Ziele sehr eindeutig benannt.

D 6  
D 7 Es fehlt im Grunde genommen auch immer noch der Ansatz der Strukturpolitik  
D 8 in Berlin. Das gebe ich zu. Denn allein die arbeitsmarktpolitischen  
D 9 Instrumentarien wie BQG, ABS, Service-Gesellschaften oder Kurzarbeit,  
D10 verbunden mit Qualifizierungsmaßnahmen, reichen nicht aus, um  
D11 mittelfristig wirksam den notwendigen Strukturwandel zu unterstützen und  
D12 voranzutreiben. Hier ist auch besonders stark die Wirtschaftsverwaltung  
D13 gefordert.

D14 Ich möchte noch einmal darauf eingehen, daß es eigentlich eines unserer  
D15 Hauptziele sein muß, den Menschen in der Stadt wirklich Vertrauen in  
D16 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu vermitteln.

D17  
D18 [Beifall bei der SPD]

D19  
D20 Das war und ist schwierig genug. Hier ist von Frau Bergmann Kontinuität  
D21 angesprochen worden. Ich halte es einfach für unmöglich, wenn wir am 30.  
D22 Juni dieses Jahres von der Treuhandanstalt erfahren, sie beteiligt sich  
D23 nicht an BQGs. Dann gibt es wochenlange Debatten. Dann kommt die  
D24 Trägergesellschaft dabei heraus. Gut - die Treuhand beteiligt sich. Aber  
D25 es schafft Unruhe, und es schafft wieder zwei, drei Wochen, in denen die  
D26 Menschen sich sagen Was bringt mir ABM? Dann ziehe ich mich doch erst  
D27 einmal zurück. - Ich erwarte nach wie vor von der Treuhand, daß sie sich  
D28 mehr auf arbeitsmarktpolitische Verantwortung hin orientiert. Dieses ist

D29 | eine Forderung an die Treuhand.

D30 |

D31 | [Beifall bei der SPD

D32 | und des Abgn. Pewestorff (PDS)]

D33 |

D34 | Dann haben wir ein paar Wochen Ruhe in der Stadt, und dann kommt der Erlaß

D35 | des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit am 26. August; da sind wir

D36 | uns generell einig, alle Fraktionen dieses Hauses Dieser Erlaß muß weg.

D37 | Aber er schafft wieder Unruhe in dieser Stadt. Ich bin gern bereit, den

D38 | Senat sehr herzlich zu bitten, auch noch einmal bei der Bundesregierung

D39 | darauf hinzuwirken, daß ihre Institutionen - und es handelt sich sowohl

D40 | bei der Bundesanstalt für Arbeit als auch bei der Treuhand um

D41 | Institutionen des Bundes sich ihrer Verantwortung

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1110

---

A 1 | **Frau Kampfenkel**

A 2 |  
A 3 | etwas bewußter zu werden und für Kontinuität in der Arbeitsmarktpolitik  
A 4 | sorgen. Ich hoffe, wir werden im nächsten Jahr vielleicht einmal keinen  
A 5 | neuen Erlaß oder eine sonstige Richtlinie oder was auch immer auf den  
A 6 | Tisch bekommen, damit wir in Ruhe, auch mit Sicherheit für die Menschen,  
A 7 | Arbeitsmarktpolitik und AB-Maßnahmen angehen können.  
A 8 |

A 9 | **Frau Kampfenkel**

A10 |  
A11 | etwas bewußter zu werden und für Kontinuität in der Arbeitsmarktpolitik  
A12 | sorgen. Ich hoffe, wir werden im nächsten Jahr vielleicht einmal keinen  
A13 | neuen Erlaß oder eine sonstige Richtlinie oder was auch immer auf den  
A14 | Tisch bekommen, damit wir in Ruhe, auch mit Sicherheit für die Menschen,  
A15 | Arbeitsmarktpolitik und AB-Maßnahmen angehen können.  
A16 |

A17 | Ich möchte noch einmal auf zwei Punkte eingehen, die in diesem Erlaß zu  
A18 | erheblicher Unruhe führen und die ganz stark beunruhigen müssen. Das ist  
A19 | nicht nur zum einen die Bezuschussung der Arbeitsentgelte und der  
A20 | Sachkosten. Da wird man natürlich keine neue Unruhe und Verunsicherung bei  
A21 | den Menschen herbeiführen, sondern das müssen wir - wie auch immer -  
A22 | irgendwie finanziell auffangen. Ich sehe ein riesenproblem in dem Verbot  
A23 | dieses Erlasses auf **Förderungswürdigkeit von Betriebsflächen- und**  
A24 | **Grundstückssanierung**. Wenn ich in dem Erlaß lese:  
A25 |

A26 | Das öffentliche Interesse an den durchzuführenden Arbeiten ist vielmehr  
A27 | unabhängig von der Verbesserung der Privatisierungs- oder Verkaufschancen  
A28 | zu beurteilen.  
A29 |

A30 | Dann frage ich mich: Was soll das? - Für das Land Berlin sind  
A31 | Wertsteigerungen und Erhöhung von Verkaufschancen eindeutig von  
A32 | öffentlichem Interesse. Deshalb waren die Beschäftigungs- und  
A33 | Qualifizierungsgesellschaften auch primär darauf angelegt, zunächst mit  
A34 | der Bodensanierung zu beginnen. Wenn man hier einen wirklichen Einschnitt  
B 1 | macht und ein Verbot, dann weiß ich nicht, wo wir zukünftig bei  
B 2 | betrieblichen ABS noch ansetzen sollen.  
B 3 |

B 4 | Wir denken auch, daß es wichtig ist, bei der **Erstausbildung** den Schritt zu  
B 5 | einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik zu tun. Nur Arbeitnehmer  
B 6 | mit hinreichenden Qualifikationen, mit einer guten Ausbildung können den  
B 7 | Anforderungen moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften  
B 8 | gerecht werden. Nur sie können sich berechnete Hoffnungen auf sichere und  
B 9 | zukunftssträchtige Arbeitsplätze machen. Deshalb gehen wir davon aus, erst  
B10 | Ausbildung, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt  
B11 | mit der Zielrichtung einer Integration in den ersten Arbeitsmarkt ist das  
B12 | richtig angelegte Konzept des Senats und dieses Hauses, um den Menschen  
B13 | eine Chance für die Zukunft zu geben.  
B14 |

B15 | [Beifall bei der SPD und der CDU]  
B16 |

B17 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Bevor ich Frau Freundl das Wort gebe,  
B18 | möchte noch einmal um ein bißchen Verständnis bitten. Wir versuchen ja,  
B19 | die Damen und Herren des Senats hierher zu zitieren. Andererseits muß ich  
B20 | auch sehr selbstkritisch feststellen, daß sehr viele Kolleginnen und  
B21 | Kollegen dieses Abgeordnetenhauses es auch nicht für nötig befinden, in  
B22 | dieser doch sehr wichtigen Debatte hier im Plenum zu sein. Wenn wir bei  
B23 | anderen kritisieren, sollten wir bei uns selber vielleicht erst einmal  
B24 | anfangen.  
B25 |

[Vereinzelter Beifall - Hapel (CDU): Gut!]

Darüber hinaus habe ich ein kleines Problem. Senator Krüger hatte vorher schon darum gebeten, wegen einer dringenden Veranstaltung für eine Stunde oder anderthalb Stunden den Raum verlassen zu dürfen. Ich habe ihn gebeten, den Moment zu bleiben. Andererseits muß es auch im Rahmen von Plenardebatten möglich sein, den einen oder anderen Termin einmal mit zu erledigen. Ich hatte dem eigentlich zugestimmt. Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, daß Sie dafür Verständnis haben, daß Herr Krüger jetzt, obgleich die meisten Damen und Herren immer noch nicht da sind, zu dieser Veranstaltung gehen darf. Aber dafür muß ich nach dem Beschluß, den wir eben gefällt haben, Ihr Einverständnis voraussetzen, und ich hoffe, keinen Widerspruch zu finden.

[Zurufe: Na gut! - Ja!]

- Es gibt keinen Widerspruch. Damit darf dann Herr Krüger zu dem wichtigen Termin gehen. - Jetzt hat für die Fraktion der PDS Frau Freundl das Wort!

**Frau Freundl** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren ! Ich denke, es ist an der Zeit, daß das Land Berlin darüber hinausgeht, nur über **Arbeitsmarktpolitik** zu sprechen und wenig kritisch die eigenen Versäumnisse zu beleuchten. Es ist einfach wichtig, etwas zu tun, mit und ohne heute abend anwesenden Senat.

Die Große Anfrage von SPD und CDU entpuppt sich als Gefälligkeitsanfrage. Quantitäten werden abgefragt, bzw. ein bereits vorhandener Verhandlungsstand wiedergegeben. Viele Fragen, die eine differenzierte Bewertung der Situation, ein Erkennen von Problemfeldern oder eine notwendige Korrektur hätten schlußfolgern lassen, bleiben unbeantwortet. Fragen z. B., warum immer noch nicht alle Service-Gesellschaften arbeitsfähig sind, wie man einer zu starken Orientierung von ABM im öffentlichen Dienst entgehen könnte, in welchen Maßnahmebereichen und Programmklassen existiert bzw. funktioniert das ökologische Sanierungsprogramm bereits? Und wie ist hier das Verhältnis von qualifizierten zu minder qualifizierten Tätigkeiten?

In der Beantwortung der Großen Anfrage ist einmal mehr deutlich geworden, daß der Kampf um den Erhalt des ohnehin schon begrenzten Handlungsspielraums des Senats permanente Verhinderungsklausel für weitere Aktivitäten ist. Im Sommer bemühte sich der Senat um die Aufhebung des Treuhand-Beschlusses zum Beteiligungsverbot von **Treuhandbetrieben** an Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften. Im Herbst konterkarierte die Bundesanstalt für Arbeit einen plan- und gestaltbaren ABM-Einsatz. Erstaunlich friedlich zeigt sich der Senat. Von der Treuhand übergegangen, falsch zitiert, von der Bundesanstalt für Arbeit um entscheidende Realisierungselemente des Bergmann-Programms "Arbeitsplätze für Berlin" gebracht. Vielleicht kann ein Allparteien- und Organisationenantrag etwas mehr Intensität in die Sache bringen. Dabei kann momentan keine Politikerin, kein Politiker erklären, warum im Westteil der Stadt 100 Prozent der Lohnkosten im Zusammenhang mit ABM erstattet werden und im Ostteil 90 % dafür vorgesehen sind, spezifische Zielgruppen ausgenommen. Keiner möchte die Verantwortung ertragen für diese ABM auf Eis, bei denen Lohn- und Sachkostenerstattung ungeklärt sind.

Das arbeitsmarktpolitische "**Rahmenprogramm Arbeitsplätze für Berlin**" verspricht viel. Es verspricht unter anderem, ABM nicht wie in der Vergangenheit überwiegend in der Trägerschaft der öffentlichen Hand, sondern verstärkt im Bereich der Wirtschaft einzusetzen. Die projektbezogenen ABM sind darauf gerichtet, schnellstmöglich den Übergang in den primären Arbeitsmarkt zu erreichen. Die Realität zeigt derzeit folgendes: Im öffentlichen Dienst sind binnen kürzester Frist 9.000 ABM-Stellen besetzt worden. Der Senat aber proklamiert die Kürzung des Personals in eben diesem Bereich um 10.000 Stellen. Das heißt, die Chancen auf Umwandlung von ABM in Dauerarbeitsplätze sind in der Grundtendenz niederschmetternd aussichtslos.

Für die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik erklärt das Bergmann-Programm ausdrücklich die Notwendigkeit, **Struktur-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zu verzahnen**. Da von seiten des Senats eine Verwirklichung dieses Anspruchs nicht erkennbar ist, könnte man vermuten,

D30 | daß diese vieles entscheidende Vorgehensweise eine Ebene tiefer von den  
D31 | ServiceGesellschaften in Angriff genommen und gelöst werden soll. Die  
D32 | sieben, z. T. regional, z. T. sektoral ausgerichteten oder noch nicht  
D33 | gegründeten Service-Gesellschaften sollen sinnvolle Strukturentscheidungen  
D34 | mit Wirkung für Berlin-Brandenburg fällen. Damit sind sie objektiv  
D35 | überfordert. Die IG Metall formuliert in einer Stellungnahme die  
D36 | Sachzwänge treffend. **Die Service-Gesellschaften** werden aus  
D37 | Akzeptanzgründen in der Trägerszene jede Beschäftigungsinitiative zum  
D38 | Tragen zu bringen versuchen.  
D39 |  
D40 | Das notwendige Setzen von Förderprioritäten nach wirtschafts-, struktur-  
D41 | und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten wird über diese Einrichtungen  
D42 | nicht erfolgen. In der Tat gehen höchst unterschiedliche, sich  
D43 | überschneidende, in bestimmten Feldern konzentrierende und sogar  
D44 | konkurrierende Anträge, die

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1111

A 1 | **Frau Freundl**

A 2 |  
A 3 | besonders förderbedürftig sind, ein. Von den Service-Gesellschaften wird  
A 4 | die Zahl der beantragten Stellen emsig addiert. Fest steht nur, daß der  
A 5 | Finanzbedarf gegenüber der öffentlichen Hand exorbitant ansteigen wird.  
A 6 | Nur wenn die Service-Gesellschaften und die ABS als unmittelbare  
A 7 | Umsetzungsinstrumente - das hieße aber, daß etwas umzusetzen wäre - zur  
A 8 | arbeitsmarktwirksamen Gestaltung des Wirtschafts- und Entwicklungs-  
A 9 | zusammenhangs genutzt werden - und nicht als Alibi und Ausweg aus der  
A10 | Konzeptionslosigkeit des Senats -, hätte Berlin eine Chance auf eine  
A11 | sinnvolle Arbeitsmarktpolitik. Genau dies wäre der Knackpunkt, um zu  
A12 | entscheiden, ob es möglich ist, den Ansprüchen des "Bergmann-Programms"  
A13 | gerecht zu werden, nämlich in einer großen Zahl ABM- in Dauerarbeitsplätze  
A14 | zu verwandeln und dabei gleichzeitig regionale Defizite zu vermindern bzw.  
A15 | vorhandene Potentide erhalten zu helfen. Nur so ließen sich Multiplikator-  
A16 | prozesse auslösen, die einen wirklich spürbaren Beitrag zur Bekämpfung der  
A17 | Arbeitslosigkeit zu leisten in der Lage wären.

A18 |  
A19 | [Beifall bei der PDS]  
A20 |

A21 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für das Bündnis 90, - nein,  
A22 | Entschuldigung, für die CDU-Fraktion hat jetzt der Kollege Helias das  
A23 | Wort!

A24 |  
A25 | [Heiterkeit bei der PDS und bei Bü 90/Grüne -  
A26 | Pewestorff (PDS): Eine echte Alternative!]  
A27 |

A28 | **Helias (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie  
A29 | sehen in mir eine echte Alternative, aber ich ziehe es doch vor, meiner  
A30 | Fraktion treu zu bleiben, in der ich mich sehr wohl fühle. Zumal nach dem  
A31 | Redebeitrag von Frau Freundl. Zunächst dachte ich, Sie hätte das Programm  
A32 | "Arbeit für Berlin" gar nicht gelesen, weil sie mit der Qualität und der  
A33 | Quantität ihre Schwierigkeiten hatte. Nachher hat sie doch ganz flüssig  
A34 | zitiert, denn es wurden durchaus erstrebenswerte und unterschreibenswerte  
B 1 | Ziele von Frau Freundl genannt.

B 2 |  
B 3 | Lernen ist nun einmal wie Rudern gegen den Strom, und wer aufhört, der  
B 4 | treibt zurück. Das wollten wir bei dem Programm "Arbeit für Berlin" von  
B 5 | Anfang an nicht. Gerade deshalb haben wir darauf abgezielt, daß Angebot  
B 6 | der gut qualifizierten Männer und Frauen im Ostteil der Stadt zu nutzen.  
B 7 | Wenn wir denen helfen wollen, die unverschuldet ihren Arbeitsplatz  
B 8 | verlieren, dann müssen und mußten wir uns mehr einfallen lassen als  
B 9 | AB-Programme herkömmlichen Musters fortzuschreiben. Meine Kollegin  
B10 | Kampfhenkel hat bereits anschaulich die unterschiedlichen qualitativen  
B11 | Akzente herausgearbeitet. Ich möchte nur hinzufügen Von Berlin werden  
B12 | gerade auch auf diesem Gebiet intelligente Denkmodelle und Zukunftsideen  
B13 | erwartet. Deshalb begrüßen wir es nach wie vor - das ist für uns von der  
B14 | CDU-Fraktion unverzichtbar -, arbeitsmarktpolitische Strategien und  
B15 | sinnvolle Strukturmaßnahmen miteinander zu verbinden. Das Programm "Arbeit  
B16 | für Berlin" weist hier durchaus in die richtige Richtung. Uns genügt es  
B17 | eben nicht, den Arbeitsmarkt nur zeitweilig zu entlasten und AB-Maßnahmen  
B18 | ohne begleitende Qualifizierungsangebote durchzuführen. Die Folge wäre  
B19 | nämlich, daß wir Probleme lediglich zeitlich verlagerten und in zwei  
B20 | Jahren vor derselben Situation wie jetzt stünden. Ich glaube, all  
B21 | diejenigen, die man jetzt für die schnelle Erfüllung des Programms lobt,  
B22 | die jedoch einfach nur schnell die Töpfe ausgeschöpft haben, ohne die  
B23 | begleitenden Maßnahmen zu wählen, werden möglicherweise ein böses Erwachen  
B24 | haben.  
B25 |

B26 Mich stimmt es durchaus hoffnungsfroh, wenn ich höre, daß bereits 15.000  
B27 AB-Stellen beantragt und weitere 15.000 in Vorbereitung sind. Damit ist  
B28 quantitativ das Klassenziel erreicht. Allerdings kommt es nicht darauf an,  
B29 was beantragt oder bewilligt ist, sondern darauf - da gehe ich mit meiner  
B30 Kollegin Blankenburg einher -, was besetzt wird, denn nur diese Stellen  
B31 zählen. Unser Ziel kann es deshalb auch weiterhin nur sein, im Rahmen von  
B32 Qualifizierungsoffensiven mit diesem Programm schneller voranzukommen und  
B33 folgende Eckpunkte zu erfüllen Neue Lebensperspektiven zu vermitteln,  
B34 sichere Arbeitsplätze zu schaffen - d.h. vom zweiten in den ersten  
C 1 Arbeitsmarkt zu überführen -, stillgelegte Betriebsteile sinnvoll zu  
C 2 nutzen und nicht  
C 3 dem Verfall preiszugeben. All dies beabsichtigen wir mit dem Programm  
C 4 "Arbeit für Berlin". Neue Lebensperspektiven vermitteln nun einmal  
C 5 begleitende Qualifizierungsprogramme, die sich nach den folgenden  
C 6 Kriterien ausrichten müssen Sie müssen bedarfsorientiert und zukunfts-  
C 7 orientiert sein. Bedarfsorientiert sind alle Maßnahmen, die jetzt im  
C 8 öffentlichen Interesse liegen, derzeit von der privaten Wirtschaft nicht  
C 9 zu leisten und deshalb zeitlich befristet sind. Zukunftsorientiert sind  
C10 für uns alle Maßnahmen, die neue Berufsfelder erschließen, die das  
C11 Zusammenwachsen zwischen Ost und West beschleunigen, und die dazu  
C12 beitragen, Wirtschaftsstrukturen und Infrastrukturen so schnell wie  
C13 möglich dem westlichen Standard anzupassen.

C14  
C15 Mit der Einrichtung der Service-Gesellschaften und der ABS, der  
C16 Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungs-  
C17 gesellschaften, verfolgen wir dieses Ziel, und wir werden dieses Ziel auch  
C18 erreichen. Gleichwohl verhehle ich nicht, daß die Umsetzung dieses  
C19 Programms in einigen Bereichen nur zögerlich oder gar nicht vorankommt.  
C20 Nach der Verabschiedung der Programme im Mai wurden von der Verwaltung für  
C21 Arbeit die Service-Gesellschaften bereits im Juni gegründet. Dort wo sie  
C22 gegründet wurden, arbeiten sie auch mit vorzeigbaren Leistungen. Die vier  
C23 regionalen Service-Gesellschaften - die den Arbeitsämtern zugeordnet sind  
C24 - und die Service-Gesellschaft, die für die Bereiche Jugend, Kultur,  
C25 Forschung, öffentlicher Dienst, Eigenbetriebe und Sport zuständig ist.  
C26 Sorgen bereiten mir aber die folgenden Bereiche Ich habe wenig Verständnis  
C27 dafür, daß in dem wichtigen Bereich Stadtentwicklung, Umweltschutz und  
C28 Ökologie die Gesellschaft gerade erst gegründet worden ist und - soweit  
C29 ich weiß - aus ein oder zwei Mitarbeitern besteht. Das kann es doch  
C30 wirklich nicht sein! Wenn es die eine Verwaltung schafft, innerhalb  
C31 weniger Wochen fünf Gesellschaften zu gründen, dann muß die andere  
C32 Verwaltung doch wenigstens in der Lage sein, eine auf die Beine zu  
C33 stellen. Noch schlimmer sieht es bei Gesundheit und Soziales aus, in  
C34 diesem Bereich ist überhaupt noch nichts gegründet, es sei denn, Frau  
D 1 Stahmer könnte mir heute erzählen - da sie die federführende Senatorin ist  
D 2 -, das ich mich irre. Dann würde ich mich freuen. Die Beantwortung einer  
D 3 Kleinen Anfrage zur Service-Gesellschaft GesSoz, am 19. September 1991 im  
D 4 "Landespressedienst" veröffentlicht, macht deutlich, daß das Sozialwesen  
D 5 im Vordergrund steht und nicht die Gesundheit. Gut, das kann man so oder  
D 6 so sehen. Der Maßnahmenbeschluß der Senatsverwaltung für Gesundheit aus  
D 7 dem Juni 1991 wird dort noch nicht einmal erwähnt. Das Wort "Gesundheit"  
D 8 bzw. "Gesundheitsstrukturförderung" taucht konsequent nicht auf, und die  
D 9 nötige Kompetenz des Serviceträgers im Gesundheits- bzw. im psychosozialen  
D10 Versorgungsbereich wird überhaupt nicht genannt. Kann auch nicht,

D11  
D12 [Frau Sen Stahmer: Mündliche Anfragen werden  
D13 auch immer nur an einen Senator gerichtet!]  
D14

D15 - Sie sind dort federführend -, denn die Gesellschaft gibt es noch nicht.  
D16 Frau Stahmer! Ich fordere Sie dringend auf, in Ihrer Verwaltung umgehend  
D17 dafür zu sorgen, daß diese Service-Gesellschaft gegründet wird. Das ist  
D18 eine arbeitsmarktpolitische Unterlassung erster Größenordnung und für mich  
D19 auch ein administrativer Offenbarungseid. Nicht zu handeln im Interesse  
D20 der arbeitssuchenden und arbeitslosen Menschen ist für mich  
D21 verantwortungslos, auch wenn Sie möglicherweise mit vielen anderen Dingen  
D22 belastet und überlastet sind. Eine gesunde Stadtpolitik können wir nur mit  
D23 gesunden und sicheren Arbeitsplätzen betreiben.  
D24

D25 Es gibt noch weitere Stolpersteine bei der Umsetzung. Ich will einmal ein  
D26 praktisches Beispiel bringen, und zwar die Erfahrung einer Service-  
D27 Gesellschaft im Umgang mit dem Arbeitsamt. Hier ist das Zustandekommen  
D28 einer Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft gefährdet. Die  
D29 Bauakademie hat 685 Stellen mit Hilfe der zuständigen Service-Gesellschaft

D30 | beantragt. Diese Stellen sollten am 25. September 1991 von dem zuständigen  
D31 | Verwaltungsrat des Arbeitsamtes verhandelt werden. Es war viel Fleiß- und  
D32 | Nacharbeit seitens der Bauakademie und der zuständigen Service-  
D33 | Gesellschaft nötig, um rechtzeitig eine fertige Tischvorlage mit über 685  
D34 | ABM-Stellen zur Sicherung der Beschäftigten der Bauakademie vorzulegen.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1112

A 1 | **Helias**

A 2 |  
A 3 | In einer wirklich mustergültigen Kooperation der Beteiligten entstand ein  
A 4 | Sanierungskonzept, das mit 13 Teilprojekten der drohenden Arbeitslosigkeit  
A 5 | für die fast 700 Beschäftigten mit zukunftsweisen Ideen und Konzepten  
A 6 | entgegentrat. Dieses Gesamtpaket sollte vom Verwaltungsrat des  
A 7 | Arbeitsamtes am 25. September verhandelt werden. Genau das ist nicht  
A 8 | geschehen. Der Gesellschaft wurde mitgeteilt, daß lediglich in Aussicht  
A 9 | genommen wurde, es am 25. Oktober zu verhandeln. Damit sind die Existenz  
A10 | und das Fortbestehen der Bauakademie bedroht, da die Mitarbeiter noch  
A11 | einen weiteren Monat in Unsicherheit bleiben müssen. Das können wir uns  
A12 | nicht erlauben. Der Verwaltungsrat muß dazu angehalten werden, entweder  
A13 | länger oder öfter zu tagen. Wenn sie sich nur dazu bequemen, alle vier  
A14 | Woche einmal zusammenzukommen - das kann es doch wohl nicht sein. Dann muß  
A15 | ich sagen Schickt die Mitglieder in die Wüste und tauscht den  
A16 | Verwaltungsrat aus! Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen und die wir für  
A17 | sinnvoll halten, darf nicht in der Etappe hängenbleiben!

A18 |  
A19 | **Helias**

A20 |  
A21 | In einer wirklich mustergültigen Kooperation der Beteiligten entstand ein  
A22 | Sanierungskonzept, das mit 13 Teilprojekten der drohenden Arbeitslosigkeit  
A23 | für die fast 700 Beschäftigten mit zukunftsweisen Ideen und Konzepten  
A24 | entgegentrat. Dieses Gesamtpaket sollte vom Verwaltungsrat des  
A25 | Arbeitsamtes am 25. September verhandelt werden. Genau das ist nicht  
A26 | geschehen. Der Gesellschaft wurde mitgeteilt, daß lediglich in Aussicht  
A27 | genommen wurde, es am 25. Oktober zu verhandeln. Damit sind die Existenz  
A28 | und das Fortbestehen der Bauakademie bedroht, da die Mitarbeiter noch  
A29 | einen weiteren Monat in Unsicherheit bleiben müssen. Das können wir uns  
A30 | nicht erlauben. Der Verwaltungsrat muß dazu angehalten werden, entweder  
A31 | länger oder öfter zu tagen. Wenn sie sich nur dazu bequemen, alle vier  
A32 | Woche einmal zusammenzukommen - das kann es doch wohl nicht sein. Dann muß  
A33 | ich sagen: Schickt die Mitglieder in die Wüste und tauscht den  
A34 | Verwaltungsrat aus! Arbeitsmarktpolitik, die wir wollen und die wir für  
B 1 | sinnvoll halten, darf nicht in der Etappe hängenbleiben!

B 2 |

B 3 | Auch die Behörden und Arbeitsämter müssen lernen, schnell und  
B 4 | unbürokratisch sinnvolle Maßnahmen und Begleitprogramme zu verabschieden.  
B 5 | Die Menschen in dieser Stadt haben das verdient. Ich stimme mit Frau Dr.  
B 6 | Bergmann überein: Unser Ziel ist und bleibt es, die Arbeit und nicht die  
B 7 | Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Es stimmt mich hoffnungsfroh, daß heute  
B 8 | eine große Berliner Tageszeitung schreibt: Die Berliner Wirtschaft boomt  
B 9 | Wachstum im Westteil um fast 9 Prozent! Noch froher wäre ich, wenn ich  
B10 | sagen könnte: Die Wirtschaft im Ostteil boomt, und alle Menschen haben  
B11 | Arbeit und gesicherte Arbeitsplätze in guten Betriebsstrukturen.

B12 |

B13 | [Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP]

B14 |

B15 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Jetzt hat in der Aussprache die Fraktion  
B16 | Bündnis 90/Grüne das Wort. - Frau Engler, bitte!

B17 |

B18 | **Frau Engler** (Bü 90/Grüne): Den letzten beißen die Hunde, meine Damen und  
B19 | Herren. Wenn zu dem Problem so vieles schon gesagt wurde, muß man immer  
B20 | zusammentragen, was noch übriggeblieben ist.

B21 |

B22 | Wir sind uns alle klar darüber, daß dieses ABM-Programm die Probleme  
B23 | dieser Stadt nicht lösen kann. Es wird ein Notprogramm sein und bleiben.  
B24 | Wenn man von **200.000 bis 300.000 Arbeitslosen** in der nächsten Zeit im Land  
B25 | Berlin und im Umland ausgeht, dann sind die 30.000 Stellen ein Tropfen auf

B26 den heißen Stein. Wir brauchen uns nichts vorzumachen. Wir brauchen nicht  
B27 so zu diskutieren, als ob wir damit die Probleme lösten. Das ist wirklich  
B28 nicht so.  
B29

B30 Dennoch kann dieses Programm einiges leisten. Es wird denen Unterstützung  
B31 geben können, die in wenigen Jahren in den Ruhestand gehen. Es kann  
B32 berufliche Umsteiger mit Qualifizierung in andere Bereiche bringen. Eine  
B33 ganz wichtige Aufgabe, die es unbedingt zu leisten hätte, wäre die  
B34 Umstrukturierung **der Infrastruktur im Ostteil der Stadt** Dabei muß man aber  
C 1 langfristig im Auge haben, wohin es gehen soll. Man muß also Konzepte  
C 2 entwickeln. Dieses Problem ist unter Zeitdruck, bis Ende des Jahres, sehr  
C 3 schwer zu bewältigen. Denn wenn man ordentlich und gründlich arbeiten  
C 4 will, muß man strategisch denken. Andererseits sitzt uns die Zeit im  
C 5 Nacken. Alles, was wir bis zu diesem Zeitpunkt von den 30.000 ABM-Stellen  
C 6 nicht erreichen, geht uns als ABM-Mittel für 1991 finanziell verloren und  
C 7 kann nicht ins Jahr 1992 hinübergenommen werden.  
C 8

C 9 Ich kann wie mein Vorredner nicht akzeptieren - meine Kleine Anfrage zu  
C10 den **Service-Gesellschaften** zielte darauf -, daß die Service-Gesellschaft  
C11 Gesundheit und Soziales immer noch nicht eingerichtet ist, mit der  
C12 Begründung: Wir wollen langfristig arbeiten. Letztlich sollen diese  
C13 Service-Gesellschaften die weiteren Projekte beraten und etwas in Gang  
C14 bringen. Das schaffen sie aber mit diesem Tempo nicht. Hier müssen wir  
C15 einen Zahn zulegen. Wir können unsere Programme nicht - wie es auch im  
C16 Jugendausschuß verlautete - so anlegen, daß sich die Einrichtung der  
C17 geplanten Stellen über mehrere Jahre erstreckt.  
C18

C19  
C20 Gestern wurde erklärt, die 30.000 Stellen könnte man vielleicht auf drei  
C21 Jahre verteilen. So war und ist es nicht gedacht. So wollen wir es auch  
C22 nicht haben. Die 30.000 Stellen wollen wir bis zum Jahresende. Und wir  
C23 wollen in den nächsten Jahren weitere Stellen.  
C24

C25 Bei der Umstrukturierung der Gesellschaft, insbesondere bei der sozialen  
C26 Infrastruktur, die im Osten aufzubauen ist, haben wir eine ganze Reihe von  
C27 Möglichkeiten für ABM und nicht nur in der privaten Wirtschaft, sondern  
C28 auch gerade im öffentlichen Bereich. Man sollte dort Stellen einrichten,  
C29 wo langfristig etwas neu installiert werden soll, etwas, was es bisher  
C30 nicht gibt nachdem die sozialistischen Strukturen ab- und umgebaut werden.  
C31 Ich gebe Ihnen völlig recht, Frau Senatorin: Da müssen Strategien und  
C32 Konzepte entwickelt werden. Das ist richtig, das dauert.  
C33

C34 Mein größtes Problem ist, daß alle Fragen nur ressortmäßig betrachtet  
D 1 werden. Am 27. August 1991 stand die Sparpolitik des Senats in der  
D 2 Zeitung. Wir haben alle geklatscht und fanden es toll, daß wir soviel Geld  
D 3 einsparen. Dann wurde aber gesagt: 10.000 Stellen einsparen - 1.500  
D 4 Erzieher, 800 Lehrer usw. Wenn der Senat nun einmal als größter  
D 5 öffentlicher Arbeitgeber fungiert, dann kann er nicht auf der einen Seite  
D 6 im ABM-Programm Stellen neu schaffen und auf der anderen Seite welche  
D 7 streichen. Damit konterkarieren sich die einzelnen Programme. Es ist hier  
D 8 wichtig, daß die Senatsverwaltungen zusammenarbeiten. So, wie derzeit zu  
D 9 beobachten geht es einfach nicht. Ich finde dieses Ressortdenken  
D10 kurzschlüssig und unverantwortlich.  
D11

D12 Ich finde auch andere Positionen des Senats nicht akzeptabel. Wir haben  
D13 zum Beispiel im Ausschuß für Jugend und Familie gefragt: Herr Senator, Sie  
D14 haben gesagt, Sie schaffen die meisten ABM-Stellen, und Ihre Verwaltung  
D15 ist stolz darauf. Aber in Ihrem Bereich werden doch die meisten Stellen  
D16 gestrichen. Müssen wir damit rechnen, daß die gestrichenen Stellen dann  
D17 zukünftig in ABM-Stellen umgewandelt werden? Das wäre kein Auf-, sondern  
D18 ein Abschwung. - So kann es nicht gemacht werden. Wir müssen alle  
D19 gemeinsam sehr aufpassen, daß so etwas nicht passiert.  
D20

D21 Häufig wird ein fauler Zaubertrick angewandt: Im Senat wird verhandelt,  
D22 daß hier keine Stellen gestrichen würden und daß der Senat ABM-Stellen  
D23 schaffe. Und es sei Bezirkssache, wenn in den Bezirken Stellen gestrichen  
D24 werden. Wenn man sich aber andererseits ansieht, welche **Möglichkeiten die**  
D25 **Bezirksämter** haben, um sich finanziell, und abhängig von der  
D26 Stellenausstattung durch den Senat wirklich zu bewegen und selbständig zu  
D27 entscheiden, dann stellen wir fest: Hier ist es wieder der Senat, der  
D28 dirigistisch hineinregiert und von vornherein festlegt, wie sich ein  
D29 Bezirk zu bewegen habe. Der Spielraum ist verdammt klein. Diese

D30 | Zusammenhänge aufzuzeigen, ist mir im Zusammenhang der Beschaffung von  
D31 | Arbeitsplätzen sehr wichtig. Man kann sie nicht lösen, wenn die Senatorin  
D32 | Bergmann nur hier sitzt und sich die Sache anhört, die anderen nicht  
D33 | mitziehen und jeder sein Ding für sich macht. Das ist das Problem, das ich  
D34 | meine.  
D35 |

D36 | Zu den Auswirkungen des Beschlusses der Bundesanstalt für Arbeit aus  
D37 | Nürnberg: Den meisten, die hier sitzen, ist es kaum klar, was durch die  
D38 | **Kürzung der ABM-Mittel** passiert. Nur die Abgeordneten im Ausschuß für  
D39 | Soziales und Arbeit fühlen sich betroffen, die anderen interessiert das  
D40 | zumeist nicht. Wenn wir aber die Sozialstruktur umbauen wollen, müssen wir  
D41 | wissen: Alle kleinen Projekte arbeiten wie Münchhausen und ziehen sich an  
D42 | ihren eigenen Haaren aus dem Sumpf. Sie haben keine eigenen Mittel zur  
D43 | Verfügung. Wie sollen sie als Arbeitgeber fungieren und 10 % der  
D44 | Lohnkosten anbieten? Das ist überhaupt nicht machbar. Wenn dieser Beschluß  
D45 | beibehalten würde, würden alle diese Projekte jämmerlich eingehen.  
D46 |

D47 | Die zweite Frage: Was ist mit den **BQGs**, die an Betriebe angebunden sind?  
D48 | Jeder Betrieb, der eine Überlebenschance besitzt und einen Teil seiner  
D49 | ehemals Beschäftigten in eine solche BQG gibt, ist nicht daran  
D50 | interessiert, dafür auch noch große Gelder auszugeben, um diese  
D51 | Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft zu finanzieren. Das kann  
D52 | er auch überhaupt nicht. Es ist zu erwarten, daß alle diese Einrichtungen  
D53 | kaputtgehen, bzw. gar nicht erst neue entstehen. Das darf nicht passieren.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1113

A 1 | **Frau Engler**

A 2 |  
A 3 | Das bedeutet weiterhin, daß der Senat als öffentlicher Arbeitgeber - nach  
A 4 | den mir zur Verfügung stehenden Zahlen - mindestens 80 Millionen DM für  
A 5 | die geplanten 30.000 Stellen bereitzustellen hat, wenn die Gelder aus  
A 6 | Nürnberg ausfallen.  
A 7 |  
A 8 |

A 9 | So viel zu den jetzt schon erkennbaren Folgen der Sparbeschlüsse der  
A10 | Bundesanstalt für Arbeit.  
A11 |

A12 | Deshalb unterstützt meine Fraktion nachdrücklich die hier von allen  
A13 | Parteien vertretene Forderung an den Senat, alle Möglichkeiten zu nutzen,  
A14 | um eine Rücknahme dieses Beschlusses zu erwirken.  
A15 |

A16 | Aber mindestens ebenso nachdrücklich fordern wir den Senat auf, keine  
A17 | unlauteren Geschäftspraktiken zu zulassen, wonach öffentliche Stellen im  
A18 | ABM-Stellen umgewandelt werden und unter dem Strich weniger Arbeitsstellen  
A19 | zur Verfügung stehen als vorher und zu dem schlechter ausgestattet.  
A20 |

A21 | Das sind einfach Dinge, die über den gesamten Senatsbereich und nicht nur  
A22 | nach Ressorts behandelt werden können. Das ist eine Sache, die ich für  
A23 | ganz wichtig halte und die ich hier noch anzufügen hatte. - Danke!  
A24 |

A25 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
A26 |

A27 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Der nächste Redner in der Debatte ist für  
A28 | die Fraktion der FDP Herr Dr. Gadow!  
A29 |

A30 | **Dr. Gadow (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Realisierung  
A31 | des ABM-Programms heißt doch zu fragen Was soll dieses Programm bewirken?  
A32 | - Ich denke, es soll sicher nicht nur die Besetzung von 30.000 ABM-Stellen  
A33 | sein, die uns von Nürnberg bewilligt wurden. In dem Umstrukturierungs-  
A34 | prozeß einer zentralistischen Planwirtschaft zu einer sozialen  
B 1 | Marktwirtschaft müssen notwendigerweise viele Arbeitnehmer einen neuen  
B 2 | Arbeitsplatz mit einer neuen beruflichen Qualifizierung, wenn nicht gar in  
B 3 | einem neuen Beruf suchen.  
B 4 |

B 5 | Die Verordnung eines Arbeitsplatzes wird es nicht mehr geben - Gott sei  
B 6 | Dank. Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird aber ausschließlich durch das  
B 7 | Wirtschaftswachstum gewährleistet. Aktive Arbeitsmarktpolitik muß vor  
B 8 | allen Dingen die berufliche Qualifizierung im jetzigen Umwandlungsprozeß  
B 9 | gewährleisten, denn nur beruflich qualifizierte Arbeitnehmer werden diesen  
B10 | Prozeß beschleunigen und das wirtschaftliche Wachstum sichern. Die Zahlen  
B11 | belegen dies Schon heute gibt es - ich habe die Teilbereiche des  
B12 | Handwerks, des Bau- und Baunebengewerbes im Auge - Engpässe bei  
B13 | qualifizierten Handwerkern, es gibt Stellen, die nicht mehr besetzt  
B14 | werden. Auf der anderen Seite haben wir eine große Anzahl von  
B15 | Arbeitnehmern aus der Industrie, die mit ihren bisherigen Qualifizierungen  
B16 | relativ schnell umgeschult werden können bzw. nur eine ergänzende  
B17 | Qualifizierung benötigen. Doch die meisten AB-Maßnahmen, insbesondere die  
B18 | kollektiven in Form von Beschäftigungs- und Sanierungsgesellschaften,  
B19 | dienen nur wenig der Umschulung. Diese Gesellschaften gaukeln den  
B20 | Beschäftigten einen echten Arbeitsplatz vor.  
B21 |

B22 | Wir Liberale verkennen nicht, daß hier eine soziale und psychologische  
B23 | Funktion wahrgenommen werden muß. Aber für die betroffenen Arbeitnehmer in  
B24 | den Gesellschaften werden die Chancen auf dem Arbeitsmarkt eher  
B25 | verschlechtert als verbessert. Die notwendige Umschulung und auch die



D30 | Damit ist die Große Anfrage erledigt.  
D31 |  
D32 | [Kern (SPD): Es gibt einen gemeinsamen Antrag!]  
D33 |  
D34 | - Ich finde es sehr gut, daß die Kollegen aufpassen!  
D35 |  
D36 | [Kern (SPD): Dafür werden wir bezahlt,  
D37 | Frau Präsidentin!]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1114

A 1 | **Helias**

A 2 |

A 3 | Es gibt tatsächlich noch einen Antrag aller Fraktionen und der Gruppe über  
A 4 | die Rücknahme des Erlasses des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit  
A 5 | über Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung vom 26. August 1991. Es  
A 6 | kommt wirklich selten vor, daß alle Fraktionen gemeinsam einen Antrag  
A 7 | einbringen. Ich gehe davon aus, daß eine Sofortabstimmung erfolgen soll.

A 8 |

A 9 |

A10 |

[Kern (SPD): Wir bitten darum!]

A11 |

A12 |

A13 |

A14 |

A15 |

Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das sehe ich nicht. Wer dem dringlichen  
Antrag aller Fraktionen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um  
das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Das ist natürlich einstimmig so  
beschlossen, es wurde ja auch einstimmig eingebracht.

A16 |

A17 |

Die lfd. Nrn. 10 und 11 sind durch die Konsensliste bereits erledigt.

A18 |

A19 |

[12]

A20 |

A21 |

Wir kommen dann zur

**lfd. Nr. 12, Drucksache 12/632**

A22 |

A23 |

A24 |

A25 |

A26 |

**Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vom  
9. September 1991 zum Antrag der Fraktion der FDP über Leitfaden  
Wirtschaftsförderung, Drucksache 12/390**

A27 |

A28 |

A29 |

A30 |

A31 |

Besteht hierzu Redebedarf? - Das ist nicht der Fall. Der Ausschuß  
empfiehlt die Annahme dieses Antrags. Wer dem zustimmen möchte, den bitte  
ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so  
beschlossen.

A32 |

A33 |

[13]

A34 |

B 1 |

B 2 |

Wir kommen jetzt zur

**lfd. Nr. 13, Drucksache 12/633**

B 3 |

B 4 |

B 5 |

B 6 |

**Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie vom  
9. September 1991 zum Antrag der Fraktion der PDS über Änderung der  
Politik des Treuhand-Vorstandes, Drucksache 12/476**

B 7 |

B 8 |

B 9 |

B10 |

B11 |

Der Ältestenrat empfiehlt für die Beratung eine Redezeit von bis zu fünf  
Minuten pro Fraktion und Gruppe. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das  
ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Abgeordneter Pewestorff  
von der PDS-Fraktion hat das Wort. Bitte!

B12 |

B13 |

B14 |

B15 |

B16 |

B17 |

B18 |

B19 |

**Pewestorff (PDS):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und  
Kollegen! Ich werde die fünf Minuten wahrscheinlich nicht ausschöpfen. Die  
Beantwortung der Großen Anfrage hat in ihrer Quintessenz bewiesen, wie  
notwendig es ist, über die vorhandenen Denkstrukturen hinaus zu denken.  
Der soeben hier einmütig beschlossene Antrag Drucksache 12/673 hat auch  
bewiesen, daß sich die Einsicht in die Dringlichkeit eines entschlossenen  
Vorgehens zunehmend in allen Fraktionen breitmacht.

B20 |

B21 |

B22 |

B23 |

B24 |

Soweit es den Antrag zur Änderung der Politik des Treuhand-Vorstandes  
betrifft, möchte ich daran erinnern, daß der Ausgangspunkt dieses Antrags  
die Sitzung des Ausschusses für Arbeit - auf Antrag der PDS - vor Ort im  
Industriegebiet Oberschöneweide war. Dieser Antrag wurde von der PDS  
veranlaßt und mit Gedanken aus den anderen Parteien und der Fachleute

B25 ergänzt; die Ausschüsse empfehlen die Annahme.

B26  
B27 Mit diesem Antrag hat ein Gedanke Bestätigung gefunden, den mir ein  
B28 bekannter Philosoph aus Trier nahegebracht hat - daß das Sein das  
B29 Bewußtsein bestimmt. Wir gehen hier - zwar noch zögerlich - einen Schritt  
B30 in die richtige Richtung. Es ist nur ein kleiner Schritt, aber er ist es  
B31 wert, gemacht zu werden. Ich bezweifle, daß diejenigen, die heute schon  
B32 meinen, das Licht am  
B33 Ende des Tunnels zu sehen, recht haben; wenn Sie trotzdem der Meinung  
B34 sind, dieses Licht zu sehen, dann bitte ich Sie herzlich Gehen Sie von den  
C 1 Schienen, es ist der Gegenzug! - Danke!

C 2  
C 3 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Ich wollte gerade sagen, daß weitere  
C 4 Wortmeldungen nicht vorliegen, aber nun steht Herr Palm auf.

C 5  
C 6 [Palm (CDU): Das hat andere Gründe!]

C 7  
C 8 Dann liegen also keine weiteren Wortmeldungen vor.

C 9  
C10 [Zuruf Doch, Herr Dr. Fischbeck!]

C11  
C12 - Ich habe heute schon zu Beginn gesagt, daß eine eigenartige Form von  
C13 Hektik im Hause herrscht, und es kommt relativ wenig gegenseitig an. Ich  
C14 erteile dann Herrn Dr. Fischbeck das Wort! Bitte!

C15  
C16 **Dr. Fischbeck** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In  
C17 der Tat ist eine Änderung der Politik der Treuhand längst nötig und  
C18 überfällig. Im Winter 1990 stand der Übergang von der Staatswirtschaft zur  
C19 Marktwirtschaft bevor. Die staatliche Verfügung über das angebliche  
C20 Volkseigentum ging mit dem Zerfall des Kommandosystems und des Staats- und  
C21 Parteiapparats mehr und mehr verloren. Vielerorts waren die SED-Chefs  
C22 dabei, sich das Volkseigentum als selbsternannte Gesellschafter und  
C23 Aufsichtsräte unter den Nagel zu reißen.

C24  
C25 Wem soll das Volkseigentum gehören? - Die Bürgerbewegungen brachten im  
C26 Februar 1990 am Runden Tisch den Vorschlag ein, das Volkseigentum durch  
C27 eine Treuhandanstalt der östlichen künftigen Bundesländer in die  
C28 Marktwirtschaft zu überführen und allen Bürgern der ehemaligen DDR einen  
C29 beträchtlichen Anteil des Volkseigentums zu gleichen Teilen zu verbriefen.  
C30 Nach einer marktwirtschaftlichen Bewertung sollte jeder Bürger über seinen  
C31 Anteil verfügen können - über Wohnungseigentum, Gewerbeflächen, Aktien an  
C32 neuen Betrieben und ähnliches. Dies zeigt klar unsere Auffassung von der  
C33 Verpflichtung der Treuhand Sie hat das Eigentum der Bürger der ehemaligen  
C34 DDR treuhänderisch zu verwalten. Die SPD machte sich damals unseren  
D 1 Vorschlag zu eigen.

D 2  
D 3 Die Regierung Modrow jedoch erkannte in ihrer Treuhand-Verordnung vom  
D 4 1. März 1990 den Eigentumsanspruch des Volkes nicht an. Im Gegenteil - sie  
D 5 genehmigte noch schnell Verkäufe aus dem Volkseigentum. Häuser und  
D 6 Grundstücke gingen zu Schleuderpreisen an ehemals führende Genossen.  
D 7 Dubiose Firmengründungen und Schiebereien mit volkseigenen Vermögenswerten  
D 8 fanden statt.

D 9  
D10 Die De-Maizière-Regierung ließ dann am 17. Juni 1990 ein neues - im  
D11 wesentlichen noch heute gültiges - Treuhand-Gesetz beschließen. Es enthält  
D12 die noch im ersten Staatsvertrag vom 1. Juni 1990 erwähnte Möglichkeit  
D13 nicht mehr, daß ein Rest des Volksvermögens auf Bürger der DDR - deren  
D14 Ersparnisse durch die Währungsunion halbiert wurden - übertragen wird. Von  
D15 einer Treueverpflichtung der Treuhand gegenüber der Bevölkerung in der  
D16 ehemaligen DDR ist darin weder explizit noch implizit die Rede. Zusammen  
D17 mit dem Einigungsvertrag macht dieses Gesetz aus dem SED-Staatseigentum  
D18 Bundeseigentum unter der Aufsicht des Finanzministers.

D19  
D20 Das größte Unternehmen der Welt, das 57 % der Fläche der ehemaligen DDR  
D21 verwaltet, agiert nach einem völlig unklaren Privatisierungsauftrag des  
D22 Treuhandgesetzes ohne jede parlamentarische Kontrolle. Die Frage ist  
D23 Privatisieren vor Sanieren? - Das bedeutet Verkaufen zum Schrottwert bei  
D24 Entlassung eines Großteils der Belegschaft. Oder Sanieren vor  
D25 Privatisieren? - Das bedeutet Investition und Umstellung auf marktfähige  
D26 Produktion mit öffentlichen und Treuhand-Mitteln zum Erhalt der Arbeits-  
D27 plätze, um dann zu verkaufen. Das Treuhand-Gesetz gibt zu dieser Frage  
D28 keine Entscheidungskriterien an die Hand. Die Folge ist, daß sich nach

D29 | einigen Schwankungen die Devise "Privatisieren um jeden Preis"  
D30 | durchgesetzt hat mit den Folgen, die jeder kennt. Zu diesen Folgen gehört  
D31 | auch Hoyerswerda in dem Sinne, wie es uns Sebastian Pflugbeil erklärt hat.  
D32 | So wurde die Treuhandanstalt, selbst Rückzugsgebiet alter Kader aus dem

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1115

A 1 | **Dr. Fischbeck**

A 2 |

A 3 | Wirtschaftsapparat der SED, zum Selbstbedienungsladen für die westdeutsche  
A 4 | Wirtschaft. Alte Genossen aber sitzen an der Kasse und kassieren  
A 5 | Schleuderpreise.

A 6 |

A 7 | Eine Änderung der Politik der Treuhandanstalt ist dringend erforderlich.  
A 8 | Deshalb unterstützt meine Fraktion die vorliegende Beschlußempfehlung  
A 9 | nachhaltig. Insbesondere bin ich froh über den letzten Spiegelstrich, in  
A10 | dem eine Bundesratsinitiative angeregt wird, die den gesetzlichen Auftrag  
A11 | der Treuhandanstalt ändern und stärker auf die arbeitsmarktpolitische  
A12 | Verantwortung orientieren soll.

A13 |

A14 | Genau dies tut der Entwurf eines neuen Treuhandgesetzes, den die  
A15 | Bundestagsgruppe des Bündnisses 90 vorgelegt hat. Ich bitte den Senat  
A16 | daher dringend, diesen Gesetzentwurf bei seiner Bundesratsinitiative mit  
A17 | heranzuziehen. Noch besser wäre es, ihn überhaupt zu unterstützen. Dieser  
A18 | Gesetzentwurf stellt die Treueverpflichtung der Treuhandanstalt gegenüber  
A19 | den Menschen, um deren Eigentum es geht, im Rahmen des heute überhaupt  
A20 | noch möglichen wieder her. - Vielen Dank!

A21 |

A22 | [Beifall bei Bü 90/Grüne, bei der SPD und der PDS]

A23 |

A24 | Ich wollte mir erlauben, dem Herr Wirtschaftssenator zu seiner  
A25 | freundlichen Kenntnisnahme diesen Gesetzentwurf überreichen, aber er ist  
A26 | leider nicht da. Ich werde das nachholen.

A27 |

A28 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
A29 | Wer dem Antrag Drucksache 12/476 im Wortlaut der Beschlußempfehlung  
A30 | Drucksache 12/633 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das  
A31 | Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen  
A32 | Gegenstimmen so angenommen.

A33 |

A34 | [Frau Künast (Bü 90/Grüne):

B 1 | Benennen Sie doch unsere Enthaltung! Danke!]

B 2 |

B 3 | [13A]

B 4 |

B 5 | Wir kommen zu

B 6 | **lfd. Nr. 13 A, Drucksache 12/654**

B 7 |

B 8 | **Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses vom 19. September 1991 zum Antrag**  
B 9 | **der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Einsetzung einer**  
B10 | **Enquete-Kommission Verfassungs- und Parlamentsreform, Drucksache 12/331**

B11 |

B12 | Hierzu gibt es zwei Änderungsanträge, den Änderungsantrag der Fraktion der  
B13 | PDS, Drucksache 12/654-1:

B14 |

B15 | Die dringliche Beschlußempfehlung (Drs. 12/654) wird wie folgt geändert  
B16 | und ergänzt:

B17 |

B18 | II. 2. ...

B19 | d) Wie kann die Stellung der Bezirksverordnetenversammlungen gestärkt,  
B20 | d.h. insbesondere, wie können ihre eigenständigen  
B21 | Entscheidungsbefugnisse erweitert werden?

B22 |

B23 | e) Wie können die Kompetenzen der Bezirksverwaltungsebene erweitert und  
B24 | überflüssige zentrale Einflußnahme abgebaut werden?

B25 |

B26 f) Können bezirksübergreifende, d.h. zwischenbezirkliche Einrichtungen zur  
B27 Lösung gemeinsam interessierender Fragen geschaffen werden?  
B28

B29 g) wie bisher Nr. d  
B30

B31 und den Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 12/654-2:  
B32

B33 Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:  
B34

C 1 Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU (Drs 12/331) wird  
C 2 wie folgt geändert:  
C 3

C 4 1. In Artikel I wird das bisherige Nr. 1, es wird folgende Nr. 2  
C 5 eingefügt:  
C 6

C 7 "Alle Empfehlungen der Enquete-Kommission sollten sich an folgenden  
C 8 Kriterien orientieren:

C 9 a) Generelle Um- bzw. Durchsetzbarkeit einer Empfehlung

C10 b) Unmittelbare Auswirkungen für den einzelnen Bürger

C11 c) Konsequenzen für Struktur, Verwaltungsablauf und Organisation der  
C12 bzw. in der Verwaltung

C13 d) Zuordnung der Verantwortung für die Umsetzung der Empfehlungen

C14 e) Einigung einer Empfehlung zur Entbürokratisierung, zur  
C15 Beschleunigung von Verwaltungsabläufen und transparenter Gestaltung  
C16 von Verwaltungsentscheidungen

C17 f) Auf Erkenntnisse anderer Untersuchungen und anderer  
C18 Enquetekommissionen(wie z.B. der sogenannten Stadtstaatenkommission)  
C19 ist zurückzugreifen."  
C20

C21 2. In Artikel II wird

C22 a) Nr. 1 b wie folgt ersetzt:

C23 "Neuformulierung der sozialen Grundrechte unter Berücksichtigung  
C24 deren Finanzierbarkeit"  
C25

C26 b) nach Nr. 1 b folgende lit. c eingefügt:

C27 "Festlegung einer jährlich zulässigen Nettoneuverschuldung und  
C28 Regelungen der zulässigen Gesamtverschuldung des Landes"  
C29

C30 c) Nr. 1 c wird lit. d, lit. d wird lit. e, lit. e wird lit. f.  
C31

C32 d) erhält Nr. 1 d folgende Fassung:

C33 "Analyse der Funktionsfähigkeit des Parlaments

C34 aa) Überprüfung der Größe des Parlaments

D 1 bb) Überprüfung von Wahlfunktionen des Parlaments (hinsichtlich  
D 2 Polizeipräsident, Generalstaatsanwalt, Präsidenten der obersten  
D 3 Landesgerichte)

D 4 cc) Überprüfung der Methoden der Kontrolle der Verwaltung und der  
D 5 Erkenntnisgewinnung des Parlaments

D 6 dd) Neudefinition der bestehenden Kompatibilitätsregelungen zwischen  
D 7 - den parlamentarischen Funktionsebenen

D 8 - parlamentarischer Mandatswahrnehmung und Tätigkeit in  
D 9 Unternehmen mit Landesbeteiligung

D10 ee) Rechtstellung der Opposition

D11 ff) Verhältnis von Parlament zu Exekutive

D12 gg) Verhältnis von Parlament zu Dritter Gewalt  
D13

D14 e) Nr. 1 um folgende lit. g ergänzt:

D15 "Berücksichtigung relevanter Entscheidungen des

D16 Bundesverfassungsgerichts für die landesverfassungsrechtlichen  
D17 Regelungen"  
D18

D19 f) Nr. 2 d wird gestrichen.  
D20

D21 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Die  
D22 Fraktion Bündnis 90/Grüne hat Beratung beantragt, und zwar bis zu 5  
D23 Minuten pro Fraktion und Gruppe. Gibt es hiergegen

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1116

A 1 | **Helias**

A 2 |  
A 3 | Einwendungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen? - Bitte  
A 4 | schön, Herr Kollege Gewalt!

A 5 |  
A 6 | **Gewalt** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Notwendigkeit  
A 7 | einer Verfassungs-Enquete-Kommission hat niemand bestritten und wird wohl  
A 8 | niemand bestreiten. Sie ist letztlich aus dem Verfassungsauftrag des  
A 9 | Artikels 88 Absatz 2 abzuleiten. Umstritten kann daher allenfalls der  
A10 | Auftrag der Verfassungs-Enquete-Kommission sein. Und all jene - Frau  
A11 | Künast, wird hatten das schon im Rechtsausschuß erörtert -, die meinen,  
A12 | über die Formulierung des Auftrags, um jedes Komma und jeden Buchstaben  
A13 | eine Diskussion entfachen zu müssen, seien auf Absatz 2 des CDU-SPD-  
A14 | Antrags verwiesen, in dem es heißt "Die Enquete-Kommission soll  
A15 | insbesondere" - darauf lege ich Wert - "folgende Verfassungsänderungen  
A16 | prüfen". Diese Formulierung impliziert, daß auch andere Themenkomplexe  
A17 | erörtert werden können. Es entspricht auch dem Selbstverständnis einer  
A18 | Enquete-Kommission, daß sie nicht über das unbedingt Erforderliche hinaus  
A19 | in ihrem Arbeitsauftrag eingeschränkt wird. Auch darüber waren wir uns im  
A20 | Rechtsausschuß im Grunde einig.

A21 |  
A22 | Sollten Sie aber dennoch Bedenken haben - das Mißtrauen der Opposition,  
A23 | besonders auf der linken Seite dieses Hauses, scheint geradezu von  
A24 | übertriebener Ängstlichkeit getrieben zu sein -, darf ich Sie zur  
A25 | Beruhigung wiederum auf die Verfassung verweisen. Artikel 88 Absatz 2 Satz  
A26 | 2 sagt:

A27 |  
A28 | Grundlage der Überarbeitung sind die Verfassungen vom 22. April 1948,  
A29 | vom 1. September 1950 und vom 11. Juli 1990.

A30 |  
A31 | Die Verfassung insgesamt steht also als Grundlage für die Beratung in der  
A32 | Enquete-Kommission zur Verfügung. Niemand, am wenigsten die CDU, wird die  
A33 | Kommission an der Erfüllung ihres Auftrages hindern. - Danke, meine Damen  
A34 | und Herren!

B 1 |  
B 2 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion der PDS hat jetzt Frau  
B 3 | Dr. Löttsch das Wort.

B 4 |  
B 5 | **Frau Dr. Löttsch** (PDS): Frau Präsidentin! Ich möchte die Rede von  
B 6 | Professor Kellner zu Protokoll geben.

B 7 |  
B 8 | **Dr. Kellner** (PDS):  
B 9 | Wir begrüßen die Einsetzung der Enquete-Kommission Verfassungs- und  
B10 | Parlamentsreform und auch die Erteilung einiger inhaltlicher  
B11 | Orientierungen.

B12 |  
B13 | Unser Anliegen ist:  
B14 | - die Verwaltung an die Bürger heranzuführen;  
B15 | - zu sichern, daß Entscheidungen ortsnäher und damit sachkundiger  
B16 | getroffen werden;  
B17 | - bessere Bedingungen für demokratische Mitwirkung zu schaffen;  
B18 | - d.h. aber auch Bürokratismus abzubauen, unfruchtbares Hin- und  
B19 | Hergeschiebe zwischen Bezirksverwaltungen und Senat zu vermeiden.

B20 |  
B21 | Wir sind der Meinung, diese und weitere entsprechende Fragestellungen  
B22 | sollten ernsthaft geprüft werden, wenn es um die Neugestaltung unserer  
B23 | Verfassung geht.

B24 |  
B25 | Wir haben dies in die Diskussion des Verfassungsausschusses bereits

B26 eingeführt, und die Besprechung ergab offenbar positive Resonanz.

B27  
B28 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion der SPD ist uns Herr  
B29 Lorenz gemeldet. - Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne - - Doch, Herr  
B30 Lorenz? Wollen Sie reden oder nicht?

B31  
B32 [Lorenz (SPD): Ich spreche danach!]

B33  
B34 - Gut! - Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne Frau Künast!

C 1  
C 2 **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr  
C 3 Lorenz nutzt die Zeit, in der ich vor ihm spreche, um zu überlegen, zu  
C 4 welchem Tagesordnungspunkt er überhaupt redet. Aber, Herr Kollege, ich  
C 5 mache es nur ganz kurz.

C 6  
C 7 Ich möchte nämlich nur erklären, warum meine Fraktion sich zum Grundantrag  
C 8 von CDU und SPD der Stimme enthalten wird. Dieser Antrag hat unter I. die  
C 9 richtige Formulierung aus der Berliner Verfassung, daß die jetzt gültige  
C10 Gesamtberliner Verfassung überarbeitet wird

C11  
C12 [Unruhe]

C13  
C14 und dabei die alte West-Berliner Verfassung - Könnten Sie das Mikrofon  
C15 noch lauter stellen? - und auch die Verfassung der  
C16 Stadtverordnetenversammlung vom 11. Juli 1990 berücksichtigt wird. Danach  
C17 kommt das donnernde Aber - wir haben das im Rechtsausschuß schon  
C18 kritisiert Es ist nicht so einfach, wie Herr Gewalt von der CDU es  
C19 dargestellt hat, daß es nur darum ginge, unter II. zu sagen, was  
C20 schwerpunktmäßig - -

C21  
C22 [Anhaltende Unruhe]

C23  
C24 - Herr Melzer!

C25  
C26 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Es ist nicht nur Herr Melzer, es ist  
C27 überhaupt eine starke Unruhe hier im Saal.

C28  
C29 [Beifall des Abg. Wieland (Bü 90/Grüne) -  
C30 Palm (CDU): Das hängt mit der Bedeutung  
C31 des Redebeitrages zusammen!]

C32  
C33 Ich glaube, die Kolleginnen und Kollegen sollten sich ein bißchen mehr  
C34 Selbstdisziplin auferlegen und der Kollegin Künast zuhören.

D 1  
D 2 **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Also, hinsichtlich des Absatzes II dieses  
D 3 Antrages ist es nicht so einfach, wie Herr Gewalt es sich gemacht hat. Er  
D 4 hat behauptet, dort stünde nur, womit sich die Enquete schwerpunktmäßig  
D 5 beschäftigen müßte. Das stimmt nicht. Gerade unter Juristen und  
D 6 Juristinnen halte ich das für eine etwas putzige Argumentation. Vielmehr  
D 7 stehen dort auch Formulierungen wie zum Beispiel "Wie kann die Stellung  
D 8 des Regierenden Bürgermeisters verbessert werden?" Wer so fragt, kann nur  
D 9 zu dem Ergebnis kommen, daß die Rechte des Parlaments gegenüber denen des  
D10 Bürgermeisters eingeschränkt werden müßten. Ich halte das für  
D11 verfassungswidrig. Sie können gern eine solche politische Auffassung  
D12 haben, aber so kann man einen Antrag nicht formulieren. Für uns gilt  
D13 deshalb I. - das, was in der Berliner Verfassung steht -, alles andere  
D14 wird dann die Arbeit der Enquete-Kommission zeigen müssen.

D15  
D16 Wir werden uns deshalb, um klarzustellen, daß wir zwar eine Überarbeitung  
D17 wollen, aber nicht mit dieser Einengung und Präjudizierung des Ergebnisses  
D18 bereits im Antrag, der Stimme enthalten. Sie wissen, daß wir sowieso etwas  
D19 anderes wollten, nämlich einen Verfassungsrat, in den nicht nur erlauchte  
D20 Personen gehen - Professoren und Abgeordnete -, sondern an dem die breite  
D21 Bevölkerung beteiligt wird. Das hatten Sie - die große Koalition mit Ihrer  
D22 Mehrheit bei der konstituierenden Sitzung am 11. Januar 1991 bekanntlich  
D23 abgelehnt.

D24  
D25 Wir werden den Änderungsanträgen der FDP und der PDS auch nicht zustimmen.  
D26 Den Änderungsantrag der FDP halte ich - -

D27  
D28 [Anhaltende Unruhe]

D29

D30 | - ich bin ja einiges gewöhnt.

D31 |

D32 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Frau Künast, Sie haben ja vollkommen  
D33 | recht. Aber mehr als ermahnen und mehr als bitten können wir von hier oben  
D34 | nicht.

D35 |

D36 | **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Diejenigen, die sich unterhalten wollen, können  
D37 | wenigstens den Saal verlassen. Dann ist es für mich ruhiger, angenehmer.

D38 |

D39 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Sie müßten auch zum Schluß kommen. Ihre  
D40 | Redezeit ist nämlich beendet. Aber ich bitte wirklich um etwas mehr  
D41 | Disziplin im Hause!

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1117

- A 1 |  
A 2 | **Frau Künast** (Bü 90/Grüne): Ich bin einiges gewöhnt, aber bei dem  
A 3 | Redebeitrag merke ich - - Sagen Sie mal, Herr Diepgen, was denken Sie  
A 4 | eigentlich, wie wichtig die Überarbeitung der Berliner Verfassung ist? -  
A 5 |  
A 6 | [Heiterkeit und Beifall  
A 7 | bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
A 8 |  
A 9 | Wenn wir die Überarbeitung der Verfassung in dieser Legislaturperiode  
A10 | abschließen, stimmen wir insofern überein, wenn auch der Inhalt ein  
A11 | anderer ist.  
A12 |  
A13 | Wir stimmen auch nicht dem Antrag der FDP zu. Sie müssen sich das einmal  
A14 | auf der Zunge zergehen lassen ein Änderungsvorschlag zum Antrag der großen  
A15 | Koalition. Da schreibt die FDP: "Neuformulierung der sozialen  
A16 | Grundrechte". Das ist eine tolle Idee, wobei eine Neuformulierung kein  
A17 | neuer Inhalt ist. Aber dann kommt es, dann lebt die Wirtschaft wieder auf;  
A18 | es steht da: " ... unter Berücksichtigung deren Finanzierbarkeit ... ".  
A19 | Dieser Formulierung kann doch niemand zustimmen; entweder man steht zu  
A20 | sozialen Grundrechten als neue Generation der Grundrechte oder man läßt  
A21 | es. Gleichzeitig aber die Wirtschaft wieder mit einem Wattebausch betupfen  
A22 | zu wollen und zu sagen, wir wollen erst sehen, ob es bezahlbar ist, daraus  
A23 | wird auch kein Schuh. Das findet nicht unsere Befürwortung.  
A24 |  
A25 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
A26 |  
A27 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Inzwischen sind wieder alle ermuntert,  
A28 | noch einmal reden zu wollen. Jetzt hat der Kollege Lorenz das Wort.  
A29 |  
A30 | **Lorenz** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Gram von der  
A31 | CDU hat mich gerade ermahnt, nicht so aggressiv mit Frau Künast umzugehen;  
A32 | ich will mich deshalb kurz fassen.  
A33 |  
A34 | [Palm (CDU): Ist doch keine Frage der Länge!]  
B 1 |  
B 2 | Ich glaube, daß Frau Künast diesen Antrag etwas überinterpretiert. Wir  
B 3 | wollen der Enquete-Kommission keine Vorschriften machen. Deshalb haben wir  
B 4 | unsere Anregungen auch in die Frageform gekleidet. Ich glaube, daß unser  
B 5 | Zutrauen in diese Kommission doch größer ist als das vom Bündnis 90/Grüne.  
B 6 | Wir sind der festen Überzeugung, daß es sich auch gar nichts sagen lassen  
B 7 | wird. Und da Sie, meine Damen und Herren, sich im Augenblick auch nichts  
B 8 | sagen lassen wollen, denn es hört mir ja niemand zu, bitte ich Sie  
B 9 | lediglich darum, diesem Antrag der Fraktionen von SPD und von CDU  
B10 | zuzustimmen.  
B11 |  
B12 | [Beifall bei der SPD und der CDU]  
B13 |  
B14 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Jetzt hat der Kollege Cornelius von der  
B15 | FDP-Fraktion das Wort.  
B16 |  
B17 | **Cornelius** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten!  
B18 | Die Fraktion der Freien Demokraten stimmt grundsätzlich dem Antrag zur  
B19 | Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Verfassungs- und Parlamentsreform  
B20 | zu. Die Fraktion der FDP ist auch der Auffassung, daß die Enquete-  
B21 | Kommission nicht durch eine Vielzahl von Vorgaben a priori in ihrem  
B22 | Arbeitsauftrag be- und eingeschränkt werden darf, ja auch nicht werden  
B23 | soll.  
B24 |  
B25 | Dessen ungeachtet sind politische Zielvorstellungen, Empfehlungen und

B26 Denkweise sehr wohl möglich, sogar tunlich, allerdings auch in der  
B27 entsprechenden Form und mit adäquaten Formulierungen. Diesem Anliegen  
B28 dient unser Änderungsantrag.  
B29

B30 Frau Künast, es ist durchaus unsere Auffassung, daß soziale Grundrechte,  
B31 die nur auf dem Papier stehen, keine Gewährleistung sozialer Grundrechte  
B32 darstellen. Wir sind schon der Auffassung, daß die Finanzierbarkeit der in  
B33 die Verfassung hineingeschriebenen sozialen Grundrechte sehr wohl von  
B34 Bedeutung ist.

C 1  
C 2 [Frau Künast (Bü 90/Grüne): Dann kann man immer hinzuschreiben:  
C 3 immer, wenn es bezahlbar ist!]

C 4  
C 5 - Nein, nein, das geht nicht so. - Es geht unseres Erachtens dabei auch um  
C 6 die Präzisierung von Zielvorstellungen. Es geht um die Transparenz von  
C 7 Verfahrens- und Verwaltungsabläufen, es geht um Verwaltungsprozesse  
C 8 überhaupt.  
C 9

C10 Schließlich sind wir der Meinung, daß der Gedanke der Bürgernähe, der  
C11 Bürgerfreundlichkeit durchaus auch hinterfragt werden muß hinsichtlich der  
C12 Fragestellung Volksbefragungen oder Volksentscheide, also des  
C13 plebiszitären Elements. Dabei denken wir daran, daß die Frage des  
C14 plebiszitären Elementes durchaus von Bedeutung sein kann - auch  
C15 hinsichtlich der Einschränkung der selbsternannten Sprecher von Gruppen  
C16 der Gesellschaft, die sich als die Gesellschaft selbst ausgeben. So  
C17 hinterfragt denken wir, daß sich diese Enquete-Kommission durchaus mit  
C18 dieser Frage im einzelnen beschäftigen sollte.  
C19

C20 Wir beantragen deshalb, daß der Antrag der Fraktionen von SPD und von CDU  
C21 mit unserem Änderungsantrag noch einmal in die Ausschüsse überwiesen wird.  
C22 - Danke schön!  
C23

C24 [Beifall bei der FDP]  
C25

C26 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht  
C27 vor. Wir kommen dann zu den Abstimmungen.  
C28

C29 [Biederbick (FDP):  
C30 Rücküberweisung an den Rechtsausschuß!]  
C31

C32 Ich lasse zunächst über den Antrag der Rücküberweisung des Antrags  
C33 einschließlich der Änderungsanträge an den Rechtsausschuß abstimmen. Wer  
C34 dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -  
D 1 Gegenprobe! - Letzteres war eindeutig die Mehrheit, dann ist die  
D 2 Rücküberweisung abgelehnt.  
D 3

D 4 Wir müssen nun über die Änderungsanträge abstimmen. Wer dem  
D 5 Änderungsantrag der Fraktion der PDS, Drucksache 12/654-1, seine  
D 6 Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. -  
D 7 Gegenprobe! - Letzteres war die Mehrheit, dann ist der Antrag abgelehnt.  
D 8

D 9 Wir kommen nun zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der  
D10 FDP, Drucksache 12/654-2. Wer ihm seine Zustimmung zu geben wünscht, den  
D11 bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Letzteres war die Mehrheit,  
D12 der Antrag ist abgelehnt.  
D13

D14 Wer dem Antrag Drucksache 12/331 unter Berücksichtigung der  
D15 Beschlußempfehlung Drucksache 12/654 seine Zustimmung zu geben wünscht,  
D16 den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei  
D17 einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag angenommen. Die Enquete-  
D18 Kommission ist damit eingesetzt, und ich wünsche ihr einen guten  
D19 Arbeitsverlauf.  
D20

D21 Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, daß die von den Fraktionen zu  
D22 benennenden Mitglieder der Kommission bis maximal zur Hälfte  
D23 Sachverständige sein können.  
D24

D25 Ich möchte jetzt der Präsidentin wieder die Sitzungsleitung übergeben; sie  
D26 hat uns einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten.  
D27

D28 [Präsidentin Dr. Laurien übernimmt den Vorsitz.]  
D29

[0.16]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Mir liegt inzwischen das Protokoll mit dem Redebeitrag von Dr. Wruck aus der Aktuellen Stunde vor. Ich schlage vor, wir behandeln jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt. Danach berufe ich den Ältestenrat zu einer halbstündigen Sitzung ein.

[Frau Künast (Bü 90/Grüne):  
Aber wir wollen das Protokoll!]

- Das wird wohl die Verwaltung entsprechend handhaben; sie tut es. - Herr Biewald!

**Dr. Biewald (CDU):** Frau Präsidentin! In Anbetracht der Tatsache, daß wir noch eine umfangreiche Tagesordnung vor uns haben, frage ich: Wie wäre es denn, wenn der Ältestenrat während der namentlichen Abstimmung zusammentritt? Dadurch würden wir sehr viel Zeit sparen.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1118

A 1 |  
A 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Nein, verzeihen Sie, das geht schlicht nicht. Ich  
A 3 | glaube, das müssen wir nicht länger debattieren.  
A 4 |  
A 5 | [14]  
A 6 |  
A 7 | Ich rufe auf  
A 8 | lfd. Nr. 14, Drucksache 12/636  
A 9 |  
A10 | **Vorlagen - zur Kenntnisnahme - gemäß Artikel 47 Absatz 1 VvB**  
A11 |  
A12 | Von der Fraktion der SPD und von der Fraktion Bündnis 90/Grüne ist  
A13 | beantragt worden, die Verordnung Nr. 12/98 an den Ausschuß für  
A14 | Umweltschutz zu überweisen. Weitere Überweisungsanträge liegen nicht vor.  
A15 | - Ich stelle fest, daß das Haus die Überweisung beschlossen und von den  
A16 | übrigen Verordnungen Kenntnis genommen hat.  
A17 |  
A18 | [0.17]  
A19 |  
A20 | Damit unterbreche ich die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein. Wir  
A21 | treffen uns im Raum 1110.  
A22 |  
A23 | [Unterbrechung der Sitzung  
A24 | von 19.10 bis 19.58 Uhr]  
A25 |  
A26 | Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich lese den Satz, um den es  
A27 | geht, vor, damit es keine Mißverständnisse gibt:  
A28 |  
A29 | Aber solche Vergleiche können sie nur bringen, wenn sie selbst die  
A30 | Brut von NS-Verbrecher als Abgeordnete in ihren Reihen geduldet  
A31 | haben.  
A32 |  
A33 | Der Ältestenrat hat sich mit diesem Satz intensiv beschäftigt. Er ist  
A34 | einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß dieser Satz scharf zu rügen  
B 1 | ist,  
B 2 |  
B 3 | [Beifall]  
B 4 |  
B 5 | weil hier, indem eine Fraktion diffamiert worden ist, sich das ganze  
B 6 | Parlament als diffamiert fühlen muß.  
B 7 |  
B 8 | [Beifall]  
B 9 |  
B10 | Wir sprechen deshalb eine nachdrückliche Rüge aus, und wir hatten  
B11 | vereinbart - ich will das in deutlicher Offenheit sagen -, an dieser  
B12 | Stelle Herrn Abgeordneten Dr. Wruck zu fragen, ob er eine Entschuldigung  
B13 | zu diesem Satz aussprechen möchte. Ich habe versucht, ihn hier zu  
B14 | entdecken. Es ist mir nicht gelungen. Wir sind alle selbständige  
B15 | Abgeordnete. Jeder muß für sein Verhalten auch jeweils einstehen. Ich  
B16 | stelle fest, daß er nicht anwesend ist, so daß die Möglichkeit einer  
B17 | Entschuldigung oder Distanzierung von dem Satz von ihm nicht wahrgenommen  
B18 | wird.  
B19 |  
B20 | Für diesen Fall hat der Ältestenrat einstimmig beschlossen, von dem  
B21 | deutlichen Sanktionsinstrument Gebrauch zu machen, ihn von der heutigen  
B22 | Sitzung auszuschließen.  
B23 |  
B24 | [Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne]  
B25 |

[15]

Ich rufe damit

lfd. Nr. 15, Drucksache 12/629

**Antrag der Fraktion der PDS über Einberufung einer Sondersitzung zum Tag der Deutschen Einheit**

auf. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion und Gruppe. Die PDS hat das Wort. Frau Michels - bitte!

**Frau Michels** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der vergangenen Sitzung wurde die Dringlichkeit des Antrags über Einberufung einer Sondersitzung am Tag der Deutschen Einheit in einer fast tumultartigen Situation abgelehnt. Da uns zumindest eine Ursache dieser Ablehnung nun klar ist - Sie erwarten sich offenbar nichts von einer Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters -, haben wir einen diesbezüglichen Änderungsantrag eingebracht, Drucksache 12/629-1:

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag der PDS - Drs. 12/629 - wird wie folgt geändert:

Der Satz:

"Der Regierende Bürgermeister von Berlin solle eine Regierungserklärung zur Entwicklung und Perspektive des sich vereinigenden Landes Berlin abgeben." -

wird ersetzt durch den Satz:

"Es wird eine parlamentarische Debatte zur Entwicklung und Perspektive des sich vereinigenden Landes Berlin durchgeführt."

[Unruhe]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Darf ich einmal einen Moment unterbrechen. Ich verstehe ja die Erregung. Aber machen wir es doch bitte den Rednern nicht gar zu schwer, und dämpfen Sie ein klein wenig die Stimmen! - Sie haben das Wort!

**Frau Michels** (PDS): Wir fordern aber weiterhin eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses zum ersten Jahrestag der Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober. Wir wundern uns, meine Damen und Herren von der großen Koalition, daß Sie nicht selbst längst einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet haben.

[Beifall des Abg. Pewestorff (PDS)]

Sie waren es doch, die es im vergangenen Jahr so überaus eilig hatten, daß dieser Tag kommen möge.

[Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Sie waren es, denen es nicht gereicht hatte, daß die Weichen in Richtung Einheit im Frühjahr erst gestellt waren. Sie waren es, die wollten, daß der Zug dorthin ohne Rücksicht auf seine Länge und Ladung, ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit seiner Wagen, des Gleisbetts und der Schienen, ohne Rücksicht auch darauf, wie lange die Lok die extreme Dauerbelastung aushält und erst recht ohne Rücksicht auf die Lagepläne und Wünsche der Passagiere mit mehr als Höchstgeschwindigkeit über diese Weichen rast.

Und nun soll uns dieser erste Jahrestag nicht Anlaß sein, Bilanz zu ziehen? Meinen Sie nicht, daß es in einer solchen Bilanz sehr, sehr viel gemeinsam zu bereden gibt? - Sicher, da ist eine Menge Gewinn zu bilanzieren. Da sind Leistungen zu würdigen, denen auch wir unsere Anerkennung nicht versagen. Aber da sind eben auch viele Fehler gemacht worden, und über die muß geredet werden, wenn sie nicht zum Ausgangspunkt katastrophaler Entwicklungen werden sollen. Freilich, eine Sondersitzung würde dann zeigen, daß es nun bereits zwei Jahre sind, die seit dem Zusammenbruch der DDR vergangen sind, und für die Entwicklung in diesen beiden Jahren gibt es Verantwortliche.

[Zuruf Modrow!]

D30 |  
D31 | Da greift die von Ihnen allzu gern bemühte Bilanz der 40 Jahre SED einfach  
D32 | nicht mehr so automatisch. Da sind Sie es, die sich konkret befragen  
D33 | lassen müssen, wie Sie Ihrer Verantwortung gerecht geworden sind. Wir  
D34 | wollen, daß offen Bilanz gezogen wird, eine Bilanz, die auch nicht Halt  
D35 | macht vor den noch immer existierenden und nicht kleiner werdenden Mauern  
D36 | in der Stadt. Was ist die Berliner Einheit wirklich? - Lassen Sie uns  
D37 | offen und öffentlich darüber diskutieren - am 3. Oktober!  
D38 |  
D39 |

[Beifall bei der PDS]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1119

A 1 |  
A 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Für die CDU hat das Wort  
A 3 | Herr Abgeordneter Apelt.

A 4 |  
A 5 | **Apelt (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich  
A 6 | verstehe sehr gut die Antragsteller, daß sie in Ermangelung einer  
A 7 | Festsetzung zum 7. Oktober nun mit uns am 3. Oktober feiern wollen. Für  
A 8 | die, die es nicht wissen Der 7. Oktober war der Jahrestag dieser DDR. Ich  
A 9 | weiß andererseits, daß die PDS bestrebt ist, ihre vaterländische Gesinnung  
A10 | wieder einmal unter Beweis zu stellen. Wir haben das ja 40 Jahre lang  
A11 | erleben dürfen. Das ehrt Sie.

A12 |  
A13 | [Gelächter bei der PDS]  
A14 | Es ehrt Sie auch, daß Sie ohne die Rede des Regierenden Bürgermeisters zum  
A15 | 3. Oktober nicht auskommen wollen. Ich weiß gar nicht, ob der Regierende  
A16 | Bürgermeister sich dieser hohen Ehre bewußt ist. Darüber hinaus kann ich  
A17 | Sie natürlich beruhigen Es wird eine Erklärung geben - das fordert  
A18 | natürlich auch die CDU-Fraktion zu diesem Tag, der für uns alle sehr  
A19 | wichtig ist. Was die historische Bedeutung dieses Tages anbelangt, so  
A20 | müssen wir uns nicht belehren lassen. Wir wissen sehr wohl um die Sorgen  
A21 | und Nöte der Menschen vor allem im Osten, die oftmals das Gefühl nicht  
A22 | loswerden, kolonialisiert zu werden, auch um die Sorgen und Nöte der  
A23 | Menschen im Westen, die teilweise noch nicht begriffen haben, daß die  
A24 | Teilung durch Teilen aufgehoben werden kann.

A25 |  
A26 | [Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU)]

A27 |  
A28 | Wir wissen also um die Befindlichkeiten der Menschen im - es wurde vorhin  
A29 | schon gesagt und ist es auch offensichtlich noch immer - geteilten  
A30 | Deutschland. Wir wissen aber auch um die großen Hoffnungen, die sich mit  
A31 | diesem Tag verbinden, die Hoffnungen, daß die Menschen in diesem  
A32 | Deutschland sich wiederfinden und nun endlich einmal die Einheit  
A33 | vollenden, die Einheit von Hirnen und Händen. Helfen also auch wir mit als  
A34 | Politiker, die Mauer in den Köpfen abzureißen, und hüten wir unsere  
B 1 | Menschen vor neuen ideologischen Mauern. Das ist eine Aufgabe, die uns  
B 2 | Politiker in die Pflicht nimmt, denn für uns heilige Werte wie Freiheit  
B 3 | und Gerechtigkeit müssen täglich und nicht mit vollmundigen  
B 4 | Versprechungen, sondern durch die Tat mit Leben erfüllt werden. Gehen wir  
B 5 | also am 3. Oktober in der Tat auf die Straße, gehen wir zu den Menschen,  
B 6 | machen wir ihnen Mut, hören wir auf diese Menschen und verschonen uns und  
B 7 | diejenigen, die nicht unter uns sein können, von einer Sondersitzung, die  
B 8 | eine Partei beantragt hat, die an diesem Tag nichts Gutes verspricht. -  
B 9 | Danke schön!

B10 |  
B11 | [Beifall bei der CDU]

B12 |  
B13 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Vom Bündnis 90 liegt mir bis jetzt keine  
B14 | Wortmeldung vor. - Doch, dort; entschuldigen Sie, der andere Sitzflügel.  
B15 | Bitte schön!

B16 |  
B17 | **Loßmann (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch  
B18 | ich meine, wir brauchen keine Sondersitzung. Dieses Parlament ist stetig  
B19 | aufgefordert, und fast auf jeder Sitzung werden wir mit den Altlasten  
B20 | konfrontiert, die diese Partei, die die Menschen dort 40 Jahre lang  
B21 | unterdrückt hat, in den Köpfen hinterlassen hat. Wenn Sie sagen, 40 Jahre  
B22 | SED greift angeblich nicht mehr,

B23 |  
B24 | [Frau Michels (PDS): "automatisch" haben wir gesagt!]

B25 |

B26 dann - kann ich nur sagen - wissen Sie wahrscheinlich gar nicht, wo Sie  
B27 leben. Fast auf jeder Sitzung merken wir hier und sehen, was immer wieder  
B28 an neuen Sachen zutage tritt, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen.  
B29 Das haben wir in der Schule, das haben wir in der Wirtschaft, die  
B30 heruntergewirtschafteten Fabriken, die wir aufzubauen versuchen. Und da  
B31 sagen Sie Es soll eine parlamentarische Debatte geführt werden. - Wir  
B32 haben das hier täglich zu tun und fast auf jeder Sitzung und brauchen  
B33 keine Festtagsreden. Deshalb lehnt die FDP diese Sondersitzung ab.  
B34

C 1 [Beifall bei der FDP]  
C 2

C 3 **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich hatte nach Wortmeldungen von Bündnis 90  
C 4 gefragt, daraufhin trat ein FDP-Abgeordneter an der Rednerpult. Meine  
C 5 Verwirrung war kaum mehr zu überbieten. Ich habe "Bündnis 90" aufgerufen  
C 6 und wußte nicht, daß Sie die Fraktion wechseln wollten.  
C 7

C 8 [Kern (SPD): Das war das Bündnis 91!]  
C 9

C10 Ich frage deshalb noch einmal: Liegt eine Wortmeldung vom Bündnis 90 vor?  
C11 - Nein! Für die SPD-Fraktion hat dann der Abgeordnete Böger das Wort!  
C12

C13 **Böger (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion  
C14 wird den Antrag der PDS in der Urfassung und in der geänderten Fassung  
C15 ablehnen.  
C16

C17 [Frau Michels (PDS): Das war klar!]  
C18

C19 - Für Sie war das klar, Frau Kollegin? Sicher, es war nicht schwierig,  
C20 darüber zu einer Beschlußfassung zu kommen. Für uns ist der erste  
C21 Jahrestag der Vereinigung zunächst ein Tag der Freude.  
C22

C23 [Beifall des Abg. Niedergesäß (CDU)]  
C24

C25 Ein Tag, an dem sich die Präambel des Grundgesetzes erfüllt hat, kann man  
C26 auch feiern. Dazu bekennen wir uns. Das Feiern an diesem Tag, Frau  
C27 Kollegin, heißt selbstverständlich nicht, daß wir uns der Pflicht  
C28 entziehen, die deutsche Einheit in den Köpfen und in der sozialen  
C29 Wirklichkeit umzusetzen. Dies tun wir - ich weiß nicht, ob Sie das bemerkt  
C30 haben - in jeder Plenarsitzung mit kontroversen Positionen. Darüber werden  
C31 wir weiter streiten, und das ist auch gut so. Dafür brauchen aber wir  
C32 keine Sondersitzung am 3. Oktober.  
C33

C34 [Beifall bei der SPD und der CDU]  
D 1

D 2 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Für die Gruppe spricht jetzt Herr  
D 3 Schwenke!  
D 4

D 5 **Schwenke (Neues Forum):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der  
D 6 Antrag der PDS hat uns in der Gruppe etwas verblüfft. Wenn ich es richtig  
D 7 verstanden habe, wünscht die Fraktion der PDS zum Tag der Einheit eine  
D 8 Festsitzung, und die Festrede möge der Regierende Bürgermeister halten.  
D 9

D10 [Pewestorff (PDS): Nein! - Wieland (Bü 90/Grüne): Unbezahlte Mehrarbeit!]  
D11

D12 Vor Adolphs Rücktritt vernahm ich, er sei ein scharfer Denker, offenbar  
D13 fehlt er jetzt in der PDS-Fraktion. Nun möchte ich meinen, daß seit seinem  
D14 Rücktritt dort totale Verwirrung herrscht und man sollte sich vielleicht  
D15 einmal nach einer neuen Führungsperson umsehen. Mehr fällt mir dazu nicht  
D16 ein. - Danke!  
D17

D18 [Starker Beifall bei Neues Forum,  
D19 bei der CDU und der SPD]  
D20

D21 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Die antragstellende  
D22 Fraktion wünscht die sofortige Abstimmung.  
D23

D24 [Kern (SPD): Die kann sie haben!]  
D25

D26 Mir liegt kein Antrag auf Ausschußüberweisung vor, so daß wir in die  
D27 Abstimmung eintreten können. Wer dem Antrag der Fraktion der PDS,  
D28 Drucksache 12/629, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das  
D29 Handzeichen! - Gegenprobe! - Das zweite ist die überwältigende Mehrheit.

D30 | Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

D31 |

D32 | [16]

D33 |

D34 | Ich rufe auf

D35 | **lfd. Nr. 16, Drucksache 12/637**

D36 |

D37 | **Antrag der Fraktion der PDS über Olympia 2000 und Mieterschutz**

D38 |

D39 | Fünf Minuten Redezeit pro Fraktion sind festgelegt. Für die PDS hat Herr  
D40 | Dr. Kellner das Wort!

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1120

- A 1 |  
A 2 | **Dr. Kellner** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit unserer  
A 3 | Großen Anfrage in der vorigen Sitzung haben wir dem Regierenden  
A 4 | Bürgermeister offenbar etwas zu viel zugemutet.  
A 5 |  
A 6 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Mir auch!  
A 7 | Ich weiß immer noch nicht, wie die PDS zu Olympia steht!]  
A 8 |  
A 9 | Er ist den konkreten Fragen weitgehend ausgewichen und hat sich im  
A10 | wesentlichen auf allgemeine Erklärungen beschränkt. Die mit der  
A11 | Vorbereitung Olympischer Spiele zusammenhängenden Probleme sind aber so  
A12 | vielschichtig, vielfältig und kompliziert, daß wir zu dem Resultat  
A13 | gekommen sind, daß sowohl dem Senat als auch dem Abgeordnetenhaus  
A14 | Gelegenheit gegeben werden sollte, sich zu den Problemen Punkt für Punkt  
A15 | zu äußern und die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Heute soll sich auf  
A16 | unseren Vorschlag das Abgeordnetenhaus mit der Frage beschäftigen, wie man  
A17 | den von olympischen Baumaßnahmen Betroffenen Schutz vor eventuellen  
A18 | Benachteiligungen gewähren kann. Wir hoffen, daß dieser Antrag Ihre  
A19 | Zustimmung findet!  
A20 |  
A21 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Für die CDU-Fraktion hat sich Herr  
A22 | Dr. Müller zu Wort gemeldet.  
A23 |  
A24 | **Dr. Müller** (CDU): Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!  
A25 | Berlin bewirbt sich um die Ausrichtung der Olympiade. Noch ist alles im  
A26 | Stadium der geistigen Vorbereitung. Weder ein Hausbesitzer nach ein Mieter  
A27 | oder Gewerbetreibender ist überhaupt durch Olympia konkret von Verlust  
A28 | bedroht. Man könnte also den Antrag der Fraktion der PDS als ein Papier  
A29 | mit mittlerem Unterhaltungswert beiseite legen, wenn er nicht in  
A30 | versteckter Agitation ein Negativumfeld um die olympische Bewerbung  
A31 | auszuweiten versuchte.  
A32 |  
A33 | [Beifall bei der CDU]  
A34 |  
B 1 | So verstanden - und wohl auch so beabsichtigt - gehen die scheinbaren  
B 2 | prophylaktischen Sozialerwägungen am Thema völlig vorbei. Denn erstens  
B 3 | läßt die bisher vorgelegte Bauplanung für Olympia keine gravierenden  
B 4 | Einschnitte in bestehende Wohn- und Gewerbegebiete und deren Strukturen  
B 5 | erkennen. Zweitens entstehen mit den Baumaßnahmen und der Olympiade neue  
B 6 | Wohn- und auch Gewerberäume, die nach den Spielen genauso der  
B 7 | Allgemeinheit zugute kommen wie Sport- und Verkehrseinrichtungen.  
B 8 |  
B 9 | [Beifall bei der CDU -  
B10 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
B11 |  
B12 | Drittens liegen die Konzentrationspunkte der Planung im Ostteil der Stadt  
B13 | - die bereits vorhandenen Sportbauten und deren Umfeld, besonders an der  
B14 | Chausseestraße, um den alten "Exer" genannten Bereich der Eberswalder und  
B15 | Cantianstraße, sowie um die Rummelsburger Bucht in Stralau. Alle diese  
B16 | Stadtgebiete befinden sich in einem nicht gerade der Welt präsentierbaren  
B17 | Zustand. So müßten hier zunächst Aufräum-, dann Sanierungs- und auch  
B18 | Baumaßnahmen im Blick auf Olympia befördert werden und sollten nicht schon  
B19 | im Vorfeld eine Problematisierung erfahren.  
B20 |  
B21 | [Beifall bei der CDU -  
B22 | Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
B23 |  
B24 | Der Westhafen ist aus der Planung herausgenommen worden. In Stralau und an  
B25 | der Chausseestraße kann es baulich nur besser werden. In die Eberswalder

B26 und Cantianstraße können und werden durch Neubauten und sanierende  
B27 Stadterneuerung im Zusammenhang mit Olympia nur Wohnungen hinzukommen und  
B28 vorhandene aufgewertet - genauso wie die neuen Sportbauten das Wohnumfeld  
B29 kulturell erweitern werden.

B30  
B31 Wo soll man die in Ihrem Antrag beschworenen Verluste an Wohn- und  
B32 Gewerberäumen eigentlich suchen? - Lassen Sie mich das wiederholen, was  
B33 gestern Hans-Jochen Vogel zu dem Problem im "Tagesspiegel" gesagt hat:  
B34

C 1 Die Spiele haben München erhebliche Vorteile gebracht, und zwar  
C 2 solche auf Dauer. Das gilt nicht nur für die Sportstätten auf dem  
C 3 Oberwiesenfeld - Sie werden konstant genutzt und haben die Chancen  
C 4 für die Austragung internationaler Wettbewerbe verbessert -, das  
C 5 gilt für die Schaffung eines leistungsfähigen U- und S-Bahnsystems,  
C 6 das ohne die Spiele erst acht bis zehn Jahre später in dem Umfang in  
C 7 Betrieb gegangen wäre oder für die mehrere Tausend Wohnungen, die  
C 8 aus diesem Anlaß zusätzlich gebaut wurden oder für die  
C 9 Hotelkapazität, die damals zusätzlich entstand.

C10  
C11 Vor diesem Hintergrund ist Ihr Antrag ein Schuß in den Ofen, denn auch in  
C12 Berlin werden neue Wohnungen im Zusammenhang mit Olympia entstehen und die  
C13 hohe Belastung des Wohnungsmarktes abbauen helfen. Gewerbe wird nicht  
C14 dezimiert werden, sondern erweitert und bedarf wohl auch kaum einer  
C15 Absicherung im Sinne Ihres Antrags. - Ich danke für Ihre Geduld!

C16  
C17 [Starker Beifall bei der CDU -  
C18 Vereinzelter Beifall bei der SPD]

C19  
C20 **Präsidentin Dr. Laurien:** Für das Bündnis 90 nun Frau Ziemer!

C21  
C22 **Frau Ziemer** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie  
C23 mein Vorredner sehe auch ich nicht, wo Mieter durch das Olympiakonzept  
C24 vertrieben werden. Aber ich sehe - anders als mein Vorredner - erhebliche  
C25 Probleme bei Gewerbebetrieben. Sieht man sich das offizielle Konzept an -  
C26 das habe ich noch einmal gemacht -, dann findet man an vielen Standorten  
C27 die Notwendigkeit der Verlagerung von Gewerbebetrieben Rummelsburger Bucht  
C28 mit über 40 Gewerbebetrieben und einer Behindertenwerkstatt - übrigens  
C29 hier auch einigen Behindertenwohnungen. In Ruhleben müssen Ersatzstandorte  
C30 für Gewerbe gefunden werden, an der Heerstraße, im Westhafen müssen  
C31 Gewerbebetriebe und Hafenerbetriebe verlagert werden, der Neubau der  
C32 Seelenbinder-Halle, auch dort werden Betriebe verlagert werden müssen;  
C33 Eldenaer Straße - das kommunale Eigentum ist ja nun durch die Dußligkeit  
C34 des Senats von der Treuhand verscherbelt worden, aber auch hier würden  
D 1 Gewerbebetriebe verlagert werden müssen. Angesichts der bedrückenden Lage  
D 2 für Gewerbe in dieser Stadt ist das ein wahrhaft leichtfertiger Umgang mit  
D 3 Betrieben und den daran hängenden Arbeitsplätzen.

D 4  
D 5 Besonders ist aber zu kritisieren, daß der Senat kein Konzept für die  
D 6 Verlagerung der betroffenen Betriebe und die Finanzierung dieser  
D 7 Verlagerung vorgelegt hat. Nun gibt es in der Olympia-Vorlage einen Satz,  
D 8 der lautet:

D 9  
D10 Aufwendungen für Grundstücks- und Verlagerungskosten, Bodenproben  
D11 etc. sind in der Finanzplanung nicht enthalten, da sie sich  
D12 gegenwärtig nicht abschätzen lassen.

D13  
D14 Dieser Satz ist doch gar zu lapidar, zeigt aber auch wieder, wie  
D15 unüberlegt der Senat in seine Olympia-Bewerbung gestolpert ist.

D16  
D17 Meine Damen und Herren von der PDS, wenn Sie einen Antrag stellen, dann  
D18 sollte es doch wohl eher ein Antrag dazu sein, wie der Senat sich  
D19 vorstellt, mit den Gewerbebetrieben dieser Stadt auf den Olympia-  
D20 Standflächen umzugehen.

D21  
D22 [Beifall des Abg. Wieland (Bü 90/Grüne)]

D23  
D24 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Herr Edel von der SPD-Fraktion hat  
D25 sich zu Wort gemeldet. - Bitte schön!

D26  
D27 **Edel** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Mitglieder  
D28 dieses Hauses und auch andere wissen, daß ich mich sehr wohl für die  
D29 Wohnungsmieter in dieser Stadt einsetze.

D30 |  
D31 | [Wieland (Bü 90/Grüne): Früher hast du doch ein Bild  
D32 | einer Warteschlange ausgebreitet, Herr Kollege!  
D33 | Das solltest du mal wieder machen! Es wäre an der Zeit!]  
D34 |  
D35 | - Haben Sie sich gemeldet, Herr Kollege? -  
D36 |  
D37 | [Zurufe von Bü 90/Grüne: Er macht nur Zwischenrufe!]  
D38 |  
D39 | Wenn Sie Anträge stellen, sollten Sie keine Ängste verbreiten, die nicht  
D40 | real sind.  
D41 |  
D42 | [Vereinzelter Beifall bei der SPD]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1121

A 1 | **Edel**

A 2 |  
A 3 | Denn es gibt wohl keine Wohnungsmieter, die wegen Olympia 2000 ihre  
A 4 | Wohnungen verlassen werden.

A 5 |  
A 6 | **Edel**

A 7 |  
A 8 | Denn es gibt wohl keine Wohnungsmieter, die wegen Olympia 2000 ihre  
A 9 | Wohnungen verlassen werden.

A10 |  
A11 | Zu **Gewerbemietern** ist schon eine ganze Menge gesagt worden, und es muß  
A12 | auch gesagt werden, daß eine vernünftige Stadtentwicklungsplanung auch  
A13 | ohne Olympia nicht möglich wäre, wenn man nicht einigen Gewerbetreibenden  
A14 | andere als ihre jetzt angestammten Sitze zuweisen würde. Gerade im  
A15 | Westteil der Stadt, wo Umlandansiedlungen für Gewerbetreibende nicht  
A16 | möglich waren, muß man Gewerbebetrieben, die in der Innenstadt nichts zu  
A17 | suchen haben und auch in anderen Großstädten in der Innenstadt nicht zu  
A18 | finden sind, klarmachen, daß sie in Zukunft ihre Wirtschaftsbetriebe auch  
A19 | außerhalb der Stadt anzusiedeln haben.

A20 |  
A21 | Den Regeln für eine moderne und bewohnerorientierte Stadtentwicklung ist  
A22 | auch hier Rechnung zu tragen. Wir haben Grundsätze für die  
A23 | Stadterneuerung; diese gelten auch bei Olympia, und wir müssen darauf  
A24 | achten, daß wir sie auch dort einhalten. Wenn Olympia eine Chance für die  
A25 | Stadt ist, darf es selbstverständlich keine Belastung für die Bewohner  
A26 | werden, die konkret betroffen sind. Darüber werden wir in den Ausschüssen  
A27 | zu reden haben. - Vielen Dank!

A28 |  
A29 | [Beifall bei der SPD]

A30 |  
A31 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die FDP hat Herr Schiela das Wort.

A32 |  
A33 | **Schiela** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau  
A34 | Michels! Im vorigen Antrag haben Sie die Einheit Berlins auf Ihre Art und  
B 1 | Weise beschworen, und im nächsten Antrag versuchen Sie, Berlin schon  
B 2 | wieder auseinanderzudividieren, die Olympiade den Leuten abspenstig zu  
B 3 | machen und das auf die Wohnungsknappheit und die Mietenerhöhung zu  
B 4 | schieben. Das ist nicht in Ordnung.

B 5 |  
B 6 | [Beifall bei der FDP]

B 7 |  
B 8 | Es geht Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von der PDS, nur vorder-  
B 9 | gründig um die Miete. Es geht Ihnen darum, einen Olympia-Verhinderungs-  
B10 | antrag zu stellen. Seitdem Ihr ehemals natürlicher Verbündeter, der liebe  
B11 | Herr Grüttker, nun nicht mehr am Ruder ist, haben Sie natürlich Angst, daß  
B12 | jetzt die Olympiade in Berlin wirklich durchgeführt wird.

B13 |  
B14 | [Frau Michels (PDS): Woher wissen Sie das so genau?]

B15 |  
B16 | Olympia vernichtet doch keinen Wohnraum; Olympia schafft Wohnraum, und das  
B17 | wissen Sie so gut wie alle hier im Hause.

B18 |  
B19 | [Beifall bei der CDU]

B20 |  
B21 | Die Beispiele aller **Olympischen Spiele** der Neuzeit haben gezeigt, daß die  
B22 | Spiele ein **Segen für die kommunale Entwicklung** dieser Städte waren.

B23 |  
B24 | [Frau Michels (PDS): Dann stimmen Sie doch

ruhigen Gewissens zu!]

Jetzt frage ich Sie, was Ihr Antrag soll. Wenn ich darüber nachdenke, daß das Olympische Dorf den Leuten in Berlin Wohnraum schafft, und darüber, daß an der Bernauer Straße olympisches Wohnen ermöglicht wird und daß dann, wenn die Olympiade vorbei ist, dort vielleicht ein Studentenwohnheim installiert wird, dann frage ich mich, was der Antrag soll. Gerade an der Bernauer Straße, wo Ihre Vorgängerpartei dafür gesorgt hat, daß durch Mauerbau und Wohnungsabriß die Öde entstanden ist, die durch die Olympiade wieder zum Leben erweckt werden kann!

Noch etwas zu Ihrem Antrag: Nach meiner Information werden aufgrund der Olympiade keine Wohnungen abgerissen. Ich weiß nicht, was der Antrag soll.

Zu den **Gewerbeflächen** haben die Kollegin vom Bündnis und der Kollege von der SPD das gesagt, was ich sagen wollte. Natürlich kann es nicht sein, daß jetzt Gewerbeflächen ad hoc durch die Olympiade besetzt werden und es keine Regelung gibt, die den Gewerbetreibenden eine neue Existenz ermöglicht. Deswegen fordern wir, daß schnellstens Planungsvorlagen erstellt werden, damit die betroffenen Betriebe reagieren können. Wir fordern, daß ein Konzept der Verlagerung und der Zurverfügungstellung von Ersatzflächen vorliegt, und wir fordern vom Senat, daß er nicht zuläßt, daß Verdrängungseffekte entstehen, die Gewerbetreibende außerhalb der Stadtgrenzen ins Land Brandenburg vertreiben.

Berlin braucht die Olympiade, und Berlin braucht alles andere als eine Panikmache in Richtung Wohnraum und Wohnraummieten. Berlin braucht die Olympiade, um die Einheit zu vollziehen. Deshalb wird die FDP diesen Antrag ablehnen.

[Beifall bei der FDP]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Von der Gruppe liegt mir keine Wortmeldung vor, aber die PDS hat gebeten, ihre noch verbliebenen zwei Minuten ausnutzen zu dürfen. Herr Wolf hat das Wort.

**Wolf (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich fand in dem Redebeitrag des Kollegen von der CDU zunächst beachtlich, daß der Antrag unter anderem mit der Begründung abgelehnt wurde, es handele sich nur um eine Bewerbung für Olympia und daß es deshalb noch nicht notwendig sei, Anträge zu stellen, die auf den Erfolg dieser Bewerbung abzielen.

[Preuss (CDU): Da hätten Sie besser zuhören müssen!]

Ich stelle fest, daß der furiose Start der Olympia-Bewerbung

[Preuss (CDU): Sie sind doch der Olympia-Sieger im Flankenwechsel!]

mit der IOC-Tagung und mit dem gelungenen Start von Herrn Grüttke offensichtlich Ihren Optimismus erheblich beeinträchtigt hat.

[Preuss (CDU): Da machen Sie sich mal keine falschen Vorstellungen! Machen Sie sich nicht unsere Gedanken! Sie haben genug mit sich zu tun!]

Ich fand es auch interessant zu erfahren, daß der Regierende Bürgermeister mittlerweile Verbündete unserer Partei zu erheblichen Gehältern anstellt, um sie dann wieder zu feuern.

Zweiter Punkt: Die Argumentation, wir wollten damit Panikmache betreiben, geht nach hinten los.

[Preuss (CDU): Sie machen nur Panik!]

Wenn Sie einen solchen Antrag ablehnen - es ist zumindest von anderen Fraktionen mehrfach zugestanden worden, daß beim Gewerberaum Probleme existieren -, dann können wir natürlich Panik machen. Wenn Sie diesen Antrag zustimmen und feststellen, daß die Interessen der Gewerbieter und Mieter gewahrt bleiben, auch wenn die Olympia-Bewerbung Beeinträchtigungen mit sich bringt, ist den Befürchtungen und damit uns der Boden entzogen. Deshalb verstehe ich die Begründung für die Ablehnung nicht. Ein sachliches Argument war nicht dabei. - Danke!

[Beifall bei der PDS)

**Präsidentin Dr. Laurien:** Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Bau- und Wohnungswesen als federführenden, an den Ausschuß für Wirtschaft und Technologie und an den Hauptausschuß. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Einstimmig überwiesen.

[17]

Ich rufe auf

**1fd. Nr. 17, Drucksache 12/638:**

**Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über Rettung des  
Brandenburger Tores**

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 12/638-1, vor:

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1122

- A 1 | **Präsidentin Dr. Laurien**
- A 2 |
- A 3 | Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:
- A 4 |
- A 5 | Der Antrag Drs 12/638 wird durch folgenden Antrag ersetzt:
- A 6 |
- A 7 | Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, über die vorgesehene
- A 8 | eingeschränkte Öffnung des Brandenburger Tores hinaus kurzfristig ein
- A 9 | Verkehrskonzept für die Innenstadt und speziell für das
- A10 | historische Zentrum zwischen Tiergarten und Alexanderplatz vorzulegen.
- A11 |
- A12 | Das Verkehrskonzept muß folgende Planungsziele berücksichtigen:
- A13 |
- A14 | - Attraktive Erschließung des Zentrums in Abstimmung mit den
- A15 | stadtplanerischen Zielvorgaben,
- A16 |
- A17 | - optimale Erschließung der zukünftigen Parlaments- und
- A18 | Regierungsstandorte entsprechend den Nutzungsanforderungen,
- A19 |
- A20 | - Integration des motorisierten Individualverkehrs als Bestandteil des
- A21 | Großstadtverkehrs in das Zentrum, Vermeidung von Schwerlastverkehr,
- A22 |
- A23 | - Integration des öffentlichen Personennahverkehrs
- A24 | und des schienengebundenen Fernverkehrs.
- A25 |
- A26 | Das Verkehrskonzept soll alternative Entwicklungsmöglichkeiten sowie die
- A27 | Realisierungsstufen und Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen.
- A28 |
- A29 | Die Redezeit beträgt 5 Minuten. Bündnis 90 hat zuerst das Wort. - Bitte
- A30 | schön!
- A31 |
- A32 | **Cramer** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die "drei
- A33 | von der Tankstelle" haben den Senat überrumpelt mit der Entscheidung, zum
- A34 | 3. Oktober das **Brandenburger Tor** für den **motorisierten Taxiverkehr und für**
- B 1 | **Busse** zu öffnen. Die Senatoren Haase, Nagel und Hassemer haben sich damit
- B 2 | traurige Verdienste erworben. Von Senator Haase ist man nichts anderes
- B 3 | gewohnt, von ihm erwartet die Öffentlichkeit kaum etwas, allenfalls, daß
- B 4 | er sich öfter mal in Funk und Fernsehen darstellt. In seiner
- B 5 | Selbstdarstellung ist er unübertroffen, besser können es seine Kritiker
- B 6 | gar nicht machen.
- B 7 |
- B 8 | Senator Nagel hat abermals unterstrichen, was sein parlamentarischer Stil
- B 9 | ist: Über das Parlament hinweg **einsame Entscheidungen** im günstigen Moment
- B10 | durchzupauken. Daß er plötzlich für eine provisorische Inbetriebnahme
- B11 | eintritt, ist ein Widerspruch zu seiner sonstigen Praxis, denn Provisorien
- B12 | beim S-Bahnbau lehnt er immer radikal ab, er will immer die endgültige
- B13 | Lösung und braucht tausend Prüfungen und Architekturwettbewerbe. Hier,
- B14 | wenn es um den Autoverkehr geht, ist ihm auch das dümmste Provisorium gut
- B15 | genug, um seine autofixierte Politik durchzupeitschen.
- B16 |
- B17 | Mit Herrn Hassemer möchte ich mich doch etwas intensiver
- B18 | auseinandersetzen. Sie, Herr Hassemer, sind ja nicht nur als Mitglied des
- B19 | Senats, sondern ebenfalls als jemand gefragt, der für den **Denkmalschutz,**
- B20 | für Stadtentwicklung und Stadtplanung und für den Umweltschutz zuständig
- B21 | ist. Strafverschärfend kommt bei Ihnen hinzu, daß Sie als ehemaliger
- B22 | Kultursenator eigentlich um die kulturelle Bedeutung dieses Denkmals
- B23 | wissen müßten. Es muß Ihnen doch klar sein, daß hier das Denkmal der
- B24 | deutschen Einheit, das Kulturdenkmal der Stadt, für die Priorität des
- B25 | motorisierten Individualverkehrs plattgewalzt wird. Daß Sie das mittragen,

B26 hätten viele gerade von Ihnen nicht gedacht.  
B27

B28 Es muß Sie doch beschämen, wenn heute Morgen im SFB 2 ein Restaurator, der  
B29 an der Wiederherstellung der Quadriga auf dem Brandenburger Tor  
B30 mitgearbeitet hat, von Rissen im Tor erzählt und Angst um das Denkmal hat,  
B31 wenn er sagt, wie man sich bemüht hat, zum Jubiläumstag des Brandenburger  
B32 Tors die Quadriga fertigzustellen, und zwar auf der Basis des Fußgänger  
B33 und des Fahrradverkehrs. Wenn dieser Restaurator das Denkmal durch den  
B34 Bus- und den weiteren Taxiverkehr bedroht sieht, heißt

C 1  
C 2

C 3 das doch, daß Sie das vorher überhaupt nicht geprüft haben. Wenn Sie dann  
C 4 noch sagen, wir werden mal ausprobieren, ob sich das wirklich schädlich  
C 5 auf dieses Denkmal auswirkt, die Erschütterungen und die Abgase, und wenn  
C 6 Sie dann noch zugeben, daß Sie kein Geld für die Prüfung haben, dann meine  
C 7 ich, mit diesem Dilettantismus im Senat muß Schluß gemacht werden.  
C 8

C 9 [Beifall bei Bü 90/Grüne  
C10 Steffel (CDU): Bravo!]

C11  
C12 Aber wer ist denn eigentlich für die Senatslösung? - Die Polizei ist  
C13 dagegen, sie kann es nicht kontrollieren. Die BVG ist dagegen. Und Herr  
C14 Landowsky, wenn Sie in der Abendschau" gerade gesagt haben, das wäre eine  
C15 Maßnahme für den öffentlichen Personennahverkehr -  
C16

C17 [Landowsky (CDU): So ist es!]  
C18

C19 dann ist das doch irreführend.  
C20

C21 Die Buslinie 100 fährt jetzt den kürzesten Weg zum Reichstag nach Unter  
C22 den Linden.  
C23

C24 [Landowsky (CDU): Da stehen Sie aber eine Stunde!]  
C25

C26 Sie wollen den Bus dreimal im Kreis fahren lassen und sagen dann noch, es  
C27 wäre eine Maßnahme zur **Beschleunigung des öffentlichen**  
C28 **Personennahverkehrs**. Ich kann Ihnen sagen, wenn Sie wirklich die Busse  
C29 beschleunigen wollen, dann realisieren Sie **400 km Busspur**. Sie wollen aber  
C30 nur das Brandenburger Tor für Taxen öffnen, damit der Einstieg in den  
C31 Ost-West-Autoverkehr gewährleistet ist.  
C32

C33 [Vereinzelter Beifall bei der CDU  
C34 Landowsky (CDU): Richtig! Genau!]

D 1  
D 2 Ich bin Herrn Liepelt - und natürlich auch Ihnen, Herr Landowsky -  
D 3 außerordentlich dankbar, daß die Frage zugespitzt wird. Es geht hier  
D 4 überhaupt nicht um den öffentlichen Personennahverkehr, es geht nicht um  
D 5 den Taxiverkehr, es geht darum, diese Ost-West-Achse für den gesamten  
D 6 motorisierten Verkehr zu öffnen, um den Pariser Platz plattzuwalzen -  
D 7 darum geht es Ihnen.  
D 8

D 9 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS -  
D10 Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
D11

D12 Deshalb ist hier auch die kulturelle Frage wichtig, und wir wollen, daß  
D13 auch der Kulturausschuß zu beteiligen ist, wenn der Antrag in die  
D14 Ausschüsse überwiesen wird. Die Frage ist doch, ob der Pariser Platz ein  
D15 Platz im italienischen Stil, der er in der letzten Zeit geworden ist,  
D16 bleibt, wie z. B. die Piazza Navona in Rom - dort ist kein Auto, das ist  
D17 eine Stätte der Begegnung von Menschen - oder ob Sie sagen wollen, dieser  
D18 Platz ist für die Autos da und die Menschen haben da nichts zu suchen.  
D19

D20 **Präsidentin Dr. Laurien:** Herr Abgeordneter! Wir sind schon großzügig!  
D21

D22 **Cramer** (Bü 90/Grüne): Deshalb ist es auch eine Frage der  
D23 **Kultur** in dieser Stadt. Aber in der Kultur, Herr Landowsky, da  
D24 waren Sie noch nie von den besten Ideen beseelt. - Vielen Dank!  
D25

D26 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS -  
D27 Vereinzelter Beifall bei der SPD]  
D28

D29 **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die CDU hat Herr Landowsky das Wort!

D30 |  
D31 | **Landowsky** (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!  
D32 | Herr Kollege Cramer! Wer sich in seinem Leben mehr um die Kultur in dieser  
D33 | Stadt gekümmert und verdient gemacht hat, das wollen wir dahingestellt  
D34 | sein lassen. Sie sicherlich nicht, da bin ich ganz sicher.

D35 |  
D36 | [Preuss (CDU): Die Häkelkultur!]

D37 |  
D38 | Zur materiellen Seite will ich gar nicht groß Stellung nehmen. Ich will  
D39 | Ihnen nur in einer Sache zustimmen: Natürlich ist es richtig, daß wir  
D40 | endlich diese Mauer, die zwar nicht aus Steinen

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1123

- A 1 | **Landowsky**
- A 2 |
- A 3 | besteht, sondern aus den Schlangen und Staus von Ost nach West, endlich
- A 4 | beseitigen. Das ist völlig richtig.
- A 5 |
- A 6 | [Beifall bei der CDU]
- A 7 |
- A 8 | Der Senat hat diesen Beschluß auf Vorschlag des Bausenators einstimmig
- A 9 | gefaßt, und wir wollen das unterstützen. Wir sehen natürlich einen Bedarf,
- A10 | im Ausschuß darüber zu diskutieren. Deshalb haben wir schon am Dienstag im
- A11 | Ältestenrat gesagt, die vorliegenden Anträge möchten wir gerne ausführlich
- A12 | im Ausschuß beraten haben. So werden wir jetzt auch beschließen. Es
- A13 | handelt sich um eine **Exekutiventscheidung**, an **der** wir ein Interesse haben,
- A14 | wobei aber ganz klar ist, daß es sich um keine **Parlamentsentscheidung**
- A15 | handelt. Es ist eine Entscheidung der Regierung, und sie übernimmt die
- A16 | Verantwortung dafür, wann immer und zu welchem Termin sie die Entscheidung
- A17 | fällt.
- A18 |
- A19 | Kurzum: Wir werden dieses Thema im Ausschuß unter allen Gesichtspunkten
- A20 | diskutieren, auch unter konservatorischen Gesichtspunkten und unter
- A21 | solchen des Verkehrs. Natürlich auch unter den Gesichtspunkten des Zugangs
- A22 | von Ost nach West! Und in diesem Zusammenhang muß ich eines sagen: Die
- A23 | Gewerkschaften streiten um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung, und
- A24 | Sie sorgen dafür, daß die Arbeitnehmer zwei Stunden länger auf'm Damm
- A25 | sind. Das ist auch keine soziale Politik!
- A26 |
- A27 | [Beifall bei der CDU - Cramer (Bü 90/Grüne):
- A28 | Kulturvoll, Herr Landowsky! Sehr kulturvoll! -
- A29 | Dr. Köppl (Bü 90/Grüne):
- A30 | Seit wann braucht die S-Bahn zwei Stunden
- A31 | vom Zoo bis zum Alex?]
- A32 |
- A33 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die PDS-Fraktion hat Herr Klein das Wort!
- A34 |
- B 1 | **Klein (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der
- B 2 | Fraktion Bündnis 90/Grüne/Unabhängiger Frauenverband und der
- B 3 | Ergänzungsantrag der FDP zur Rettung des Brandenburger Tores zeigen wieder
- B 4 | einmal deutlich, daß es der Exekutive immer wieder hervorragend gelingt,
- B 5 | an der Legislative vorbei Beschlüsse zu fassen, in deren Ergebnis
- B 6 | parlamentarische Auseinandersetzungen und Beschlußfassungen zu solchen
- B 7 | Beschlüssen notwendig sind. Dem Kollegen Cramer möchte ich sagen, wenn er
- B 8 | bei Herrn Landowsky gut hingehört hat, ich habe bei ihm - im Gegensatz zu
- B 9 | sonst - erhebliche Unsicherheit festgestellt, soweit es den Redebedarf
- B10 | anlangt. Offenbar ist seine Fraktion - abgesehen von den einleitenden
- B11 | Worten - auch nicht so sehr davon überzeugt, daß die Entscheidung richtig
- B12 | ist. Sie kann auch nicht richtig sein, weil es sich dabei wieder einmal um
- B13 | eine **Fehlleistung** des Verkehrssenators handelt, die an allem vorbei
- B14 | getroffen wurde.
- B15 |
- B16 | Erstens ist der Sachverhalt denkmalpflegerisch überhaupt nicht zu
- B17 | verantworten, wie sicher alle Denkmalpfleger bestätigen werden. **Das tun**
- B18 | sie nicht aus Eigensinnigkeit, sondern weil gerade die Verkehrslast in
- B19 | Berlin nicht auf diese Weise gelöst werden kann, wie es der Senat in
- B20 | seiner einseitigen Erklärung zur Öffnung des Brandenburger Tores
- B21 | entschieden hat.
- B22 |
- B23 | Zweitens wird es peinlich für das Parlament - für den Senat ist es das
- B24 | sowieso -, wenn wir über Angelegenheiten beraten, über die sich nicht

B25 einmal die Experten im Hause des Verkehrssenators einig sind: Wie  
B26 eigentlich Linienführungen zu treffen sind. Inzwischen ist klar, daß man  
B27 mit dem Bus durchs Brandenburger Tor will, aber nach wie vor ist die  
B28 Haltestelle am Reichstag, dort, wo die Leute hinwollen. Kollege Cramer hat  
B29 es schon gesagt, eine absolut unausgereifte Lösung wird hier zum Beschluß  
B30 erhoben. Das ist auf jeden Fall abzulehnen.  
B31

B32 Aus dem Hause Haase ist unbedingt ein **Verkehrskonzept** zu fordern und keine  
B33 spontanen Entscheidungen zum Nachteil der Stadt, zum Nachteil der  
B34 Verkehrsplanung, zum Nachteil von Denkmälern, sondern eine vernünftige  
C 1 Verkehrslösung. Das erwarten wir auch zu Olympia; es geht uns nicht nur um  
C 2 die Mieten, wobei Sie uns dann immer als Olympia-Gegner hinstellen. Unsere  
C 3 Fraktion hat mehrheitlich zugestimmt. Ich hoffe allerdings, daß Sie mit  
C 4 der Zeit nicht soweit kommen, daß man dagegen stimmen muß, weil die  
C 5 Auswirkungen **für** die Bevölkerung nicht beachtet werden. Es kann nicht so  
C 6 sein, daß solche Beschlüsse - vorbei an aller Vernunft - Lösungen  
C 7 festschreiben, die im Grunde durch eine vernünftige Verkehrsplanung  
C 8 ersetzt werden müssen.  
C 9

C10 Ich fordere den Senat auf, diesen Beschluß rückgängig zu machen und dem  
C11 Abgeordnetenhaus endlich eine vernünftige Verkehrskonzeption vorzulegen. -  
C12 Danket

C13  
C14 [Beifall bei der PDS]

C15  
C16 **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die SPD hat Herr Dr. Staffelt das Wort!

C17  
C18 [Cramer (Bü 90/Grüne): Da bin ich aber gespannt!]

C19  
C20 - Dann fällt gleich eine Masche!

C21  
C22 **Dr. Staffelt** (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und  
C23 Herren!

C24  
C25 [Frau Künast (Bü 90/Grüne):  
C26 "Sehr geehrter Herr Cramer!"]  
C27

C28 Die Debatte über das Brandenburger Tor ist in den letzten Tagen intensiver  
C29 in der Stadt geführt worden. Als jemand, der schon einige Jahre in diesem  
C30 Parlament sitzt, habe ich bedauert, daß eine Entscheidungsfindung des  
C31 Parlaments bisher in dieser Frage nicht möglich geworden ist, obwohl der  
C32 Senat in dieser Frage vorentschieden hat. Wir als Parlamentarier werden  
C33 mit vielerlei Fragen und mehr oder weniger wichtigen Problemen  
C34 konfrontiert, die zur Entscheidung anstehen. Das **Brandenburger Tor** - im  
D 1 übrigen auch seine Öffnung - hat schon eine **symbolische Bedeutung**. Ich  
D 2 sage dies vor dem Hintergrund, daß es in allen Fraktionen höchst  
D 3 unterschiedliche Auffassungen zur Frage der Öffnung, Beibehaltung des  
D 4 Zustandes und Gestaltung des Brandenburger Tores als besonderer  
D 5 Erlebnisbereich gibt.  
D 6

D 7 [Zuruf von Bü 90/Grüne: Von uns nicht!]

D 8  
D 9 Es wäre mein Wunsch, daß wir diese parlamentarische Debatte führen und es  
D10 am Ende eines solchen Prozesses unter Einbeziehung der Position des Senats  
D11 eine Entscheidung für oder gegen die vom Senat in Erwägung gezogene  
D12 Regelung gibt.  
D13

D14 [Beifall bei der SPD]

D15 Es ist zu berücksichtigen, daß eine Reihe von Konsequenzen für das Denkmal  
D16 Brandenburger Tor bisher nicht geklärt sind. Ich erinnere an die  
D17 Äußerungen des Restaurators der Quadriga heute morgen im Rundfunk oder an  
D18 die Äußerungen der BVG und anderer über die Durchfahrtmöglichkeiten. Das  
D19 muß geklärt werden, denn niemand kann ein Interesse daran haben - auch die  
D20 nicht, die für die Öffnung sind -, daß das Monument gefährdet wird. Ich  
D21 wünschte mir, daß es nicht nur Einzelentscheidungen gibt, sondern das die  
D22 Anregung des Stadtforums aufgenommen wird, ein **Konzept für diesen Bereich**  
D23 zu entwickeln und auf dieser Grundlage eine Entscheidung für oder gegen  
D24 die Öffnung zu fällen.  
D25

D26 [Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP]

D27  
D28 Deshalb sage ich: Es ist fair, daß diese vielfältigen Fragen öffentlich in

D29 | Parlamentssitzungen erörtert werden. Ich möchte an dieser Stelle einen  
D30 | ausdrücklichen Appell an den Senat richten: Erklären Sie bitte auch in  
D31 | Respektierung der verfassungsrechtlichen Stellung des Abgeordnetenhauses  
D32 | heute hier, daß Sie keine Änderung des Zustandes am Brandenburger Tor  
D33 | vornehmen, bis das **Parlament** selbst einen **Meinungsbildungsprozeß** vollzogen  
D34 | hat.

D35 |  
D36 | [Beifall bei der SPD und bei Bü 90/Grüne -  
D37 | Landowsky (CDU): Ach!]

D38 |  
D39 | Dies gehört zur Demokratie; dies gehört auch zum Verständnis der  
D40 | Zusammenarbeit von Exekutive und Legislative. Ich erwarte, daß ein  
D41 | Mitglied des **Senats** vor dem Abgeordnetenhaus hierzu eine **verbindliche**  
D42 | **Erklärung** abgibt.

D43 |  
D44 | [Frau Künast (Bü 90/Grüne): Wer denn?]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1124

---

A 1 | **Dr. Staffelt**

A 2 |  
A 3 | Ich gehe bewußt nicht auf weitere inhaltliche Fragen ein. Die SPD-Fraktion  
A 4 | hat hierzu auf der Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse eine Entscheidung  
A 5 | gefällt. Dies soll nicht Gegenstand sein. Mein Petition ist: Überweisung der  
A 6 | Anträge von Bündnis 90/Grüne und FDP in die Ausschüsse, Ausschußberatung  
A 7 | und am Ende Entscheidung über die Frage: Wird das Brandenburger Tor  
A 8 | geöffnet oder nicht? - Dies ist unsere Überzeugung als SPD-Fraktion, und  
A 9 | ich bitte den Senat, auf unser Begehren hier eine klare und verbindliche  
A10 | Antwort gegenüber dem Parlament zu geben. - Danke schön!

A11 |  
A12 | [Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne]

A13 |  
A14 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die FDP hat Herr Mleczkowski das Wort!

A15 |  
A16 | [Edel (SPD): Na los, Wolfgang, ran! -  
A17 | Wieland (Bü 90/Grüne): Eigentlich wäre es ja Diepgens Aufgabe!]

A18 |  
A19 | **Mleczkowski** (FDP): Meine Damen und Herren! Ich verstehe insofern nicht  
A20 | ganz die Aufregung, als das kurzfristige Lösungen, die an diesem Platze  
A21 | notwendig sind, langfristige Konzepte doch nicht verhindern.

A22 |  
A23 | [Beifall bei der CDU]

A24 |  
A25 | Was wir brauchen sind natürlich langfristige Konzepte. Wer nicht nur im  
A26 | Dienstwagen in der Clara-Zetkin-Straße im Stau gestanden hat, weiß wovon  
A27 | man redet. Wir müssen Ost-West-Achsen aufmachen.

A28 |  
A29 | [Zurufe von Bü 90/Grüne]

A30 |  
A31 | - Warten Sie doch ab; seien Sie nicht so aufgeregt. - Es muß langfristige  
A32 | Lösungen geben, weil Berlin nicht nur Metropole sein will, sondern auch  
A33 | Regierungssitz wird. Sehen Sie sich die Bebauung des Pariser Platzes an,  
A34 | der wieder strukturgerecht hergestellt werden soll! Wie wollen Sie zum  
B 1 | Beispiel an die Amerikanische Botschaft, wenn sie dort wieder gebaut wird,  
B 2 | oder an das Hotel herankommen?

B 3 |  
B 4 | [Zuruf von Bü 90/Grüne Zu Fuß!]

B 5 |  
B 6 | Wollen Sie erst über die Friedrichstraße fahren?

B 7 |  
B 8 | [Anhaltende Zurufe von Bü 90/Grüne]

B 9 |  
B10 | Wir müssen doch einen gewissen Boulevardverkehr Unter den Linden  
B11 | ermöglichen.

B12 |  
B13 | [Starker Beifall und Bravo! von Bü 90/Grüne]

B14 |  
B15 | Es ist genau dasselbe, wie beim Ku'damm. Es kann nicht die Lösung gelten  
B16 | Freie Fahrt für freie Fahrräder! - Und dies in einer Metropole und mitten  
B17 | in der Stadt!

B18 |  
B19 | [Beifall bei der FDP und der CDU -

B20 | Frau Künast (Bü 90/Grüne): Sie sind ja schlimmer als Heckelmann  
B21 | mit seinen Fahrrädern!]

B22 |  
B23 | Es ist - verehrte Frau Künast - für mich die erste Debatte, in der die  
B24 | Grünen nun wirklich auf eine Busspur, nämlich die durch das Brandenburger  
B25 | Tor, verzichten wollen.

[Beifall bei der CDU]

Wir brauchen aber -und damit darf ich auf den Ausgangspunkt zurückkehren- keine Debatte über Ersatzrituale. Die Linden oder das Brandenburger Tor dürfen nicht wie die Havelchaussee damals zur Debatte verkommen.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Wir haben in der Tat wichtigere Probleme in dieser Stadt als die Öffnung des Tores. Aber erzählen Sie mir doch nicht - die, die Sie alle heute morgen SFB 2 gehört haben - ,

[Landowsky (CDU): Wer hört denn das schon!]

daß das ein besonders großes Umweltschutzproblem ist. Glauben Sie, daß es für die Quadriga mehr Umweltschutz bedeutet, wenn die Wilhelmstraße, die Charlottenburger Chaussee respektive Straße des 17. Juni befahren wird, als wenn man unmittelbar durch das Tor fährt? Da entsteht doch kein luftleerer Raum, wenn nicht hindurchgefahren wird.

[Dr. Staffelt (SPD):

Das sieht Herr Hassemer aber anders!]

Der Schmutz verteilt sich in der ganzen Sphäre. Sie müßten sonst das ganze Forum sperren

[Beifall bei Bü 90/Grüne]

und eine Fußgängerzone daraus machen. Dann aber müssen wir uns von der Metropole verabschieden. Ich kann Ihnen nur empfehlen, dieses Experiment doch bitte erst einmal in Klein-Machnow zu machen, als in der Mitte einer Metropole.

[Beifall bei der CDU]

Unter langfristigen Konzepten stellen wir uns etwas anderes vor.

[Dr. Köppl (Bü 90/Grüne): Utopien der 50er Jahre!]

Man müßte sehen, wie man im Zusammenhang mit der jetzt erst einmal provisorischen Öffnung des Brandenburger Tores den ganzen Ost-West-Richtungsverkehr lenkt. Verkehrslenkung heißt nicht unbedingt Verkehrsverhinderung, bedeutet nicht die künstliche Produktion von Staus und nicht, Ampeln wieder auf Behinderungsverkehr zu schalten, wie wir es in einer bestimmten Phase dieser Stadt hatten;

[Wieland (Bü 90/Grüne): Sie sind wohl der Wahlpropaganda der CDU aufgesessen!]

sondern bedeutet, die Mitte befahrbar zu machen. Wir können uns als eine der Möglichkeiten vorstellen, von der Straße des 17. Juni aus Richtungstunnel zu bauen,

[Gelächter bei der SPD und bei Bü 90/Grüne]

weil man die Behrenstraße und die Clara-Zetkin-Straße nicht zusätzlich belasten kann eine Untertunnelung, die gegebenenfalls bis zum Alexanderplatz geht.

[Heiterkeit -

Lehmann (Bü 90/Grüne): Alle Straßen unter die Erde! -

Abg. Dr. Staffelt (SPD): meldet sich zu einer Zwischenfrage.]

Ich empfehle Ihnen, abseits ideologischer Diskussionen einmal darüber nachzudenken, wie Verkehr eigentlich geführt werden kann.

**Präsidentin Dr. Laurien:** Geben Sie das Wort zu einer Zwischenfrage?

**Mleczkowski** (FDP): Im Moment nicht. Ich sehe schon das rote Licht.

D30 | **Präsident Dr. Laurien:** Ja, das rote Licht leuchtet! Sie müssen jetzt bitte  
D31 | zum Schluß kommen.

D32 |  
D33 | **Mleczkowski** (FDP): Ich glaube nicht, meine Damen und Herren, daß die  
D34 | Bundestagsabgeordneten Ihrer Fraktionen mit dem Fahrrad das  
D35 | Regierungsviertel erschließen. Sie werden ebenso ihr Auto benutzen wollen.

D36 |  
D37 | [Beifall bei der FDP und der CDU]  
D38 |

D39 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Von der Gruppe liegt mir keine Meldung vor. Das  
D40 | Wort hat Herr Senator Nagel!

D41 |  
D42 | **Nagel**, Senator für Bau- und Wohnungswesen: Frau Präsidentin! Meine Damen  
D43 | und Herren! Der Senat hat mit seiner Entscheidung vom 17. September, das  
D44 | Brandenburger Tor für den öffentlichen Personennahverkehr - das heißt für  
D45 | Linienbusse, für Taxis und für Radfahrer - zu öffnen, eine längst  
D46 | überfällige, städtebaulich und verkehrspolitisch abgewogene Entscheidung  
D47 | getroffen,  
D48 |

D49 | [Beifall bei der CDU - Buhrufe bei der SPD]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1125

- A 1 | **Sen Nagel**
- A 2 |
- A 3 | eine Entscheidung, die auch der Würde dieses Ortes nicht abträglich ist.
- A 4 |
- A 5 | [Frau Künast (Bü 90/Grüne): O doch!]
- A 6 |
- A 7 | Der Senat hält deshalb grundsätzlich an dieser Entscheidung fest, da er es
- A 8 | in konsequenter Verfolgung seiner bisherigen Politik für seine Aufgabe
- A 9 | hält, auch an dieser Stelle die Teilung der Stadt endgültig zu überwinden.
- A10 |
- A11 | [Beifall bei der CDU -
- A12 | Landowsky (CDU): Richtig!]
- A13 |
- A14 | Der Senat respektiert aber den Wunsch des Parlaments, diese der Regierung
- A15 | zukommende Entscheidung beratend und fördernd zu begleiten.
- A16 |
- A17 | [Heiterkeit bei der CDU und der SPD -
- A18 | Gelächter bei der PDS, bei Bü 90/Grüne und bei der FDP -
- A19 | Frau Künast (Bü 90/Grüne): Sozialdemokraten sind immer feige!]
- A20 |
- A21 | Dazu gehört auch, vor den parlamentarischen Ratschlägen, für die der Senat
- A22 | stets ein offenes Ohr hat,
- A23 |
- A24 | [Gelächter bei der PDS,
- A25 | bei Bü 90/Grüne und der FDP]
- A26 |
- A27 | keine vollendeten Tatsachen zu schaffen. Die Öffnung des Tores für einen
- A28 | deutlich eingeschränkten Verkehr, das heißt für die demonstrative
- A29 | Bevorzugung des öffentlichen Personennahverkehrs, wird deshalb
- A30 | zurückgestellt.
- A31 |
- A32 | [Kammholz (FDP): Umfaller!]
- A33 |
- A34 | Vollzogen wird deshalb lediglich zunächst die Baumaßnahme, die auch ohne
- B 1 | Öffnung des Tores erforderlich wäre.
- B 2 |
- B 3 | Der Senat wird sich bei allen Maßnahmen davon leiten lassen, daß weder das
- B 4 | Brandenburger Tor als Denkmal noch seine Umgebung in städtebaulicher
- B 5 | Hinsicht Schaden nehmen.
- B 6 |
- B 7 | [Frau Künast (Bü 90/Grüne):
- B 8 | Das wäre ja etwas ganz Neues!]
- B 9 |
- B10 | Der Senat geht davon aus, daß das Parlament seine Beratungen zügig
- B11 | durchführt, damit der Beschluß des Senats zum 9. November, dem zweiten
- B12 | Jahrestag der Öffnung der Mauer, vollzogen werden kann.
- B13 |
- B14 | [Beifall bei der CDU]
- B15 |
- B16 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Das Wort hat der Regierende Bürgermeister.
- B17 |
- B18 | **Dieppen,** Regierender Bürgermeister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten
- B19 | Damen und Herren! Zu dem konkreten Punkt, der das Abgeordnetenhaus in
- B20 | besonderer Weise bewegt - ich bewerte es nicht angesichts der
- B21 | Gesamtprobleme der Stadt -, hat der Kollege Nagel eben Stellung genommen.
- B22 |
- B23 | Kollege Dr. Staffelt hat allerdings eine Frage angesprochen, die einen
- B24 | Schritt darüber hinaus geht, und zu dieser Frage möchte ich hier eine
- B25 | Anmerkung machen. Die verfassungsrechtliche Ordnung in unserem Land ist

B26 | geprägt von der Gewaltenteilung. Es gibt eine klare Verantwortung des  
B27 | Senats, das heißt der Verwaltung, auch und gerade für  
B28 | Verkehrsordnungsmaßnahmen. Die Frage des Durchfahrens des Brandenburger  
B29 | Tors ist eine solche Maßnahme.  
B30 |

B31 | Das, was der Kollege Nagel hier vorgetragen hat, ist die Schlußfolgerung  
B32 | aus den Überlegungen des Senats, daß die Exekutive, das heißt die  
B33 | Verwaltung, das Gespräch mit großer Achtung mit dem Parlament sucht. Aber  
B34 | die Verantwortung für diese Entscheidung, die wirklich Verantwortung im  
C 1 | Rahmen der Verwaltung ist, kann das Parlament dem Senat nicht abnehmen.  
C 2 | Ich will mit aller Deutlichkeit sagen Die Entscheidung darüber, ob eine  
C 3 | Straße geöffnet wird oder nicht, kann nicht als Ergebnis der weiteren  
C 4 | Diskussionen im Lande Berlin eine Entscheidung sein, die von über 100  
C 5 | Abgeordneten nach umfassender Diskussion getroffen wird, sondern sie kann  
C 6 | nur unter Berücksichtigung der Gewaltenteilung, der besonderen  
C 7 | Verantwortung,  
C 8 |

C 9 | [Lehmann (Bü 90/Grüne):  
C10 | Wer ist denn die höchste Gewalt in Berlin?]

C12 | aber auch der gegenseitigen Achtung voreinander, zu der die  
C13 | Verfassungsorgane verpflichtet sind, getroffen werden.  
C14 |

C15 | [Beifall bei der CDU -  
C16 | Dr. Köppl (Bü 90/Grüne): Sie brauchen eine Mehrheit!]  
C17 |

C18 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Jetzt hat der Abgeordnete Klein für die PDS das  
C19 | Wort.  
C20 |

C21 | **Klein (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Verlauf der  
C22 | Debatte zeigt, glaube ich, eindeutig, daß dieses scheinbar kleine Thema  
C23 | doch viel mehr von den Fragen aufwirft, als sich "nur" hinter der Öffnung  
C24 | des Tores für den öffentlichen Personennahverkehr und für Radfahrer  
C25 | versteckt.  
C26 |

C27 | Der Regierende Bürgermeister hat eben gesagt, daß es nicht Sache des  
C28 | Parlaments sein könne, wenn es um die Öffnung einer Straße geht. Natürlich  
C29 | kann das nicht Sache des Parlaments sein, dafür gibt es einen  
C30 | Verkehrssenator, und da erwartet man von der Verwaltung vernünftige  
C31 | Entscheidungen. Hier geht es aber nicht um eine Straße, die für den  
C32 | Verkehr geöffnet werden soll, sondern um ein wichtiges Baudenkmal der  
C33 | Stadt, das an dieser Stelle steht. Herr Regierender Bürgermeister, Sie  
C34 | müßten merken, auch das Parlament meint nicht irgendeine Straße, sondern  
D 1 | das Parlament meint den Umgang mit diesem Baudenkmal. Deshalb schlage ich  
D 2 | auch vor, daß eine Überweisung an den Kulturausschuß erfolgt, damit der  
D 3 | Senator für Kulturelle Angelegenheiten und die Denkmalpflege dazu etwas  
D 4 | Entscheidendes sagen können. Wir reden sonst völlig am Thema vorbei. Es  
D 5 | ist einfach schade, daß die CDU nicht merkt, daß hier ein anderes Thema  
D 6 | behandelt wird.  
D 7 |

D 8 | Ich verstehe auch nicht, daß Herr Dr. Hassemer, dem ich viel Kenntnis und  
D 9 | Sensibilität auf dem Gebiet der Kultur zutraue, jetzt im Senat nicht  
D10 | ausgesprochen protestiert hat.  
D11 |

D12 | Es geht also nicht um irgendeine Straße, über die hier zu befinden wäre,  
D13 | sondern darum, wie wir mit diesem Baudenkmal umgehen und wie eine  
D14 | Verkehrslösung gefunden werden kann, die Berlin, dem Zentrum unserer Stadt  
D15 | und den Bürgern gerecht wird und gleichzeitig das Baudenkmal schützt. Das  
D16 | ist das eigentliche Thema, und an ihm, meine Damen und Herren von der CDU  
D17 | und Herr Regierender Bürgermeister, haben Sie bis jetzt immer  
D18 | vorbeigeredet.  
D19 |

D20 | In den Ausschüssen sollte noch einmal gründlich überlegt und bei der  
D21 | Ausschußüberweisung daran gedacht werden, daß angesichts der Thematik auch  
D22 | der Kulturausschuß eingeschaltet werden sollte. - Danke schön!  
D23 |

D24 | [Beifall bei der PDS]  
D25 |

D26 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Das Wort hat der Abgeordnete Cramer.  
D27 |

D28 | **Cramer (Bü 90/Grüne):** Zunächst begrüßt meine Fraktion natürlich, daß am 3.  
D29 | Oktober dieses Brandenburger Tor nicht für Taxis und Busse geöffnet wird.

D30 |  
D31 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
D32 |

D33 | Wir halten es auch für einen Ausdruck des unüberlegten Aktionismus im  
D34 | Senat, daß dieser Beschluß nicht durchgeführt werden kann, weil im  
D35 | nachhinein so viele Probleme aufgetreten sind, die eigentlich vorher  
D36 | hätten erörtert und gelöst werden müssen, um dann zu einer Entscheidung zu  
D37 | kommen.

D38 |  
D39 | [Sen Nagel: Die sind alle gelöst!]  
D40 |

D41 | - Bei Ihnen ist ja immer alles gelöst, Herr Nagel.  
D42 |

D43 | Aber, was der Herr Regierende Bürgermeister hier gesagt hat, verdient  
D44 | allerdings sehr aufmerksame Beachtung. Da geht es gar

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1126

A 1 | **Cramer**

A 2 |

A 3 | nicht mehr um eine Straße, auch nicht um das Symbol der Stadt, sondern da  
A 4 | geht es um das Parlamentsverständnis schlechthin. Wenn Sie sagen, dieses  
A 5 | Parlament, das immerhin den Steuerzahlern jeden Monat Millionen DM kostet,  
A 6 | habe lediglich eine beratende Funktion, Sie könnten ohnehin machen, was  
A 7 | Sie wollen - und das noch fünf Jahre lang, weil Sie einmal gewählt worden  
A 8 | sind -, dann hat das doch mehr mit Feudalismus als mit parlamentarischer  
A 9 | Demokratie zu tun.

A10 |

A11 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS -  
A12 | Preuss (CDU): Das zeigt mir, daß Sie keine Ahnung haben!  
A13 | Das zeigt mir,  
A14 | daß Sie die ganzen Jahre dumm geblieben sind!]

A15 |

A16 | - Herr Schütze, von Ihnen habe ich nur mitbekommen,

A17 |

A18 | [Preuss (CDU): Angenehm Preuss!]

A19 |

A20 | daß Sie sich beim ersten Mal wie ein kläffender Dackel betragen haben, und  
A21 | ich stelle fest, daß Sie das heute auch noch tun.

A22 |

A23 | [Preuss (CDU): Herr Schütze sitzt hinter mir.  
A24 | Aber raten Sie nur weiter, Herr Cramer!]

A25 |

A26 | Ich will das Problem an einem weiteren Beispiel deutlich machen Berlin-  
A27 | Brandenburg. Dazu laufen auf Regierungsebene intensive Gespräche. Es gibt  
A28 | einen Verein "Pro Brandenburg", wo wichtige Entscheidungen gefällt werden,  
A29 | das Parlament aber völlig ausgeklammert wird. Auch das ist kein Ausdruck  
A30 | von parlamentarischer Demokratie. Das Parlamentsverständnis der Regierung  
A31 | erschöpft sich offenbar darin, daß sie einmal das Votum bekommen habe und  
A32 | sie nun fünf Jahre machen könne, was sie will.

A33 |

A34 | [Landowsky (CDU): Der kostet wirklich nur Geld!]

B 1 |

B 2 | Das kann doch nicht Sinn dieser parlamentarischen Debatte und Beratung  
B 3 | sein; denn das könnte man schließlich erheblich billiger haben.

B 4 |

B 5 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]

B 6 |

B 7 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Ich möchte zu unserem eigenen Selbstverständnis  
B 8 | feststellen, daß die Gewaltenteilung in unserem Parlament Platz hat.

B 9 |

B10 | [Beifall bei der CDU -  
B11 | Frau Künast (Bü 90/Grüne): Das hat auch niemand angezweifelt!]

B12 |

B13 | - Doch, das ist eben angezweifelt worden. - Jetzt hat Herr Schwenke das  
B14 | Wort.

B15 |

B16 | [Weitere Zurufe]

B17 |

B18 | **Schwenke** (Neues Forum): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr  
B19 | Regierender Bürgermeister! - Frau Präsidentin, offenbar findet jetzt erst  
B20 | einmal ein Dialog statt.

B21 |

B22 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Nein, Sie haben das Wort. Nehmen Sie das Wort  
B23 | wahr, Herr Abgeordneter!

B24 |

B25 | **Schwenke** (Neues Forum): Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben die

B26 Gewaltenteilung beschwören, und ich habe etwas gelernt Das Parlament  
B27 befindet über die Öffnung oder die Nichtöffnung der Havelchaussee, über  
B28 die Anlage eines Fahrradweges irgendwo im Grenzgebiet, und die Verwaltung  
B29 befindet darüber, ob das Brandenburger Tor geöffnet wird oder nicht.

B30  
B31 [Landowsky (CDU): Ja, und?]

B32  
B33 Ich meine, wir sollten diesen Unsinn nun einmal beiseite lassen. Dann  
B34 frage ich mich allerdings - -

C 1  
C 2 [Preuss (CDU): Dann halten Sie sich daran,  
C 3 was Sie jetzt fordern! -  
C 4 Er versteht das nicht! - Unruhe]

C 5  
C 6 **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Herr Schwenke hat das  
C 7 Wort.

C 8  
C 9 **Schwenke** (Neues Forum): Bei seinem Beschluß, das Brandenburger Tor zum  
C10 Teil zu öffnen, hätte dem Senat eigentlich von vornherein klar sein  
C11 müssen, daß das überhaupt nicht kontrollierbar und schon deshalb auch  
C12 eigentlich nicht praktikierbar ist. Deshalb würde ich empfehlen, nicht nur  
C13 in Ausschüssen darüber zu beraten, wo nur Abgeordnete darüber befinden,  
C14 sondern in dieser Frage Experten heranzuziehen, die einmal alternative  
C15 Projekte auf den Tisch legen.

C16  
C17 Auch die Bundestagspräsidentin, Frau Süßmuth, sagte, daß die  
C18 Verkehrslösung vor dem Reichstag natürlich so nicht richtig sei. Und da  
C19 hat sie recht.

C20  
C21 [Landowsky (CDU): Na, also!]

C22  
C23 Aber das möchte ich nicht entscheiden - das heißt, entscheiden schon, aber  
C24 nicht entwickeln; denn dafür gibt es Fachleute!

C25  
C26 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
C27 Dr. Staffelt (SPD): Eine Konzeption soll auf den Tisch! -  
C28 Stimmt's?]

C29  
C30 **Präsidentin Dr. Laurien:** Jetzt hat Herr Biederbick das Wort.

C31  
C32 **Biederbick** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem wir  
C33 die Ausführungen des Regierenden Bürgermeisters und von Senator Nagel  
C34 gehört haben, können wir feststellen, daß die Koalitionskrise bis zum 9.  
D 1 November vertagt ist. Inzwischen muß das Koalitionsmanagement greifen. Wir  
D 2 werden sehen, was dabei herauskommt.

D 3  
D 4 Aber, Herr Diepgen, Sie haben einen Punkt angesprochen Sie haben auf die  
D 5 verfassungsrechtliche Lage hinsichtlich der Gewaltenteilung in Ihren  
D 6 Ausführungen abgehoben. Nun ist die verfassungsrechtliche Lage aber auch  
D 7 so, daß das Parlament zumindest der Haushaltsgesetzgeber ist; und ich kann  
D 8 mir nicht vorstellen, irgendwo im Haushalt für 1991 einen Ansatz für  
D 9 Umbaumaßnahmen im Bereich des Brandenburger Tores zu finden. Insoweit wäre  
D10 zunächst einmal zu prüfen, ob der Haushaltsgesetzgeber, das Parlament,  
D11 nicht erst zu beteiligen ist - es sei denn, Sie wollten uns den Aberwitz  
D12 vortragen, daß diese Maßnahme aus dem großen Topf der baulichen  
D13 Unterhaltung bezahlt werden kann!

D14  
D15 [Beifall bei der FDP -  
D16 Frau Künast (Bü 90/Grüne): Unterhaltungswert hat es!]

D17  
D18 **Präsidentin Dr. Laurien:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die  
D19 antragstellende Fraktion wünschte die sofortige Abstimmung; vom  
D20 Ältestenrat liegt jedoch die mehrheitlich zustande gekommene Empfehlung  
D21 vor, den Antrag an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe - federführend -  
D22 und an den Ausschuß für Stadtplanung und Stadtentwicklung zu überweisen.  
D23 In der Debatte ist soeben auch noch die Überweisung an den Kulturausschuß  
D24 gefordert worden. Da das im Ältestenrat nicht erwähnt worden ist, stelle  
D25 ich die Überweisung an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe -  
D26 federführend - und an den Ausschuß für Stadtplanung und Stadtentwicklung  
D27 zur Abstimmung.

D28  
D29 [Zuruf von Bü 90/Grüne: Und an den Hauptausschuß!]

D30 |  
D31 | - Hauptausschuß ist selbstverständlich, da es haushaltswirksame  
D32 | Konsequenzen gibt.

D33 |  
D34 | [Anhaltende Unruhe]

D35 |  
D36 | Wir treten in die Abstimmung ein. Wer den genannten Überweisungen  
D37 | zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -  
D38 | Das erste war die Mehrheit; so beschlossen!

D39 |  
D40 | [18]

D41 |  
D42 | Ich rufe auf

D43 | **lfd. Nr. 18**

D44 |  
D45 | **Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über Umsetzung des Berliner**  
D46 | **Energiespargesetzes**

D47 |  
D48 | Die Redezeit beträgt nach der Geschäftsordnung bis zu 5 Minuten pro  
D49 | Fraktion und Gruppe. Für das Bündnis 90 liegt eine Wortmeldung von Herrn  
D50 | Berger vor. - Bitte sehr!

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1127

A 1  
A 2 | **Berger** (Bü 90/Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte  
A 3 | zu diesem Thema den Ball bezüglich der Gewaltenteilung aufnehmen, den der  
A 4 | Regierende Bürgermeister in den Saal geworfen hat.

A 5  
A 6 | [Unruhe]  
A 7

A 8 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Ich bitte, auf dem Gang  
A 9 | wenigstens so viel Platz zu machen, daß der Redner, wenn er schon nicht zu  
A10 | hören ist, doch zumindest zu sehen ist.

A11  
A12 | [Heiterkeit und Beifall]  
A13

A14 | **Berger** (Bü 90/Grüne): Man kann zu den Kompetenzverteilungen in Sachen  
A15 | Brandenburger Tor stehen, wie man will - dazu sind die Fronten eben  
A16 | klargestellt worden. Aber was Gesetze betrifft, so ist die  
A17 | Kompetenzverteilung eindeutig Ein Parlament erläßt die Gesetze, an die  
A18 | sich die Regierung zu halten hat; während dieses Gesetz - das Berliner  
A19 | Energiespargesetz - -

A20  
A21 | [Anhaltende Unruhe]  
A22

A23 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Meine Damen und Herren! Ich muß noch einmal  
A24 | unterbrechen. Wir sind alle durchaus an einen bestimmten Lärmpegel  
A25 | gewöhnt, aber machen Sie es - auch im Hinblick auf die zügige Abwicklung  
A26 | der Sitzung - doch dem Redner nicht so schwer! - Herr Berger, Sie haben  
A27 | das Wort.

A28  
A29 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
A30

A31 | **Berger** (Bü 90/Grüne): Danke schön! - Dieser Fall stellt sich - wie gesagt  
A32 | - wie folgt dar: Das Parlament hat ein - wie wir meinen - gutes und auch  
A33 | unbestritten wichtiges Gesetz erlassen, nur die Regierung hält sich nicht  
A34 | daran. Der Senat hat dieses Gesetz bisher wie eine heiße Kartoffel  
B 1 | behandelt, das heißt es nicht angewendet, sondern einfach in der Schublade  
B 2 | verschwinden lassen. Aus dem Energiespargesetz ist bisher nur eines  
B 3 | umgesetzt worden - wobei es sich um eine unseres Erachtens wesentliche  
B 4 | Einschränkung des Gesetzes handelt -, nämlich es ist das Verbot des  
B 5 | Neuanschlusses von Nachtspeicherheizungen durch eine Rechtsverordnung  
B 6 | erheblich eingeschränkt worden ist.

B 7  
B 8 | Ich möchte Sie nun nicht mit der Aufzählung langweilen, was an wichtigen  
B 9 | Rechtsverordnungen und Richtlinien auf der Basis dieses schon ein Jahr  
B10 | alten Gesetzes hätte erlassen werden müssen, bis jetzt aber unterblieben  
B11 | ist. Vielleicht nur ein Beispiel Es würde festgelegt, daß in den Bezirken  
B12 | jeweils ein Energiebeauftragter geschaffen werden soll, aber noch in  
B13 | diesem Monat hatte der Innensenator nichts Besseres zu tun, als diese  
B14 | Vorlage, die bereits den Hauptausschuß passiert hatte und durch mehrere  
B15 | Anträge von allen Fraktionen bekräftigt worden ist, zurückzustellen und es  
B16 | damit nicht zur Schaffung von Energiebeauftragten kommen zu lassen. Der  
B17 | als fußballfreudig bekannte Innensenator hat dann noch das Eigentor  
B18 | geschossen, daß er meinte, auf diese Weise Personalmittel zu sparen, dem  
B19 | Land Berlin aber in Wirklichkeit dadurch weitere Belastungen auferlegte;  
B20 | denn bekanntlich würden die Energiebeauftragten durch ihre Arbeit zu ganz  
B21 | erheblichen Einsparungen von Haushaltsmitteln beitragen.

B22  
B23 | Dieser Unsinn also, daß nämlich Energiespargesetz nicht verwirklicht wird,  
B24 | hat Methode. Wenn wir uns an die Geburtsstunde dieses Senats  
B25 | zurückerinnern Das Berliner Energiespargesetz fand in Kreisen der

B26 Elektroindustrie und bei der Bewag überhaupt kein Wohlgefallen, und die  
B27 CDU, die sich immer noch als Treibriemen der Industrielobby zu verstehen  
B28 scheint, hat diese Beschwerden aufgegriffen und mit der SPD vereinbart,  
B29 diesem ungeliebten Kind aus dem rot-grünen Liebesleben erst einmal eine  
B30 Bewährungszeit aufzuerlegen. Wenn dieser Kompromiß, den Sie von der SPD  
B31 und der CDU damals geschlossen haben, auch praktiziert würde, könnten wir  
B32 sogar mit ihm leben. Dann werfen Sie aber das Energiespargesetz, bitte,  
B33 auch in die Waagschale der Bewährung, und behandeln es nicht länger wie  
B34 eine heiße Kartoffel, die Sie einfach nicht anpacken wollen!

C 1  
C 2 [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
C 3

C 4 Das ist der Kern unseres Antrags daß Sie, wenn Sie die Bewährung des  
C 5 Gesetzes tatsächlich überprüfen wollen, es konsequent zur Anwendung  
C 6 bringen müssen. Wir erwarten das, und deshalb haben wir dem Parlament  
C 7 diesen Antrag zur Diskussion und - hoffentlich bald - zur Abstimmung  
C 8 gestellt.  
C 9

C10 [Beifall bei Bü 90/Grüne]  
C11

C12 **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die CDU-Fraktion hat Herr Goetze das Wort.  
C13

C14 **Goetze (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende  
C15 Antrag ist in seiner Intention sicherlich unbestritten. Das Energiesparen  
C16 steht auf dem Wunschzettel und ist absolute Notwendigkeit bei allem, was  
C17 wir im Bereich des Umweltschutzes hier miteinander besprechen wollen. Der  
C18 vorliegende Antrag hat allerdings seine Mängel, und dies ist sicherlich  
C19 darauf zurückzuführen, daß das Gesetz vor fast genau einem Jahr äußerst  
C20 kontrovers hier beraten wurde und man ohne wesentliche Änderungen und ohne  
C21 Berücksichtigung der Rechtslage zu einer Abstimmung kam. Drei Beispiele  
C22 mögen das verdeutlichen.  
C23

C24 [Unruhe]

C25 Punkt 13 enthält die Vorgabe, daß eine Rechtsverordnung erlassen werden  
C26 soll, die den Einbau von Außenheizungen sowie von Lüftungs- und  
C27 Klimaanlage im Regelfall verbietet. Das Energieeinsparungsgesetz sieht  
C28 hier allerdings vor, daß dies nur bestimmt werden kann - es ist keine  
C29 zwingende Vorschrift. Die Kapazitätsobergrenzen für Betreiber  
C30 energieerzeugender Anlagen sollen nur dann bestimmt werden, wenn es  
C31 technisch möglich und nicht unverhältnismäßig ist - also auch das ist  
C32 nicht so im Energiespargesetz verankert, wie es der Antrag hier  
C33 suggeriert. - Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß der § 5 des  
C34 Energieeinsparungsgesetzes definiert, daß die Ziele der wirtschaftlichen  
D 1 und sparsamen Haushaltsführung vom Gesetz selber unberücksichtigt  
D 2 geblieben sind und daß daher das, was der Kollege Berger schon  
D 3 angesprochen hat, natürlich voll zum Tragen kommt, nämlich eine praktische  
D 4 Unmöglichkeit, einige dieser Ziele in der derzeitigen Situation zu  
D 5 finanzieren.  
D 6

D 7 [Anhaltende Unruhe]  
D 8

D 9 Das Gesetz ist vor einem Jahr mit der heißen Nadel gestrickt worden; die  
D10 Anhörung betroffener Institutionen ist unterblieben; die Anträge meiner  
D11 Fraktion - der CDU - sind hierzu ignoriert worden. Die Energieversorger  
D12 sind dazu nicht gehört worden; der Energiebeirat hatte erhebliche Bedenken  
D13 zu diversen Passagen des Gesetzes formuliert - auch das hat man in der  
D14 Beratung vollständig ignoriert. Die CDU-Fraktion hat schon vor einem Jahr  
D15 darauf hingewiesen, daß das Gesetz in Teilen gegen das  
D16 Energiewirtschaftsgesetz, das Aktienrecht und das Kartellrecht verstoßen  
D17 könnte.  
D18

D19 Dies alles gilt es in der Beratung dieses Antrags von Bündnis 90/Grüne  
D20 nachzuarbeiten. Das ist hier unser Auftrag, auch wenn unstreitig ist, daß  
D21 die praktische Umsetzung und das, was Intention des Antrags ist, auch von  
D22 meiner Fraktion hier vertreten wird. Allerdings Die Mängel, die damals im  
D23 Gesetzgebungsverfahren fixiert worden sind, die Schwierigkeiten und die  
D24 vermutliche teilweise Rechtswidrigkeit und daher mangelnde Umsetzbarkeit  
D25 des Gesetzes - das wird uns nun nach gut einem Jahr hier mit Sicherheit in  
D26 der Ausschußberatung wieder begleiten, und diese Schwierigkeiten sind  
D27 aufzuarbeiten. Das hat mein Vorredner, der Kollege Berger, leider nicht  
D28 gesagt, und daher, glaube ich, steht uns eine entscheidende  
D29 Ausschußberatung bevor.

[Beifall bei der CDU]

**Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Frau Dr. Müller von der PDS hatte angekündigt, sie würde ihre Rede zu Protokoll geben - aber Sie haben selbstverständlich das Wort. Bitte!

**Frau Dr. Müller** (PDS): Ja, Frau Präsidentin, so ist es. Wir stimmen dem Antrag vom Bündnis 90 zu, und ich gebe meine Rede zu Protokoll!

[Beifall]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1128

---

A 1 | **Frau Dr. Müller**

A 2 |  
A 3 | Dem Antrag zur Umsetzung des Berliner Energiespargesetzes stimme ich  
A 4 | vollinhaltlich zu. Es ist wohl eine Bereicherung des Parlaments, wenn  
A 5 | kritische Energiepolitiker nachrücken.

A 6 |  
A 7 | Die Schadstoffbelastung der Berliner Luft als einer der höchsten in  
A 8 | westlichen Ballungszentren und der kontinuierliche Anstieg des  
A 9 | Elektrizitätsverbrauchs in West-Berlin von 1980 bis 1988 auf 22 v.H. bei  
A10 | überdurchschnittlich hohem Primärenergieverbrauch haben doch wohl  
A11 | konsequenterweise zum Energiespargesetz geführt. - Die bisherige eher  
A12 | Blockadepolitik des neuen Senats stößt m. E. auf berechtigte Kritik, auch  
A13 | von seiten der PDS Berlin.

A14 |  
A15 | Den Antragstext möchte ich nicht kommentieren und nicht ergänzen. Er  
A16 | drückt ausreichend genau die Defizite der Regierungspolitik aus. Mir geht  
A17 | es um einige zusätzliche Betrachtungen, die eine Verstärkung des Antrags  
A18 | begründen sollen.

A19 |  
A20 | Die PDS-Fraktion hat bereits mehrfach und beginnend in der  
A21 | Stadtverordnetenversammlung eingefordert, sich grundsätzlich über die  
A22 | Perspektiven der Energiewirtschaftsstruktur politisch zu verständigen. Wir  
A23 | opponieren nach wie vor gegen die Fusion von Bewag und EBAG als  
A24 | grundsätzlich falschen energiepolitischen Weg. Wir kritisieren ferner die  
A25 | mit der Auflösung des Regionalausschusses verbundene Einstellung der  
A26 | Arbeit an einem Energiekonzept für die Region - es lohnt sich, die  
A27 | Protokolle der Expertengruppe Energiewirtschaft nochmals zu lesen und den  
A28 | dort formulierten Forderungskatalog nach seinem heutigen Umsetzungsstand  
A29 | abzufragen. Nicht zuletzt kritisieren wir den Populismus des Senats,  
A30 | dessen defensive Energiepolitik den Beitritt zum Klimabündnis europäischer  
A31 | Städte konterkariert. Ähnlich interpretiere ich das Programm "Ökologisches  
A32 | Wirtschaften" des Wirtschaftssenators, das weit hinter den Vorschlägen der  
A33 | im Auftrag der Senatsverwaltung durch das IÖW vorgelegten Studie  
A34 | zurückbleibt.

B 1 |  
B 2 | Die Notwendigkeit eines Strukturwandels heutiger Wirtschaftsweise  
B 3 | bestreitet kein ernstzunehmender Politiker. Die Aktivitäten der  
B 4 | verantwortlichen Politiker sind demgegenüber nur gering entwickelt. Die  
B 5 | Bundesrepublik wird durch die regierungsamtliche Interpretation ständig  
B 6 | als der Motor einer weltweiten Klimakonvention dargestellt und  
B 7 | Deutschlands Rolle zur Umweltkonferenz '92 in Rio dementsprechend positiv  
B 8 | herausgehoben. Allerdings scheint mir der Trend eher ein Festhalten an  
B 9 | gesetzlich minimierter, aber eben sanktionierter Umweltzerstörung  
B10 | fortgeschrieben. Ernsthafte Alternativen wie der Vorschlag zur Einführung  
B11 | einer Weltressourcensteuer von Prof. Simonis werden von der konservativen  
B12 | Politik nicht aufgegriffen. Es verwundert schon, weil über die  
B13 | Internalisierung von Umweltschadenskosten alle reden und trotzdem kaum  
B14 | einer etwas tut. Im Gegenteil: Prof. Elmar Altvater sprach in einer  
B15 | Diskussion über die Ökokatastrophe "Golfkrieg" von einem "Krieg um  
B16 | (Niedrig-)Preisstabilität" einer wesentlichen Energieträgerressource.  
B17 | Genau dieser Preis spiegelt eben nicht die tatsächlichen  
B18 | Knappheitsverhältnisse nach Markttheorie wider und ermöglicht das  
B19 | Festhalten an der Wachstumsphilosophie.

B20 |  
B21 | Ich möchte Ihnen abschließend versichern, daß ich mich nicht vom Thema des  
B22 | Antrags wegbewegt habe. Es ist der Versuch, dringend notwendiges  
B23 | kommunales Handeln zu unterstützen und herausfordern. Es ist aber auch der  
B24 | Versuch, die "Instrumentendebatte" am Kochen zu halten, weil wohl allein  
B25 | das Ordnungsrecht in Gestalt des Energiespargesetzes nur ein Baustein sein

B26 kann. Es ist auch der Versuch, an den Senat erneut zu appellieren, auf  
B27 Bundesebene initiativ zu werden - und dies nicht nur als Bittsteller in  
B28 Finanzfragen.  
B29  
B30

B31 Letzte Anmerkung: Der Antrag von Bündnis 90/Grüne macht letztlich sehr  
B32 deutlich, daß Verwaltungshandeln aus der internen Diskussion in die  
B33 öffentliche Diskussion gehoben werden muß. Oder zitiert aus dem Gutachten  
B34 des IÖW: "... die produktive Kraft einer kritischen Öffentlichkeit zu  
C 1 nutzen. Hierdurch dürfte es häufig überhaupt erst ermöglicht werden,  
C 2 naheliegende und umweltverträglichere Lösungen zu finden."  
C 3

C 4 **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön ! - Herr Behrendt, geben Sie auch zu  
C 5 Protokoll?  
C 6

C 7 **Behrendt** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren ! Ich könnte mir  
C 8 jetzt sicherlich auch einigen Beifall sichern, wenn ich meine Rede zu  
C 9 Protokoll gäbe, aber ich muß Sie enttäuschen; ich will das nicht tun.  
C10

C11 [Zurufe]  
C12

C13 Ich tue das auch deshalb nicht, weil der Regierende Bürgermeister eben in  
C14 einer sehr dezenten Anmerkung gesagt hat, er wolle sich jeder Wertung  
C15 darüber enthalten, welchen Stellenwert das Problem, über das eben so  
C16 lebhaft und bei angespannter Aufmerksamkeit des gesamten Hauses diskutiert  
C17 wurde, im Verhältnis zu den anderen vitalen Problemen dieser Stadt denn  
C18 habe. Und ich muß sagen, wir stellen uns sicherlich kein gutes Zeugnis  
C19 aus, wenn wir eine leidenschaftliche Debatte darüber führen, ob BVG-Busse  
C20 und Taxen durchs Brandenburger Tor fahren, und auf der anderen Seite einem  
C21 Problem, das nicht nur diese Stadt und unser Land als Ganzes, sondern die  
C22 ganze Welt betrifft nämlich die **Klimakatastrophe** -, nur geringe  
C23 Aufmerksamkeit schenken.  
C24

C25 [Beifall bei der SPD, der PDS, bei Bü 90/Grüne  
C26 und des Abg. Liepelt (CDU)]  
C27

C28 Wir haben vor mehr als einem Jahr an dieser Stelle das Energiespargesetz  
C29 beschlossen; wir haben es mit breiter Mehrheit beschlossen - auch  
C30 angesichts der Verantwortung, die wir gegenüber der Umwelt und für eine  
C31 Energiepolitik haben, die dazu beitragen soll, schwere, nicht  
C32 wiedergutzumachende Schäden von der Menschheit abzuhalten. Und das Gesetz  
C33 - bei aller Kritik, die eben vom Kollegen Goetze geübt worden ist; es ist  
C34 ja ein geschickter Schachzug des Fraktionsmanagements der CDU, hier einen  
D 1 Newcomer hochzuschicken, der dann Kritik üben kann, ohne daß man einwenden  
D 2 kann, warum er das denn bei der Beratung damals nicht angemerkt hat - hat  
D 3 zumindest bei der Mehrheit dieses Hauses eine hohe Erwartung ausgelöst.  
D 4

D 5 [Palm (CDU): Wir haben das damals angemerkt;  
D 6 Sie sollten mal die Protokolle lesen!]  
D 7

D 8 - Herr Palm, ich will Ihnen mal eines sagen: Sie sollten Ihre Scheuklappen  
D 9 ablegen und versuchen, vorurteilsfrei an die Probleme heranzugehen; das  
D10 wäre der Diskussion hier dienlich!  
D11

D12 [Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne  
D13 - Palm (CDU): Das Thema Nachtspeicherheizungen haben  
D14 Sie bis heute nicht begriffen!]  
D15

D16 Diese hohen Erwartungen sind leider nicht erfüllt worden, und ich kann nur  
D17 das unterstreichen, was der Kollege Berger hier gesagt hat: Der Regierende  
D18 Bürgermeister - -  
D19

D20 **Präsidentin Dr. Laurien:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten  
D21 Palm?  
D22

D23 **Behrendt** (SPD): Nein, ich komme sonst mit der Zeit nicht aus! - Der  
D24 Regierende Bürgermeister, der hier - wie ich fand sehr zutreffende Worte  
D25 zur Gewaltenteilung gesagt hat, sollte auch dafür sorgen, daß in diesem  
D26 Problembereich die Aufgabenteilung strikt eingehalten wird. Das Parlament  
D27 hat ein Gesetz gemacht, und nun ist es die verdamnte Pflicht und  
D28 Schuldigkeit der Exekutive, dies auch umzusetzen. Das ist nämlich Ausfluß  
D29 der Gewaltenteilung!

D30 |  
D31 |

[Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1129

A 1 | **Behrendt**

A 2 |  
A 3 | Es gibt immerhin - das will ich hier zugeben - einen positiven Ansatz: Der  
A 4 | Senator für Wirtschaft und Technologie hat einen Entwurf für einen  
A 5 | **Konzessionsvertrag** erarbeitet, der zwar noch entschieden  
A 6 | verbesserungsfähig ist, der aber wenigstens gute Ansätze zeigt. Und ich  
A 7 | erwarte - das will ich hier in diesem Zusammenhang ausdrücklich sagen -,  
A 8 | daß der Senat darauf dringt, daß der Konzessionsvertrag nach ausführlicher  
A 9 | Beratung möglichst schnell in Kraft tritt, und zwar lange vor Auslaufen  
A10 | des alten Konzessionsvertrages im Jahre 1994, damit dieses unsägliche  
A11 | Fossil aus dem Jahre 1931 endlich beseitigt wird.

A12 |  
A13 | [Beifall bei der SPD, der PDS und bei Bü 90/Grüne]

A14 |  
A15 | Bezeichnend ist allerdings, daß es eine Rechtsverordnung aus dem Hause des  
A16 | Senators Hassemer im Hinblick auf das Verbot von **Neuanschlüssen**  
A17 | **elektrischer Heizungen** gibt, daß er also dieses Gesetz konterkariert, und  
A18 | ich muß Ihnen sagen: Ich kann mich des Eindrucks nicht ganz entziehen, als  
A19 | wäre es immer so, als würden einige Senatsmitglieder immer dann eiligst  
A20 | tätig, wenn materielle Interessen wirtschaftlich starker Lobbyisten auf  
A21 | dem Spiel stehen - siehe auch den Fall Knauthe! -; wenn es aber die  
A22 | Interessen der Umwelt gilt, dann tut man sich sehr schwer, ähnlich schnell  
A23 | tätig zu werden.

A24 |  
A25 | [Beifall bei der SPD und bei Bü 90/Grüne]

A26 |  
A27 | Offenbar hat man, nachdem nun die Elektroinnung befriedigt ist, das Gesetz  
A28 | erst einmal in die Schublade gesteckt, und ich bin insofern dem Kollegen  
A29 | Berger dankbar, daß er sich der Mühe unterzogen hat, hier die  
A30 | Schularbeiten des Senators Hassemer zu machen, und einmal aufgelistet hat,  
A31 | was eigentlich der Umweltsenator selber alles in Angriff hätte nehmen  
A32 | müssen.

A33 |  
A34 | [Beifall bei Bü 90/Grüne]

B 1 |  
B 2 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Lieber Herr Kollege! Wir sind wirklich nicht  
B 3 | kleinlich - aber nun nur noch ein letzter Satz!

B 4 |  
B 5 | **Behrendt (SPD):** Ich sage nur noch einen Schlußsatz: Das Abgeordnetenhaus  
B 6 | hat den Senat dazu bewogen, am 22. April 1991 dem Klimabündnis  
B 7 | europäischer Staaten beizutreten und damit eine Selbstverpflichtung zur  
B 8 | Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes einzugehen. Diese Selbstver-  
B 9 | pflichtung darf keine leere Beteuerung bleiben. Die konsequente Umsetzung  
B10 | des Energiespargesetzes wäre ein wesentlicher Schritt zur Einlösung dieses  
B11 | Versprechens und ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

B12 |  
B13 | [Beifall bei der SPD,  
B14 | der PDS und bei Bü 90/Grüne]

B15 |  
B16 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Danke schön! - Als nächster hat der Abgeordnete  
B17 | Tiedt das Wort!

B18 |  
B19 | **Tiedt (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr  
B20 | Behrendt! Das ist das Problem, wenn man mit einem Gesetz umgehen muß, bei  
B21 | dem der Wunsch der Utopie, und zwar der rot-grünen Utopie aus der  
B22 | vergangenen Legislaturperiode, den Blick für das Machbare verstellt, so  
B23 | daß die Ausführung von unklugen und zum Teil törichten Gesetzen auf große  
B24 | Schwierigkeiten stößt.

B25  
B26 Ich wundere mich aus einem zweiten Grund Sie haben der Kritik zugestimmt,  
B27 daß der Senat die erforderlichen Ausführungsbestimmungen noch nicht  
B28 erlassen hat, und gut gefunden, daß von der antragstellenden Fraktion die  
B29 Schularbeiten gemacht worden seien. Herr Behrendt, ich verstehe nicht,  
B30 warum gerade die SPD-Fraktion in einer Sitzung des Umweltausschusses vor  
B31 einigen Monaten gemeinsam mit der Stimme meiner Fraktion beschlossen hat,  
B32 daß der Senat eine Durchführungsbestimmung zu diesem Gesetz zum 30.  
B33 September dieses Jahres vorlegen soll. Warum haben Sie das vom Senat  
B34 damals nicht unmittelbar gefordert? Warum haben Sie der Möglichkeit  
C 1 zugestimmt, zum 30. September eine entsprechende DVO vorzulegen?  
C 2

C 3 [Abg. Palm (CDU): meldet sich  
C 4 zu einer Zwischenfrage.]  
C 5

C 6 Ich hätte erwartet, daß Sie dem Senat, den Sie selber tragen, mindestens  
C 7 die faire Chance geben, die wir ihm als konstruktive Opposition geben. Ich  
C 8 bin bereit, bis zum 30. September zu warten und zu sehen, ob Herr Senator  
C 9 Hassemer in der Lage ist, bis dahin eine entsprechende  
C10 Durchführungsverordnung vorzulegen. Wir werden sie dann sorgfältig zu  
C11 prüfen haben.  
C12

C13 **Präsidentin Dr. Laurien:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten  
C14 Palm?  
C15

C16 **Tiedt (FDP):** Aber selbstverständlich. Er möge sich aber beeilen, sonst  
C17 geht mir die Redezeit verloren.  
C18

C19 **Präsidentin Dr. Laurien:** Wir sind nicht kleinlich. - Herr Palm, Sie haben  
C20 das Wort!  
C21

C22 **Palm (CDU):** Herr Kollege! Ist Ihnen bekannt, daß das  
C23 Bundeswirtschaftsministerium festgestellt hat, daß gerade der § 22 -  
C24 Verbot des Anschlusses von elektrischen Heizungen - wider Bundesrecht ist?  
C25

C26 **Tiedt (FDP):** Herr Kollege, ich gebe Ihnen recht. Das ist aber nicht das  
C27 einzige Problem in diesem Gesetz, ich habe vorhin versucht, das deutlich  
C28 zu machen. Dieses Gesetz ist entstanden, weil man geglaubt hat, man könne  
C29 sich über bestehendes Recht und Gesetz hinwegsetzen. Das ist das, was wir  
C30 - damals vorübergehend nicht in diesem Haus vertreten - der rot-grünen  
C31 Koalition vorgeworfen haben. Aber gerade deshalb verstehe ich nicht, warum  
C32 sich eine der jetzt den Senat tragenden, großen Fraktionen nur in  
C33 Widersprüchen ergeht. Hier hätte man - ich sagte es bereits - dem Senat  
C34 die faire Chance geben sollen, das zu prüfen, was er für einen bestimmten  
D 1 Zeitpunkt zugesagt hat. Aber dieses Problem haben Sie mit Ihrem Senat und  
D 2 in der großen Koalition auszutragen.  
D 3

D 4 Ich möchte nicht auf die einzelnen Punkte eingehen, weil das die Redezeit  
D 5 weit überschreiten würde, aber lassen Sie mich eine Frage aufgreifen, die  
D 6 in einem anderen Zusammenhang schon erörtert und nochmals zur Debatte  
D 7 gestellt worden ist Die Energiebeauftragten. Ich appelliere dringend an  
D 8 den Senat, die Kompetenzen der gewerblichen und privaten Wirtschaft zum  
D 9 Zwecke der Überprüfung von Energieproblemen in öffentlichen Einrichtungen  
D10 und Gebäuden und für entsprechende Lösungsfindungen mit einzubeziehen, wie  
D11 es die FDP seinerzeit zu diesem Thema eingebracht hat. Was Sie gerade  
D12 wieder tun - und der Kollege von der antragstellenden Fraktion hat das  
D13 irrsinnigerweise nochmals gefordert - ist folgendes: Sie nehmen wieder  
D14 eine Vergrößerung des öffentlichen Dienstes vor, Sie schaffen wieder  
D15 Stellen, es wird wieder ineffizient gearbeitet. Und weil dieses Konzept  
D16 falsch ist, ist es auch richtig, daß bis zum heutigen Tag solche  
D17 Energiebeauftragten weder im Osten noch im Westen der Stadt eingestellt  
D18 worden sind. Verabschieden Sie sich von diesem Konzept,  
D19

D20 [Zuruf des Abg. Berger (Bü 90/Grüne)]  
D21

D22 machen Sie endlich eine vernünftige, effiziente und dennoch sparsame  
D23 Politik. Wenn Sie das immer noch nicht begriffen haben, werden Sie in  
D24 dieser Stadt auch nicht Energiesparen lernen. - Vielen Dank!  
D25

D26 [Beifall bei der FDP]  
D27

D28 **Präsidentin Dr. Laurien:** Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den

D29 | Ausschuß für Umweltschutz - federführend - und an den Ausschuß für  
D30 | Wirtschaft und Technologie. Wer dafür ist, den bitte ich um das  
D31 | Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Damit ist der Antrag überwiesen.

D32 |  
D33 | [19]

D34 |  
D35 | Ich rufe auf  
D36 | **lfd. Nr. 19**

D37 |  
D38 | **a) Drucksache 12/641**

D39 | **Antrag der Fraktion der FDP über Teilprivatisierung bei BVG/BVB**

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1130

A 1 | **Präsidentin Dr. Laurien**

A 2 |

A 3 | **b) Drucksache 12/642**

A 4 | **Antrag der Fraktion der FDP über Abbau des Defizits bei BVG und BVB**

A 5 |

A 6 | Die Redezeit beträgt bis zu fünf Minuten.

A 7 |

A 8 | [Palm (CDU) und Kern (SPD): Wir verzichten!]

A 9 |

A10 | - Hier wird Verzicht gemeldet, dort auch! Bei Ihnen ist noch eine

A11 | Wortmeldung, bitte schön! Immer gibt es einen Ausrutscher.

A12 |

A13 | **Klein (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist kein

A14 | Ausrutscher: Ich gebe den Redebeitrag zu Protokoll.

A15 |

A16 | [Beifall bei der CDU und der SPD]

A17 |

A18 | Werte Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, Ihr Antrag 12/641

A19 | verwundert mich. Im Ausschuß für Verkehr und Betriebe ist oft, zu oft ohne

A20 | erkennbare Ergebnisse über die Verbesserung des öffentlichen

A21 | Personennahverkehrs in unserer Stadt beraten worden. Der Antrag über die

A22 | Teilprivatisierung bei BVG und BVB scheint mir von einer falschen

A23 | Intention geleitet zu sein. Jedem halbwegs Eingeweihten dürfte klar sein,

A24 | daß dieses Riesenunternehmen unüberschaubare Strukturen aufweist und für

A25 | die Stadt eine erhebliche Belastung des Landeshaushaltes darstellt. Ich

A26 | möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß der öffentliche

A27 | Personennahverkehr in dieser Stadt in erster Linie eine Belastung für die

A28 | Bürgerinnen und Bürger und ihre Gäste darstellt. Ein viel zu geringes und

A29 | nicht mehr den Bedürfnissen der Stadt angepaßtes Linienangebot,

A30 | unattraktive Fahrpreise und ein nicht zu akzeptierendes Versorgungsangebot

A31 | in den Abend- und Nachtstunden treibt den potentiellen Kunden der

A32 | Konkurrenz, dem privaten Pkw, in die Arme. Festzustellen ist, daß in

A33 | diesem riesigen Unternehmen der Stadt Berlin Veränderungen dringend

A34 | vonnöten sind.

B 1 |

B 2 | Hier nur einige Beispiele:

B 3 | 1. Die Verwaltungsstrukturen bei BVG und BVB müssen effektiver gestaltet

B 4 | werden. Die Unterstellung, daß allein im Teilunternehmen BVB diese

B 5 | Rationalisierung vorzunehmen ist, belegen bisher eindeutige Analysen in

B 6 | keiner Weise.

B 7 |

B 8 | 2. Die Zahl der Arbeitskräfte und ihr Einsatz im Bereich der BVB wird in

B 9 | der Öffentlichkeit immer wieder als ineffektiv dargestellt. Auch diese

B10 | Behauptung ist bisher durch nichts belegt. Belegt aber ist, daß die BVB in

B11 | den letzten Monaten mit einer hohen Fluktuationsrate im Bereich des

B12 | fahrenden Personals zu kämpfen hat. Ob bei Bus oder Bahn sind die

B13 | Kolleginnen und Kollegen bis an die Grenze des Erlaubten, aber auch

B14 | darüber hinaus im Einsatz. Nichtanerkennung der Dienstjahre, fehlende oder

B15 | unzureichende fachliche Qualifizierung in Bezug auf die neue

B16 | Fahrzeugtechnik führen zu einer stetigen Verschlechterung der

B17 | Arbeitsbedingungen des fahrenden Personals und der Verwaltungskräfte.

B18 |

B19 | Wir stimmen mit Ihnen überein, daß im Gesamtunternehmen BVG/BVB

B20 | Effektivitätsanalysen vorzunehmen sind, deren Ziel allerdings ein

B21 | verbessertes und flächendeckendes Angebot im öffentlichen Nahverkehr und

B22 | eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein muß. Alle Absichten zur

B23 | raschen Privatisierung von Teilen des Eigenbetriebes der Stadt ohne

B24 | gründliche Analyse und der uneingeschränkten Einbeziehung der

B25 | Arbeitnehmervertretungen werden nicht die Zustimmung unserer Fraktion

B26 | finden. Folgerichtig ist der Antrag 12/641 abzulehnen und entsprechend  
B27 | meiner Forderungen nach einer Prüfung der Wirtschaftlichkeit ist der  
B28 | Antrag 12/642 in der hier vorliegenden Fassung zu beschließen.  
B29 |

B30 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Das ist dankenswert. Damit geht es um die  
B31 | Überweisung an den Ausschuß für Verkehr und Betriebe. Wer ihr zustimmt,  
B32 | den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenprobe! - Damit sind die  
B33 | beiden Anträge überwiesen.  
B34 |

C 1 | Lfd. Nrn. 20 bis 22 sind bereits durch die Konsensliste erledigt.  
C 2 |

C 3 | [23]  
C 4 |

C 5 | Ich rufe auf

C 6 | **lfd. Nr. 23, Drucksache 12/646**  
C 7 |

C 8 | **Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über unverzüglichen Baubeginn für die**  
C 9 | **Erweiterung des BerlinMuseums (Jüdisches Museum)**  
C10 |

C11 | Dieser Antrag wurde dem Ausschuß für Kulturelle Angelegenheiten und dem  
C12 | Hauptausschuß vorab überwiesen. Ich stelle die nachträgliche Zustimmung  
C13 | fest.  
C14 |

C15 | Die antragstellende Fraktion wollte noch einmal überlegen, ob sie eine  
C16 | Beratung wünsche oder nicht, denn der Antrag ist bereits im Ausschuß. Sie  
C17 | hatten sich im Ältestenrat noch nicht fest entschieden. - Herr Eckert!  
C18 |

C19 | **Eckert (Bü 90/Grüne):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und  
C20 | Herren! Tatsächlich wurde über den Erweiterungsbau des Berlin-Museums, das  
C21 | Jüdische Museum, bereits im Ausschuß gesprochen. Aber dieses Thema  
C22 | verdient es, daß es von allen in diesem Hohen Hause noch einmal zur  
C23 | Kenntnis genommen wird, denn hier ist Berlin in die Lage versetzt, sich  
C24 | international entsetzlich zu blamieren. Das Jüdische Museum in Berlin ist  
C25 | nicht nur eine Berliner Frage, sondern hierbei schaut die Welt auf Berlin.  
C26 | So schrieb etwa der französische Kulturminister vor wenigen Tagen an  
C27 | Daniel Libeskind, den Architekten dieses international gefeierten Baus,  
C28 | der neben dem Berlin-Museum entstehen soll, er habe sofort, als er davon  
C29 | gehört habe, daß die Planungen für ein Jüdisches Museum ins Stocken  
C30 | geraten seien, an den Regierenden Bürgermeister geschrieben, um ihm zu  
C31 | sagen, daß dieses Museum für alle Bürger unseres Kontinents eine wichtige  
C32 | und bedeutende Einrichtung darstellt und daß es notwendig ist, dieses  
C33 | Museum zu bauen, wenn sich Europa der Vergangenheit bewußt sein soll - und  
C34 | sich Deutschland in diesem Europa als seiner Vergangenheit bewußt zeigen  
D 1 | soll.  
D 2 |

D 3 | [Vereinzelter Beifall bei Bü 90/Grüne]  
D 4 |

D 5 | Nicht nur Jack Lang hat einen solchen Brief an Eberhard Diepgen gerichtet,  
D 6 | auch der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, hat mit Schreiben vom  
D 7 | 15. September 1991 noch einmal dringlich gefordert, daß dieses Museum  
D 8 | unverzüglich gebaut wird:  
D 9 |

D10 | Seit Jahren

D11 | - so schreibt er -

D12 | verfolge ich mit äußerstem Interesse und großer Bewunderung West-  
D13 | Berlins ehrgeiziges Programm für Architektur und Städteplanung. Nun,  
D14 | da die Stadt wiedervereint ist und als Hauptstadt Deutschlands eine  
D15 | besondere Stellung einnehmen wird, gewinnt auch jedes neue Bauwerk  
D16 | an Bedeutung.  
D17 |

D18 | Er schreibt weiter:

D19 | Einmal vollendet wird die Erweiterung des Berlin-Museums durch das  
D20 | Jüdische Museum die Geschichte Berlins von 1870 bis zur heutigen  
D21 | Zeit umfassen und sicher nicht nur eine nationale architektonische  
D22 | Augenweide sein, sondern auch ein Monument internationalen Ausmaßes.  
D23 |

D24 | Und Teddy Kollek mahnt zuletzt:

D25 | Wir sehen mit Erwartung dem Moment entgegen, da dieses Projekt  
D26 | ausgestellt werden kann.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1131

A 1 | **Eckert**

A 2 |

A 3 | Er möchte Berlin mit Enthusiasmus von dem Gedanken erfüllt sehen, daß  
A 4 | dieses Jüdische Museum gebaut wird. Diesen Enthusiasmus muß ich leider bei  
A 5 | den Koalitionsfraktionen - und besonders bei der CDU-Fraktion - vermissen.  
A 6 | Die CDU hat - der Regierende Bürgermeister vorne an - immerfort in den  
A 7 | letzten Wochen und Monaten gesagt Man könnte vielleicht das Ephraim-Palais  
A 8 | dafür verwenden, nur mal kurz die Ausstellung umziehen lassen in eine  
A 9 | kleinere Kammer als es jetzt die Möglichkeiten der Präsentation im Martin-  
A10 | Gropius-Bau darstellten. - Umziehen lassen in eine wesentlich schlechtere  
A11 | Gelegenheit in zentraler City-Lage, keine Integration der jüdischen  
A12 | Geschichte in die Stadtgeschichte, nicht zu wagen, tatsächlich  
A13 | darzustellen, daß die jüdische Geschichte zur Geschichte Berlins gehört,  
A14 | sondern Abschiebung in ein isoliertes Museum, in das Ephraim-Palais,  
A15 | sozusagen in die Luxusabstellkammer!

A16 | Das darf nicht passieren. Wir haben deshalb einen Antrag eingebracht, in  
A17 | dem wir dazu auffordern, den unverzüglichen Baubeginn zu gewährleisten und  
A18 | die Mittel dafür unverzüglich bereitzustellen. Die Koalition beantragt mit  
A19 | ihrem Änderungsantrag, daß berichtet werden solle, wie der Senat das  
A20 | hinbekommen wolle, daß er das ganze Ding doch möglichst schnell bauen und  
A21 | 1993 anfangen könne. - Das reicht nicht aus. Wir haben schon viele  
A22 | Verpflichtungsermächtigungen in diesem Hohen Hause erlebt - für die  
A23 | Landesmusikakademie und für andere Projekte wie die Amerika-  
A24 | Gedenkbibliothek, die jetzt auf Nimmerwiedersehen abgeschoben wird.

A25 |

A26 | Wir brauchen diese entschlossene Entscheidung des Berliner  
A27 | Abgeordnetenhauses für den sofortigen Baubeginn des Jüdischen Museums beim  
A28 | Berlin-Museum. Nur so können wir international bestehen. - Vielen Dank,  
A29 | meine Damen und Herren!

A30 |

A31 | [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]

A32 |

A33 | **Präsidentin Dr. Laurien:** Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Lehmann-Brauns  
A34 | das Wort!

B 1 |

B 2 | **Dr. Lehmann-Brauns** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr  
B 3 | Kollege Eckert, es bedarf keinerlei Zitate von noch so hochmögenden  
B 4 | Leuten! Diese große Koalition will das Berlin-Museum in seiner  
B 5 | Erweiterung, und sie wird es in dieser Koalitionszeit auch realisieren!

B 6 |

B 7 | [Beifall des Abg. Sander (SPD)]

B 8 |

B 9 | Dies nicht nur deshalb, weil es so in der Koalitionsvereinbarung steht,  
B10 | die wir ernst nehmen, sondern auch deshalb, weil es ein Stück  
B11 | Selbstverwirklichung dieser Stadt ist, diese Erweiterung zu bauen.

B12 |

B13 | Sie haben - möglicherweise unabsichtlich - oft den Begriff "Jüdisches  
B14 | Museum" verwendet. Ich fordere Sie auf, diesen Sprachgebrauch zu ändern  
B15 | und von der "**Erweiterung des Berlin-Museums**" zu sprechen! Warum? - Es ist  
B16 | gerade das Ethos dieser Stadt, daß wir keine Unterschiede anerkennen  
B17 | zwischen dem Berliner und dem jüdischen Geist und beides zusammengehört.  
B18 | Diese Stadt verdankt ihre Ausstrahlung, ihren Weltruf vor allem in den  
B19 | 20er Jahren keinen geringeren als den Einsteins, den vielen  
B20 | Schriftstellern, Musikern, Bildhauern und Malern, die jüdischer Herkunft  
B21 | oder jüdischen Glaubens waren. Deshalb ist es für diese Koalition  
B22 | selbstverständlich, daß sie versuchen will, mit diesem Erweiterungsplan an  
B23 | die große Zeit anzuknüpfen.

B24 |

B25 | Daß Sie nun dem Regierenden Bürgermeister ein Denkverbot auferlegen wollen

B26 in der Frage, ob eine Realisierung dieses Gedankens auch in anderer Weise  
B27 möglich gewesen wäre, disqualifiziert Sie eher, als daß es Ihnen Ehre  
B28 macht. Meine Fraktion hat von Anfang an klargestellt, daß der Gedanke der  
B29 Integration für sie überragend ist und deshalb der Standort **Ephraim-Palais**  
B30 nicht in Frage kommt.  
B31

B32 Allerdings war zu prüfen und zu klären, ob nicht vor allem seitens der  
B33 Jüdischen Gemeinde der Wunsch besteht, die Kontinuität des geistigen  
B34 Lebens vielleicht in der Oranienburger Straße, in der dort wiederent-  
C 1 stehenden Synagoge, fortzusetzen.  
C 2

C 3 [Sander (SPD): Dann wäre es ein Jüdisches Museum!]  
C 4  
C 5

C 6 Nach Prüfung dieser Frage ist jedoch auch meine Fraktion der Auffassung,  
C 7 daß der alleinige künftige Standort der Erweiterungsbau des Berlin-Museums  
C 8 sein wird.  
C 9

C10 Natürlich ist es einfach für Herrn Eckert, der - glücklicherweise - nicht  
C11 in der Haushaltsverantwortung steht, hier zu fordern, daß alle wichtigen  
C12 **kulturellen Neubauvorhaben** im kommenden Jahr realisiert werden sollen. Das  
C13 ist sehr einfach.  
C14

C15 [Cramer (Bü 90/Grüne): Unterbreiten Sie doch einen  
C16 Vorschlag!]  
C17

C18 Für die Koalitionsfraktionen ist es auf der einen Seite schmerzlich, aber  
C19 auf der anderen Seite eine Realität, daß sie sich einverstanden erklären  
C20 muß mit der Verschiebung dieses Projektes ebenso wie mit dem der AGB, der  
C21 Erweiterung des Landesarchivs, der Erweiterung der Akademie der Künste.  
C22 Das sind zwingende Folgen aus einer Sparsituation, die sich niemand  
C23 gewünscht hat, die wir aber bewältigen müssen.  
C24

C25 Aus diesem Grund wiederhole ich abschließend das von mir am Anfang  
C26 Gesagte: Diese Koalition steht zu der Entscheidung für den Erweiterungsbau  
C27 des Berlin-Museums. Diese Koalition hat einen Antrag verabschiedet - ich  
C28 nehme an, Herr Kollege Sander wird diesen noch im einzelnen begründen -,  
C29 der das ausweist. Aus diesem Grund sind Ihre Bedenken gegenstandslos. Ich  
C30 danke Ihnen!  
C31

C32 [Beifall bei der CDU]  
C32

C33 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion der PDS hat Herr  
C34 Abgeordneter Klein das Wort!  
D 1

D 2 **Klein** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bis vor einigen  
D 3 Monaten war es eigentlich sicher: 1995 wird das Jüdische Museum eröffnet.  
D 4 Doch nun soll der Bau verschoben werden. 1989, als Daniel Libeskind den  
D 5 Architekturwettbewerb gewann, wurde auch die Realisierung des Baus  
D 6 beschlossen. Darüber waren alle glücklich, weil es nicht oft der Fall ist,  
D 7 daß die Entwürfe der Leute, die die Wettbewerbe gewinnen, auch realisiert  
D 8 werden.  
D 9

D10 Ich erinnere daran, daß das eine Zeit intensiver Auseinandersetzung mit  
D11 dem schwärzesten Kapitel deutscher Geschichte war. Die Jahre des  
D12 **Verdrängens** und **Vergessens** wurden durch vielbeachtete Veröffentlichungen,  
D13 Filme und Projekte in verschiedenen Medien immer wieder deutlich. In  
D14 dieser Zeit der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Holocaust wurde  
D15 die Entscheidung für das Jüdische Museum getroffen. Die gesellschaftliche  
D16 Akzeptanz war durch die damalige öffentlichen Debatten gegeben. Es galt,  
D17 den Reichtum des wirtschaftlichen und künstlerischen Wirkens von 200.000  
D18 Berliner Juden und die Leere, nach deren Vernichtung deutlich zu machen.  
D19

D20 Jetzt, wo die Bundesrepublik fünfzehn neue Länder dazubekommen hat,  
D21 entfällt die dem Bau vorher zugestandene Priorität. In der geschlossenen  
D22 Beratung haben CDU- und SPD- Regierung das Projekt als nicht dringlich  
D23 eingestuft. "Verschoben" hieß es lakonisch im August, und von Finanznöten  
D24 war die Rede. Auch wenn Herr Dr. Lehmann-Brauns jetzt sagt, daß die  
D25 Fraktion der CDU dafür ist, glaube ich, daß dies zunächst nur  
D26 Lippenbekenntnisse sind. Ich glaube - Herr Eckert hat das auch gesagt -,  
D27 daß erst der internationale Aufschrei zu der etwas eilfertigen Zusicherung  
D28 "Aufgeschoben ist nicht aufgehoben" geführt hat. Die Planungen gehen erst  
D29 einmal weiter. Der Architekt wird zu weiteren Wettbewerben in Berlin

D30 | gebeten. Alles scheint momentan wieder im Lot zu sein. Doch ich sehe unter  
D31 | der Oberfläche eine gewisse Unwilligkeit und Ungehaltenheit dem Projekt  
D32 | gegenüber. Ich glaube, die Beschäftigung mit dem Abreißen des Denkmals und  
D33 | dem Bau des Jüdischen Museums muß in richtige Relation gebracht werden.  
D34 |  
D35 | Der Kultursenator hat sich anlässlich der Übergabe der Bildnisse jüdischer  
D36 | Bürger an das Berlin-Museum befriedigt über das Stimmverhalten im  
D37 | Kulturausschuß geäußert und hofft auf den entsprechenden Beschluß des  
D38 | Abgeordnetenhauses über den Baubeginn 1993. Doch das ist - sehr verehrter  
D39 | Herr Roloff-Momin - Augenwischerei. Die vorliegende Formulierung sichert  
D40 |

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1132

A 1 | Klein

A 2 |

A 3 | keineswegs den Baubeginn. Nur wenn wir den Ausgangsantrag gegen jegliche  
A 4 | Verzögerung und den Baubeginn 1992 beschließen, sind wir konsequent.

A 5 |

A 6 | Die Ereignisse der letzten Wochen, die Debatten über die Ausländerpolitik  
A 7 | und die Arroganz der Macht haben uns gezeigt, daß wir mit vernünftigen  
A 8 | Beschlüssen besser fahren. Ich erwarte ein eindeutiges und umkehrbares  
A 9 | Bekenntnis zum Jüdischen Museum. Meine Fraktion ist dafür, daß dieser  
A10 | Antrag ohne Einschränkung bestätigt wird. - Danke!

A11 |

A12 | [Beifall bei der PDS]

A13 |

A14 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Sander für  
A15 | die Fraktion der SPD das Wort!

A16 |

A17 | **Sander (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich  
A18 | bin froh darüber, daß wir uns - und inzwischen auch der Senat - nach  
A19 | anfänglichen Irritationen, die in der Mitte des Vormonats in der Tat aus  
A20 | der CDU-Fraktion kamen, in der Frage des Jüdischen Museums im Berlin-  
A21 | Museum nunmehr gemeinsam auf eine Entscheidung zu bewegt haben und noch  
A22 | weiter zu bewegen, die eine Realisierung des Erweiterungsbaus endlich in  
A23 | greifbare Nähe rückt. Alle Fraktionen dieses Hauses haben sich am Montag  
A24 | in der Sitzung des Kulturausschusses darauf verständigt - bei  
A25 | Stimmhaltung von zwei Oppositionsfraktionen -, dem Senat einen Bericht  
A26 | abzufordern, in dem dargelegt wird, wie der Baubeginn des Entwurfs von  
A27 | Daniel Libeskind im Jahre 1992 vorbereitet und in dem aufgezeigt wird,  
A28 | daß, nicht ob und nicht wie, sondern daß er 1993 realisiert wird. Es ist  
A29 | auch höchste Zeit.

A30 |

A31 | Die Grundsatzentscheidung, dem Berlin-Museum ein spannendes Meisterwerk  
A32 | anzufügen, das im übrigen der Stadt ein architektonisches Glanzlicht  
A33 | aufstecken wird, fiel bereits im Vorgängersanat zu Beginn des vorigen  
A34 | Jahres nach langer, quälender Vorgeschichte. Die jetzige Koalition hat  
B 1 | dankenswerterweise diese Entscheidung bekräftigt.

B 2 |

B 3 | Es ist kein Ruhmesblatt für Berlin, daß es ein halbes Jahrhundert nach den  
B 4 | schrecklichen Verbrechen an den deutschen und europäischen Juden in  
B 5 | unserer Stadt keinen Ort gibt, an dem der unauflösbare Zusammenhang  
B 6 | zwischen der Berliner Stadtgeschichte und der Kultur des Berliner  
B 7 | Judentums dokumentiert wird. Denn genau darum geht es ja. Dieses Museum  
B 8 | ist nicht ein Museum der Berliner Juden oder für sie. Das ist es natürlich  
B 9 | auch. Aber es ist ein Museum, in dem für alle Berliner und für die  
B10 | Besucher dieser Stadt sinnlich erfahrbar gemacht werden soll, wie eng  
B11 | Geschichte und Kultur des Judentums mit der Stadt selbst verflochten sind,  
B12 | und auch, wie eigenständig sie gewesen sind.

B13 |

B14 | Deswegen ist ein isolierter Standort, wie er vom Regierenden Bürgermeister  
B15 | ins Gespräch gebracht worden ist, etwa das **Ephraim-Palais**, ein  
B16 | ungeeigneter, ein falscher Standort. Er verfehlt,

B17 |

B18 | [Zuruf des Abg. Dr. Lehmann-Brauns (CDU)]

B19 |

B20 | Herr Lehmann-Brauns, historisch, kulturpolitisch, konzeptionell und  
B21 | museumspädagogisch die integrative Kraft dieser Verflochtenheit. Der  
B22 | Regierende Bürgermeister sollte sich nicht auf Ratgeber verlassen, die  
B23 | Zeitgeist konservieren wollen. Er soll sich auf sich selbst verlassen und  
B24 | auf das, was er im Jahre 1986 zu der vorliegenden Konzeption und auch zur  
B25 | Eilbedürftigkeit dieses Vorhabens gesagt hat.

B26  
B27 Eine Stadt, die sich anschickt Weltstadt und eines der bedeutendsten  
B28 europäischen Kulturzentren zu werden, muß sich ihrer eigenen Geschichte  
B29 stellen. Sie muß ein aktives Bekenntnis zu ihren hellen und dunklen  
B30 Epochen ablegen. Dazu gehören die Verbrechen der deutschen Faschisten und  
B31 unzähliger Mitläufer, die wo nicht mitgemacht, so doch stillschweigend  
B32 zugeschaut haben. Wir sprachen in einem anderen bedrückenden Zusammenhang  
B33 heute schon einmal darüber. Aber dazu gehört auch das Wissen darum, daß  
B34 über Jahrhunderte hinweg das kulturelle Leben Berlins in seiner Substanz  
C 1 von den hier lebenden Juden entscheidend mitgestaltet wurde. Ein Verzicht  
C 2 auf das Jüdische  
C 3  
C 4

C 5 Museum, aber auch nur ein Verzögern seiner Errichtung wäre ein Verzicht  
C 6 auf einen Teil der eigenen Geschichte, ein fataler Beitrag zur  
C 7 Geschichtsvergessenheit.  
C 8

C 9 [Beifall bei der SPD und bei Bü 90/Grüne]  
C10

C11 Wir selbst müssen den Spuren unserer Geschichte nachgehen, aber auch  
C12 denen, die zu uns kommen, müssen diese Spuren auffindbar gemacht werden.  
C13 Die weltweiten Reaktionen, von Teddy Kollek bis Jack Lang, auf die anfangs  
C14 erwähnten Irritationen haben übrigens gezeigt, wie aufmerksam, wie  
C15 sensibel die Weltöffentlichkeit auf das wiedervereinigte Berlin blickt.  
C16 Auch dies wollen und müssen wir bedenken. Wir dürfen kein falsches Signal  
C17 setzen.  
C18

C19 [Beifall bei der SPD]  
C20

C21 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Bitte schön, Herr Wiemann!  
C22

C23 **Wiemann (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind  
C24 selbstverständlich für den Bau dieses Jüdischen Museums. Ich denke, in  
C25 schwierigen Haushaltszeiten kann man eine Verzögerung, wie sie jetzt auch  
C26 nach der Beschlußlage eintritt, hinnehmen. Aber man kann nicht ein  
C27 Abweichen von der Richtung hinnehmen. Insofern stimmen wir mit dem im  
C28 Kulturausschuß errungenen Kompromiß überein. Wir sollten nur in einer  
C29 Hinsicht noch daran arbeiten. Es gibt zusätzlich zu dieser Planung mit dem  
C30 integrativen Modell des Berlin-Museums jetzt eine Situation, die durch den  
C31 Fall der Mauer anders geworden ist. Eine Harmonisierung der Konzepte  
C32 unabhängig von dem Baugeschehen, eine Harmonisierung der Konzepte mit der  
C33 Gedenkstätte in der neuen Synagoge in der Oranienburger Straße ist  
C34 notwendig und erforderlich und sollte im Rahmen des Möglichen  
D 1 berücksichtigt werde. - Danke!  
D 2

D 3 [Beifall bei der FDP]  
D 4

D 5 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
D 6 Der Antrag ist bereits überwiesen worden und wird in dem Ausschuß weiter  
D 7 beraten.  
D 8

D 9 [24]  
D10

D11 Wir kommen nun zur  
D12

D13 **lfd. Nr. 24, Drucksache 12/650:**  
D14

D15 **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über**  
D16 **schnellstmögliche (Wieder-)Ausweisung von Naturschutzgebieten,**  
D17 **Landschaftsschutzgebieten und Naturdenkmälern in den östlichen Bezirken**  
D18

D19 Die Redezeit beträgt nach der Geschäftsordnung bis zu fünf Minuten pro  
D20 Fraktion und Gruppe. Wird das Wort gewünscht? Frau Dr. Müller für die  
D21 Fraktion der PDS - bitte schön!  
D22

D23 **Frau Dr. Müller (PDS):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!  
D24 Eigentlich ist dieser Antrag eine Zumutung, weil er fordert, was es in der  
D25 DDR schon längst gab.  
D26

D27 [Dr. Lehmann-Brauns (CDU): DDR gibt's nicht mehr!  
D28 Gott sei Dank!]  
D29

D30 | Ich beginne mit der Formulierung in der Antragsbegründung, daß ungewollt  
D31 | die im Ostteil Berlins bestehenden Schutzvorschriften für Naturflächen und  
D32 | Objekte durch das **Berliner Mantelgesetz** aufgehoben wurden. Meine Fraktion  
D33 | hat in der Stadtverordnetenversammlung nicht ohne Grund gegen die Art und  
D34 | Weise protestiert, wie dem Ostteil der Stadt das West-Berliner Landesrecht  
D35 | übergestülpt wurde, und hat auch dagegen gestimmt. Wer weiß, was noch  
D36 | alles ungewollt vereinheitlicht wurde. Außerdem war der  
D37 | zusammengeschnürte Einigungsvertrag schon unterschrieben. Spätestens da  
D38 | war klar, daß die **DDR-Umweltbestimmungen**, vor allen Dingen zum  
D39 | Naturschutz, den Bach heruntergelaufen waren.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1133

A 1 | **Frau Dr. Müller**

A 2 |  
A 3 | Der Antrag ist jetzt dringend nötig, um die gemachten Fehler sozusagen  
A 4 | rückgängig zu machen. In Gesprächen mit Naturverbänden und  
A 5 | Bürgerinitiativen kam immer wieder zum Ausdruck, daß die Angst nicht  
A 6 | unbegründet ist, daß die **Unterschutzstellung** unterlaufen wird. Überall  
A 7 | werden Projekte von Straßen, Olympiabauten, Gewerbehöfen diskutiert, die  
A 8 | natürlich auch Grün zerstören.

A 9 |  
A10 | Dieser Antrag ist schlichtweg ein Plagiat, um es vornehm zu sagen, denn er  
A11 | war schon da. Mein Kollege Dirk Schneider von der PDS-Fraktion hat am  
A12 | 23. Mai in diesem Hause einen Antrag über die sofortige gesetzliche  
A13 | Sicherung von Grün- und Freiflächen eingebracht. Der Senat wurde darin  
A14 | beauftragt, Grün- und Freiflächen sowie Gebiete des Natur- und  
A15 | Landschaftsschutzes und der langfristigen Sicherung der  
A16 | Trinkwasserversorgung so zu sichern, daß eine Nutzungsänderung bis zur  
A17 | Wirksamkeit des neuen Flächennutzungsplans ausgeschlossen wird. Auf dem  
A18 | Weg eines **Vorschaltgesetzes zum Flächennutzungsplan** bzw. zum  
A19 | Landesplanungsgesetz sollte diese Sicherung erfolgen. In der Begründung  
A20 | legten wir dar, daß gerade im Ostteil der Stadt durch den Druck von  
A21 | Investoren die Gefahr besteht, daß Grün- und Freiflächen zur Bebauung  
A22 | freigegeben werden.

A23 |  
A24 | Die von Politikern und Planern vielfach betonten Bekundungen von Tabuzonen  
A25 | der Grün- und Landschaftsgebiete müssen schnellstens eine gesetzliche  
A26 | Grundlage bekommen, damit sie nicht schon morgen zu Lippenbekenntnissen  
A27 | verkommen sind.

A28 |  
A29 | Das war - wie gesagt - am 23. Mai. Seitdem geht dieser Antrag den langen  
A30 | Weg durch die Ausschüsse. Da wird ein wichtiger Antrag der Opposition auf  
A31 | die lange Bank geschoben, dann zieht die Koalition irgendwann einen  
A32 | ähnlich lautenden Antrag aus der Tasche, weil die Probleme in der Tat  
A33 | drückend und drängend sind, und nimmt es hin, daß wertvolle Zeit  
A34 | verstreicht. - Wie Sie das Ihren Wählern klarmachen wollen, das bleibt Ihr  
B 1 | Geheimnis. Alles Beteuern vom Wert der Opposition bleibt dann nur Gerede.  
B 2 | - Hätten Sie damals unserem Antrag zugestimmt, könnten wir heute schon  
B 3 | über ein Vorschaltgesetz debattieren.

B 4 |  
B 5 | Ost-Berlin verfügte über 120 geschützte Flächen. Wie man hört, sind jedoch  
B 6 | nur für 35 Flächen Geld, Material und Personal vorhanden. Außerdem brauche  
B 7 | man acht Jahre - bei Einsetzung aller Kräfte sechs Jahre -, um die  
B 8 | Sicherstellung wirksam zu machen. Wir sind gegen eine Begrenzung der  
B 9 | schützenswerten Flächen in Ost-Berlin von 120 auf 35. Der Schutz von  
B10 | Biotopen ist im Berliner Naturschutzgesetz festgeschrieben, u. a. im § 30  
B11 | a - und daran sollte man sich auch halten. Wenn es nach uns ginge, sollte  
B12 | man über diesen Antrag sofort abstimmen.

B13 |  
B14 | [Liepelt (CDU): Das machen wir!]

B15 |  
B16 | Sonst ist es wieder Dezember, und dieser Antrag hätte sich wie so viele  
B17 | andere - von selbst erledigt. Auch die Natur wäre dann allerdings ein  
B18 | weiteres Stück erledigt worden. Meine Fraktion wird diesem Antrag  
B19 | zustimmen. - Danke!

B20 |  
B21 | [Beifall bei der PDS]

B22 |  
B23 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** War das nun eine Wortmeldung Herr  
B24 | Behrendt? - Ja. Für die Fraktion der SPD der Kollege Behrendt!

B25 |

B26 **Behrendt** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Mal will  
B27 ich die Erwartungen der Präsidentin erfüllen und gebe meine Rede zu  
B28 Protokoll.

B29  
B30 [Beifall bei der SPD und der CDU]  
B31

B32 Die im Ostteil Berlins nach altem Recht unter Schutz gestellten Flächen  
B33 und Objekte haben durch eine gesetzestechnische Lücke ihren Schutzstatus  
B34 verloren. Im Ostteil der Stadt waren nach DDR-Recht sowohl Schutzgebiete  
C 1 der Kategorie "Naturdenkmal" wie etwa 120 der Kategorie "Flächendenkmal"  
C 2 ausgewiesen. Es muß nun schnellstens sichergestellt werden, daß für die  
C 3 nach dem Bundesnaturschutzgesetz und dem Landesnaturschutzgesetz zu  
C 4 schützenden Flächen und Objekte eine einstweilige Sicherstellung verfügt  
C 5 wird, bis eine dauerhafte Sicherung möglich ist.

C 6  
C 7 Darüber hinaus müssen die Arbeiten am Landschaftsprogramm im Ostteil der  
C 8 Stadt, für das am 27. Oktober 1990 der Aufstellungsbeschluß gefaßt wurde,  
C 9 mit Nachdruck fortgeführt und abgeschlossen werden. Parallel dazu müssen  
C10 von den Bezirken die Verfahren zur Aufstellung von Landschaftsplänen  
C11 eingeleitet werden. Vor allem für das Wuhletal, den Malchower See, die  
C12 Kaulsdorfer Seen sowie für noch unbebaute Flächen in Weißensee, Pankow und  
C13 Hohenschönhausen sollten Landschaftspläne so schnell wie möglich  
C14 eingeleitet werden, um den Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft zu  
C15 gewährleisten.

C16  
C17 Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß die Landschaftsplanverfahren im  
C18 Ostteil der Stadt schneller vorankommen als im Westteil, wo zur Zeit ca.  
C19 60 Landschaftspläne in Arbeit sind, aber bisher lediglich zwei  
C20 festgestellt wurden.

C21  
C22 Immerhin wurden in den Jahren 1986 bis 1990 35 Schutzverordnungen im  
C23 Ostteil der Stadt erlassen. Vier weitere Unterschutzstellungsverfahren  
C24 sollten schnellstens abgeschlossen werden, nämlich für die künftigen  
C25 Naturschutzgebiete Murellenschlucht in Charlottenburg, Havelländisches  
C26 Luch in Spandau, Birkenhaag in Tempelhof und die Kiesgruben im Jagen 86  
C27 des Grunewaldes.

C28  
C29 Gerade angesichts der künftigen Rolle Berlins als Sitz von Bundestag und  
C30 Bundesregierung sowie gegebenenfalls als Austragungsort der Olympischen  
C31 Spiele im Jahre 2000 kommt es darauf an, auch ökologischen Erfordernissen  
C32 ausreichend Rechnung zu tragen. Wir erwarten daher vom Senat einen Bericht  
C33 über Zustand und Schutzwürdigkeit weiterer Naturflächen, der deutlich  
C34 machen soll, daß der Senat sich dem Ziel des ökologischen Stadtumbaues  
D 1 weiter verpflichtet fühlt.

D 2  
D 3 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Das ist ein sehr freundliches  
D 4 Entgegenkommen, Herr Kollege!

D 5  
D 6 Für die Fraktion Bündnis 90/Grüne Herr Dr. Berger, bitte! Sie geben Ihre  
D 7 Rede ebenfalls zu Protokoll? - Vielen Dank!

D 8  
D 9 **Berger** (Bü 90/Grüne):  
D10

D11 Der Antrag von CDU und SPD zur Sicherung ehemals geschützter Naturflächen  
D12 in Ost-Berlin findet unsere volle Unterstützung. Es handelt sich, wie die  
D13 einschlägigen Fachpolitiker in diesem Hause wissen, um einen sehr hohen  
D14 Flächenanteil in den östlichen Bezirken: 3,5% des dortigen Stadtgebiets  
D15 stehen unter Naturschutz bzw. sind flächenhafte Naturdenkmale, und 20 %  
D16 der Fläche stehen unter Landschaftsschutz. Es kann nicht angehen, daß in  
D17 der gegenwärtigen Planungsunsicherheit und dem Druck etwa von  
D18 Gewerbeansiedlungen wertvolle Landschaften Ost-Berlins zerstört und  
D19 zersiedelt werden. Insofern klagen Sie von CDU und SPD einen  
D20 Handlungsbedarf ein, den Ihr Senat in den letzten Monaten verschlafen hat.  
D21 Die stillschweigende Regierungsschelte, die Ihr Antrag enthält, können wir  
D22 nur unterstützen.

D23  
D24 Zwei inhaltliche Punkte möchte ich für meine Fraktion laut ansprechen:  
D25

D26 1. Wir fragen uns, ob ein parlamentarischer Antrag wirklich das stärkste  
D27 Mittel ist, um eine Sicherung der Naturflächen in Ost-Berlin zu erreichen.  
D28 Warum wählen Sie nicht den direkten Weg einer einfachen Änderung des  
D29 Naturschutzgesetzes in Berlin? Wir schlagen Ihnen vor, dieses Gesetz etwa

D30 | um den folgenden Paragraphen zu ergänzen: "In Ost-Berlin blieben die  
D31 | besonderen naturschutzrechtlichen

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1134

A 1 | **Berger**A 2 |  
A 3 | Bestimmungen in Kraft, die dort vor dem 3. Oktober 1990 galten".  
A 4 |A 5 | Da dringender Handlungsbedarf besteht, können wir diese Novellierung noch  
A 6 | bis Jahresende durchsetzen. Was der Senat erst in mühevoller Kleinarbeit  
A 7 | des Sicherstellens wahrscheinlich zeitlich doch nicht schafft, hätten wir  
A 8 | damit auf einen Schlag erzielt. Ich bitte Sie - wenn es Ihnen ernst ist um  
A 9 | den Naturschutz in Ost-Berlin - diesen Vorschlag zu überdenken.  
A10 |A11 | 2. Wir wollen noch einmal betonen, daß die naturschutzrechtliche Sicherung  
A12 | nicht nur die Flächen im öffentlichen Eigentum umfaßt, sondern auch  
A13 | Flächen, die im privaten Besitz sind oder deren Privatisierung von der  
A14 | Treuhand "gehändelt" wird. Wir gehen davon aus, daß die antragstellenden  
A15 | Fraktionen diese Auffassung teilen. Dennoch weisen wir darauf ausdrücklich  
A16 | hin, weil der größte Ansiedlungs- und Investierungsdruck bekanntlich auf  
A17 | den privaten oder privatisierten Nutzflächen liegt.  
A18 |A19 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Liegen weitere Wortmeldungen vor? - Für  
A20 | die Fraktion der FDP Herr Mleczkowski!A21 |  
A22 | **Mleczkowski** (FDP): Meine Damen und Herren! Ich habe leider keine Rede, die  
A23 | ich zu Protokoll geben kann. Ich staune darüber auch etwas, denn nach der  
A24 | Geschäftsordnung sollte eigentlich frei gesprochen werden. - Aber lassen  
A25 | Sie mich eines sagen: Irren ist menschlich. Wenn Institutionen nicht mehr  
A26 | irrteten, wären sie unmenschlich. Deshalb ist mir ein Fehler einer  
A27 | Institution sehr sympathisch. Wir stimmen dem Antrag zu!  
A28 |A29 | [Beifall bei der FDP]  
A30 |A31 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.  
A32 | Ich weiß nicht, ob die Fraktion der PDS den Antrag auf Sofortabstimmung  
A33 | gestellt hat oder ob das nur eine rhetorische Frage war. - Es soll sofort  
A34 | abgestimmt werden. Da es jedoch den weitergehenden Antrag auf Überweisung  
B 1 | an den Ausschuß für Stadtentwicklung und Stadtplanung federführend, den  
B 2 | Ausschuß für Umweltschutz und den Hauptausschuß gibt, ist es rhetorisch,  
B 3 | was ich gefragt habe. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diesem Antrag auf  
B 4 | Aufschußüberweisung seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um  
B 5 | das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einigen  
B 6 | wenigen Stimmenthaltungen ist das so beschlossen.  
B 7 |B 8 | [25]  
B 9 |

B10 | Ich rufe auf

B11 |  
B12 | **lfd. Nr. 25, Drucksache 12/651:**B13 |  
B14 | **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Volksfeste in**  
B15 | **Berlin**B16 |  
B17 | [Palm (CDU): Jetzt ist Rummel angesagt! -  
B18 | Zurufe: Juchhe!]B19 |  
B20 | - Ich weiß, daß das Oktoberfest bereits läuft, aber wir wollen doch  
B21 | versuchen, unsere Sitzung einigermaßen zügig durchzuführen. - Es gibt dazu  
B22 | einen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, Drucksache 12/651-1:  
B23 |

B24 | Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

B25  
B26 Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU über Volksfeste  
B27 in Berlin - Drs. 12/651 - wird um folgenden Satz ergänzt:  
B28

B29 "Das Volksfest soll an jedem 1. April stattfinden."  
B30

B31 Laut Geschäftsordnung beträgt die Redezeit fünf Minuten pro Fraktion und  
B32 Gruppe. Gibt es Redebedarf? - Das ist der Fall. Ich habe versucht, die  
B33 Sitzung abzukürzen, aber der Kollege Giesel  
B34

C 1  
C 2 möchte uns noch einen Moment beglücken. Herr Kollege Giesel,  
C 3 Sie haben das Wort für die Fraktion der CDU!  
C 4

C 5 [Palm (CDU): Jetzt kommt Giesel  
C 6 mit der Geisterbahn!]  
C 7

C 8 **Giesel** (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dies ist sicher  
C 9 kein schwerwiegendes Thema, erlauben Sie mir trotzdem drei oder vier Sätze  
C10 dazu.  
C11

C12 [Palm (CDU): Höchstens drei!]  
C13

C14 Insbesondere im Hinblick auf den wirklich schlimmen Änderungsantrag der  
C15 linken Gruppe in diesem Hause.  
C16

C17 [Biederbick (FDP): Aber die bringen es doch auf den Punkt!]  
C18

C19 Jede Stadt von der Größe Berlins braucht einen Platz für Volksfeste. Wir  
C20 haben traditionelle Volksfeste in Berlin. Und wenn aus städtebaulichen  
C21 Gründen - und das steht uns ins Haus - an der Klingelhöfer- und an der  
C22 Jaffestraße die bisher nutzbaren Plätze verlorengehen, dann müssen wir  
C23 dafür Sorge tragen, daß ein neuer Volksfestplatz bereitgehalten wird -  
C24

C25 [Beifall der Abgn. Liepelt (CDU) und Hapel (CDU)]  
C26

C27 Nichts anderes wollen wir. Diese Stadt, diese Großstadt lebt auch mit  
C28 ihren Volksfesten. Deshalb bitte ich, daß dieser Antrag im entsprechenden  
C29 Fachausschuß positiv beraten wird.  
C30

C31 [Beifall bei der CDU - Beifall des Abg. Roß (SPD)]  
C32

C33 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die SPD-Fraktion hat jetzt der  
C34 Kollege Roß das Wort!

D 1  
D 2 [Cramer (Bü 90/Grüne): Er soll sich lieber  
D 3 um die Charite kümmern!]  
D 4

D 5 **Roß** (SPD): Meine Damen und Herren! Es ist nicht üblich, in dieser  
D 6 fortgeschrittenen Stunde zu solchen Anträgen zu reden; aber wenn ich den  
D 7 Text der Fraktion Bündnis 90/Grüne lese, dann sehe ich weiland Robin Hood  
D 8 mit dem grünen Flitzebogen durch die Charite stiefeln. So leicht kann man  
D 9 es sich an dieser Stelle nicht machen. Es handelt sich nämlich im  
D10 Kernpunkt um ein wichtiges wirtschaftspolitisches Thema unserer Stadt.  
D11

D12 [Biederbick (FDP) und Mleczkowski (FDP): Oh!]  
D13

D14 Die großen Volksfeste unserer Stadt sind gefährdet, weil die dafür zur  
D15 Verfügung stehenden Plätze anderweitig verplant werden. Das trifft das  
D16 Oktoberfest, das trifft das deutsch-französische Volksfest, das trifft das  
D17 Frühlingsfest und das deutsch-amerikanische Volksfest.  
D18

D19 [Palm (CDU): Ich bin für eine Tunnellösung!]  
D20

D21 Sieht man sich andere große Städte an, beispielsweise **München**, so stellt  
D22 man fest, daß die Münchner mit ihrem **Oktoberfest** jährlich mehrere  
D23 Millionen DM an Steuereinnahmen für ihre Stadt erzielen und daß  
D24 offensichtlich auf seiten der Bevölkerung ein großes Bedürfnis für solch  
D25 ein Fest vorhanden ist. Ich meine, daß eine Weltstadt wie Berlin sich auch  
D26 ein oder zwei zentrale große Volksfeste leisten können muß. Es ist eine  
D27 Schande für dieses Haus, daß gerade die Liberalen, die immer wieder  
D28 behaupten, Sie würden sich für den Mittelstand einsetzen, an dieser Stelle

D29 | lachen.

D30 |  
D31 | [Biederbick (FDP): Das ist Mittelstandspolitik der SPD!]  
D32 |

D33 | Ich halte es für vernünftig, darüber nachzudenken, in der Gegend des  
D34 | Alexanderplatzes derartige Volksfeste durchzuführen. Ich halte es auch für  
D35 | gut, eine alte Berliner Tradition, den Stralauer Fischzug,  
D36 | wiederaufzunehmen und ein entsprechendes Fest zu Bartholomäus - mitten im  
D37 | August - zu feiern. Diesem Parlament und den Gewerbetreibenden in Berlin  
D38 | würde es gut anstehen, wenn wir uns alle dafür einsetzten.

D39 |  
D40 | Sie können sich darauf verlassen, daß ich diejenigen, die hier gelacht  
D41 | haben oder so komische Anträge eingebracht haben, den Gewerbetreibenden  
D42 | bekanntmachen werde. - Vielen Dank!

D43 |  
D44 | [Beifall bei der SPD und der CDU]  
D45 |

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1135

A 1 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion der PDS hat jetzt der  
A 2 | Herr Abgeordneter Schneider das Wort!

A 3 |  
A 4 | **Schneider** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion  
A 5 | hat mich ausgeguckt, ich sollte zu diesem Thema etwas sagen.

A 6 |  
A 7 | [Mleczkowski (FDP): Volksfestpolitischer Sprecher!]

A 8 |  
A 9 | Als sie dies an mich herantrug, habe ich das abgelehnt und in ähnlichem  
A10 | Sinne reagiert, wie der Antrag der Grünen formuliert ist. Jetzt habe ich  
A11 | aber in einer Kultur- und Sittengeschichte nachgelesen und eine hübsche  
A12 | Stelle gefunden, die ich Ihnen vorlesen möchte:

A13 |  
A14 | Zugleich begann das Kapital in den Festen eine ergiebige  
A15 | Profitgelegenheit zu erblicken.

A16 |  
A17 | [Zurufe: Oh!]

A18 |  
A19 | Eine Vergnügungsindustrie entstand. Feste bekamen den Charakter großer  
A20 | Märkte, günstiger Absatzgelegenheiten, große Mengen von Eßwaren,  
A21 | Getränken, Scherzartikeln usw. wurden aufgestapelt, verkauft,  
A22 | konsumiert. Das Geld rollte schnell, brachte Bewegung in die Warenwelt,  
A23 | warf Gewinn ab. So fand der Kapitalismus in den Festen, den  
A24 | Massenfesten besonders, eine außerordentliche schätzenswerte  
A25 | Konjunktur.

A26 |  
A27 | Nach der Begründung durch die Antragsteller muß ich feststellen: Hier  
A28 | liegt des Pudels Kern. Es geht um **Wirtschaftsförderung**. Die große  
A29 | Koalition hat ein Projekt der Wirtschaftsförderung erfunden, daß nach dem  
A30 | klassischen Herrschaftsmuster "Brot und Spiele für das Volk" gestrickt  
A31 | ist.

A32 |  
A33 | [Zurufe: Oh!]

A34 |  
B 1 | Ich wundere mich allerdings darüber, daß bei den vielen Volksfestformen,  
B 2 | die wir haben und die auch von unten kommen sollten - nämlich dezentral -  
B 3 | hier von der großen Koalition etwas weiteres oder neues gewollt wird,

B 4 |  
B 5 | [Biederbick (FDP): Die große Koalition  
B 6 | braucht ein großes Volksfest!]

B 7 |  
B 8 | obwohl sich die große Koalition mit der Olympiabewerbung und dem Zuschlag  
B 9 | für den Regierungssitz schon eine übergroß erscheinende Last aufgebuckelt  
B10 | hat. Bei Licht besehen nötigt dieser Antrag zu der Frage, ob die große  
B11 | Koalition überhaupt das Zutrauen in die Dynamik des angekündigten  
B12 | Wirtschaftsaufschwungs hat, wenn sie zu solchen Windeiern greift, um die  
B13 | Wirtschaft zu fördern. Ich glaube - auch daß ist in meiner Fraktion als  
B14 | Verdacht geäußert worden -, daß die große Koalition zu den künftigen BVV-  
B15 | Wahlen mit einer Art Knallbonbon aufwarten will, das verdecken soll, daß  
B16 | sie die sozialen Probleme in dieser Stadt nicht lösen können, daß sie  
B17 | angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Probleme auf dem  
B18 | Mietensektor nicht glauben, gewählt zu werden. Die Fraktion Bündnis 90 hat  
B19 | eine richtige Bemerkung in ihren Gegenantrag geschrieben -

B20 |  
B21 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Herr Schneider, gestatten Sie eine  
B22 | Zwischenfrage der Abgeordneten Kollotschek?

B23 |  
B24 | **Schneider** (PDS): - ich bin gleich fertig -: In dieser Stadt  
B25 | gibt es nichts zu feiern. Und wenn man schon feiert, dann sollen

B26 die Leute die Feste dezentral, von unten, vor Ort im Kiez, selbst  
B27 erfinden und sie sich nicht vom Senat oktroyieren lassen.

B28  
B29 [Beifall bei der PDS - Zuruf von der CDU: SO 36!]  
B30

B31 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Als nächsten haben wir Herrn Eckert für  
B32 die Fraktion Bündnis 90/Grüne.

B33  
B34 **Eckert** (Bü 90/Grüne):

C 1  
C 2 [Biederbick (FDP): Er bringt das jetzt  
C 3 auf den kulturellen Punkt!]  
C 4

C 5 - Ganz recht, Herr Biederbick! - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr  
C 6 geehrte Damen und Herren! Wenn Herr Giesel meint, wir wollten kein  
C 7 Volksfest: Als Münchener Kindl, woher ich komme, kann ich nur sagen: Ja  
C 8 freili' brauchen wir ein Volksfest!  
C 9

C10 [Beifall bei Bü 90/Grüne und bei der PDS]  
C11

C12 Aber sicher doch! Warum sollten wir über Arbeitslosigkeit und über die  
C13 Abwicklung von Hochschulen und Kultureinrichtungen, über  
C14 Umweltverschmutzung, Ausländerfeindlichkeit und Armut denn Trübsal blasen!  
C15 Warum sollten wir Trauer tragen! Feiern müssen wir, nur richtig feiern,  
C16 aber feste! In einer Zeit, in der viele Leute nicht viel zu lachen haben,  
C17 sollen wenigstens Feste gefeiert werden.

C18  
C19 [Beifall bei der CDU]  
C20

C21 Einen Grund dafür gibt es immer. Jawoll, Frau Kollotschek, ich kann mir  
C22 vorstellen, daß Sie bei diesem Punkt gern klatschen. Wenn es nichts zu  
C23 feiern gibt, dann gibt es nämlich nur eines: feiern, feiern, feiern! - Sie  
C24 können noch mal klatschen.  
C25

C26 Allerdings erscheint mir die vorgeschlagene Auswahl des Festkomitees als  
C27 ein bißchen sehr einseitig. Wenn ich zitieren darf, wen Sie da nennen: die  
C28 Gaststätteninnung, den Schaustellerverband, den Einzelhandelsverband und  
C29 sonst gar niemand. Da gehörten noch ganz andere Leute dazu. Wir fordern  
C30 Sie dringend auf, die Internationale Gauklervereinigung zu beteiligen  
C31

C32 [Beifall bei Bü 90/Grüne -  
C33 Tiedt (FDP): Sind Sie da der Vorsitzende?  
C34 - Heiterkeit]

D 1  
D 2 - Nein, ich habe damit nichts zu tun. - und natürlich das fest- und  
D 3 jubiläumserfahrene Büro für ungewöhnliche Maßnahmen.  
D 4

D 5 [Beifall bei der PDS]  
D 6

D 7 Am dringendsten und am wichtigsten ist es aber, in das Volksfestkomitee  
D 8 den Senat zu schicken. Wenn es beim Regieren schon nicht klappt -  
D 9 vielleicht kriegt ihr wenigstens eine zünftige Gaudi zustande! Das wäre  
D10 doch was!  
D11

D12 [Beifall bei der PDS]  
D13

D14 Vergessen Sie auch nicht, das Abgeordnetenhaus zu beteiligen. Hier sitzen  
D15 so manche Volkshelden und Festspieler, die wirklich dahin gehören. Ich  
D16 fordere Sie auf: Gehen Sie geschlossen da hinein, dann haben wir ein  
D17 wirklich gutes Festkomitee und können eine zünftige Gaudi erwarten.  
D18

D19 [Zurufe von der CDU]  
D20

D21 Wir regen außerdem eine Terminfestlegung an. Es ist immer am besten für  
D22 die Vorfreude, wenn man weiß, worauf man sich freuen kann. Vorfreude ist  
D23 die beste Freude. Darum sagen wir: Eine Terminfestlegung muß her! Wir  
D24 sagen, am schönsten ist es im Frühling. Dann ist es ein Auftakt für einen  
D25 wunderbaren Sommer. Und es gibt doch keinen besseren Termin als den 1.  
D26 April mit dem Regierenden Bürgermeister als Schirmherrn und der  
D27 Bürgermeisterin als Schirmfrau. Da hat ganz Berlin was zu lachen, und man  
D28 weiß wenigstens, worüber.  
D29

D30 | Wir können dem Antrag der Koalition locker und entspannt zustimmen, wenn  
D31 | sich insbesondere die antragstellenden Fraktionen dazu verpflichten,  
D32 | geschlossen ins Festkomitee zu gehen. Dann würden einige Debatten hier  
D33 | kürzer, und wir wüßten schon jetzt, worüber Berlin am 1. April lacht. -  
D34 | Danke schön!

D35 |  
D36 | [Beifall bei Bü 90/Grüne, bei der PDS und der FDP]  
D37 |

D38 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Für die Fraktion der FDP hat jetzt der  
D39 | Kollege Mleczkowski das Wort.

D40 |  
D41 | [Palm (CDU): Mit Zettel? Das tut man nicht!]  
D42 |

D43 | **Mleczkowski** (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! ich bedauere  
D44 | natürlich, nicht alle die guten Beiträge, die hier gehalten wurden im Kopf  
D45 | haben zu können. Deshalb habe ich mir einiges notiert. - Auch in unserer  
D46 | Fraktion hat man darum gerungen, ob man dem Antrag nun zustimmt oder  
D47 | nicht. Ist Berlin eine so langweilige Stadt oder nicht? Eigentlich müßte  
D48 | man dem Antrag zustimmen, weil er in dieser Stadt Arbeit bringt.  
D49 | Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind wichtig.

D50 |  
D51 | Aber wie geht man vor? - Man faßt zuerst einen Beschluß, vergibt einen  
D52 | Auftrag, gründet ein Organisationskomitee, schafft  
D53 |

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1136

A 1 | Mleczkowski

A 2 |  
A 3 | eine Institution, vergibt Gutachten, alles verdient daran, es gibt  
A 4 | Aufwandsentschädigung - im Endeffekt leert man den Staatsäckel.

A 5 |  
A 6 | [Roß (SPD): Blühende Phantasie, Herr Kollege!]

A 7 |  
A 8 | Das kann man natürlich machen. Einer in meiner Fraktion aber meinte,  
A 9 | vielleicht hat jemand von den Kollegen in den beantragenden Fraktionen ein  
A10 | wenig römische Satire gelesen. Da gibt es zum Beispiel Juvenal. Von dem  
A11 | stammt das Wort "Brot und Spiele". Wollen wir ein bißchen Brot und Spiele?  
A12 | Wie ist es historisch gewesen? - Damals hat man die Volksversammlung  
A13 | abgeschafft, um die Festivitäten zu gestalten. Auf den Festen gab es  
A14 | Sprechgemeinschaften. Das war natürlich organisiert: "Wir wollen Brot, wir  
A15 | wollen Freiheit!" Die Regierenden wußten es immer schon vorher. Sie selbst  
A16 | hatten befohlen, Sprechgemeinschaften zu bilden.

A17 |  
A18 | [Roß (SPD): Hören Sie auf, Sie quälen uns körperlich  
A19 | Sie begehen Körperverletzung!]

A20 |  
A21 | Es gibt ein gutes deutsches Sprichwort, das heißt: Man soll die Feste  
A22 | feiern wie sie fallen. Nach Koalitionsmeinung können sie aber  
A23 | offensichtlich nicht mehr fallen, weil sie organisiert werden. Sie wollen  
A24 | Festspiele von oben. Wir haben heute noch einmal mit München telefoniert,  
A25 | das vorhin als Beispiel empfohlen wurde. Deshalb schlagen wir vor, nicht  
A26 | nur wie in München einen Wies'nstadtrat zu berufen, - Berlin ist größer,  
A27 | ist Metropole -, sondern einen Wies'nstaatssekretär, natürlich mit  
A28 | Besoldung und entsprechendem Amt.

A29 |  
A30 | [Beifall bei der FDP und der PDS]

A31 |  
A32 | Und da wir schon bei der Literatur waren, die einige bemüht haben:  
A33 | Vielleicht darf ich Sie mit Johannes Bertuch, den der eine oder andere  
A34 | noch kennen mag, vertraut machen. Er hat sich dazu geäußert. Es gibt nicht  
B 1 | nur römische Satire, sondern auch allerneueste. Wenn ich mich nicht irre,  
B 2 | ist die Koalition, die bis 1989 dran war, von ihrer selbstproduzierten  
B 3 | Satire berührt worden. Die Berliner Bevölkerung mochte die Koalition des  
B 4 | organisierten Frohsinns nicht. Sie wählte sie ab.

B 5 |  
B 6 | Deshalb darf ich Ihnen heute schon Johannes Bertuch empfehlen. Was hat er  
B 7 | gesagt? Er prophezeite: "Die Freuden, die man übertreibt, verwandeln sich  
B 8 | in Schmerzen."

B 9 |  
B10 | [Beifall bei der FDP, der PDS und bei Bü 90/Grüne]

B11 |  
B12 | **Stellv. Präsidentin Brinckmeier::** Jetzt sollten wir langsam wieder die  
B13 | Wies'n verlassen und zu den Empfehlungen des Ältestenrats kommen.

B14 |  
B15 | [Biederbick (FDP): Wir wollen sofort abstimmen! -  
B16 | Heiterkeit bei der FDP]

B17 |  
B18 | Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuß für Stadtplanung  
B19 | und Stadtentwicklung - federführend -, an den Ausschuß für Wirtschaft und  
B20 | Technologie und an den Hauptausschuß. Ebenso wäre auch der Änderungsantrag  
B21 | an diese Ausschüsse mit zu überweisen. Wer diesen Überweisungswünschen die  
B22 | Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die  
B23 | Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Stimmenthaltungen ist das  
B24 | so beschlossen.

B25 |

B26 [25A]

B27

B28 Wir kommen nun zur

B29 lfd. Nr. 25 A, Drucksache 12/666

B30

B31 **Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über das Versprechen des Regierenden**  
B32 **Bürgermeisters, drei Universitätsklinik in Berlin zu erhalten**

B33

B34 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Die  
C 1 Beratung wie immer nach der Geschäftsordnung bis zu 5 Minuten pro Fraktion  
C 2 und Gruppe. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich möchte  
C 3 Ihnen vorschlagen, den Antrag an den Ausschuß für Wissenschaft und  
C 4 Forschung - federführend - und an den Ausschuß für Gesundheit zu  
C 5 überweisen. Wer diesen Überweisungsvorschlägen die Zustimmung zu geben  
C 6 wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einmütig so  
C 7 beschlossen.

C 8

C 9 [25C]

C10

C11 Wir kommen nun zur

C12 lfd. Nr. 25 C, Drucksache 12

C13 **Antrag der Fraktion der PDS über Regelung Schwangerschaftsabbruch**

C14

C15 Wird der Dringlichkeit widersprochen?

C16

C17 [Zuruf]

C18

C19 - Dann muß man das hier bitte mit Antrag machen. Mit Zuruf aus dem Plenum  
C20 kann ich das nicht akzeptieren. - Der Dringlichkeit wird nicht  
C21 widersprochen. Dann ist Beratungszeit bis 5 Minuten pro Fraktion und  
C22 Gruppe. Gibt es Wortmeldungen? - Frau Schmidt für die Fraktion der PDS,  
C23 bitte!

C24

C25 **Frau Schmidt** (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich  
C26 verweise auf meine Ohrclips; die Dringlichkeit des von uns eingebrachten  
C27 Antrags ergibt sich aus dem dringenden Handlungsbedarf in dieser Stadt und  
C28 in diesem Staat. Es geht um die Anerkennung und Respektierung des  
C29 Selbstbestimmungsrechts der Frauen. Der deutsche Bundestag wurde von der  
C30 Bevölkerung - und vor allem von den Frauen - aufgefordert, sich in seiner  
C31 Tagesordnung mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch auseinanderzusetzen.  
C32 Wir Berlinerinnen und Berliner haben uns dazu eine Meinung gebildet. Wir  
C33 fordern Sie auf, der Dringlichkeit und der Sofortabstimmung zuzustimmen  
C34 und uns die weitere Unterstützung der Bundesratsinitiative zuzusichern.

D 1

D 2 [Beifall bei der PDS]

D 3

D 4 **Stellv. Präsidentin Brinckmeier:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist  
D 5 nicht der Fall. Die PDS hat Sofortabstimmung verlangt.

D 6

D 7 [Kern (SPD): Es gibt Überweisungswünsche!]

D 8

D 9 Andererseits gibt es Überweisungsanträge, und zwar federführend an den  
D10 Ausschuß für Frauenfragen und außerdem an den Ausschuß für Soziales. Das  
D11 ist der weitergehendere Antrag. Wer diesen Überweisungswünschen seine  
D12 Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Gegenprobe! -  
D13 Bei Gegenstimmen der PDS ist das ansonsten einmütig so beschlossen worden.

D14

D15 Es gab einen kleinen Fehler, weil ein Tagesordnungspunkt vorgezogen wurde.  
D16 Das lag an der Reihenfolge hier in der Mappe.

D17

D18 [25B]

D19

D20 Ich rufe jetzt auf

D21 lfd. Nr. 25 B, Drucksache 12/667

D22

D23 **Antrag der Fraktion Bü 90/Grüne über die Einrichtung einer Fachkommission**  
D24 **zum Umgang mit den Denkmälern im ehemaligen Ost-Berlin**

D25

D26 Wird der Dringlichkeit widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es  
D27 Rededarf? - Nein. Dann möchte ich Ihnen vorschlagen, den Antrag  
D28 federführend an den Ausschuß für Stadtplanung und Stadtentwicklung und an

D29 | den Ausschuß für Kulturelle Angelegenheiten zu überweisen. Wer diesen  
D30 | Überweisungswünschen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das  
D31 | Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Die Überweisungen  
D32 | wurden einmütig beschlossen.

D33 |  
D34 | Die lfd. Nr. 26 ist bereits durch die Konsensliste erledigt.

D35 |  
D36 | Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung. Die nächste Sitzung wird am  
D37 | Donnerstag, den 10. Oktober, um 13 Uhr stattfinden. Die Sitzung ist  
D38 | geschlossen. Ich wünsche noch einen schönen Abend!

D39 |  
D40 | [Schluß der Sitzung: 22.13 Uhr]

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1137

A 1 |  
A 2 | Anlage 1

A 3 |  
A 4 | **Beschlüsse des Abgeordnetenhauses**

A 5 |  
A 6 | [B1Af]

A 7 |  
A 8 | **EntschlieÙung über Verurteilung von Gewalt gegen Asylbewerber**

A 9 |  
A10 | Das Abgeordnetenhaus verurteilt die jüngst bekanntgewordenen  
A11 | Gewalttätigkeiten und Bedrohungen gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber  
A12 | und äußert seine Empörung hierüber. Das Abgeordnetenhaus erklärt sein  
A13 | Mitgefühl mit den Betroffenen und appelliert an die Institutionen der  
A14 | Bundesländer, einen optimalen Schutz bedrohter Ausländer zu gewährleisten.

A15 |  
A16 | Was in Hoyerswerda, Frankfurt/Oder, Saarlouis oder Freiburg geschah, darf  
A17 | sich nicht wiederholen. Staatliche Behörden dürfen nicht vor der  
A18 | Gewalttätigkeit Radikaler zurückweichen, sondern müssen den Schutz und den  
A19 | Rechtsfrieden gewährleisten und konsequent gegen die Täter vorgehen.

A20 |  
A21 | Ernsthafter noch als bisher müssen wir uns mit den vielfältigen Ursachen  
A22 | und Erscheinungsformen von Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung  
A23 | auseinandersetzen, um die erforderlichen politischen Konsequenzen schnell  
A24 | ziehen zu können.

A25 |  
A26 | Gewalt gegen Asylbewerber ist auch ein Anschlag auf unseren  
A27 | Verfassungsstaat und trifft den Kern unserer Werteordnung. Die Würde des  
A28 | Menschen zu achten ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Daher sind  
A29 | alle Demokraten verpflichtet, ausländerfeindlichen Parolen und Übergriffen  
A30 | entschlossen entgegenzutreten.

A31 |  
A32 | [B7]

A33 |  
A34 | **Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses**

B 1 |  
B 2 | Gemäß § 9, 15 Abs. 2 Berliner Richtergesetz in der Fassung vom 27. April  
B 3 | 1970 (GVBl. S. 642, 1638), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Mai 1990  
B 4 | (GVBl. S. 1086), ist für die restliche Dauer der 12. Wahlperiode des  
B 5 | Abgeordnetenhauses gewählt worden:

B 6 |  
B 7 | Herr Abgeordneter Hans-Georg Lorenz.

B 8 |  
B 9 | [B9b]

B10 |  
B11 | **Rücknahme des Erlasses des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit über  
B12 | Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) vom 26. August 1991**

B13 |  
B14 | Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Präsidenten der Bundesanstalt  
B15 | für Arbeit auf, dem Beschluß des Verwaltungsrates der Bundesanstalt vom  
B16 | 18. September 1991 zu folgen und den Erlaß vom 26. August 1991 vollständig  
B17 | zurückzunehmen.

B18 |  
B19 | Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, zusätzliche  
B20 | Finanzmittel für arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen zur Verfügung zu  
B21 | stellen.

B22 |  
B23 | [B11]

B24 |

## **Förderung Ost-Berliner Jugendclubs**

Der Senat wird aufgefordert, Voraussetzung dafür zu schaffen, daß das soziale und kulturelle Wirken der Jugendclubs im Ostteil der Stadt gesichert und ausgebaut wird.

Dazu gehören:

1. Für die Jugendclubs ist bis 31. Oktober 1991 differenziert zu klären, welche konkreten inhaltlichen Zielsetzungen verwirklicht werden sollen und welche materiellen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen sind.

2. Es ist darauf Einfluß zu nehmen, daß die Bezirksämter umgehend Konzepte für die bedarfsgerechte Jugendarbeit in den jeweiligen Stadtbezirken erarbeiten.

Dabei ist darauf zu achten, daß eine pädagogisch sinnvolle Arbeit geleistet werden kann, die sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen orientiert und genügend Freiraum zur kreativen, eigenständigen Freizeitgestaltung bietet.

Dazu gehören altersdifferenzierte Angebote, damit auch die "Lücke Kinder" Möglichkeiten erhalten, die Jugendclubs mit zu nutzen.

Ebenso sind Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Einrichtungen auch an den Wochenenden geöffnet sind.

3. Die Mitarbeiter der Jugendclubs sind auf ihre pädagogische Qualifikation hin zu überprüfen, um Defizite durch geeignete Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ausgleichen zu können.

4. Es ist zu prüfen, welche Möglichkeiten vorhanden sind, Jugendclubs in freie Trägerschaft zu überführen.

[B12]

## **Leitfaden Wirtschaftsförderung**

Der Senat wird aufgefordert, einen allgemeinverständlichen Leitfaden für die Nutzung von wirtschafts- und arbeitsplatzfördernden Maßnahmen herauszugeben.

[B13]

## **Änderung der Politik des Treuhand-Vorstandes**

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den fünf neuen Ländern alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Weisung der Treuhandanstalt, sich nicht an Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften zu beteiligen, zurückzunehmen.

Um diese Rücksichtnahme zu erreichen, soll der Senat umgehend

- Gespräche mit dem Vorstand der Treuhandanstalt intensivieren,
- Gespräche mit der Bundesregierung, insbesondere dem Bundesfinanzminister führen,
- eine Bundesratsinitiative starten, um den gesetzlichen Auftrag der Treuhandanstalt stärker auf die arbeitsmarktpolitische Verantwortung hin zu orientieren.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1138

- A 1 |  
A 2 | [B13A]  
A 3 |  
A 4 | **Einsetzung einer Enquete-Kommission Verfassungs- und Parlamentsreform**  
A 5 |  
A 6 | I.  
A 7 | Es wird eine Enquete-Kommission für die Verfassungs- und Parlamentsreform  
A 8 | mit dem Auftrag eingesetzt, auf der Grundlage des Artikels 88 Abs. 2 der  
A 9 | Verfassung von Berlin und unter Beachtung neuerer verfassungspolitischer  
A10 | und verfassungsrechtlicher Erkenntnisse Empfehlungen zur Überarbeitung der  
A11 | Verfassung von Berlin und zur Parlamentsreform zu unterbreiten.  
A12 |  
A13 | II.  
A14 | 1. Die Enquete-Kommission soll insbesondere folgende Verfassungsänderungen  
A15 | prüfen:  
A16 | a) Erweiterung der Staatszielbestimmungen  
A17 | b) Neuformulierung der sozialen Grundrechte  
A18 | c) Stärkung des Parlaments  
A19 | d) Ist eine Erweiterung der politischen Teilhaberechte und der Formen  
A20 | direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen  
A21 | Entscheidungen (Volks begehren, Volksbescheid) empfehlenswert?  
A22 | e) Welche verfassungsrechtlichen und verfassungsprozessualen  
A23 | Konsequenzen ergeben sich aus dem teilweise vom Grundgesetz  
A24 | abweichenden Grundrechtskatalog der Verfassung von Berlin?  
A25 |  
A26 | 2. Die Enquete-Kommission soll insbesondere die folgenden Schwerpunkte  
A27 | prüfen:  
A28 | a) Wie kann die Parlamentsarbeit gestrafft und die Transparenz des  
A29 | Parlaments erhöht werden?  
A30 | b) Wie kann die Rechtsstellung der Fraktionen verbessert werden und wie  
A31 | können die Rechte der einzelnen Abgeordneten gestärkt werden?  
A32 | c) Wie kann die Stellung des Regierenden Bürgermeisters bei der Bildung  
A33 | des Senats und seine Richtlinienkompetenz gestärkt werden?  
A34 | d) Wie kann die bezirkliche Verwaltungsstruktur verbessert werden?  
B 1 |  
B 2 | 3. Die Enquete-Kommission soll auch die Verfassung des Landes Brandenburg  
B 3 | berücksichtigen.  
B 4 |  
B 5 | III.  
B 6 | Die Enquete-Kommission besteht aus 27 Mitgliedern. Die Fraktion der CDU  
B 7 | erhält 11, die Fraktion der SPD 9, die Fraktion der PDS 2, die Fraktion  
B 8 | Bündnis 90/Grüne (AL)/UFV 2, die Fraktion der FDP 2 Sitze und die Gruppe  
B 9 | Neues Forum 1 Sitz.  
B10 |  
B11 | IV.  
B12 | Die Mitglieder der Kommission werden von den Fraktionen und der Gruppe  
B13 | gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über Enquete-Kommissionen des  
B14 | Abgeordnetenhauses von Berlin benannt.  
B15 |  
B16 | V.  
B17 | Die Enquete-Kommission legt dem Abgeordnetenhaus spätestens bis zum 31.  
B18 | Dezember 1992 ihren Abschlußbericht vor. Zu einzelnen Fragen sollen dem  
B19 | Abgeordnetenhaus Zwischenberichte vorgelegt werden.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1139

A 1  
A 2 | Anlage 2

A 3  
A 4 | **Nicht behandelte Mündliche Anfragen**

A 5  
A 6 | [M9]

A 7  
A 8 | **Mündliche Anfrage Nr. 9**  
A 9 | **der Abgeordneten Martina Michels (PDS) über**  
A10 | **wohnungspolitische Konzeption**

A11  
A12 | Ich frage den Senat:

A13  
A14 | 1. Inwieweit ist der Senat einbezogen in die Erarbeitung der  
A15 | wohnungspolitischen Konzeption der Bundesregierung, und welche eigenen  
A16 | Vorstellungen des Senats zur Lösung der Wohnungsnot und der  
A17 | Wohnungsprobleme wurden dabei entwickelt?

A18  
A19 | 2. Ist der Senat bereit, sich dafür einzusetzen, daß bis zur Vorlage eines  
A20 | sozial tragbaren wohnungspolitischen Mietkonzepts keine weiteren  
A21 | Mieterhöhungen vorgenommen werden, wie es in einem Beschluß der  
A22 | Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain vom 18. September 1991  
A23 | mehrheitlich empfohlen wurde; und wenn ja, wie?

A24  
A25 | **Antwort der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen vom 26. Sept. 1991**

A26 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
A27 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
A28 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

A29  
A30 | Zu 1: Bisher wurde der Senat nicht in die Erarbeitung der  
A31 | wohnungspolitischen Konzeption der Bundesregierung einbezogen. Lediglich  
A32 | sind dem Senat die in der Presse veröffentlichten Beiträge zu  
A33 | wohnungspolitischen Konzepten und die Aussagen namentlich aus der  
A34 | Koalitionsvereinbarung der Bundestagsfraktionen bekannt.

B 1  
B 2 | Zur Lösung der Wohnungsnot und der Wohnungsprobleme finden gegenwärtig  
B 3 | Diskussionen auf der Ebene der Länder statt. Diese komplexe Problematik  
B 4 | bedarf in seinen verschiedenen Bereichen notwendiger Verbesserungen. Diese  
B 5 | Verbesserungen sind jedoch vielfach nur durch Änderungen des Bundesrechts  
B 6 | möglich.

B 7  
B 8 | Mit den anderen Bundesländern finden gegenwärtig Abstimmungsgespräche  
B 9 | darüber statt, was in welchen Bereichen verbesserungsbedürftig ist, wie  
B10 | z.B.:

- B11 | 1. Verstärkung der Finanzhilfen zur direkten Förderung des Wohnungsneubaus  
B12 | (sozialer Wohnungsbau), der Sanierung und Modernisierung von Wohnraum  
B13 | 2. Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums  
B14 | 3. Stärkung und Sicherung des Mieterschutzes (Kündigungsschutz,  
B15 | allgemeines Mietrecht, Mietpreisrecht)  
B16 | 4. Änderung der Regelungen zur Wohnungsvermittlung  
B17 | 5. Mobilisierung von Bauland, Dämpfung des Preisanstiegs und Nutzung des  
B18 | Wohnungsbestandes  
B19 | 6. Energieeinsparung und ökologische Verträglichkeit des Bauens  
B20 | 7. Änderungen des Wohnungsbindungsgesetzes

B21  
B22 | Unabhängig von den Aktivitäten der Bundesregierung und mit den anderen  
B23 | Ländern bemüht sich der Senat angesichts der Wohnungsnot, mit allen  
B24 | vertretbaren Mitteln das Wohnungsangebot zu erweitern und zu verbessern

B25

B26 Für diese Legislaturperiode sind der Bau von 80.000 Neubauwohnungen mit  
B27 öffentlichen Fördermitteln geplant. Für das Jahr 1991 sind dabei 12.000  
B28 Wohnungen geplant, für die Mittel von ca. 3,3 Milliarden DM bereitgestellt  
B29 werden können.

B30  
B31 Für die Beseitigung des Leerstandes von Wohnungen, besonders in den  
B32 östlichen Bezirken Berlins, werden für 1991 100 Mio. DM Haushaltsmittel  
B33 bereitgestellt.

B34  
C 1 Zur Förderung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen können  
C 2 1991 230 Mio. DM Haushaltsmittel eingesetzt werden. Für energieeinsparende  
C 3 Maßnahmen werden insgesamt 100 Mio. DM 1991 bereitgestellt.

C 4  
C 5 Auch 1991 wird das Programm der Mietermodernisierung weitergeführt, für  
C 6 das insgesamt 1991 53 Mio. DM an Kassenmitteln zur Verfügung stehen.

C 7  
C 8 Im Rahmen des 25-Millionen-Programms für den Aufschwung in Berlin-Ost  
C 9 stehen 1991 14 Mio. DM zur Verfügung.

C10  
C11 Nicht zu vergessen sind besondere wohnungspolitische Projekte  
C12 (Trägerprojekte, Genossenschafts-, Selbsthilfeprojekte), für die 1991  
C13 6,6 Mio. DM eingesetzt werden können.

C14  
C15 Zu 2: Bereits seit der ARGEBAU-Ministerkonferenz am 22. Februar 1991 in  
C16 Leipzig setzt sich der Senat im Benehmen mit den für das Bau- und  
C17 Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der anderen Länder dafür  
C18 ein, daß die Belastungen aus Mieterhöhungen die soziale Verträglichkeit  
C19 nicht gefährden. Wesentliches Instrument dazu ist das  
C20 Wohngeldsondergesetz. Dem Senat ist es trotz der kurzen Vorbereitungszeit  
C21 gelungen sicherzustellen, daß die bisher gestellten Wohngeldanträge etwa  
C22 zeitgleich mit Eintritt der Mieterhöhungen bewilligt und die  
C23 Wohngeldleistungen auch ausgezahlt werden können.

C24  
C25 Zu weiteren Mieterhöhungen sieht der Senat derzeit keinen Handlungsbedarf,  
C26 insbesondere für eine weitere Mieterhöhung durch Umlage von  
C27 Instandsetzungskosten. Der vorläufige Entwurf einer Verordnung zur Umlage  
C28 von Instandsetzungskosten ist von der Bundesregierung bisher ersatzlos  
C29 zurückgezogen worden.

C30  
C31 Zunächst sollten erst einmal die Auswirkungen der ab 1. Oktober 1991  
C32 wirksam werdenden Mieterhöhungen und die Anwendung des  
C33 Wohngeldsondergesetzes gewürdigt werden.

C34  
D 1 Außerdem muß die weitere Einkommensentwicklung im Beitrittsgebiet  
D 2 abgewartet werden, um eventuellen entsprechenden Handlungsbedarf würdigen  
D 3 zu können.

D 4  
D 5 Auch für die Zukunft wird der Senat Mieterhöhungen nur im sozial  
D 6 vertretbaren Rahmen unterstützen.

D 7  
D 8 Nagel

D 9  
D10 [M10]

D11  
D12 **Mündliche Anfrage Nr. 10**  
D13 **der Abgeordneten Brigitte Engler (Bü 90/Grüne) über**  
D14 **Mit Jugendklubleitergehalt im Sozialamt?**

D15  
D16 Ich frage den Senat:

D17  
D18 1. Welche konkreten Schritte haben die Senatsjugend- und -innenverwaltung  
D19 bereits unternommen, um die in ihrem von der Senatsverwaltung  
D20 herausgegebenen Sparkurs besonders pflichtbewußte Bezirksämter davon  
D21 abzuhalten, auch die noch verbliebenen Jugendklubleiter im Ostteil der  
D22 Stadt durch Gehälter zu vergraulen, bei denen diese auf dem Sozialamt  
D23 Zuschüsse beantragen müssen?

D24  
D25 2. Wann ist für die Betroffenen - Jugendklubleiter und Mitarbeiter - mit  
D26 einer Verbesserung ihrer jetzigen "unangemessenen" Gehaltseingruppierung  
D27 zu rechnen, um weitere Kündigungen und damit ins Haus stehende Schließung  
D28 von Klubs zu verhindern?



## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1140

- A 1 |
- A 2 | **Antwort der Senatsverwaltung für Jugend und Familie vom 26. September 1991**
- A 3 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte
- A 4 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des
- A 5 | Abgeordnetenhauses wie folgt:
- A 6 |
- A 7 | Zu 1: Die Senatsverwaltung für Inneres hat die Stellen der Leiter und
- A 8 | Leiterinnen von Jugendklubs nach Vgr. VI b BAT und die Stellen der
- A 9 | Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nach Vgr. VII bzw. VIII BAT bewertet.
- A10 |
- A11 | Dabei wurde davon ausgegangen, daß für die Stellenbesetzung keine
- A12 | ausgebildeten Erzieher und Sozialarbeiter zur Verfügung stehen.
- A13 |
- A14 | Diese Eingruppierung führt z.Z. dazu, daß freie Stellen nicht zu besetzen
- A15 | sind und ein Teil der Jugendklubs geschlossen werden mußte. Angesichts der
- A16 | pädagogischen Aufgaben der Jugendklubs im allgemeinen und der
- A17 | Gewaltentwicklung in den meisten östlichen Bezirken ist dies nicht
- A18 | hinnehmbar, so daß die im westlichen Berlin übliche Eingruppierung
- A19 | angewandt werden muß.
- A20 |
- A21 | Sozialarbeiter/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung als Leiter von
- A22 | Heimen der offenen Tür,
- A23 |
- A24 | - wenn ihnen mindestens fünf Angestellte im
- A25 | Erziehungsdienst unterstellt sind BAT IV a
- A26 | - als ausdrücklich bestellte Vertreter eines
- A27 | Sozialarbeiters in der Vergütungsgruppe IV a BAT V b
- A28 | - wenn ihnen drei Angestellte
- A29 | im Erziehungsdienst unterstellt sind BAT V b
- A30 | - als Leiter von Heimen der offenen Tür BAT V b
- A31 | - als Leiter von Heimen der offenen Tür, wenn
- A32 | ihnen ein Angestellter im Erziehungsdienst
- A33 | unterstellt ist BAT V c
- A34 | - Erzieher/-innen in Heimen der offenen Tür
- B 1 | in der Gruppenarbeit BAT V c
- B 2 | - Erziehernormaltätigkeit BAT VI b
- B 3 |
- B 4 | Die Grundbewertung der Stellen muß nach den im Tarifvertrag
- B 5 | festgeschriebenen Tätigkeitseigenschaften erfolgen.
- B 6 |
- B 7 | Die individuelle Eingruppierung erfolgt dann nach den persönlichen
- B 8 | Zugangsvoraussetzungen. Liegen diese nicht vor, erfolgt für die Stellen
- B 9 | der Sozialarbeiter (i.d.R. Leiter der Jugendklubs) die Eingruppierung nach
- B10 | BAT V c.
- B11 |
- B12 | Da in den Einrichtungen mindestens zwei pädagogische Mitarbeiter/-innen
- B13 | tätig sind, müßte eine Stelle nach gültigem Tarifrecht nach BAT V c
- B14 | bewertet werden.
- B15 |
- B16 | Durch die ausgesprochenen Bewertungen werden in Ost- und West-Berlin
- B17 | unterschiedliche Stellenstrukturen eingeführt, die längerfristig keinen
- B18 | Bestand haben können.
- B19 |
- B20 | Zu 2: Die zuständigen Senatsverwaltungen beabsichtigen, ein gemeinsames
- B21 | Rundschreiben an die Bezirksämter von Berlin zu verfassen, um eine
- B22 | sinnvolle Handhabung der vorhandenen Möglichkeiten zu eröffnen.
- B23 |
- B24 | Eine Arbeitsgruppe wird sich der Problematik annehmen. Sollten fehlerhafte
- B25 | Eingruppierungen festgestellt werden, besteht ein Anspruch auf Nachzahlung

der Vergütung.

Thomas Krüger

[M11]

**Mündliche Anfrage Nr. 11  
des Abgeordneten Dr. Michael Tolksdorf (FDP) über  
Zukunft der Berliner Universitätsklinik**

Ich frage den Senat:

1. Wie schätzt der Senat die derzeit gegen die Charité laufende Kampagne ein, und wird mit ihr die Beseitigung der Charité als Universitätsklinikum vorbereitet?

2. Wird der Senat der Empfehlung des Wissenschaftsrates und der Koalitionsvereinbarung oder dem Abgeordneten Roß, SPD, folgen, wenn er über die Zahl der Universitätsklinik in Berlin entscheidet?

Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5 GO Abghs vor.

[M12]

**Mündliche Anfrage Nr. 12 des Abgeordneten Ulrich Krüger (CDU) über  
Überprüfung der Ampelschaltungen (2)**

Ich frage den Senat:

1. Welches Ergebnis hat die vom Senat in der Antwort auf meine Mündliche Anfrage Nr. 20 vom 25. April 1991 angesprochene Überprüfung von Veränderungen der Lichtsignalprogramme zur Optimierung der Verkehrsabläufe erbracht?

2. Kann der Senat meinen Eindruck bestätigen, daß sich an den Ampelphasen im Ostteil der Stadt seit der Vereinigung nichts, vor allem nicht im Hinblick auf die Sicherstellung von zusätzlichen "Grünen Wellen" geändert hat?

Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5 GO Abghs vor.

[M13]

**Mündliche Anfrage Nr. 13  
des Abgeordneten Torsten Hilse (SPD) über  
Planungsstand der Streckenerweiterung der Linie U 2 in Pankow**

Ich frage den Senat:

1. Ist für die geplante Streckenerweiterung der U-Bahnlinie 2 bis Johannes-R.-Becher-Straße in Pankow das Planfeststellungsverfahren bereits eingeleitet, und wenn nicht, warum nicht?

2. Wann ist dann mit dem Planfeststellungsbeschluß zu rechnen?

**Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 27. Sept. 1991**

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

Zu 1: Die Verlängerung der U-Bahnlinie 2 vom U-Bahnhof Pankow (Vinetastraße) bis zum geplanten U-Bahnhof Pankow-Kirche (Johannes-R.-Becher-Straße) teilt sich in zwei Abschnitte:

- Bauabschnitt vom vorhandenen Tunnelende der U 2 bis zu den Eisenbahnanlagen (S-Bhf Pankow).

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1141

A 1  
A 2 Für diesen Bereich liegt aus der Zeit vor 1989 eine Standortgenehmigung  
A 3 vor, so daß ein weiteres planrechtliches Verfahren entfallen kann.  
A 4  
A 5 - Bauabschnitt beginnend mit der Querung des Bahndamms bis zum Bahnhof  
A 6 Pankow-Kirohe und für die Aufstellanlage Granitzstraße.  
A 7 Für diesen Teil der Fortführung der U-Bahnbaumaßnahme ist ein  
A 8 Planfeststellungsverfahren notwendig, da es sich um neu zu erstellende  
A 9 Anlagenteile handelt.

A10  
A11 Zu 2: Nach der endgültigen Festlegung der zukünftigen U-Bahntrasse und  
A12 der Erarbeitung der Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren liegt  
A13 der Beschluß ca. 15 bis 18 Monate nach Einleitung des planungsrechtlichen  
A14 Verfahrens vor.

A15  
A16 Prof. Dr. Haase

A17  
A18 [M14]

A19  
A20 **Mündliche Anfrage Nr. 14**  
A21 **der Abgeordneten Dr. Eva Müller (PDS) über**  
A22 **Bauschuttkippe "Ahrensfelder Berge" in Marzahn**

A23  
A24 Ich frage den Senat:

A25  
A26 1. Wann wird die Bauschuttkippe "Ahrensfelder Berge" in Marzahn  
A27 geschlossen, wie das ja schon vom Magistrat für 1990 angekündigt war und  
A28 durch einen Beschluß der BVV Marzahn vom 27. Juni 1991 vom Senat gefordert  
A29 wird?

A30  
A31 2. Ist dem Senat bekannt, daß, wie Fotos beweisen, Hausrat, Autowracks,  
A32 auch Sondermüll - wie Kühlschränke, Medikamente - entgegen der  
A33 Deponieordnung auf Grund fehlender Kontrolle durch den Betreiber dort  
A34 verkippt werden und daß damit eine Gefahr für das unmittelbar angrenzende  
B 1 Wohngebiet und die dort fließende Wuhle besteht?

B 2  
B 3 **Antwort der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen vom 26. Sept. 1991**  
B 4 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
B 5 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B 6 Abgeordnetenhauses wie folgt:

B 7  
B 8 Zu 1: Die Bauschuttdeponie Ahrensfelder Berge wird für die Verkipfung  
B 9 von Bauschutt mit Ablauf des März 1992 geschlossen. Die  
B10 Rekultivierungsarbeiten sollen im Juni 1992 abgeschlossen werden.

B11  
B12 Zu 2: Durch unregelmäßige, fast wöchentliche Kontrolle der Deponie  
B13 (letztmalig 20. 9. 1991) ist sichergestellt, daß nicht zugelassene  
B14 Bauabfälle nicht abgelagert werden.

B15  
B16 Beweise für das Gegenteil liegen dem Senat nicht vor.

B17  
B18 Nagel

B19  
B20 [M15]

B21  
B22 **Mündliche Anfrage Nr. 15**  
B23 **des Abgeordneten Michael Cramer (Bü 90/Grüne) über**  
B24 **notwendiges Planfeststellungsverfahren für die Verlängerung der Bahnsteige**

**auf der U-Bahnlinie 6, insbesondere am Bahnhof Friedrichstraße**

Ich frage den Senat:

1. Hält der Senat es für notwendig, bei den Bahnsteigverlängerungen auf der U-Bahnlinie 6 - insbesondere beim U-Bahnhof Friedrichstraße - ein Planfeststellungsverfahren einzuleiten?

2. Wenn ja, warum; wenn nein, warum nicht?

**Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 26. Sept. 1991**

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

Zu 1 und 2: Für die Verlängerung der Bahnsteige der U 6 ist kein Planfeststellungsverfahren notwendig, da durch die unterirdische Veränderung der Bahnanlagen Rechte Dritter nicht berührt werden.

Lediglich beim Neubau bzw. wesentlicher Veränderung von Zugangsanlagen zu den U-Bahnhöfen ist zur Sicherung der Anlagen ein planrechtliches Verfahren notwendig.

Prof. Dr. Haase

[M16]

**Mündliche Anfrage Nr. 16  
des Abgeordneten Otto Hoffmann (FDP) über  
Anwendung des Ladenschlußgesetzes**

Ich frage den Senat:

1. Anerkennt der Senat, daß die gegenwärtige Handhabung des Gesetzes über den Ladenschluß durch Verordnungen, insbesondere in der Auslegung der §§ 10, 14, 16 und 23, dem öffentlichen Interesse der Metropole nicht mehr gerecht wird, den Wettbewerb zuungunsten der kleinen und mittleren Einzelhändler verzerrt, die Mobilität seiner Bürger einengt und auch wegen der Tarifverhandlungsfähigkeit der Arbeitszeitgestaltung keinen wesentlichen Beitrag mehr zum Schutz der Beschäftigten im Einzelhandel leistet?

2. Ist der Senat bereit, unverzüglich alle untersetzenden Verordnungen einer großzügigen Überprüfung zu unterziehen, mit dem Ziel einer weitreichenderen liberaleren Handhabung des Gesetzes über den Ladenschluß im Interesse der Öffentlichkeit, mindestens innerhalb des S-Bahnringes und in den Gebieten mit erhöhtem Freizeit- und Erholungswert, oder erwägt der Senat nach der Hauptstadtentscheidung nunmehr doch eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Gesetzes zu ergreifen?

**Antwort der Senatsverwaltung für Soziales vom 26. September 1991**

Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

Zu 1: Nach den Intentionen des Gesetzgebers soll das Ladenschlußgesetz dem Ausgleich der unterschiedlichen Interessen von Handel, den im Handel Beschäftigten sowie Verbrauchern dienen und kann insoweit nur einen Kompromiß darstellen. Im Gesetz selbst sind so auch bereits mehrere - wie auch die von Ihnen zitierten - Ausnahmemöglichkeiten vorgesehen, um besonderen Interessenlagen in geeignetem Maße Rechnung zu tragen.

Der Senat hat gerade im Hinblick auf die Stellung Berlins als Metropole stets alle diese Möglichkeiten genutzt, um hier zu einem ausreichenden Interessenausgleich zu kommen. Verwiesen sei hier auf die jetzt erst am 3. Juli 1991 erlassene Verordnung gemäß § 10 Ladenschlußgesetz über den Ladenschluß in

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1142

A 1  
A 2 | Ausflugs- und Erholungsgebieten (Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin  
A 3 | Seite 169), durch die besondere Ladenöffnungszeiten an jährlich 40  
A 4 | Wochenenden auch in den Ausflugs- und Erholungsgebieten in den östlichen  
A 5 | Bezirken eingeführt wurden.

A 6  
A 7 | Nach den dem Senat vorliegenden Erfahrungen sind diese durch Verordnung  
A 8 | oder als Ausnahme im Einzelfall gegebenen Möglichkeiten in der Regel durch  
A 9 | kleinere und mittlere Einzelhändler wahrgenommen worden, so daß diese  
A10 | Praxis den Wettbewerb gerade zugunsten der kleinen und mittleren  
A11 | Einzelhändler positiv beeinflusst hat.

A12  
A13 | Soweit es vor allem die Ausnahme nach § 23 Ladenschlußgesetz betrifft, die  
A14 | im öffentlichen Interesse erteilt werden, ist z.B. der Sachstand wie  
A15 | folgt: Zur Zeit gelten noch 177 dieser Ausnahmen, davon 60 für feste  
A16 | Verkaufsstellen und 117 für ambulante Händler. Diese Regelung ist auch auf  
A17 | die Ost-Berliner City ausgedehnt worden.

A18  
A19 | In Einzelfällen werden widerrufliche befristete Ausnahmen nach § 23  
A20 | Ladenschlußgesetz auch für Inhaber von Getränke- und  
A21 | Lebensmittelspätverkaufsstellen in den Ost-Berliner Bezirken erteilt,  
A22 | sofern diese schon vor dem 3. Oktober 1990 Sonderöffnungszeiten hatten und  
A23 | die sofortige Anwendung des Ladenschlußgesetzes zu Existenzgefährdungen  
A24 | führen würden. Entsprechende Ausnahmen sind bisher für 182 Friseurbetriebe  
A25 | und 130 Verkaufsstellen erteilt worden.

A26  
A27 | Soweit es den Schutz der Beschäftigten im Einzelhandel betrifft, vertritt  
A28 | der Senat die Auffassung, daß die gegenwärtige Handhabung des  
A29 | Ladenschlußgesetzes im Rahmen der gegebenen Ausnahmemöglichkeiten hierzu  
A30 | einen wesentlichen Beitrag leisten kann.

A31  
A32 | Zu 2: Im Zusammenhang mit den Bundestagsberatungen zur Einführung eines  
A33 | Dienstleistungsabends ist aus dem Bundestag heraus die Erwartung geäußert  
A34 | worden, daß die nach § 14 und § 16 Ladenschlußgesetz gegebenen  
B 1 | Möglichkeiten zum Erlaß von Rechtsverordnungen bundeseinheitlich  
B 2 | gehandhabt werden. Die obersten Arbeitsschutzbehörden der Länder haben  
B 3 | sich hier jetzt in ihrer Sitzung vom 18. bis 20. September 1991 auf  
B 4 | einheitliche Rahmenrichtlinien für den Erlaß derartiger Rechtsverordnungen  
B 5 | verständigt. Der Senat wird prüfen, ob sich hieraus zusätzliche Handlungs-  
B 6 | und Gestaltungsspielräume ergeben.

B 7  
B 8 | Wie der Senat jedoch bereits in Beantwortung Ihrer nicht behandelten  
B 9 | Mündlichen Anfrage Nr. 11 auf der 6. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 11.  
B10 | April 1991 über Spätverkaufsstellen in Berlin festgestellt hat,  
B11 | beabsichtigt er nicht, eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung des  
B12 | Ladenschlußgesetzes zu ergreifen. Auch nach der Hauptstadtentscheidung hat  
B13 | nicht hierbei für den Senat keine neue Situation ergeben, die Anlaß für  
B14 | eine erfolgsversprechende Initiative zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre.

B15  
B16 | Ingrid Stahmer

B17  
B18 | [M17]

B19  
B20 | **Mündliche Anfrage Nr. 17**  
B21 | **des Abgeordneten Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) über**  
B22 | **personalpolitische Entscheidungen im Ost-Berliner Kulturbereich**  
B23

B24 | Ich frage den Senat:  
B25

B26 1. Wie nimmt der Senat Einfluß darauf, daß die alten Leitungskader  
B27 überprüft und ggf. deren Stellen ausgeschrieben werden?  
B28

B29 2. Sind dem Senat Beschwerden von Mitarbeitern - z.B. an den Museen, der  
B30 Stadtbibliothek und einigen Theatern - bekannt, wonach kritische  
B31 Äußerungen Maßnahmen im Stile der alten DDR nach sich ziehen?  
B32

B33 **Antwort der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten vom**  
B34 **26. September 1991**

C 1 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
C 2 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
C 3 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
C 4

C 5 Zu 1 und 2: Für alle bereits vorhandenen oder künftigen  
C 6 Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich sind bzw. werden die Arbeitnehmer  
C 7 zur Abgabe der nach den einschlägigen Vorschriften des Einigungsvertrages  
C 8 und den Rundschreiben der Innenverwaltung vorgesehenen Fragebögen  
C 9 aufgefordert. Nach Überprüfung werden die sich darauf eventuell ergebenden  
C10 arbeitsrechtlichen Konsequenzen gezogen. Ergeben sich durch Hinweise oder  
C11 sonstige Beweismittel in Einzelfällen Widersprüche zu  
C12 Fragebogenerklärungen, so wird diesen unter Beachtung rechtlicher  
C13 Grundsätze nachgegangen. Solange dieser Vorgang nicht abgeschlossen ist,  
C14 gibt es zwangsläufig Unsicherheiten bei den Mitarbeitern und  
C15 Mitarbeiterinnen, verbunden mit kritischen Äußerungen und Reaktionen.  
C16

C17 Eine Ausschreibung freier Stellen erfolgt jedenfalls in den Fällen, bei  
C18 denen sie vorgeschrieben ist.  
C19

C20 Ulrich Roloff-Momin  
C21

C22 [M18]  
C23

C24 **Mündliche Anfrage Nr. 18**  
C25 **des Abgeordneten Michael Cramer (Bü 90/Grüne) über**  
C26 **Schlafmüdigkeit von Finanzsenator Pieroth und BVG/BVB-Direktor Lorenzen**  
C27 **bei unverantwortlicher Verschleuderung kommunaler Besitztümer**  
C28

C29 Ich frage den Senat:  
C30

C31 1. Ist dem Senat bekannt, daß für die U-Bahnlinie 1 bis zum  
C32 12. August 1961 auf dem Betriebsgelände des U-Bahnhofs Warschauer Brücke  
C33 eine Betriebswerkstatt bestand, die nach dem Mauerbau von der VEB NARVA  
C34 genutzt wurde?  
D 1

D 2 2. Wann und warum, bzw. warum nicht, hat Finanzsenator Pieroth bzw.  
D 3 BVG/BVB-Direktor Lorenzen bzw. Verkehrssenator Haase bei der Treuhand  
D 4 einen Restitutionsanspruch gestellt?  
D 5

D 6 **Antwort der Senatsverwaltung für Finanzen vom 26. September 1991**

D 7 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
D 8 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
D 9 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
D10

D11 Zu 1: Ja, dies ist dem Senat bekannt.  
D12 Bahnhofsgebäude und Betriebswerkstatt standen in Volkseigentum und in  
D13 Rechtsträgerschaft der BVB. Das Bahnhofsgebäude war bis zum  
D14 31. August 1991 an VEB NARVA vermietet.  
D15

D16 Die Betriebswerkstatt wurde zu ca. 2/3 von der BVB und zu ca. 1/3 von VEB  
D17 NARVA genutzt.  
D18

D19 Weder Bahnhof noch Betriebsgelände sind in das Eigentum von VEB NARVA  
D20 übergegangen.  
D21

D22 Zu 2: Der Antrag auf Restitution bei der Treuhandanstalt und der  
D23 Oberfinanzdirektion wird von der zuständigen Fachverwaltung bearbeitet,  
D24 hier fehlen zur Zeit noch die Auszüge aus dem Grund- und  
D25 Liegenschaftsbuch.  
D26

D27 Pieroth



## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1143

- A 1 |  
A 2 | [M19]  
A 3 |  
A 4 | **Mündliche Anfrage Nr. 19**  
A 5 | **des Abgeordneten Gerhard Schiela (FDP) über**  
A 6 | **Erhalt der Archenhold-Sternwarte und des Zeiss-Großplanetariums**  
A 7 |  
A 8 | Ich frage den Senat:  
A 9 |  
A10 | 1. Hält der Senat sein Versprechen, die Archenhold-Sternwarte und das  
A11 | Zeiss-Großplanetarium zu erhalten, obwohl die Arbeitsverträge nach  
A12 | zweimaliger Verlängerung zum 30. September 1991 für die noch 30  
A13 | Mitarbeiter auslaufen und die Anschubfinanzierung in Höhe von 200.000 DM  
A14 | nicht gesichert ist?  
A15 |  
A16 | 2. Wann werden für die landeseigenen Grundstücke die Nutzungsverträge  
A17 | abgeschlossen, und zu welchem Zeitpunkt liegen endlich die bestätigten  
A18 | Konzeptionen des im März 1991 gegründeten Trägervereins vor?  
A19 |  
A20 | Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
A21 | GO Abghs vor.  
A22 |  
A23 | [M20]  
A24 |  
A25 | **Mündliche Anfrage Nr. 20**  
A26 | **des Abgeordneten Günter Mardus (CDU) über**  
A27 | **Jahrestag der deutschen Einheit**  
A28 |  
A29 | Ich frage den Senat:  
A30 |  
A31 | 1. Teilt der Senat die Auffassung, daß neben der zentralen Veranstaltung  
A32 | in Hamburg gerade in Berlin der Jahrestag der deutschen Einheit in  
A33 | herausragender Weise zu begehen ist?  
A34 |  
B 1 | 2. Welche Veranstaltungen sind gegebenenfalls unter Verantwortung oder  
B 2 | Mitwirkung bzw. auf Initiative des Senats vorgesehen?  
B 3 |  
B 4 | Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
B 5 | GO Abghs vor.  
B 6 |  
B 7 | [M21]  
B 8 |  
B 9 | **Mündliche Anfrage Nr. 21**  
B10 | **des Abgeordneten Michael Cramer (Bü 90/Grüne) über**  
B11 | **Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den S-Bahnhof**  
B12 | **Kolonnenstraße**  
B13 |  
B14 | Ich frage den Senat:  
B15 |  
B16 | 1. Hält der Senat an seinem Beschluß vom 30. Juli 1991 fest, das  
B17 | Planfeststellungsverfahren für den S-Bahnhof Kolonnenstraße einzuleiten?  
B18 |  
B19 | 2. Wann werden die Pläne der Öffentlichkeit vorgestellt, bzw. kann der  
B20 | Senat für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens ein konkretes  
B21 | Datum nennen?  
B22 |  
B23 | **Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 26. Sept. 1991**  
B24 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte

B25 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B26 Abgeordnetenhauses wie folgt:

B27  
B28 Zu 1: Ja.

B29 Zu 2: Vor der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den  
B30 geplanten S-Bahnhof Kolonnenstraße ist gemäß Einigungsvertrag das  
B31 Einvernehmen mit der Deutschen Reichsbahn (DR) herzustellen.

B32  
B33 Die Unterlagen zum Bau des o. g. Bahnhofes liegen der DR vor. Eine  
B34 endgültige Entscheidung steht jedoch zur Zeit noch aus.

C 1  
C 2 Nach dem Vorliegen der Zustimmung der DR zum Bau des S-Bahnhofs  
C 3 Kolonnenstraße werden die Pläne der Öffentlichkeit, spätestens im Rahmen  
C 4 des erforderlichen Rahmenfeststellungsverfahrens, vorgestellt werden.

C 5  
C 6 Prof. Dr. Haase

C 7  
C 8 [M22]

C 9  
C10 **Mündliche Anfrage Nr. 22**  
C11 **des Abgeordneten Erwin Loßmann (FDP) über**  
C12 **Erhalt des Informationszentrums Berlin - IZB -**

C13  
C14 Ich frage den Senat:

C15  
C16 1. Steht der Senat zu seiner Aussage, daß das IZB mit den darin  
C17 enthaltenen Aufgabenbereichen zu erhalten ist, wie er das in seiner  
C18 Vorlage vom 5. Juni 1991 dem Hauptausschuß dargelegt hat und von diesem am  
C19 26. Juni 1991 einstimmig beschlossen worden ist?

C20  
C21 2. Wenn nein, welche neuen Erkenntnisse haben den Senat zu einer Änderung  
C22 seiner Auffassung bewogen?

C23  
C24 Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
C25 GO Abghs vor.

C26  
C27 [M23]

C28  
C29 **Mündliche Anfrage Nr. 23**  
C30 **des Abgeordneten Günter Mardus (CDU) über**  
C31 **politische Denkmäler**

C32  
C33 Ich frage den Senat:

C34  
D 1 1. Was soll mit den sogenannten politischen Denkmälern aus der DDR-Zeit im  
D 2 Ostteil Berlins geschehen?

D 3  
D 4 2. Welche Maßnahmen sind gegebenenfalls bereits vorgesehen bzw.  
D 5 eingeleitet, und inwieweit sollen Standortanwohner in die  
D 6 Entscheidungsfindung mit einbezogen werden?

D 7  
D 8 Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
D 9 GO Abghs vor.

D10  
D11 [M24]

D12  
D13 **Mündliche Anfrage Nr. 24**  
D14 **des Abgeordneten Ulrich Krüger (CDU) über**  
D15 **Personalmangel bei der BVG/BVB**

D16  
D17 Ich frage den Senat:

D18  
D19 1. Trifft es zu, daß ein nicht geringer Teil des Fahrpersonals der BVG und  
D20 der BVB zu Privatunternehmen abwandert, und wie lauten die aktuellen  
D21 Zahlen?

D22  
D23 2. Sieht der Senat Probleme bei der Fahrgastbeförderung durch diese  
D24 Abwanderung, und welche Maßnahmen wird er dagegen unternehmen?

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1144

A 1 |  
A 2 | **Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 26. Sept. 1991**  
A 3 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
A 4 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
A 5 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

A 6 |  
A 7 | Zu 1: Nennenswerte Abwanderungen von Fahrpersonal zu Privatunternehmen sind  
A 8 | nur bei den BVB-Busfahrern zu verzeichnen. Im ersten Quartal 1991 gab es  
A 9 | in diesem Bereich 54 Abgänge, im zweiten Quartal lag die Zahl bei 57, im  
A10 | Juli waren es 25 und im August 19.

A11 |  
A12 | Zu 2: Die Ursache für diese Abwanderungen liegt in der 60-Prozent-Regelung  
A13 | bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst. Gerade die BVB-Busfahrer  
A14 | mit den entsprechenden Fahrerlaubnissen können bei Privatunternehmen  
A15 | höhere Einkommen erzielen. Die BVB ist bemüht, die Abwanderungen durch  
A16 | entsprechende Maßnahmen auszugleichen. Neben innerbetrieblichen  
A17 | Umsetzungen von Mitarbeitern, die an anderer Stelle im Betrieb nicht mehr  
A18 | erforderlich sind, werden auch ergänzend dazu Neueinstellungen  
A19 | vorgenommen. Dies führte dazu, daß in der Zeitspanne von Januar bis August  
A20 | 1991 dem Abgang von 145 BVB-Busfahrern 95 Zugänge entgegenstanden.

A21 |  
A22 | Ein anhaltender Trend in diese Richtung könnte mittelfristig gesehen zu  
A23 | Problemen führen. Entgegengewirkt kann diesem Trend nur durch eine  
A24 | Verbesserung der Entlohnungssituation, die durch Maßnahmen, wie z.B. der  
A25 | beabsichtigten Anrechnung der Dienstalterszeiten, eventuell sogar noch in  
A26 | diesem Jahr wirksam werden.

A27 |  
A28 | Prof. Dr. Haase

A29 |  
A30 | [M25]

A31 |  
A32 | **Mündliche Anfrage Nr. 25**  
A33 | **des Abgeordneten Dieter Hapel (CDU) über**  
A34 | **Design-Firlefanz im U-Bahnhof Alexanderplatz**

B 1 |  
B 2 | Ich frage den Senat:

B 3 |  
B 4 | 1. Kann der Senat Berichte der Medien bestätigen, wonach die BVG/BVB für  
B 5 | den U-Bahnhof Alexanderplatz ein neues Fahrgastinformations- und  
B 6 | Ausstattungssystem bei einer Werbeagentur in Auftrag gegeben hat, obwohl  
B 7 | im Bereich der BVG bereits einheitliche Regelungen für Fahrgastinformation  
B 8 | seit langem eingeführt sind und praktiziert werden und obwohl die BVG-  
B 9 | Geschäftsleitung mit ihren "Corporate-Design"-Ideen schon einmal gründlich  
B10 | Schiffbruch erlitten hat?

B11 |  
B12 | 2. Welche Kosten entstehen für dieses neue Werbe- oder Marketing- oder  
B13 | Designprojekt, aus dem sich die Ausstattung des Bahnhofs Alexanderplatz  
B14 | herleiten soll, und teilt der Senat meine Meinung, daß die BVG/BVB-  
B15 | Geschäftsleiter nun endlich ihre Arbeitskraft und Kreativität  
B16 | uneingeschränkt der wirtschaftlichen Sanierung und den notwendigen  
B17 | attraktivitätssteigernden Maßnahmen ihrer Betriebe widmen müßten?

B18 |  
B19 | Die **Antwort des Senats** lag nicht innerhalb der Wochenfrist des § 51 Abs. 5  
B20 | GO Abghs vor.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1145

A 1 |  
A 2 | Anlage 3

A 3 |  
A 4 | **Nicht behandelte Mündliche Anfragen**  
A 5 | **aus der 13. Sitzung**

A 6 |  
A 7 | [M13/13]

A 8 |  
A 9 | **Mündliche Anfrage Nr. 13**  
A10 | **des Abgeordneten Dr. Hans-Peter Seitz (SPD) über**  
A11 | **Probleme der Erhaltung von Polikliniken und der Umwandlung von**  
A12 | **Polikliniken in Ärztehäuser**

A13 |  
A14 | Ich frage den Senat:

A15 |  
A16 | 1. Wieviel Polikliniken werden definitiv in Berlin in welcher Trägerschaft  
A17 | erhalten, und welche konsequenten Schritte unternimmt der Senat,  
A18 | bestehende Probleme zu beseitigen?

A19 |  
A20 | 2. Welche Probleme sieht der Senat bei der Umwandlung nicht zu erhaltender  
A21 | Polikliniken zu Ärztehäusern; wie gedenkt der Senat, diese Probleme zu  
A22 | lösen, insbesondere das Problem der Weiterbeschäftigung nicht in die  
A23 | Niederlassung gehender Ärzte und Pflegepersonals, und welche  
A24 | Schwierigkeiten bestehen bei der Umbesetzung in den Bezirken?

A25 |  
A26 | **Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit vom 23. September 1991**

A27 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
A28 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
A29 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

A30 |  
A31 | Zu 1: Der Senat beabsichtigt nach wie vor, eine Reihe von Polikliniken und  
A32 | Ambulatorien unter einer gemeinsamen Trägerschaft des Landes Berlin und  
A33 | weiterer freier Träger zu erhalten. Hierzu ist eine Senatsvorlage durch  
A34 | die Gesundheitsverwaltung erarbeitet worden und befindet sich zur Zeit in  
B 1 | der Abstimmungsrunde mit anderen beteiligten Senatsverwaltungen. Die Liste  
B 2 | umfaßt derzeit 12 Gesundheitseinrichtungen. Eine Veränderung, vor allem  
B 3 | auch Erweiterung ist dabei zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausgeschlossen. In  
B 4 | jedem Fall ging und geht der Festlegung, welche Einrichtungen für die  
B 5 | Übernahme in die o.g. Trägerschaft vorgesehen sind, eine Prüfung der  
B 6 | bezirklichen Gesundheitsämter voraus. Hierbei geht es neben der Nutzung  
B 7 | des Gebäudes auch um Fragen der Wirtschaftlichkeit und die  
B 8 | Sozialverträglichkeit für die zu übernehmenden, vor allen Dingen aber auch  
B 9 | für die nicht weiterzubeschäftigenden Mitarbeiter.

B10 |  
B11 | Bei der vorgesehenen Umwandlung der Einrichtungen haben bereits die  
B12 | bezirklichen Gesundheitsämter die Aufgabe, auftretende Probleme in eigener  
B13 | Verantwortung weitestgehend abzuklären. Die Senatsverwaltung für  
B14 | Gesundheit übt darüber hinaus über den Gesellschaftsvertrag Einfluß auf  
B15 | die Trägergesellschaft aus, um für die Mitarbeiter eine soziale  
B16 | Verträglichkeit zu garantieren.

B17 |  
B18 | Geplante AB-Maßnahmen und Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme sollen  
B19 | ebenfalls dazu beitragen, die eventuell auftretenden personellen Probleme  
B20 | abzufangen.

B21 |  
B22 | Zu 2: Für die Einrichtungen, die nicht in die o.g. Trägerschaft  
B23 | übernommen werden, sind Umwandlungskonzeptionen durch die Mitarbeiter der  
B24 | betroffenen Einrichtungen, häufig unter Zuhilfenahme von externen Beratern

B25 | und in Abstimmung mit dem jeweiligen Bezirksamt zu erstellen bzw. sind in  
B26 | der überwiegenden Zahl bereits erfolgt.

B27 |  
B28 | Da hierbei eine entschieden größere Vielfalt von Vorstellungen vorhanden  
B29 | ist, sind auch hier nach unserer Kenntnis eine Vielfalt von Problemen bis  
B30 | zu einer sinnvollen Umwandlung zu bewältigen.

B31 |  
B32 | Allerdings liegt auch hier die Verantwortung für die Umsetzung der  
B33 | konzeptionellen Vorstellungen bei den jeweiligen Bezirksämtern. Sie tragen  
B34 | für die gesundheitliche Betreuung in ihrem Bezirk die Verantwortung und  
C 1 | besitzen auch den besten Überblick über strukturelle, demographische und  
C 2 | soziale Bedingungen in dem jeweiligen Gebiet.

C 3 |  
C 4 | Die Einrichtungen, die in der Trägerschaft unter Beteiligung des Landes  
C 5 | Berlin weitergeführt werden sollen, sind auch dafür vorgesehen, neben dem  
C 6 | vielfältigen Angebot einer breiten medizinischen und sozialen Betreuung  
C 7 | auch gerade den Ärzten, die sich nicht mehr in eine Niederlassung begeben  
C 8 | können, und einem Teil des Pflegepersonals eine Chance zur Weiterführung  
C 9 | ihrer Tätigkeit zu geben.

C10 |  
C11 | Um die anfallenden Probleme in der Umstrukturierungspause besser  
C12 | analysieren zu können und gegebenenfalls übergreifend auch regulierend  
C13 | einzuwirken, sollte die Gesundheitsverwaltung eine koordinierende Aufgabe  
C14 | auch weiterhin übernehmen.

C15 |  
C16 | Dr. Luther

C17 |  
C18 | [M13/21]

C19 |  
C20 | **Mündliche Anfrage Nr. 21**  
C21 | **des Abgeordneten Joachim Günther (SPD) über**  
C22 | **künftige Nutzung des DFF-Geländes in Adlershof und Vermögensansprüche des**  
C23 | **Landes Berlin**

C24 |  
C25 | Ich frage den Senat:

C26 |  
C27 | 1. Welche Ziele hat der Senat für die Nutzung des Geländes und der  
C28 | Produktionsstätten in Adlershof, auf dem zur Zeit noch der Deutsche  
C29 | Fernsehfunk arbeitet, und mit welchen Partnern wird derzeit über diese  
C30 | Ziele verhandelt?

C31 |  
C32 | 2. Wird der Senat dem Beispiel der anderen fünf neuen Länder folgen und  
C33 | den nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages auf Berlin entfallenden  
C34 | Anteil am Vermögen der "Einrichtung des ehemaligen DDR-Rundfunks dem  
D 1 | Sender Freies Berlin übereignen?

D 2 |  
D 3 | **Antwort des Regierenden Bürgermeisters vom 19. September 1991**

D 4 | Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte  
D 5 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
D 6 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

D 7 |  
D 8 | Zu 1: Der Senat verfolgt das Ziel, daß das Gelände des DFF in Adlershof  
D 9 | weiterhin als Medienzentrum genutzt wird.

D10 |  
D11 | Adlershof ist ein attraktiver, verkehrsgünstig gelegener Standort, der für  
D12 | Fernsehproduktionen technisch gut ausgestattet ist. Der Senat erwartet,  
D13 | daß sich dort Medien- und Dienstleistungsunternehmen ansiedeln werden.  
D14 | Konkrete Verhandlungen mit Interessenten können noch nicht geführt werden,  
D15 | weil das Land Berlin noch nicht über das Gelände verfügen kann.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1146

A 1 |  
A 2 | Darüber hinaus wird sich das Land Berlin als Standort für die Einrichtung  
A 3 | des EURONEWS Produktionszentrums bewerben und für diesen Zweck das Gelände  
A 4 | Adlershof anbieten.

A 5 |  
A 6 | Zu 2: Nein, der Senat behält sich vor, die Entscheidung unter  
A 7 | Berücksichtigung der medienpolitischen Entwicklungen, insbesondere des  
A 8 | Fortbestandes einzelner Institutionen der "Einrichtung" zu treffen.  
A 9 | Denkbar wäre beispielsweise eine Weiterbeschäftigung von Angehörigen von  
A10 | Klangkörpern der Einrichtung. Im übrigen sind vor einer abschließenden  
A11 | Entscheidung die Ergebnisse von Gesprächen mit den fünf neuen Ländern und  
A12 | der Einrichtung abzuwarten.

A13 |  
A14 | Eberhard Diepgen

A15 |  
A16 | [M30]

A17 |  
A18 | **Mündliche Anfrage Nr. 30**  
A19 | **des Abgeordneten Joachim Palm (CDU) über**  
A20 | **Nachtstromspeicherheizungen**

A21 |  
A22 | Ich frage den Senat:

A23 |  
A24 | 1. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dem Gutachten des  
A25 | Bundeswirtschaftsministeriums, wonach die Berliner Regelungen zum Verbot  
A26 | von Nachtstromspeicherheizungen verfassungswidrig sind?

A27 |  
A28 | 2. Wann wird er dem Abgeordnetenhaus in einer Vorlage eine Anpassung an  
A29 | einen verfassungsgemäßen Zustand vorschlagen?

A30 |  
A31 | **Antwort der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz vom**  
A32 | **20. September 1991**

A33 | Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
A34 | Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
B 1 | Abgeordnetenhauses wie folgt:

B 2 |  
B 3 | Zu 1 und 2: Es gibt kein Gutachten des BMWi, wonach der § 22  
B 4 | Energiespargesetz als verfassungswidrig erklärt wird.

B 5 |  
B 6 | Tatsächlich hat das Bundesministerium für Wirtschaft in Übereinstimmung  
B 7 | mit den Bundesministerien für Justiz und für Inneres mit einem Schreiben  
B 8 | vom 8. 7. d.J. mitgeteilt, daß das Energiespargesetz des Landes Berlin  
B 9 | nicht in "... vollem Umfang mit Bundesrecht im Einklang" stehe. Dies gelte  
B10 | insbesondere für die §§ 17 (Öffentlichkeitsbeteiligung) sowie 22 (Verbot  
B11 | des Neuanschlusses elektrischer Heizungen). Unter Hinweis auf die  
B12 | Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Artikel 74 Nr. 11 GG) ist das BMWi der  
B13 | Auffassung, daß "für abweichende landesgesetzliche Regelungen kein Raum"  
B14 | sei.

B15 |  
B16 | Aufgrund dieses Sachverhalts hat der Senat in seiner Sitzung am 13. 8.  
B17 | 1991 gleichzeitig mit der Beschlußfassung über die Verordnung über  
B18 | Ausnahmen vom Verbot des Neuanschlusses von elektrischer Heizungen die  
B19 | Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie beauftragt, "... die  
B20 | Vereinbarkeit der Rechtsgrundlage für die Verordnung mit der  
B21 | Gesetzgebungskompetenz des Bundes zu prüfen".

B22 |  
B23 | Da die Senatsverwaltung für Wirtschaft und Technologie im Vorfeld der  
B24 | parlamentarischen Beratungen dieselben verfassungsrechtlichen Bedenken  
B25 | gegen die §§ 17 und 22 Energiespargesetz geäußert hatte, erschien eine

B26 objektive Prüfung des Schreibens des BMWi vom 8. Juli 1991 nicht  
B27 gewährleistet. Aus diesem Grunde hat die Senatsverwaltung für Wirtschaft  
B28 und Technologie die Fraktionsvorsitzenden der CDU und SPD angeschrieben  
B29 mit der Bitte zu prüfen, ob der wissenschaftliche Parlamentsdienst mit der  
B30 abschließenden Klärung der Verfassungsmäßigkeit der in Frage stehenden  
B31 Paragraphen beauftragt wer den könnte, zumal das Gesetz über ein  
B32 Initiativantrag der damaligen Regierungsfraktion in das Parlament  
B33 eingebracht worden ist.  
B34

C 1 Dr. Hassemer  
C 2

C 3 [M31]  
C 4

C 5 **Mündliche Anfrage Nr. 31**  
C 6 **der Abgeordneten Annelies Herrmann (CDU) über**  
C 7 **sogenannte Verkehrsberuhigungen**  
C 8

C 9 Ich frage den Senat:  
C10

C11 1. Welchen Stellenwert haben die Bemühungen der Bürgerinitiative Xantener  
C12 Straße für den Senat, die sich gegen die Art der Verkehrsberuhigung dieser  
C13 Straße ausgesprochen hat bzw. die Aufhebung dieser sogenannten  
C14 verkehrsberuhigenden Maßnahmen betreibt, und warum wird deren Bemühen von  
C15 seiten des Senats immer noch der Erfolg versagt, zumal die Vermutung  
C16 naheliegt, daß die Einführung der Verkehrsberuhigung der Verbesserung des  
C17 subjektiven Wohngefühls einer dort wohnenden SPD-Lokalpolitikerin dienen  
C18 sollte?  
C19

C20 2. Wird der Senat bei seiner Forderung nach einem umfassenden Konzept auch  
C21 berücksichtigen, daß der Straßenverkehr - wie es die Xantener Straße zeigt  
C22 - durchaus auch leistungsfähige Parallelstraßen zu den großen  
C23 Durchgangsstraßen benötigt, zumal diese Durchgangsstraßen durch bauliche  
C24 Schikanen oder undurchdachte Busspuren wie auf dem Kurfürstendamm längst  
C25 nicht leistungsfähig sind, sondern den Verkehr geradezu in die  
C26 Nebenstraßen verdrängen?  
C27

C28 **Antwort der Senatsverwaltung für Verkehr und Betriebe vom 19. Sept. 1991**

C29 Im Namen des Senats von Berlin beantworten wir Ihre nicht erledigte  
C30 Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des  
C31 Abgeordnetenhauses wie folgt:  
C32

C33 Zu 1: Dem Senat liegen seit längerer Zeit eine Vielzahl von Schreiben von  
C34 Bürgern der Xantener Straße vor, die sich für eine Aufhebung der  
D 1 bestehenden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen einsetzen.  
D 2

D 3 Der Senat vertritt im Fall der Xantener Straße die Auffassung, daß die vom  
D 4 Vorgängersanat veranlaßte 30-km/h-Anordnung sowie die hieraufhin vom  
D 5 Bezirksamt Wilmersdorf durchgeführten Rückbaumaßnahmen der verkehrlichen  
D 6 Bedeutung der Xantener Straße für den Kraftfahrzeugverkehr nicht gerecht  
D 7 werden. Dies gilt um so mehr, seitdem die Leistungsfähigkeit des parallel  
D 8 verlaufenden Kurfürstendamm im letzten Jahr durch die Einrichtung der  
D 9 Bussonderfahrstreifen erheblich reduziert worden ist.  
D10

D11 Trotz der teilweise rigorosen fahrdynamischen Einbauten und der  
D12 Fahrgassenverschmälerung in der Xantener Straße hat sich das  
D13 Verkehrsaufkommen in dieser Straße nicht wesentlich vermindert. Teilweise  
D14 entsteht dadurch ein nicht unerheblicher Stau.  
D15

D16 Damit hat sich für die Bewohner dieser Straße auch nicht die ursprünglich  
D17 erhoffte Verbesserung der Wohnqualität ergeben.  
D18

D19 Inwieweit die durchgeführten Maßnahmen zu einer Erhöhung des subjektiven  
D20 Wohngefühls einer dort wohnenden SPD-Lokalpolitikerin führen sollten, kann  
D21 der Senat nicht beantworten.  
D22

D23 Der Senat hat den Bezirk gebeten, den alten Zustand der Xantener Straße  
D24 wiederherzustellen. Zu seinem Bedauern hat das Bezirksamt Wilmersdorf  
D25 bislang jedoch keine Bereitschaft erkennen lassen, der Bitte nach einer  
D26 erneuten baulichen Veränderung der Straße nachzukommen.  
D27

D28 Da es sich bei dem Umbau der Xantener Straße um eine bezirkseigene  
D29 Angelegenheit handelt und somit die Einflußmöglichkeit des Senats hierauf

D30 | äußerst gering ist, muß leider zunächst von einer Beibehaltung der  
D31 | augenblicklichen Situation ausgegangen werden.

## 12. Wahlperiode

## 14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. September 1991

Seite: 1147

A 1 |  
A 2 | Zu 2: Der Senat ist der Ansicht, daß im Interesse des übergeordneten  
A 3 | Wirtschafts-, Individual- und BVG-Buslinienverkehrs ein großzügig  
A 4 | bemessenes, leistungsfähiges Hauptverkehrsstraßennetz dringend  
A 5 | erforderlich ist. Auf diesem Netz soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit  
A 6 | grundsätzlich 50 km/h betragen. Auf den Einbau von  
A 7 | geschwindigkeitsdämpfenden Elementen ist hier genauso zu verzichten wie  
A 8 | auf die Leistungsfähigkeit verringernden Rückbaumaßnahmen.  
A 9 |

A10 | Das Konzept des Senats sieht vor, daß in wichtigen, parallel zum  
A11 | Hauptverkehrsstraßennetz verlaufenden Straßen zukünftig auf  
A12 | Rückbaumaßnahmen wie in der Xantener Straße verzichtet wird. Dies gilt  
A13 | insbesondere dann, wenn die Leistungsfähigkeit des  
A14 | Hauptverkehrsstraßennetzes durch die Anlage von Bussonderfahrstreifen  
A15 | eingeschränkt ist.  
A16 |  
A17 |

Prof. Dr. Haase